SITZUNGSBERICHTE DER LEIBNIZ-SOZIETÄT

Band 95 • Jahrgang 2008

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 978-3-89626-755-9

Inhalt

Klasse für Naturwissenschaften

01 Gisela Jacobasch: Übergewicht und Fettsucht: gesundheitliche und ökonomische Konsequenzen

Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

02 Helmut Bock: Napoleon Bonaparte

03 *Christian Stary:* Interaktive Lehr-/Lernumgebungen als disziplinenübergreifende Gestaltungsaufgabe

04 *Klaus Steinitz:* Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus. Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert

Kolloquium zum 75. Geburtstag von Reimar Müller

05 Joachim Herrmann: Reimar Müller 75 Jahre - 30. August 2007

06 *Armin Jähne:* Recht oder Gerechtigkeit - Das Dilemma des heimgekehrten Odysseus

07 *Wolfgang Kirsch:* Die hagiographische Versepik in karolingischer Zeit - Probleme ihrer historischen Darstellung

08 Wolfgang Eichhorn: Geschichtsphilosophisches in Reimar Müllers "Entdeckung der Kultur"

09 Reimar Müller: Rückblick und Ausblick

10 Reimar Müller - Verzeichnis der Publikationen

Rezensionen

11 Peter Bankwitz: Olaf Hartmann, Martin Guntau, Werner Pälchen (Hrsg.): Zur Geschichte der Geowissenschaften in der DDR

- 12 *Dietrich Spänkuch:* P. Hupfer (Koordinierung und Redaktion): Klimaforschung in der DDR. Ein Rückblick
- 13 *Gisela Jacobasch:* Karl Heinz Brisch/Theodor Hellbrügge (Hrsg.): Der Säugling Bindung, Neurobiologie und Gene
- 14 *Ulrich van der Heyden:* Lutz R. Reuter/Annette Scheunpflug: Die Schule der Freundschaft. Eine Fallstudie zur Bildungszusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik
- 15 Friedhilde Krause: Erhard Hexelschneider/Alita Liebrecht (Hrsg.): Leipzig und Rußland. Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart
- 16 *Klaus Mylius:* Arno Hecht (Hrsg.): Enttäuschte Hoffnungen. Autobiographische Berichte abgewickelter Wissenschaftler aus dem Osten Deutschlands
- 17 Peter Plath: Herbert Hörz: Wahrheit, Glaube und Hoffnung

Übergewicht und Fettsucht: gesundheitliche und ökonomische Konsequenzen

Vortrag in der Klasse für Naturwissenschaften am 13. September 2007

Das Thema soll verdeutlichen, dass die weltweite Zunahme von Übergewicht und Fettsucht eine gesamtgesellschaftliche Dimension mit großen gesundheitlichen und ökonomischen Konsequenzen erreicht hat. Seit 1980 ist die Epidemie der Fettsucht durch epidemiologische Studien eindeutig belegt. Aus diesem Grunde wurden hohe finanzielle Mittel in die Grundlagen- und angewandte Forschung investiert, und es begann ein Wettlauf von Pharmakonzernen in der Entwicklung Gewinn versprechender Medikamente zur medizinischen Behandlung von übergewichtigen Menschen. Im Gegensatz dazu sind die Bemühungen zur Durchsetzung von wirksamen Maßnahmen zur Prävention wesentlich geringer und in den öffentlichen Medien insbesondere in Deutschland wird die Problematik eher heruntergespielt. Weit mehr Initiativen werden z. B. von Finnland und Frankreich unternommen, um die Ursachen der Epidemie ernsthaft zu bekämpfen.

Abb. 1 zeigt die von der WHO errechneten durchschnittlichen Gewichtsverteilungen und ihre Veränderungen im Zeitraum von 1960 bis 2040 auf der Grundlage des Body Mass Index. Der BMI setzt sich zusammen aus dem Gewicht des Menschen, gemessen in kg geteilt durch das Quadrat seiner Größe, gemessen in Meter. Der BMI, der seit den 1981 für vergleichende Untersuchungen angewandt wird, wurde in der Zwischenzeit auch geschlechtsspezifisch und altersabhängig normiert. Für Erwachsene werden BMI-Werte von 18,5–24,9 empfohlen. 1960 erreichten nur wenige Menschen diese Obergrenze, viele waren dagegen auf grund von Hungersnöten untergewichtig. 2000 hatte sich die Situation stark verändert. Mehr als die Hälfte der Menschen war bereits übergewichtig und ein Anteil von etwa 400 Millionen sogar fettsüchtig. Die Hochrechnung für 2040 weist aus, dass zu diesem Zeitpunkt die Hälfte aller Menschen fettsüchtig sein wird und nur noch 20% dem BMI-Normbereich entsprechen werden.

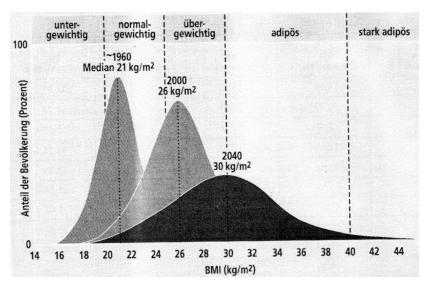


Abb. 1: Veränderungen der prozentualen Gewichtsverteilung bei Menschen im Zeitraum von 1960–2040

Bereiche	BMI (kg/m ²)
Normgewicht	18,5–24,9
Übergewicht	25,0–29,9
Adipositas Grad I	30,0–34,9
Adipositas Grad II	35,0–39,9
Extreme Adipositas Grad III	>40,0

Quelle: Richtlinien der WHO (1998)

Tab. 1: Klassifizierung der Body-Mass-Index-Bereiche

Von der WHO wurde auch eine Klassifikation der Adipositas vorgenommen (Tab. 1). Die Festlegung von BMI-Bereichen für Übergewicht und 3 Schweregrade der Adipositas wird nicht nur zur Verfolgung der Entwicklung der Fettsuchtepidemie genutzt sondern ist auch hilfreich zur Einschätzung von Krankheitsrisiken und bei therapeutischen Entscheidungen. Die meisten Menschen mit einer extremen Adipositas, die bei BMI-Werten von 40 beginnt, leben derzeit in den USA, wo auch die Ursachen für die Epidemie ent-

standen. Die Prävalenz der Adipositas nahm in den USA seit 1960 kontinuierlich zu. Seit den 80ger Jahre hat sich die Zunahme signifikant beschleunigt. Im Gegensatz zu Europa ist in den USA die Prävalenz der Fettsucht bei Frauen stärker als bei Männern ausgeprägt. Obwohl genetische Faktoren im Energieverbrauch des Menschen eine Rolle spielen, ist die deutlich höhere Adipositasprävalenz bei schwarzen und mexikanischen Amerikanern vorrangig auf soziale Unterschiede zurückzuführen. Einen Armutstrend belegen auch Statistiken aus anderen Ländern. Aus der altersabhängigen Verteilung von Übergewicht und Adipositas in EU-Ländern zeichnet sich eine besonders deutliche Zunahme des Körperfettes bei den 25-44 Jährigen ab (Tab. 2). Gewichtszunahmen in dieser Altersklasse sind von besonderer gesundheitspolitischer Relevanz; denn sie steigern die Risiken zur Entwicklung Adipositas-assoziierter Erkrankungen am stärksten. Bei einer Gewichtszunahme von 2-3 kg steigt das Risiko an einem Diabetes mellitus Typ 2 zu erkranken im Vergleich zu einer Kontrollgruppe mit Normgewicht um 25%, bei 12 kg um 50% an. Dieses Diabetesrisiko bleibt auch bestehen, wenn in den nachfolgenden Jahren eine Gewichtsabnahme erreicht wird. Das Risiko an Diabetes zu erkranken, ist wesentlich geringer, wenn eine entsprechende Gewichtszunahme erst zwischen dem 45. und 66. Lebensjahr auftritt.

Alter	16–24 Jahre		25–44 Jahre		45–66 Jahre	
Geschlecht	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Übergewicht	22,7	16,0	45,5	7,8	62,3	40,4
Adipositas	5,4	3,0	29,7	9,1	13,8	10,6

Quelle: I. Elmadfa, E. Weichselbaum (Eds.): European Nutrition and Health Report, Karger-Verlag (2004)

Tab. 2: Prävalenz (%) von Übergewicht und Adipositas in der EU 1990–2002

Ursachen für die Fettsuchtepidemie

Sie sind eng mit den Namen Mc Donald's, Burger King, Kentucky Fried Chicken, Pizza Hut und Coca Cola verbunden. In den vergangenen 30 Jahren drang die von diesen Firmen initiierte Fastfood Industrie, die durch ein Angebot von energiereichen Nahrungsmitteln charakterisiert ist, nicht nur in jeden Winkel der amerikanischen Gesellschaft vor sondern breitete sich aggressiv auf der ganzen Welt aus. Es sind global agierende Riesengeschäfte, die die Gesundheit der Menschen und die Lebensbedingungen im umfassendsten Maße verändern. 1968 betrieb z. B. Mc Donald's erst 1000 Restaurants,

heute hat das Unternehmen > 30000 Filialen bzw. Franchisenehmer und in jedem Jahr kommen >2000 dazu. Die Fastfoodgiganten unterhalten aber nicht nur weltweit unzählige Restaurants sondern sind auch in Tankstellen, Sportstätten, Flughäfen, Schulen, Universitäten, Tiergärten und Krankenhäuser vorgedrungen. Die Ausgaben von Amerikanern für Fastfood stiegen im Zeitraum von 1970-2000 von 6 Milliarden auf über 110 Milliarden Dollar an. Weltweit kaufen mindesten eine Milliarde Menschen ieden Tag Fastfood. Die Unternehmen besitzen weltweit die meisten Immobilien im Einzelhandel und verdienen mit deren Vermietung mehr als mit dem Verkauf von Speisen. Die Ausbreitung der Unternehmen ist mit einem unvorstellbar hohen finanziellen Aufwand für Reklamen und Marketing verbunden. Unterstützt von Regierungsbeschlüssen, vorbereitet von Lobbvisten, konnten sich die Fastfoodketten mit der Lebensmittelindustrie verzahnen und die Kontrolle über die amerikanische Landwirtschaft erlangen, d. h. den Rohstoffmarkt an Pflanzen und Fleisch. Aber auch die Spielzeug- und Bekleidungsindustrie unterliegt maßgeblich den Anforderungen der Fastfoodketten. Der amerikanische Journalist E. Schlosser, der diese Thematik gründlich rechergiert und beschrieben hat, schätzt ein, dass sich in den letzten 40 Jahren die Nahrungsmittel stärker verändert haben als in den vorangegangenen 40000 Jahren.

Besonders kritisch hervorzuheben ist, dass in den letzten 25 Jahren Methoden von der Fastfood- und Aromenindustrie entwickelt wurden, die 5-8 jährige Kinder als Zielgruppe haben. In diesem Alter erfolgen die Prägung des Geschmackes und damit die der Essgewohnheiten, die im Leben beibehalten werden. Auf diese Weise wird erreicht, Kinder an Fastfoodeinrichtungen zu binden. Sie sind Kunden, die ein bleibendes einträgliches Geschäft für über 65 Jahre versprechen. Bereits jetzt besuchen > 90% aller Kinder einmal im Monat Mc Donald's. Die Gewinne der Fastfoodketten werden auf Kosten der Gesellschaft gemacht. Die jährlichen Kosten, die aus der Fettleibigkeit resultieren, sind heute bereits mehr als doppelt so hoch wie die Gesamteinnahmen der Fastfoodindustrie. 2002 gaben die USA 92 Milliarden und Großbritannien 50 Milliarden Dollar für die Therapie von Erkrankungen aus, die mit einem Übergewicht assoziiert sind. Die Zahlen für Deutschland sollten denen Großbritanniens entsprechen.

Woran sind die veränderten Essgewohnheiten zu erkennen? Es wird seltener zuhause Essen zubereitet. Stattdessen werden entweder ein Fastfoodrestaurant aufgesucht oder Fertiggerichte und Softdrinks gekauft. Diese Speisen sind durch einen hohen Energiegehalt gekennzeichnet und weisen Zusätze von Fruchtsirup auf, die toxische Konzentrationen erreichen. Diese

Essgewohnheiten werden durch den Rückgang an Kantinen- und Schulessen sowie gezielte Reklamen kontinuierlich verstärkt.

Wann entsteht Übergewicht? Immer dann, wenn die Energiezufuhr in Form von Nahrungsmitteln größer ist als der Energieverbrauch durch den Organismus, d. h. die Energiebilanz nicht mehr ausgeglichen werden kann. Das bedeutet, dass außer den veränderten Ernährungsgewohnheiten auch verminderte körperliche Belastungen und soziale Faktoren eine Rolle spielen. Schulund Freizeitsport haben abgenommen, der Zugang zu Sportstätten ist eingeschränkt, im täglichen Leben dominiert Bewegungsarmut und zunehmend mehr Zeit wird am Computer und Fernseher verbracht.

Nicht nur aus den Erhebungen in den USA sondern auch aus Analysen in EU- und Entwicklungsländern geht eindeutig hervor, dass das Fettsuchtrisiko bei Einkommens schwachen Familien höher als bei reichen ist.

Klinische Auswirkungen des Übergewichtes

Adipositas ist als eine chronische multifaktorielle Stoffwechselstörung einzuschätzen, bei der es durch die Fettakkumulation zu zahlreichen medizinischen, psychischen, sozialen und ökonomischen Begleiterscheinungen kommt, deren Ursachen sich beseitigen lassen, wenn Präventions- und Interventionsmaßnahmen bereits in Kindergärten und Grundschulen zum Tragen kommen. Diese Forderung ergibt sich allein aus der Tatsache, dass das Übergewicht bei Kindern schneller zunimmt als die Prognose erwarten ließ und klinische Manifestationen um so schwerwiegender sind, je früher überschüssiges Fett angesetzt wird. Nach den von der International Obesity Task Force veröffentlichten Zahlen waren 2004 bereits 25% aller Schulkinder in Europa übergewichtig.

Übergewicht verkürzt die Lebenserwartung um 8–10 Jahre. Eine Zunahme des Körpergewichtes um 20–30% verkürzt die Lebenserwartung drastischer als ein ebenso großer Gewichtsverlust. Eine Gewichtszunahme von 25% erhöht die vorzeitige Todesrate auf 50%.

Welche Krankheitsbilder sind vorrangig mit einer Adipositas assoziiert? Sie ist für 70% aller Fälle an Diabetes mellitus Typ 2 verantwortlich. Das erklärt die Verdopplung der Prävalenz für den Diabetes in den letzten 10 Jahren. 40% der Durchblutungsstörungen am Herzen und der damit verbundenen kardiovaskulären Erkrankungen werden durch Übergewicht bedingt. Eine weitere klinische Folge ist die Zunahme der nichtalkoholischen Fettlebererkrankung.

Tumorerkrankungen

Mindestens 30% aller Tumorerkrankungen sind ursächlich auf eine Adipositas zurückzuführen. Dabei handelt es sich vorrangig um Malignome im Ösophagus, Kolon, Rektum und Pankreas. Auch 58% der Prostatatumore und 73% der Mammakarzinome sowie Malignome im Endometrium und in der Gallenblase sind Folgen des Übergewichtes. Deutschland liegt bei Tumorerkrankungen über dem Durchschnitt der EU-Länder, kolorektale Karzinome treten sogar am häufigsten in Ungarn und Deutschland auf (Tab. 3). Wesentlich positiver ist die Situation in Finnland einzuschätzen, wo seit vielen Jahren eine gezielte Prävention gegen Übergewicht durchgeführt wird.

	Tumorinzidenz		Mortalität			
			Malignome		Herzkreislauf- erkrankungen	
Land	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
EU-Durch- schnitt	461	393	282	215	437	484
Ungarn	577	473	388	274	706	744
Deutschland	502	440	272	248	440	596
Spanien	437	414	282	163	316	363
Finnland	390	377	215	178	413	446
Frankreich	517	357	307	189	280	313

Tab. 3: Mortalität und Inzidenz von Malignomen und Herzkreislauferkrankungen in Ländern der EU 2004

Hyperglykämie und Diabetes mellitus Typ 2 sind die Folge einer Hyperinsulinämie. Unter diesen Bedingungen erhöht sich das Risiko zur Entwicklung von kolorektalen Tumoren um 90% und das von Pankreaskarzinomen um 50%. Bei Patienten, die über 20 Jahre eine Hyperglykämie aufweisen, besteht eine enge positive Korrelation zwischen dem Blutzuckerspiegel und dem Pankreaskarzinom.

Warum erkranken Diabetiker häufiger an einem kolorektalen Karzinom? Insulin verfügt über wachstumsfördernde Eigenschaften und steigert außerdem die Konzentration eines insulinähnlichen Wachstumsfaktors, der als IGF 1 (insulin like growth factor 1) bezeichnet wird. Ist die Insulinkonzentration hoch, wird die Konzentration der Wachstumshormonrezeptoren in den Hepa-

tozyten erhöht und vermehrt IGF 1 freigesetzt. Kolonkarzinomzellen verfügen sowohl über Rezeptoren für Insulin als auch für IGF 1, wodurch ihr Wachstum zu steigern ist. Diese Interpretation wird durch die Tatsache unterstützt, dass durch den Zusatz eines Bindungsproteins für IGF 1 das Tumorwachstum *in vitro* unterdrückt wird.

Prostatakarzinome sind in bezug auf ihr aggressives Potential als heterogen einzuschätzen. Außer dem biologischen Alter und der Abnahme der Androgene spielt in ihrer Pathogenese Übergewicht eine wichtige Rolle. Zum einen üben erhöhte Spiegel an Insulin und IGF 1 und zum anderen ein Peptidhormon, das vorrangig von Fettzellen gebildet und freigesetzt wird, einen signifikanten Einfluss auf den Krankheitsverlauf aus. Das Hormon heißt Leptin, sein Name leitet sich von dem griechischen Wort für dünn ab. Die Todesrate bei Tumoren der Prostata ist bei einem BMI von 35 im Vergleich zu einem gleichaltrigen Mann mit einem normalen BMI um 34% erhöht. Mit dem Anstieg des Leptinspiegels im Blut, der bei einer Zunahme des Körpergewichtes auftritt, nimmt die Schwere des Erkrankungsverlaufes zu.

Das Risiko bei übergewichtigen Frauen in der Postmenopause an einem Brustkarzinom zu erkranken, ist auf eine erhöhte Konzentration an Estradiol im Serum zurückzuführen. Das Risiko für Tumore im Endometrium korreliert ebenso wie bei vielen anderen Karzinomen negativ zur Konzentration des Peptidhormons Adiponektin. Der Adiponektinspiegel im Plasma sinkt auch parallel zum Gewichtsanstieg.

Metabolisches Syndrom

Das Metabolische Syndrom repräsentiert ein heterogenes Cluster von Hypertonie und Stoffwechselstörungen, die eng miteinander assoziiert sind und zu erhöhten Risiken für den Typ 2 Diabetes und kardiovaskuläre Erkrankungen führen. Typische Symptome des Metabolischen Syndroms sind eine gestörte Glukosetoleranz, Hyperglyzeridämie, verringerte Konzentration an highdensity-lipoprotein Cholesterin (HDL-Cholesterin). Aus einem Vergleich der Todesfälle an Herzkreislauferkrankungen in EU-Ländern lässt sich ableiten, das Deutschland bei Männern einen Mittelplatz einnimmt und bei Frauen weit über dem EU-Durchschnitt liegt (Tab. 4). Erschwerend für die Situation in Deutschland kommt hinzu, dass ca. 90% aller Hypertoniker medikamentös nicht richtig eingestellt sind. Die Normwerte sollten systolisch < 130 und diastolisch < 85mm Hg liegen. Außerdem bleibt die in den frühen Morgenstunden häufig auftretende Blutdruckerhöhung unberücksichtigt.

Land	kolorektale Tumore	Diabetes	Übergewicht	Adipositas	
Erkrankungsfälle/100000 Einwohner			% der Population		
EU-Durch- schnitt	57,5	5,5	34,4	15,4	
Ungarn	79,0	6,8	35,0	21,0	
Deutschland	74,0	8,0	39,3	21,3	
Spanien	48,5	6,1	38,5	14,5	
Finnland	39,5	5,5	41,0	18,5	

Tab. 4: Häufigkeit kolorektaler Karzinome und Diabetes mellitus Typ 2 Erkrankungen im Vergleich zu Übergewicht und Adipositas in Ländern der EU 2004

Die geringsten Todesfälle an Herzkreislauferkrankungen weisen Frankreich und Spanien auf, was sich wahrscheinlich aus dem höheren Konsum von Flavonoiden (Beerenfrüchte, grüne Gemüse, Rotwein) in der Ernährung erklärt.

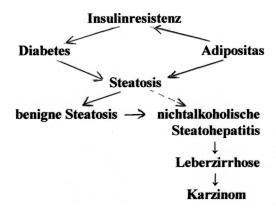


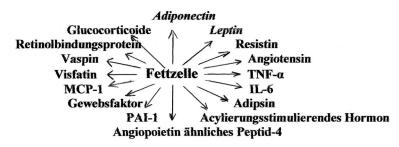
Abb. 2: Pathophysiologie der nichtalkoholischen Fettlebererkrankung (NAFLD)

Mit der Bezeichnung Metabolisches Syndrom soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die aufgeführten Symptome miteinander verknüpft sind. In seiner Pathogenese spielen Peptidhormone der Fettzellen und subklinische Entzündungserscheinungen eine zentrale Rolle. Die Anzahl der weißen Blutzellen nimmt bei übergewichtigen Personen signifikant zu. Das betrifft sowohl Granulozyten, Neutrophile, Lymphozyten als auch Monozyten, woraus nicht nur Entzündungsvorgänge sondern auch Veränderungen im immunologischen Verhalten im Organismus resultieren. Entzündungsprozesse sind für

die Entwicklung der Insulinresistenz und damit des Diabetes und vieler anderer Krankheitssymptome verantwortlich.

Insulinresistenz übt auch einen Einfluss auf die Pathogenese der nichtalkoholischen Fettlebererkrankung (NAFLD) aus (Abb. 2). Bei einer Adipositas nimmt der Fettgehalt der Leber zu. Mit der sich entwickelnden Insulinresistenz wird diese Fettakkumulation verstärkt und es entseht eine Steatosis. Eine derart vorgeschädigte Leber ist durch ein hohes Risiko zur Ausbildung einer Zirrhose und eines Leberkarzinoms charakterisiert. Die pathologische Bedeutung der NAFLD lässt sich daran ermessen, dass gegenwärtig bereits 20% aller Lebertransplantationen auf die Therapie von Patienten mit NAFLD entfallen.

Fett, ein endokrines Gewebe



TNF-α (Tumornekrosefaktor α), IL-6 (Interleukin 6), PAI-1 (plättchenaktivierender Inhibitor 1), MCP-1 (Mucin verklumpendes Protein-1)

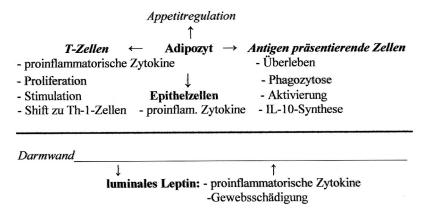
Abb. 3: Fett, ein endokrines Gewebe

Warum manifestiert sich bei übergewichtigen Personen eine chronische Entzündung? Entscheidend zum Verständnis dieses Befundes war vor einigen Jahren der Nachweis, dass Fett nicht nur ein Speicherorgan sondern ein hochaktives endokrines Gewebe ist. Es bildet und sezerniert eine Vielzahl von Peptidhormonen, Bindungsproteinen und proinflammatorischen Zytokinen (Abb. 3). Von großer Wichtigkeit ist, dass diese hormonelle Aktivität von der Lokalisation des Fettgewebes abhängig ist. Am aktivsten ist das viszerale Fettgewebe, das im Bauchraum den Darm bedeckt. Da viszerale Fettansammlungen das Erkrankungsrisiko sehr viel stärker als subcutanes Fettgewebe erhöhen, ist die Kenntnis der viszeralen Fettkonzentration diagnostisch wichtiger als der BMI. Die Messung der viszeralen Fettkonzentration mittels Dual X-ray Absorption (DXA) ist aber teuer; deshalb wird zur groben Orien-

tierung der Taillenumfang genutzt. Er soll bei Frauen unter 88 cm und bei Männern unter 95 cm liegen.

Leptin zählt zu den Peptidhormonen, die vorrangig von viszeralen Fettzellen gebildet werden. Es ist ein 16 kDa großes Protein, das pleiotrope Effekte ausübt. Dieses Hormon beeinflusst viele Stoffwechselprozesse. Die Expression von Leptin geht außerdem mit der Induktion von proinflammatorischen Zytokinen, wie dem Tumornekrosefaktor, TNF- α , einher.

Rolle von Leptin bei der Pathogenese von chronisch entzündlichen Darmerkrankungen



TH (Helferzellen), IL-10 (Interleukin 10)

Abb. 4: Rolle von Leptin in der Pathogenese chronisch entzündlicher Darmerkrankungen durch Aktivierung von T-Zellen und Antigen präsentierenden Epithelzellen

Abb. 4 fasst moderne Vorstellungen zur Rolle viszeraler Fettzellen bei entzündlichen Darmerkrankungen wie dem Morbus Crohn (MC) und der Colitis Ulcerosa (CU) zusammen. Beide Erkrankungen sind durch ein besonderes Profil von Zytokinen gekennzeichnet, woraus geschlussfolgert wurde, dass MC eine durch Helferzellen vom Typ1(Th1) und CU eine durch Typ 2 (Th2) vermittelte Erkrankung ist. Diese strenge Trennung ist heute nicht mehr gerechtfertigt. Die Vermutung, dass ein Zusammenhang zwischen Leptin und Dickdarmentzündungen besteht, wurde aus der Beobachtung abgeleitet, dass bei einem Ausfall des Leptingens die Funktion der T-Zellen abnimmt. Das von Adipozyten freigesetzte Leptin übt auf Zellen der Darmschleimhaut mehrere Effekte aus. Das adaptive Immunsystem wird durch Stimulierung der

Proliferation der T-Helferzellen und der mononukleären Zellen in der Lamina propria, der Sekretion von Interleukin-2 (IL-2) u. a. Zytokine, der Akutphasenantwort sowie der Angiogenese beeinflusst. Gleichzeitig wird die Apoptose der Zellen unterdrückt und eine Umwandlung von T-Zellen zu Th-1-Zellen durch Hemmung der Zytokinfreisetzung für Th-2-Zellen begünstigt, was zur Auslösung einer Entzündung führt. Die Th-1-Zellen werden dann polarisiert und die Phagozytosetätigkeit durch Makrophagen und Monozyten erhöht. Weiterhin werden Antigen präsentierende Epithelzellen (APC) aktiviert, die durch Bildung von IL-10 den Entzündungszustand verstärken. Leptin bewirkt zusätzlich eine Induktion der Synthese von proinflammatorischen Zytokinen in Epithelzellen der Darmschleimhaut, durch die sie geschädigt werden. Leptin wird darüber hinaus auch in das Darmlumen freigesetzt, wodurch die luminal lokalisierten Epithelzellen über die Induktion von proinflammatorischen Zytokinen angegriffen werden.

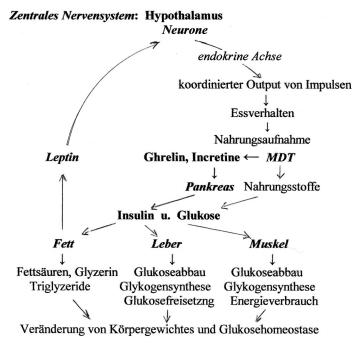
Für die Übertragung von Leptinsignalen sind 6 Spleißmutanten bekannt (Ob-Ra bis Ob-Rf). Sie unterscheiden sich durch die Länge ihrer zytoplasmatischen Domäne. Ihre Verteilung ist gewebsspezifisch. Ob-Rb, der die längste zytoplasmatische Dömäne enthält, ist außer in Epithelzellen des Kolon auch in Immunzellen ähnlichen Monozyten und Makrophagen sowie CD4⁺ und CD8⁺ Lymphozyten, CD34⁺ hämatopoetischen Knochenmark-Vorläuferzellen (CD = cluster determinants) aber auch in Hypothalamuszellen u. a. vorhanden. Die Zytoplasmadomäne dieses Rezeptors enthält Bindungsmotive, die für die Aktivierung der Janus-aktivierten Kinase-Signaltransduktion und Transkriptionsproteine (STAT) notwendig sind. Leptin aktiviert STAT-1, STAT-3 und STAT-5. Die Symptomatik der Dickdarmentzündung wird durch Überaktivierung von STAT-3 ausgelöst. Phosphoryliertes STAT-3 konnte in Übereinstimmung zu dieser Darstellung in Proben des Kolons von CD- und CU-Patienten nachgewiesen werden.

Der Dickdarm ist dicht von Anaerobiern besiedelt. Diese Bakterien dekken ihren Energiebedarf aus der Fermentation von Kohlenhydraten. Die vom Dickdarmepithel resorbierten kurzkettigen Fettsäuren als Endprodukte dieser Fermentation, stehen in Wechselwirkung mit viszeral lokalisierten Fettzellen und können dadurch den Entzündungs- und Immunstatus sowie die Kontrolle des Appetits positiv beeinflussen.

Kontrolle von Appetit und Körpergewicht

Appetit stimuliert den Menschen zum essen. Er wird durch den Geruch und das Aussehen der Speisen, die Vorfreude auf grund von Erlebniswerten und

schließlich den Geschmack angeregt. Die Kontrolle des Appetits erfolgt zentral im Gehirn, genauer gesagt im Hypothalamus, dem Zwischenhirn. Appetit ist ein komplexer, streng kontrollierter Prozess. Die Formulierung von Brecht im Mahagonisong: "erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral" trifft voll zu. Dieser zentral regulierte Prozess mobilisiert den Menschen im Hungerzustand maximal, um eine Energiezufuhr durch Nahrungsaufnahme zu erreichen. Im Gegensatz dazu verfügt der Mensch über keinen Mechanismus, der ihn vor einer zu großen Energiezufuhr warnt!



MDT (Magendarmtrakt)

Abb. 5: Kontrolle von Appetit und Energiestoffwechsel

Einen entscheidenden Anteil an der Appetitkontrolle haben 3 Hormone: das von der Fettzelle gebildete Leptin, das von den β -Zellen des Pankreas synthetisierte und freigesetzte Insulin und ein weiteres Peptidhormon, das von Zellen der Magenschleimhaut stammt und den Namen Ghrelin trägt. Die Freisetzung von Ghrelin ist vom Füllungszustand des Magens abhängig. Neben Ghrelin werden außerdem in allen Darmabschnitten weitere Peptidhor-

mone freigesetzt, über die eine koordinierte Kontrolle der Nahrungsaufnahme, der Geschwindigkeit ihrer Verdauung sowie der Resorption und Verteilung der freigesetzten Nahrungskomponenten ermöglicht wird. Diese Peptidhormone werden als Incretine bezeichnet. Eine ihrer wichtigsten Aufgabe ist, für eine ausreichende Synthese und Freisetzung von Insulin zu sorgen.

Insulin ist das einzige Hormon, das den Blutzuckerspiegel senken kann und ist deshalb für die Aufrechterhaltung des Fließgleichgewichtes für Glukose im Organismus verantwortlich. Insulin, Leptin und Ghrelin signalisieren über eine neuroendokrine Achse dem Hypothalamus die Anforderungen des Organismus an eine Energiezufuhr, wodurch ein Energiedefizit schnell ausgeglichen werden kann (Abb. 5). Nach der Entschlüsselung der im Hypothalamus eintreffenden Informationen und ihrer anschließenden Integration, gehen vom ZNS entsprechende Rückimpulse aus, die entweder die Nahrungsaufnahme stimulieren oder sie unterdrücken. Aktivierung des Appetits führt zur Nahrungsaufnahme. Die resorbierten Nahrungsbestandteile werden danach zur Leber transportiert. Die vom Darm freigesetzten Incretine tragen dazu bei, dass die erforderlichen Insulinmengen vom Pankreas bereitgestellt werden, um eine zu starke Erhöhung des Blutzuckerspiegels zu verhindern. Insulin erreicht das: 1. durch Bindung von Glukose in der Leberzelle und ihren anschließenden Abbau unter Gewinn von biologisch verwertbarer Energie oder durch die Bildung und Speicherung des Glukosepolymers Glykogen. 2. bewirkt Insulin in den Muskel- und Fettzellen die Öffnung von "Türen"; d.h. es werden Glukosetransporter in die Membran eingebaut, wodurch eine Aufnahme von Glukose in diese Gewebe ermöglicht wird. In der Muskulatur kann ähnlich wie in der Leber Glukose abgebaut oder als Glykogen gespeichert werden. In Fettzellen entstehen dagegen aus der aufgenommenen Glukose Fettsäuren und Glyzerin, die zu Triglyzeriden verbunden "raumsparend" gespeichert werden. Das einzige Gewebe, das durch Abgabe oder Entzug von Glukose aus dem Plasma den Blutzuckerspiegel konstant halten kann, ist die Leber. Sie sorgt auch dafür, dass der hohe Energiebedarf des Gehirns, durch Glukosezufuhr gedeckt wird.

Die endokrine Achse im ZNS bilden Neurone, die in den Bogenkernen des Hypothalamus lokalisiert sind sowie downstream Neurone, autonome Neurone im Stammhirn und spezielle Neurone für Verhaltenseffekte. Signale an die Neurone im Hypothalamus geben Leptin, Insulin, Ghrelin, langkettige Fettsäuren und Glukose. Ghrelin stimuliert den Appetit, Insulin und Leptin unterdrücken ihn

Die Signalübertragung zwischen den Neuronen im Hypothalamus erfolgt über Neurotransmitter und Neuropeptide (Abb. 6). Hervorzuheben ist, dass dafür nur eine relativ begrenzte Palette an nicht streng spezifischen Neurotransmittern eingesetzt wird, die trotzdem ein großes Wirkungsspektrum und eine hohe Effektivität erreicht. Das wird durch die Existenz von unterschiedlichen Rezeptoren für Neurotransmitter ermöglicht. Außerdem wird, wie bei allen lebenswichtigen Kontrollprozessen, eine große Sicherheit und Modulationsfähigkeit dadurch erzielt, dass die verschiedenen Regulationswege miteinander kommunizieren.

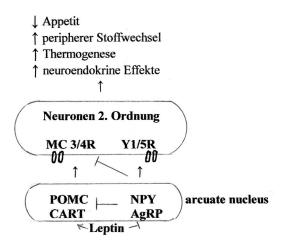


Abb. 6: Einfluss von Leptin auf Kontrollmechanismen im ZNS; Erklärung siehe Text

Die Region der Bogenkerne im Hypothalamus verfügt über 2 Sätze von Neuronen, die entgegengesetzte Effekte hervorrufen: 1. die sogenannten Agouti Related Peptid- und Neuropeptid Y- Neurone, abgekürzt AgRP/NPY. Sie steigern den Appetit. 2. existieren Proopiomelacortin- und Cocain-Amphetamin regulierte Transkript -Neurone, abgekürzt POMC/CART, die den Appetit hemmen. Diese Neurone können Verbindungen aufnehmen mit den Neuronen 2. Ordnung und anderen Zentren im ZNS. Von dort werden dann Handlungssignale zurückübertragen. Leptin stimuliert ebenso wie Insulin die POMC/CART Neurone. Die POMC Neurone informieren die Neurone 2. Ordnung, wo ein α-Melanozyten stimulierendes Hormon die Melanocortinrezeptoren 3 und 4 aktiviert. Zusätzlich hemmt Leptin die NPY/AgRP Neurone. Das Ergebnis ist ein reduzierter Appetit, eine Aktivierung des peripheren Stoffwechsels und eine gesteigerte Wärmeproduktion. Ghrelin dagegen akti-

viert die NPY/AgRP- Neurone und unterdrückt die Wirkung der POMC/ CART- Neurone. Die Signalübertragung von den NPY/AgRP- Neuronen an die Neurone 2. Ordnung über andere Rezeptoren, nämlich Y 1 und 5, bewirkt eine Stimulierung des Appetits. Eine Aktivierung der NPY/AgRP- Neurone und damit des Appetits erfolgt auch bei einer negativen Energiebilanz, wenn die Konzentrationen von Leptin und Insulin gering sind.

Wie die aufgeführten Beispiele belegen, verfügt Leptin über zwei unterschiedliche Wirkungsweisen: 1. eine parakrine, d.h. das vom Adipozyten gebildete Hormon beeinflusst in der Fettzelle die Synthese und Freisetzung von Zytokinen, weiteren Peptidhormonen, Glucocortikoiden und Gewebsfaktoren. 2. eine endokrine Funktion. Leptin wird selbst freigesetzt und gelangt über den Blutweg durch die Blutgehirnschranke zum Zwischenhirn, wo es endokrin die Stimulation zur Nahrungsaufnahme, zum Energieverbrauch und den neuroendokrinen Stoffwechsel kontrolliert.

Sowohl die Konzentrationen von Leptin als auch von Insulin steigen auf grund einer Resistenzentwicklung bei adipösen Menschen an und führen deshalb bei ihnen nicht zur Einschränkung des Appetits. Das bedeutet, dass der Appetit nicht mehr ausreichend unterdrückt wird, wenn der Energiebedarf des Organismus gedeckt ist. Diese Tatsache ist von Relevanz für den unbefriedigenden Erfolg von Therapien bei Adipositaspatienten.

Therapie bei Übergewicht und Fettsucht

Besteht erst einmal eine Insulin- und Leptinresistenz sind durch energiearme Diäten keine Langzeiteffekte mehr zu erreichen. Das liegt nicht nur an der Willensschwäche der Menschen wie oft angenommen wird, sondern die zentrale Appetitregulation adaptiert sich auf den Übergewichtszustand. Bei einem Übergewichtigen, bei dem die damit assoziierten Krankheiten noch nicht manifest sind, reicht eine langsame Gewichtsreduktion von 5-10 kg meistens aus, vorausgesetzt das Ergebnis kann anschließend stabilisiert werden. Dazu ist es notwendig, die physische Aktivität zu steigern und kontinuierlich beizubehalten. Am besten eignen sich dazu Ballspiele, Bergsteigen, Schwimmen, Radfahren aber auch Gartenarbeit. Bei einer bereits bestehenden Adipositas muss unter ärztlicher Kontrolle entschieden werden, ob eine Reduktion des Körpergewichtes in dem erforderlichen Umfang noch durch medikamentöse Behandlung möglich ist (Tab. 5). Bei der medikamentösen Behandlung werden Verbindungen mit unterschiedlicher Wirkung angewendet. Häufig werden Lipasehemmstoffe eingesetzt, wie Orlistat, die die intestinale Fettverdauung vermindern. Etwa 1/3 des Nahrungsfettes wird dann nicht

resorbiert, wodurch ein Gewichtsverlust von 4-6% in einem halben Jahr zu erreichen ist. Andere Medikamente, wie Subtramin, hemmen die Wiederaufnahme von Noradrenalin und Serotonin an den Nervenendigungen oder vermindern, wie Metformin, die Oxidation von Fettsäuren. Außerdem werden Medikamente mit antidepressiven und antiepileptischen Wirkungen eingesetzt. Alle Medikamente haben aber z. T. beträchtliche Nebenwirkungen. Aus diesem Grunde wird mit Hochdruck an der Entwicklung von Inhibitoren für Peptidhormonrezeptoren gearbeitet, um direkt in den Kontrollmechanismus des Appetits eingreifen zu können.

- Diäten zur Verringerung der Energiezufuhr
- Steigerung des Energieverbrauchs durch körperliche Belastung
- Medikamentöse Behandlung:

Orlistat

Sibutramin

Benzphetamin

Metformin

Bupropion

Inhibitoren für bestimmte Peptidhormonrezeptoren

Bariatrische Chirurgie

Tab. 5: Therapiemaßnahmen bei Übergewicht und Fettsucht

Bei schwerer Adipositas, wo oft mehr als 30 kg Fett zu reduzieren sind, wird die sogenannte bariatrische Chirurgie eingesetzt. Am häufigsten werden Magenbypässe angelegt, um die resorbierende Fläche im Dünndarm zu verkleinern. Diese Methode wurde 1967 zum ersten Mal erprobt und seitdem technisch verbessert und variiert. Anpassbare Magenbänder werden vorrangig in europäischen Ländern genutzt, um das Magenvolumen zu verkleinern. Sie haben aber viele Nachteile und garantieren keine guten Langzeiteffekte, da durch eine erhöhte Freisetzung von Ghrelin das Appetitempfinden verstärkt wird.

Die chirurgischen Eingriffe zur Fettsuchttherapie sind im letzten Jahrzehnt um 800% angestiegen. 2003 wurden bereits 146301 bariatrische Operationen durchgeführt, für 2007 hatte allein die USA 100000 Magenbypassoperationen vorgesehen.

Eine Modifikation des Magenbypasses ist die biliopankreatische Diversion. Ihr Vorteil besteht darin, dass der Zufluss von Galle und Pankreassaft zum Darm erhalten bleibt.

Gewichtsabnahmen von 37-42 kg sind bei ca. 8% der Patienten durch Magenbypässe innerhalb von ein bis zwei Jahren erzielt worden. Aber nur weniger als 25% der Patienten konnten eine Gewichtsreduktion stabilisieren. Fettabsaugung ist keine therapeutische Maßnahme!

Trotz verbesserter Operationstechniken sind die Eingriffe nicht gefahrlos; es können Ulcera und Fistelbildungen auftreten, und das Risiko zur Bildung von Gallensteine nimmt signifikant zu. Außerdem entwickelt sich häufig eine Hypoglykämie auf grund einer Hyperplasie des Pankreas, die zu einer gesteigerter Insulinsekretion führt. Komplikationen resultieren außerdem aus der Beeinträchtigung der Resorption von Mineralien und Vitamin D.

Bariatrische Operationen werden auch bei adipösen Jugendlichen durchgeführt, um ein frühzeitiges Auftreten von koronaren Herzerkrankungen und Schlaganfällen zu verhindern.

Die Ausbreitung der Adipositasepidemie bei Kindern und Jugendlichen ist besonders alarmierend, sie schränkt ihre Lebensqualität stark ein. In Europa nehmen übergewichtige und adipöse deutsche Kinder und Jugendliche leider eine internationale Spitzenposition ein. Bei den 10-15 Jährigen überschreiten mehr als 35% die 97% Perzentile des alterskorrigierten BMI-Wertes und dieser Aufwärtstrend hält weiterhin an. Eine ähnliche Entwicklung ist nahezu in allen Ländern festzustellen, wo sich die Essgewohnheiten geändert haben und die physische Aktivität abgenommen hat. So stieg z. B in China die Fettsucht bei Kindern und Jugendlichen im letzten Jahrzehnt 8-fach an. Die Eindämmung der Fettsuchtepidemie bei Kindern und Jugendlichen ist eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Aufgaben; denn sie hat die gleiche Dimension wie der Hunger erreicht. Eine Lösung ist aber nur zu erreichen, wenn das Problem als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Ohne Armutsbekämpfung und verbesserte Bildung kann weder der Hunger noch die Fettsucht in der Welt überwunden werden. Fastfood ist für beides der falsche Weg. Nur durch eine ausreichende Kenntnis der Situation und Zusammenhänge sowie der sich abzeichnenden Gefahren ist es möglich, vernünftige Initiativen in allen notwendigen Bereichen zu organisieren, ohne die gesamtstaatliche Maßnahmen nicht zu erzwingen sind.

Ausgewählte Literatur

Nutrition, Obesity, and Metabolism: Gastroenterology 132, Nr.6 (2007)Adipose Tissue and Adipokines in Health and Disease; ed. by G. Fantuzzi and T. Mazzone, Human Press Totowa, New Jersey 2007

E. Schlosser: Fast Food Gesellschaft; Riemann Verlag München 2002

Napoleon Bonaparte Von Aufstieg und Sturz eines Hegemonialpolitikers

Vortrag im Plenum der Leibniz-Sozietät am 8. November 2007

"Bürger, die Revolution [...] ist beendet!" So lautet der Kernsatz einer historischen Proklamation, gegeben zu Paris am 15. Dezember 1799 - fünf Wochen nach dem Militärputsch des 18. Brumaire. Die wenigen Sätze der Verlautbarung sind in harscher Diktion abgefasst, beinahe im Kommandostil eines Eroberers. Mit allem, was vor zehn Jahren durch Bastillesturm und Bauernrevolten, Nationalparlament und Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte angefangen, was ganz Frankreich zutiefst erschüttert, zerrissen, umgewälzt hatte, sollte jetzt Schluss gemacht werden. Die vierte Verfassung der Revolution garantierte die "geheiligten Rechte des Eigentums, der Gleichheit und der Freiheit". Doch die neuen Staatsgewalten würden den "Ungewissheiten [...] in den auswärtigen Beziehungen, in der inneren und der militärischen Lage der Republik ein Ende" bereiten. Und vor allem: Sie würden hinfort "stark und dauerhaft" sein. 1 Das verbürgte eine Drei-Männer-Regierung, die in Nachahmung der altrömischen Republik ein "Triumvirat" genannt wurde. An ihrer Spitze: der Putschgeneral Bonaparte, ebenfalls antik als "Erster Konsul" tituliert.

1. Vom Putschgeneral zum Kaiser der Franzosen Imperiale Agitation

Die Faszination dieses Aufsteigers aus dem Krater der Revolution ist durch Briefe und Reiseberichte, politische und philosophische Traktate überliefert.²

Proklamation der Konsuln, 15. Dezember 1799. In: Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789–1799, Bd. 2: Gesprochenes und Geschriebenes, Leipzig 1982, S. 698f. (Hervorhg. – H. B).

² Unzählige Dokumentationen und Darstellungen haben das Leben und Wirken Napoleons

Auch durch Kunstwerke der Zeit. Wir können seine Gestalt bei einem der historischen Auftritte sehen, wobei noch dahingestellt sei, ob der Maler seinen Helden mit Begeisterung oder mit kalter Berechnung porträtierte. Das Bildwerk ist in mehreren Exemplaren in den Museen Europas zu besichtigen.³

Man stelle sich den Saal der Wiener Nationalgalerie vor, wo die Gemälde des Barockmalers Bellotto-Canaletto und der Porträtkünstler des Hauses Habsburg ausgestellt wurden: dekorative Stadtansichten der alten Donaumetropole, das kaiserliche Lustschloss bei heiterem Himmelslicht gesehen und selbstverständlich die Kaiser und Könige des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation inmitten ihrer Kinderschar, von "Gottes Gnaden" und mit der dicken habsburgischen Unterlippe. Beschaulich, ohne sichtliche Regung, ohne bemessene Zeit – als gelte es für ewig. Da aber zündet an der Stirnwand jählings ein Blitz, der nicht vom Himmel zur Erde, sondern von halber Höhe zur Saaldecke fährt. Ein hellfarbenes Pferd stemmt die Hufe auf ein Felsplateau, steigt kraftvoll empor. Und auf seinem Rücken der Reiter, der es den Berg hinauf zwingt: die energischen Linien der Augen, des Mundes liegen im Schatten des Zweispitz, den die Kokarde schmückt, und über dem blauen Soldatenrock mit der Generalsschärpe weht weit der leuchtend rote Mantel. Im Hintergrund schleppen Soldaten eine Kanone über den Steilpfad, und aus der Tiefe herauf, unter der flatternden Trikolore, kommt die Armee, die wir an der Unzahl ihrer gereckten Waffen erkennen. Die Fahne, die wehenden Haare und Gewänder, der Schweif des Pferdes, zumal der gestreckte Arm des Reiters – alles weist auf die hohen Gipfel, die über den Bildrahmen hinausragen.

Es ist das Gemälde von Jacques-Louis David: "Napoleon Bonaparte, den Großen St. Bernhard überschreitend (1800)", gemalt in den beiden folgenden Jahren, den ersten des neuen Säkulums. Derselbe Konventsdeputierte, der für die Hinrichtung König Ludwigs XVI. gestimmt und den gemordeten Marat

reflektiert. Bei größtem Bemühen bleibt es unmöglich, sie alle zu kennen, geschweige denn für Textnachweise aufzulisten. Für den vorliegenden Text wurden folgende neuere Biographien bevorzugt: Eugen Tarlé: Napoleon, Moskau 1933 (russ.), Berlin/DDR 1959; Georges Lefebvre: Napoleon, Baden-Baden 1955, Stuttgart 1989; Jacques Presser: Napoleon. Das Leben und die Legende, Stuttgart 1977; A. S. Manfred: Napoleon Bonaparte, Berlin/DDR 1978; Jean Tulard: Napoleon oder der Mythos des Retters, Berlin 1982; Roger Dufraisse: Napoleon, München 1994; Eckart Kleßmann: Napoleon. Charakterbild, Weimar 2000; Franz Herre: Napoleon. Eine Biographie, München 2006.

Varianten des hier beschriebenen Gemäldes von J.-L. David befinden sich in den Galerien der Schlösser Malmaison (Paris), Belvedere (Wien) und Charlottenburg (Berlin). Eine vierte Fassung soll 1815 nach London überführt worden sein (Standort unbekannt). Überdies sollen Schüler des Malers weitere Kopien angefertigt haben. Die Bildwerke sind hinsichtlich der Komposition identisch, unterscheiden sich aber in den Farben des Pferdes und des Mantels. Meine Beschreibung folgt der Fassung in der Galerie Belvedere.

im Bad verewigt hatte, der ein Freund Robespierres und Festgestalter der Jakobinerdiktatur gewesen war, verkündigte jetzt Frankreichs Aufstieg zum kaiserlichen Imperium: Denn in den Fels setzte David allegorische Inschriften, die an Vergangenes erinnern, aber auch ruhmreiche Zukunft voraussagen – tief unten der verwitterte Name "HANNIBAL", bei des Pferdes stehenden Hinterhufen "KAROLUS MAGNUS" und unter den hochschnellenden Vorderhufen, näher den Gipfeln, in kräftigen Lettern: "BONAPARTE".

Der 18. Brumaire war Vergangenheit. Der General hatte jenseits der Alpen mit den Soldaten der Revolution über die feudale Armee Österreichs triumphiert. Noch war er regierender Konsul, noch bestand die Republik, die seit einem Jahrzehnt die altrömische Demokratie als ihr Vorbild, ihre historische Tradition in Anspruch nahm. Schon aber wurde für Bonaparte das karolingische Kaisertum beschworen, das vor tausend Jahren über das Abendland herrschte. - Wenn dieser Sinngehalt richtig zu deuten ist, dann weist Bonapartes Feldherrnarm weit über die Alpengipfel hinaus: auf die Länder des Kontinents, viel weiter als auf die "natürlichen Grenzen", die von den Pariser Revolutionsgewinnlern in ihrem Annexionsprogramm von 1795 verlangt wurden. Ob David noch immer an die kosmopolitische Sendung der Grande Révolution glaubte, wonach Frankreich das Mutterland einer in "Liberté! Égalité! Fraternité!" erneuerten Menschheit sein sollte? Oder ob die geschmähten Jakobiner und die nachgeborenen Revolutionäre des 19./20. Jahrhunderts den Maler Napoleons zurecht einen "Opportunisten", einen "Renegaten" nannten? Wir meinen, dass dieses plakative, mit berechnender Kunstfertigkeit gemachte Bildnis im Interesse von Leuten gemalt ist, die in dem General und Konsul der Republik einen künftigen Imperator, einen Herrscher über Europa zu sehen wünschten.

Der Mann selbst, der von Korsika stammte und in Frankreich seinen Wirkungskreis suchte, hatte den Großen St. Bernhard tatsächlich nur auf dem Rücken eines Maultiers überquert. Sich nun als vollendeter Reiter auf feurigem Ross und im Vergleich mit Hannibal, zumal Karolus Magnus zu sehen, gefiel ihm sehr. Er ließ mehrere Kopien anfertigen und verbreiten. Das stand wohl im Einklang mit Absichten, die er vertraulich eingestand: "Meinen Sie wirklich, mir läge an der Festigung der Republik? Was für ein Einfall: eine Republik von 30 Millionen Menschen! Mit unseren Sitten, unseren Lastern! Dies Hirngespinst wird Frankreich bald vergessen! Die Franzosen brauchen Ruhm und Befriedigung ihrer Eitelkeit, von Freiheit aber verstehen sie nichts."⁴ Madame de Staël hat den Charakter des Mannes mit weiblicher Ein-

⁴ Emil Ludwig: Napoleon, Berlin 1927, S. 112.

fühlung ausgelotet: "Da er klein ist, steht ihm Reiten besser als gehen. In Gesellschaft gibt er sich linkisch, ohne schüchtern zu sein. Passt er auf sich auf, so hat sein Wesen etwas Verachtendes, ist er natürlich, so wird er gewöhnlich; das Verachtende steht ihm besser. [...] Dies Wesen, das nicht seinesgleichen hat, kann Zuneigung weder erwecken noch empfinden: er ist mehr und auch weniger als ein Mensch. [...] Für ihn existiert nur er selbst, alle andern sind Nummern. [...] Er verachtet die Nation, deren Beifall er sucht, kein Funken Begeisterung mischt sich in sein Bedürfnis, die Menschheit in Erstaunen zu setzen."⁵

Der postrevolutionäre Staat

Es herrschte Unordnung in Frankreich. Ein Regierungserfolg Bonapartes war ungewiss. Reste des Feudalwesens hemmten noch immer die bürgerliche Entwicklung. Während seit Robespierres Sturz die Korruption und das Spekulantentum blühten, terrorisierten Gewaltverbrecher und räuberische Banden ganze Gemeinden und Landschaften. Politische und soziale Konflikte waren ein gärender Nährboden, aus dem Eruptionen hervorzubrechen drohten. Bei allen Übeln marschierten die Armeen der zweiten Koalition wiederum gegen die Revolution. Staat und Nation bedurften kräftiger Entscheidungen, benötigten eine starke, führende Hand.

Aber der dreißigjährige Konsul war bislang nur Offizier, nur Armeeführer gewesen. Er hatte seine Truppen in Italien, in Ägypten kommandiert. Im Grunde genommen kannte er das Land, die ihm fremde Nation wenig, die er regieren wollte und sollte. Seine ersten Maßnahmen zeigten ihn noch ganz als Militärbefehlshaber: Er ließ das Räuberunwesen niederkämpfen und überwand die langjährige Konterrevolution der Vendée. Die Waffengewalt der Armee stand zu seiner Verfügung. Ob er aber ein politischer Kopf sei – war die Frage.

Der ältere Mitkonsul Siéyes, der den Ruhm eines Staatsdenkers genoss und an den Texten der neuen Verfassung tüftelte, wollte dem Korsen die Funktion eines "Kriegskonsuls" zuschieben, sich selbst aber die gefälligen Ämter und Würden des "Friedenskonsuls" vorbehalten. Bonaparte verwarf das ihn einschränkende Konstrukt. Er diktierte der zuständigen Kommission jene vierte Verfassung seit 1791, die ihn mit Hilfe eines Plebiszits zum "Ersten Konsul" erhob. Bei Beginn des Staatsstreiches hatte er sich seinen Soldaten als ein "Gott des Krieges" empfohlen. Jetzt tauschte er die

⁵ Ebenda, S. 116f.

Generalsuniform gegen den schlichten Zivilrock, nannte er sich den ersten Bürger aller Franzosen. Mit seinem fremdländischen Akzent agitierte er für ein vereinigtes Frankreich unter den Farben der Trikolore, und es gelang ihm, zwecks fachlicher Entscheidungen eine dienstleistende Elite um sich zu scharen. Das alles sah gut bürgerlich und fast demokratisch aus.

Aber das neue Staatsgrundgesetz enthielt Prinzipien eines straffen Zentralismus, der einer militärbürokratischen Befehlsstruktur bedenklich nahe kam. Wenn auch von "Eigentum, Gleichheit und Freiheit" die Rede war, so blieb doch die bislang stets vorangestellte "Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte" von 1789 aus dieser Verfassung ausgeschlossen. Der Text war auf die Organisation der Staatsgewalten fixiert. Demnach lag die höchste und ungeteilte Macht in Händen des Ersten Konsuls, während die beiden übrigen Konsuln öffentlich repräsentieren, aber dem Staatschef nur mit beratender Stimme assistieren durften. Dieser ernannte die Mitglieder des Senats, überdies sämtliche Minister und höheren Zivil- und Militärbeamten. Die formelle Beratung von Gesetzen sollte durch ein Tribunal und einen sogenannten Gesetzgebenden Körper erfolgen, deren Mitglieder aus einer größeren Menge basisgewählter Kandidaten vom Senat ausgesucht und berufen wurden, aber nichts beschließen konnten. Die Gesetzesentscheidung blieb allein dem Ersten Konsul überlassen. Diese geschachtelte "Gesetzgebungsmaschinerie" konstituierte keine wirklich parlamentarischen Institutionen. Legislative und Exekutive waren der endgültigen Beschlussfassung eines einzigen Mannes ausgeliefert, der sich zwecks unmittelbarer Beratung auch noch einen eigenen Staatsrat schuf

Schon 1800 begann Bonaparte mit Hilfe seiner unermüdlichen Mitarbeiter den Aufbau des postrevolutionären Staatsapparats, der das Land und das Volk lenkte und leitete. Die Volksgesellschaften der Revolution wurden abgeschafft. Auch die bürgerlichen Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Städte und Regionen verschwanden. In allen 83 Departements wurden Präfekten eingesetzt, die als regierende Verwaltungsbeamte die Bürgermeister und ihre Räte ernannten und beaufsichtigten, nach unten mächtig, aber nach oben dem Minister des Innern verantwortlich waren. Um Konflikte und Widerstände in Staat und Gesellschaft unter Kontrolle zu halten, schuf Bonaparte ein besonderes Polizeiministerium mit Tausenden von Beamten – und damit dieser allumfassende Krake sich nicht zum Staat im Staate auswuchs, überwachte ein Staatssicherheitsdienst auch den Polizeiminister und seine Leute. Frankreich geriet unter die Fangarme unzähliger Polizisten und Geheimagenten, Spitzel und Denunzianten. Dieser ganze Neubau der Gesetzge-

bung, Verwaltung und Justiz offenbarte die Liquidation demokratisch gewählter Institutionen. Es erfolgte ein Übergang von den zerstrittenen, zuweilen auch anarchischen Zuständen der Revolution zu einem Staatswesen mit streng bürokratischer Organisation. So hat sich die Sentenz erhalten: Napoleon "tötete" die Republik, aber er "rettete" die Revolution.

Zu seinen Erfolgen als Revolutionsgeneral fügte er nun eine neuartige Gesetzlichkeit, die das Hauptergebnis der großen Umwälzung – die real existierende bürgerliche Gesellschaft – festigte. 6 Schon die Verfassung von 1791 hatte die Ausarbeitung eines bürgerlichen Zivilgesetzbuches für ganz Frankreich verlangt, damit die lokal und regional verschiedenartigen Rechte und Privilegien des Ancien régime durch Prinzipien des Liberalismus und entsprechende Gesetzestexte überwunden würden. Es bedurfte vier erfolgloser Anläufe, bis endlich eine Juristenkommission des Konsulats den gültigen Entwurf meisterte. Seine 2.281 Paragraphen wurden in 102 Sitzungen – davon 57 unter der persönlichen Leitung Bonapartes – diskutiert, bis endlich am 2. März 1804 das reife Resultat in Kraft treten konnte: "Code civil des français". Das Gesetzbuch konstituierte einen Rechtszustand, der den bürgerlichen Liberalismus und die kapitalistische Marktwirtschaft absicherte. Oberste Maxime war die "Freiheit" der Person und des Eigentums: Sie berechtigte dazu, bewegliche und unbewegliche Sachen uneingeschränkt zu besitzen, so dass jedermann alles, was für den Austausch in der Gesellschaft geeignet war, kaufen und verkaufen konnte. Wie man Sachen veräußerte, so konnte man sich auch selbst für eine Arbeit verdingen (im Gegensatz zum Feudalwesen allerdings nicht mehr lebenslänglich und nicht vererbbar). Gewerblich erzeugte Produkte, parzelliertes Grundeigentum und menschliche Arbeitskraft sollten per Gesetz der kapitalistischen Warenzirkulation zugeführt werden. Die logische Überschaubarkeit der Textteile und die rationale Präzision der Paragraphen machten den "Code civil" zum Leitbild des zivilen Rechts im ganzen 19. Jahrhundert. Ihm folgten bald weitere Kodifizierungen: die Zivilprozessordnung (1806), das Handelsgesetzbuch (1807), das Strafgesetzbuch (1808) und die Strafprozessordnung (1810). Es waren diese fünf Gesetzeswerke, deren bürgerlich-liberalistischer Geist selbst die Stürme der späteren "Restauration" überdauerte.

Der Auf- und Ausbau des postrevolutionären Staats kostete Geld – viel Geld sogar. Die Revolutionsgewinnler und Neureichen des geschehenen Um-

⁶ Hermann Klenner: Revolution und Recht. In: Napoleon und nationale Unabhängigkeit. Der Widerspruch des Fortschritts, hrsg. v. H. Bock u. R. Plöse, Berlin 1990, S. 82ff.

bruchs hatten Adelsländereien, Klöster und Staatsgüter aufgekauft, aber keine besonderen Steuern gezahlt. Nun erzwangen der Konsul und sein Finanzminister eine konsequente Steuerpolitik. Sie verfolgten die Spekulation der Wucherer und die Betrügerei der Heereslieferanten, ordneten die Verwaltung der Grundbücher, der Waldungen, der Zollbehörden, und vor allem gründeten sie die Bank von Frankreich. Das Schwergewicht ihrer Steuerpolitik freilich lag auf indirekten Verbrauchssteuern, so dass von jedem Staatsbürger – ob reich oder arm – der gleiche Steuerbetrag für den Kauf allgemeiner Gebrauchsgüter erhoben wurde. Diese Art "Mehrwertsteuer", die stets am meisten und schwersten die unbemittelten Massen trifft, fand sichtlich den Beifall der Besitzenden. An der Börse begannen die Aktienkurse endlich wieder zu steigen. Der postrevolutionäre Staat, der im Interesse der Eigentümer auf "Ruhe, Ordnung und Sicherheit" setzte, wurde für wert gehalten, in seine Unternehmungen zu investieren.

Anerkennung, jedoch auch Skepsis und Missgunst, begleiteten den Ersten Konsul im Sommer 1800 über den uns schon bekannten Alpenpass. Er verlor die Schlacht bei Marengo (14. Juni), wurde aber vor dem Fiasko bewahrt. Sein Retter war General Desaix, der mit einem Armeekorps in Eilmärschen heranrückte und durch überraschenden Gegenangriff den Sieg über Habsburgs Truppen gewann. Im intriganten Paris meldete eine erste Nachricht den Misserfolg, worauf man behauptete, ihn vorausgesehen zu haben. Erst als die Siegesnachricht eintraf, stand Bonaparte wieder im Ruf eines Feldherrn. General Desaix hingegen bezahlte seine befreiende Tat mit dem Schlachtentod - österreichische Kugeln machten den Weg frei, der den anderen zum Ruhm führen sollte. Dieser hatte von der schwankenden Stimmung in seiner Hauptstadt erfahren. Sobald nun die Auguren an der Seine ihre Absicht anzeigten, Bonaparte einen großartigen Empfang zu bereiten, strafte er sie mit kalter Verachtung: "Ich [...] will weder Triumphbogen noch irgendeine Zeremonie. Meine Meinung von mir ist zu gut, um solchen Kram zu schätzen. Es gibt keinen anderen Triumph als die öffentliche Genugtuung."⁷

Der Sieg über Österreich bescherte Frankreich den Friedensvertrag von Lunéville (9. Februar 1801). Was schon durch den ersten Krieg gegen die antifranzösische Koalition errungen, dann aber von den Habsburgern verweigert worden war: Frankreich gewann jetzt im Osten seine "natürliche Grenze" – es annektierte die deutschen Gebiete auf dem Westufer des Rheins. Auch die von der Revolution geschaffenen "Schwesterrepubliken" in den Nieder-

⁷ Ludwig: Napoleon, S. 186.

landen, der Schweiz und Italien fanden diplomatische Anerkennung. Nur kurze Zeit, nachdem Bonaparte das Staatsruder ergriffen hatte, stand Frankreich im Frieden mit Österreich, Preußen, Bayern, Russland, Neapel, Spanien und Portugal. War der "Gott des Krieges" also auch und weit mehr ein "Friedensfürst"?

Endzeit der Republik

Es blieben unsichere Zeiten. Noch immer warteten überlebende Prinzen des Hauses Bourbon im Exil auf ihre Gelegenheit, und es gab konterrevolutionäre Parteigänger auch im Innern des Landes. Unversöhnlich wirkte Frankreichs traditioneller Widersacher von jenseits des Ärmelkanals: Englische Kaperschiffe kreuzten vor französischen Häfen. Agenten landeten an den Küsten der Vendée und schlichen sich nach Paris. Am Weihnachtsabend 1800, der Konsul fuhr gerade zum Opernhaus, sperrte ein gespannloser Lastkarren die Straße. Kaum war er beiseite geschoben, kaum war Bonaparte vorüber, so explodierte eine "Höllenmaschine", tötete und verwundete viele Menschen. Der mit dem Leben Davongekommene aber thronte in seiner Loge vor entzücktem Publikum als ein Günstling des Schicksals.

"Die Royalisten!" urteilte die Abordnung des Senats, die am folgenden Tag zur Gratulationscour aufmarschierte. Auch der Polizeiminister Fouché wusste es nicht anders. "Falsch!" rief der Konsul. "[...] Die Intellektuellen, diese Unteroffiziere der Revolution, die eine kühne Phantasie und mehr Bildung als die Menge besitzen, doch mit ihr leben und die Arbeiter aufhetzen! [...] Diese Metaphysiker sind es, denen wir alle Leiden verdanken!"8 Sieht man davon ab, dass der kommandierende Militär selbstdenkende und zumal jakobinisch gesinnte Intellektuelle nicht leiden mochte – die heftige Rede könnte auch psychische Kompensation gewesen sein, womit Bonaparte seine eigene Vergangenheit verdrängte. Bei anderer Gelegenheit nämlich hatte er unter vier Augen bekannt: "Es gab gute Jakobiner und es gab eine Zeit, da jeder Mensch mit einer auch nur ein wenig erhabenen Seele ein Jakobiner sein musste – ich war selbst einer [...] wie Tausend andere gute Menschen."⁹ Jetzt allerdings repräsentierte dieser Gutmensch die nachrevolutionäre Obrigkeit. Er befahl, Jagd auf Oppositionelle und Jakobiner zu machen. Mehr als Hundert wurden verhaftet, ohne ordentliches Gerichtsurteil hinter Gitter gesperrt oder nach Guayana, der "trockenen Guillotine", deportiert. Von 73 Zeitungen

⁸ Ebenda, S. 197.

⁹ Manfred: Napoleon Bonaparte, S. 352.

wurden 61 verboten. Flugschriften, Bücher, Theateraufführungen gerieten unter straffe Zensur.

Anders behandelte der Konsul die Royalisten. Die Attentäter, die tatsächlich aus ihren Reihen kamen, wurden gefunden und hingerichtet. Der Masse adliger Emigranten aber versprach er eine Amnestie, sofern sie der Republik die Treue schworen, überdies auf ihre früheren Privilegien und Besitztümer verzichteten. Rund 40.000 Adelsfamilien kehrten nach Frankreich zurück.

Der Frieden mit Großbritannien, der 1802 in Amiens geschlossen wurde, währte nur für ein Jahr. Wieder waren englische Freibeuter und Agenten zu fürchten. Im Winter 1803/04 kam die geheime Staatspolizei den Vorbereitungen eines erneuten Attentats auf die Spur. Wie beim ersten Mal führten die Indizien nicht zu den Jakobinern, sondern zu royalistischen Konterrevolutionären. Man verhaftete die Verdächtigen und streute das Gerücht in die Öffentlichkeit, sie hätten Bonaparte entführen und töten wollen.

Der erneute Coup wurde allgemein als ein Anschlag auf Revolution und Republik verstanden. Diesmal gedachte Bonaparte, die Situation "staatsmännisch" zu nutzen. Er ließ einen bourbonischen Prinzen auf neutralem Territorium kidnappen und im Festungsgraben von Vincennes exekutieren, wodurch er die internationalen Spannungen verschärfte. Dann zog er insgeheim noch andere Fäden. Damit bourbonischen Spekulierern auf den Königsthron ein für allemal der Zugang versperrt würde, ließ er den Senat im April 1804 die Erhöhung des Ersten Konsuls in den Rang eines Kaisers beschließen.

Öffentlich mimte Bonaparte seine Verwunderung und Bedenklichkeit – erklärte aber loyale Bereitschaft, Frankreich dienen zu wollen, vorbehaltlich einer sogenannten Volksabstimmung. Das Plebiszit durfte allerdings nur von Stimmberechtigten vollzogen werden, die gute Steuerzahler, also betuchte Bürger waren und an die Kaisermacht ihre ganz persönliche Erwartung knüpften: Sie werde das in der Revolution gewonnene oder vermehrte Eigentum allzeit schützen, die besitzbürgerlichen Revolutionsresultate irreversibel machen. So konnte geschehen, dass Franzosen, die vor einem Jahrzehnt den König gestürzt und unter das Fallbeil gelegt, das Königtum und die Krone vernichtet hatten, die Monarchie in der Gestalt Napoleon Bonapartes wieder aufrichteten.

Frankreich stand nun im Zwielicht. ¹⁰ Die neuen Silbermünzen trugen die Prägung: "Französische Republik – Kaiser Napoleon". Was für ein Widerspruch: "Republik" und "Kaiser". Wie sollte das zusammengehen? Wohl

¹⁰ Ebenda, S. 402ff.

wurde der 15. Jahrestag des Bastillesturms gefeiert, bald nicht mehr am 14. Juli, sondern aus Geschäftsgründen auf einen arbeitsfreien Sonntag verschoben. Indes änderte sich die Sprache der politischen Öffentlichkeit. Der erste Mann im Staat nannte sich kaum mehr "Bonaparte", was ihn als republikanischen General identifiziert hätte. Er bevorzugte jetzt dynastische Gepflogenheiten und somit den Vornamen: "Napoléon". Die Bewohner der Republik, die bislang vom Ersten Konsul bis zum letzten Bettler als "Citoyen" ("Bürger") bezeichnet wurden, verwandelten sich: an der Staatsspitze zu "Sire" und "Ihrer kaiserlichen Majestät" – im übrigen wieder zu "Madame" und "Monsieur". "Ihre Majestät" empfing eine millionenschwere Zivilliste. Ihre "majestätischen" Brüder und Schwestern prunkten in den überkommenen Schlössern von Paris und Umgebung. Das von Geheimpolizisten bewachte Hofzeremoniell wurde von Mal zu Mal prächtiger.

"Staatsmännisch" nannte Napoleon auch die einstweilige Versöhnung und das Konkordat mit dem römisch-katholischen Klerus. Die Revolution hatte in der Kirche die machtstützende Ideologieinstitution des Absolutismus und des spätfeudalen Ständestaats bekämpft. Napoleon aber spannte die abendländische Glaubensmacht vor den Wagen seines postrevolutionären Kaisertums. Der Vatikan versüßte sich die ihm zugemutete Dienstleistung mit einem Bonmot, das die Korsen als Italiener auffasste: "Schließlich haben wir ja die Genugtuung, uns an den Galliern zu rächen, indem wir diese Barbaren von einer italienischen Familie beherrschen lassen." Doch die Rolle des bloßen Verlierers wollte der Vatikan nicht spielen. Klerikale Journale begannen in Paris den Feldzug gegen die Aufklärung, zumal mit der Verteufelung Voltaires und Rousseaus, der kirchenkritischen Vordenker der Revolution.

Während nicht wenige Franzosen noch glaubten, Republikaner zu sein, kappte Napoleon vollends die Taue, die seinen kaiserlichen Titel an die republikanische Staatsform und das Prinzip unmittelbarer "Volkssouveränität" banden. Beflissene Tintenkleckser hatten begonnen, eine entfernte Abstammung des Korsen von den Karolingern zu vermuten. Das passte genau zur Kalkulation "Seiner Majestät": Wenn schon "Kaiser" und Nachfahre von "Karolus Magnus", dann sollte das Kaisertum auch durch ein Fest der Krönung und die Krone durch die Würde der "Heiligkeit" erhöht werden – ganz wie im frühen Mittelalter. Hatte der römische Papst damals den Kaiser Karl gekrönt, so sollte er dieses auch für Napoleon tun. Nur, der Korse wollte nicht wie "Karolus" nach Rom ziehen; der Papst sollte gefälligst zu ihm nach Paris kommen. Als Schüler der Aufklärung und nüchterner Rationalist dachte und handelte Napoleon nicht als ein gläubiger Christ. Er sah in Papst Pius VII.

eine Art Schamanen, der durch sakrale Riten und geistige Manipulation das Glaubensbedürfnis vieler Europäer abschöpfte. Eben diese Millionen mochte Napoleon künftig für sich selbst gewinnen.

Die Krönung

Am 2. Dezember 1804 erstrahlte Notre-Dame de Paris im Glanz der Lichter und der eitel geputzten Eliten. Obwohl das Hofzeremoniell der gestürzten Bourbonen genau studiert worden war, vollzog sich die Krönung unter Symbolen einer weit älteren und mächtigeren Dynastie. Das Zepter Karls des Großen, von einem findigen Museologen nachgebaut, bezeugte naiv staunenden Sinnen die Fundierung des neuen Kaisertums im karolingischen Erbe. Die Form des Kaisermantels ließ sogar an Antike denken. In ihm schritt der kleinwüchsige Korse an der Seite seiner kreolischen Geliebten, die ihm erst zwei Tage zuvor kirchlich angetraut worden, zum Hochaltar. Dort erwarteten ihn der Papst und die Kardinäle. Als nun der Augenblick kam, auf den jedermanns Spannung sich konzentrierte, weil Napoleon jetzt sein Knie beugen und der Papst ihm die Krone aufs Haupt setzen musste – ergriff jener das kostbare Stück mit eigenen Händen. Er drehte dem Heiligen Vater den Rücken zu und stülpte sich vor aller Augen den goldenen Lorbeerkranz selbst auf das schwarze, dünngewachsene Haar. Dann schmückte er mit kleinerer Krone seine schöne Josephine, die artig vor ihm niederkniete.

Muss man den Vorgang noch kommentieren? Sobald alles vorüber war, der Kaiser mit seiner frischbackenen Kaiserin zur Festtafel ging, soll er geflüstert haben: "Gott sei Dank, das ist überstanden. Ein Schlachttag wäre mir lieber gewesen." Das könnte ebenso eine Legende sein wie die Antwort des Veteranen der Revolutionsarmee, der auf Napoleons Frage, wie ihm die Festivität gefalle, erwidert habe: "Sehr gut, Eure Hoheit, es ist nur schade, dass heute die 300.000 Menschen nicht hier sind, die ihre Köpfe hinlegten, um solche Zeremonien unmöglich zu machen." Erfinder solcher Sprüche waren sicherlich jene ungeliebten und unausrottbaren Intellektuellen, die die schönen und die hässlichen Grausamkeiten der Realgeschichte im Treppenwitz der Welthistorie erträglich machen. Verbürgt ist aber ein Brief des Dichters der "Marseillaise". Rouget de Lisle schrieb an den Kaiser unverblümt: "Sie werden zugrunde gehen und, was schlimmer ist, Frankreich mit sich ins Verderben stürzen." ¹² In Wien ist noch heute Beethovens Unwille zu erkennen:

¹¹ Tarlé: Napoleon, S. 190.

¹² Manfred: Napoleon Bonaparte, S. 408.

Die Zueignung der Symphonie "Eroica", gewidmet dem Revolutionsgeneral Bonaparte, ist mit einem zornigen Federstrich widerrufen, der auf der Partitur einen Riss hinterließ.

Haben wir mit David angefangen, so wollen wir auch mit ihm schließen. Der Mann, der Robespierre zugeschworen hatte, "den Schierlingsbecher gemeinsam zu trinken", stieg hoch hinauf: zum Hofmaler des Kaisers der Franzosen. Er gewann dessen Auftrag, die Krönungszeremonie auf der Leinwand unvergesslich zu machen. So überkam aus der Zeit, da die Photographie noch nicht existierte, Davids Riesengemälde wie ein historisches Dokument. Das meisterliche Farbenspiel der Prachtgewänder, die rosafarbenen Frauenschultern in den tief ausgeschnittenen Dekollettés, die beiden Kronen in matt glänzendem Gold – dies alles und mehr täuscht den Augenblick vor, in dem der bereits geschmückte Napoleon mit erhobener Krone zur knienden Josephine schritt. Eine unbestreitbare Täuschung geschah in der Mitte des Bildes. Dort thront auf einer Empore Lätitia Bonaparte, die Mutter des Kaisers, in hoher Gestalt, den Vorgang der Krönung streng überwachend, mit leicht verkniffenem Mund. Für den Klan- und Familienmenschen von Korsika war die Anwesenheit seiner Mutter der dringendste Wunsch gewesen, ein Gebot des guten Rufes, der Sittlichkeit. Und der Maler ermöglichte, was getreuliche Photographie versagt hätte: Obwohl Mutter Lätitia aus Protest gegen den Zwist zwischen Napoleon und seinem jüngeren Bruder Lucien gar nicht zur Krönung erschienen war, vermochte Kunstfertigkeit die Abwesende für alle Zeit als durchaus anwesend darzustellen.

"David, ich beglückwünsche Sie!" soll des Kaisers sehr zufriedener Ausruf gelautet haben. Er erhob seinen Maler, der aus Robespierres jakobinischem Wohlfahrtsausschuss gekommen war, zum "Offizier der Ehrenlegion".

2. Der Herr des Kontinents Protektor des Rheinbundes

Napoleons Kaisertum war eine Erbmonarchie auf der Grundlage des bürgerlichen Eigentums – kein Hort politisch-sozialer Restauration. Doch der Wiederherstellung des autoritären Staats, die im Innern Frankreichs vollzogen wurde, entsprach alsbald die Außenpolitik. Die niederländischen, rheinischen, schweizerischen, italienischen "Schwesterrepubliken" der Revolutionszeit und zudem die in den Koalitionskriegen seit 1792 eroberten Territorien wurden entweder für Frankreich annektiert oder zu Protektorat-

staaten umgestaltet, die der Kaiser von den Stellvertretern aus seiner Familie, seiner Generalität und hohen Bürokratie regieren ließ. Frankreich, die neu geschaffenen Staaten und selbst die Altstaaten der Zug um Zug unterworfenen Feudaldynastien bildeten den Bestand eines wachsenden Hegemonialsystems, das sich über den Westen und Süden, schließlich auch die Mitte des Kontinents ausbreitete.

Nach seinem Triumph bei Austerlitz und dem Gesamtsieg im dritten Koalitionskrieg (1805) befahl Napoleon die Eroberung Neapels, weil dort englische Schiffe im Hafen lagen. Er schrieb an seinen Bruder Joseph: "Ich habe Ihnen, glaube ich, schon gesagt, dass es meine Absicht ist, das Königreich Neapel an meine Familie zu bringen. Das wird zusammen mit Italien, der Schweiz, Holland und den drei Königreichen Deutschlands meine föderierten Staaten oder das wahre französische Imperium bilden."¹³ Der potentielle Imperator ernannte den Adressaten zum König von Neapel und begann, seine weiteren Brüder und Schwestern mit Töchtern und Söhnen "hochgeborener Fürsten" zu verkuppeln. So erfüllte sich die Voraussage, die in Davids Reiterbildnis enthalten war. Mit Waffengewalt und Verschwägerungsdiplomatie folgte Napoleon den Spuren des karolingischen Kaisertums. Auch an Leibesfülle zunehmend, witzelte er über den gewonnenen Krieg mit Übermut: "Dieser Feldzug hat mich fett gemacht. Ich glaube, wenn Europas Fürsten sich alle gegen mich vereinigten, würde ich einen lächerlichen Wanst bekommen!"

Zumal die deutsche Staatenwelt wurde Objekt der französischen Außenpolitik. Den ewigen Landhunger und die Titelsucht deutscher Potentaten ausnutzend, versetzte Napoleon dem fast tausendjährigen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation den Todesstoß: Für den Preis territorialer Bereicherung und formeller Rangerhöhung gewann er die Fürsten, ihrem habsburgischen Oberhaupt und Deutschen Kaiser die Reichsgefolgschaft aufzukündigen. Sie gründeten am 12. August 1806 die "Conféderation du Rhin" und unterstellten sich der Schirmherrschaft des "Kaisers der Franzosen". ¹⁴

Der Rheinbund war die Organisationsform des napoleonischen Hegemonialsystems in Deutschland. Nahmen an seinem Gründungsakt zunächst 16 Fürsten teil, so wuchs er in der Folgezeit auf 39 Mitgliedsstaaten und eine Be-

¹³ Kaiser Napoleon I. an seinen Bruder Joseph Bonaparte, Wien, 27. Januar 1806. In: Napoleons Briefe, ausgew. u. hrsg. v. F. Schulze, Leipzig 1912, S. 183f. Mit den "drei Königreichen Deutschlands" bezeichnete Napoleon die Fürstentümer Bayern, Württemberg und Baden.

¹⁴ T. Bitterauf: Geschichte des Rheinbundes, Bd. 1: Die Gründung des Rheinbundes und der Untergang des alten Reiches, München 1905; Helmut Rößler: Napoleons Griff nach der Karlskrone. Das Ende des Alten Reiches 1806, München 1957.

völkerung von 14,6 Millionen. Mit Ausnahme Österreichs und Preußens gehörten am Ende sämtliche deutschen Fürstentümer, sofern sie die Umwälzungen der Jahrhundertwende überdauert hatten, dem Rheinbund an. Sein Herrschaftsgebiet begann am Rhein, reichte im Süden über die Alpen bis an die Etsch und den Gardasee, verlief im Osten entlang der böhmischen Grenze, der Flüsse Neiße und Oder (nur bei Magdeburg an der mittleren Elbe) und endete im Norden an den Küsten der Nord- und Ostsee bis zur Peenemündung.

Diese Konföderation basierte auf einem Pakt französischer Revolutionsgewinnler und deutscher Hocharistokraten, die den politischen und sozialen Epochengegensatz von Bürgertum und Adel, Kapitalismus und Spätfeudalismus verkörperten. Einheit und Widerspruch prägten daher die föderativen Strukturen und die formaljuristischen Vereinbarungen. Einerseits konstituierte die Rheinbundakte einen Staatenbund, der die Gemeinschaft seiner Mitglieder betonte, indem sie allesamt unter die Schutzgewalt des Protektors Napoleon traten und überdies die Absicht bekundeten, ein Fundamentalstatut mit Fürstenparlament und Bundesgerichtshof konstituieren zu wollen. Andererseits aber behielten die einzelnen Staaten im Verhältnis zueinander und zur Bundesgemeinschaft eine weitgehende Souveränität, so dass jeder Fürst die vollen Rechte der Gesetzgebung, der Polizeigewalt, der Gerichtsbarkeit, der Steuerhoheit und der militärischen Aushebung für sein Territorium ausübte. ¹⁵

Das Gemeinsame und das Einzelne bildeten den inneren Widerspruch des komplizierten Paktsystems, in dem zwei Kraftzentren mit verschiedenen Entwicklungstendenzen angelegt waren. Napoleon konnte im Interesse seiner Hegemonialpolitik versuchen, eine Angleichung aller Verbündeten an das postrevolutionäre Frankreich mittels politischer und sozialer Reformen zu erzwingen. Zugleich aber konnte eine konservative Beharrungsstrategie der Fürsten die einzelstaatliche Souveränität ausnutzen, um einer raumgreifenden Liberalisierung von Staat und Gesellschaft zu widerstehen. Es war die offene Frage: ob sich der Rheinbund zu einer lebenskräftigen und reformfähigen Staatenföderation unter der Führung Frankreichs entwickeln – oder an der politisch-sozialen Sprengkraft, die in ihm verkapselt lag, nach einiger Zeit zugrunde gehen werde.

Namhafte deutsche Zeitgenossen erblickten in Napoleon den Bahnbrecher bürgerlicher Freiheit. Sie erwarteten von ihm und dem Rheinbund reformpolitische Initiativen. So urteilte Hegel in seiner "Phänomenologie des

¹⁵ Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 1: Reform und Restauration 1789 bis 1830, Stuttgart 1957, S. 79.

Geistes" (1807): "Es ist übrigens nicht schwer zu sehen, dass unsere Zeit eine Zeit der Geburt und des Übergangs zu einer neuen Periode ist. Der Geist hat mit der bisherigen Welt seines Daseins und Vorstellens gebrochen und steht [...] in der Arbeit seiner Umgestaltung."¹⁶ Der Philosoph des bürgerlichen Denkens, der die revolutionäre Diktatur der Jakobiner ablehnte, aber der Revolution als politischer Umwälzung zustimmte, sah in Napoleon den "Geschäftsführer" eines zum Fortschritt drängenden "Weltgeistes". Das verjüngte und gekräftigte Frankreich, das durch diesen Imperator zur inneren Stabilität geführt und repräsentiert wurde, sollte durch Beispiel und Einfluss auch die Deutschen zur geschichtlichen Tat, also zur bürgerlichen Erneuerung bewegen.¹⁷

Dass der Staatenbund eine solche Aufgabe wirklich erfüllte, hing von Ausbau und Wirksamkeit seiner zentralen Körperschaften ab. Es war Napoleon selbst gewesen, der seine Vertragspartner zu der Absichtserklärung gedrängt hatte, unter der Geschäftsführung des Fürstprimas Karl von Dalberg einen Bundestag in Frankfurt a. M. zu gründen. ¹⁸ Man erwartete eine Fürstenversammlung, die unter dem Einfluss ihres Protektors gemeinsame Beratungen und Beschlüsse durchführte. Sie sollte die partikularstaatlichen Konflikte des gestürzten Reiches überwinden und vor allem einen gesellschaftspolitischen Wandel bewirken. Der Wunsch nach Ausgestaltung der Konföderation in Deutschland gebar sogar die Vorstellung einer weit größeren, nach Staaten verschiedener Nationen gegliederten Föderation des europäischen Kontinents: "Universalmonarchie" hieß das Konstrukt, das von Liberalen in Wort und Schrift kolportiert wurde. ¹⁹

¹⁶ G. W. F. Hegel: Phänomenologie des Geistes. In: Sämtliche Werke, Bd. 2, hrsg. v. H. Glockner, Stuttgart 1951, S. 18.

¹⁷ Zum gesellschaftlichen Bewusstsein im Rheinbund: E. Ziehen: Winkopps "Rheinischer Bund" (1806 – 1813) und der Reichsgedanke. In: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, NF 18, 1934, S. 292 ff.; M. Bernath: Napoleon und der Rheinbund im Spiegel der Zeit. In: Neue Mitteilungsblätter des Rheinischen Kulturinstituts, Heft 2, Mainz 1953; Kurt v. Raumer: Deutschland um 1800. Krise und Neugestaltung 1789 bis 1815 (Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, 1a), Wiesbaden 1980, S. 338ff.

¹⁸ Artikel VI und X des Rheinbund-Traktats vom 12. Juli 1806. Friedrich Donath/Walter Markov: Kampf um Freiheit. Dokumente zur Zeit der nationalen Erhebung 1789 – 1815, Berlin/DDR 1954, S. 74f.; R. Wohlfeil: Untersuchungen zur Geschichte des Rheinbundes 1806 – 1813. Das Verhältnis Dalbergs zu Napoleon. In: Zeitschrift zur Geschichte des Oberrheins, Heft 108 (NF, H. 99), 1960, S. 85ff.; Elisabeth Fehrenbach: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Grundriß der Geschichte, 12), 2. Aufl., München 1986, S. 79, 182f.

¹⁹ Über das unerfüllte Projekt eines kontinentalen "Völkerbundes" hat Napoleon in seinen auf Sankt Helena verfassten Memoiren geurteilt: "Eine meiner Lieblingsideen war die Zusammenschmelzung, die Vereinigung der Völker, die durch Revolutionen und Politik getrennt

Die Kontinentalsperre

Der vierte Koalitionskrieg von 1806/07 bewirkte Altpreußens militärischen Zusammenbruch. Auf den Schlachtfeldern bei Jena und Auerstedt unterlag die Armee gepresster Bauernsöhne und Söldner dem Massenheer bürgerlich freier Soldaten. Die preußischen Generale, die noch in Friedrichs II. überlebter Feldzugsstrategie und Gefechtstaktik gefangen waren, stürzten allesamt unter der revolutionierten Militärgewalt Napoleons und seines Marschalls Davout. Während die Reste der Preußen kapitulierten oder auf der Flucht waren, besetzten die Franzosen die Residenzstadt Berlin. Dort mochte Varnhagen von Ense, der beständigste deutsche Chronist der ersten Jahrhunderthälfte, nur ungern ein Zeuge sein, als Napoleon am 27. Oktober 1806 durch das Brandenburger Tor einzog. Auf der Straße Unter den Linden erschallten vereinzelte Hochrufe aus der versammelten Menge. Die Konservativen ballten die Faust in der Tasche. Napoleons empfindsamste Gegner waren jene, die wie Varnhagen und der Philosoph Fichte der "französischen Freiheit" gehuldigt hatten, ietzt aber den Kaiser und Eroberer an den Idealen von 1789 maßen und ihn einen "Mörder der Freiheit" nannten. ²⁰ In der Tat entfremdete sich Napoleon zusehends dem noch immer benutzten Dreiklang "Liberté! Égalité! Fraternité!" Die Keimlinge seiner Rheinbundreformen verdarben, ehe sie reiften, unter den vernichtenden Wirkungen einer Politik, in die er sich teils unfreiwillig, teils schuldhaft verstrickte.

Zur Erbmasse der Revolutionszeit, die Napoleon nolens volens übernehmen musste, zählte die hundertjährige Rivalität zwischen England und Frankreich. In allen Koalitionskriegen gegen Revolution und Kaiserreich spielte Großbritannien die Rolle des Drahtziehers und Finanziers. Obwohl es infolge der Geburt der USA transatlantische Gebiete verloren hatte, war es die stärkste Kolonial-, Handels- und Industriemacht der Welt. Mit seinen Flotten die

worden waren. Es gibt in Europa mehr als 30 Millionen Franzosen, 15 Millionen Spanier, ebensoviel Italiener und 30 Millionen Deutsche. Ich wollte sie alle in einem einzigen festen nationalen Körper vereinigen. Dem Vollbringer dieses Werkes würde die Nachwelt ihre schönsten Kränze geweiht haben, und ich fühlte mich stark und berufen, eine solche Arbeit zu übernehmen. War dies getan, dann konnte man sich dem jetzt nur erträumten Ideal einer höheren Gesittung hingeben; dann war kein Wechsel mehr zu befürchten, denn es herrschte ein Gesetz, einerlei Meinung, eine Ansicht, ein Interesse, das Interesse der Menschheit. Dann hätte man vielleicht auch für Europa den Gedanken einer Amphiktyonie, eines nordamerikanischen Kongresses, ausführen können. Und welche Aussichten eröffneten sich dann, welches Schauspiel bot dann die Welt!" Memoiren Napoleons, hrsg. v. M. Kircheisen, Dresden 1927, S. 285.

²⁰ K. A. Varnhagen von Ense: Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens, 3. erw. Aufl., Berlin/ DDR 1954, S. 144.

Meere beherrschend, gebrauchte es die europäischen Feudalmächte so lange wie möglich als seinen Festlandsdegen, um den traditionellen Konkurrenten zu bekämpfen. Weil aber die Französische Revolution in ihren Nachbarländern zündete oder feudale Regime ins Bündnis zwang, erweiterte Britannien seinen Krieg auch gegen diese Staaten. Es nutzte die kontinentalen Kämpfe für seine eigenen Beutezüge in Übersee und auf den Weltmeeren. So eroberte es in Ostindien, Südafrika und der karibischen Inselwelt nicht nur Kolonien Frankreichs, sondern auch Hollands und Spaniens. Es gewann acht Seeschlachten, in denen nicht nur französische, sondern auch holländische, spanische, neapolitanische, dänische Flotten vernichtet oder erobert wurden. Es führte den Kaperkrieg nicht nur gegen Frankreichs Handelsschiffe, sondern auch gegen holländische, spanische, dänische, preußische Kauffahrer – ganz gleich, ob sie auf staatliche oder private Rechnung fuhren.

Während Britanniens kontinentale Verbündete regelmäßig gegen Frankreich verloren, gewann es selbst an Reichtum und Macht. Premierminister William Pitt jun. bilanzierte acht einträgliche Kriegsjahre, als er am 18. Februar 1801 vor dem Parlament sagte: "Trotz beständiger Kriege haben wir unseren auswärtigen wie inneren Handel auf eine höhere Stufe gebracht als je zuvor [...]. "21 Englische Kaufleute kritisierten den kurzen Frieden von Amiens (1802/03), indem sie von ihrer Regierung die Wiederaufnahme des Krieges geradezu verlangten. "Durch den Frieden geben wir alle Kolonien Frankreichs und seiner Verbündeten zurück. Wir stellen Frankreichs Handel wieder her und berauben uns des Alleinhandels [...]. Lassen wir den Seekrieg fortdauern, so dauert auch unser Handelsmonopol fort."²² Es ist ein Tatbestand dieser Epoche, dass nicht nur die bürgerlichen Regierungen Frankreichs von der Vaterlandsverteidigung zur offenen Annexionspolitik wechselten. England betrieb selbst eine andauernde Konfrontation: Kolonialkriege, Freibeuterei auf den Meeren, Blockade der französischen Häfen kennzeichnen seinen spezifischen Anteil an der schwer belasteten Situation, in der sich die Rivalität der beiden bürgerlich-kapitalistischen Staaten zum unversöhnlichen Gegensatz ihrer Regime zuspitzte.

Auf dem Kontinent siegte einstweilen Frankreich. Wohl verlor es die Seeschlacht bei Trafalgar (1805), so dass Napoleons tollkühnes Projekt einer Landung an der englischen Küste zunichte wurde. Doch im dritten und vier-

²¹ A. v. Peez/P. Dehn: Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalsperre, Leipzig 1912, S. 167; vgl. I. Holland-Rose: Pitt and the Great War, London 1911.

²² Peez/Dehn: Englands Vorherrschaft, S. 167f.; vgl. Otto Brandt: England und die napoleonische Weltpolitik 1800 – 1803, Heidelberg 1916.

ten Koalitionskrieg wurden Österreich, Russland und Preußen, die wichtigsten Kontinentalmächte, in die Knie gezwungen. Der Kaiser der Franzosen und Protektor des Rheinbundes konnte dazu übergehen, das militärisch unerreichbare Inselreich durch eine Gegenstrategie des Wirtschaftskrieges systematisch zu bekämpfen. Am 21. November 1806 erließ Napoleon im Schloss Charlottenburg bei Berlin das Dekret der Kontinentalsperre. Gegen die britischen Inseln wurde eine Blockade verhängt, die den Handel, den Postverkehr, überhaupt jede Kommunikation mit Großbritannien verbot. Selbst zivile Staatsangehörige Britanniens, die nach geltendem Völkerrecht gegen Inhaftierung geschützt waren, sollten als Kriegsgefangene eingebracht, jedes englische Eigentum, Handelsgut, Warenmagazin auf dem Festland beschlagnahmt werden. Auch war der Handel, den andere Kaufleute mit englischen Waren betrieben, untersagt. Neutrale Schiffe, die diese Bestimmungen missachteten, sollten mit ihrer gesamten Fracht weggenommen werden.

Diese Absperrung des Kontinents war eine gigantische Strategie, deren Konzept noch im Merkantilismus des 18. Jahrhunderts wurzelte. Napoleon und seine Berater handelten nach der Theorie, dass der Geldreichtum eines Landes und somit seine Macht anwüchsen, je mehr der Export von Fertigwaren gesteigert, ein Import derselben aus anderen Ländern aber behindert werde. Dagegen verfalle ein Land, ie niedriger seine Warenausfuhr sei. Es lag daher kaum in der Absicht, dem ohnehin meerbeherrschenden Gegner die Zufuhren abzuschneiden. Nicht "Auszehrung", sondern "Verfettung" sollte ihn ruinieren. Indem die Blockade das europäische Festland verriegelte, nahm sie dem britischen Handel den nahen und lohnendsten Absatzmarkt. Die wachsende Masse der nicht exportierbaren Industrie- und Kolonialwaren sollte das Inselreich in eine tödliche Krise stürzen: die aktive Handelsbilanz zerstören. die Währung zerrütten, den Staat bankrott machen. ²³ Frankreichs Hauptfeind sollte künftig außerstande sein, mit seinen Reichtümern neue Kriegskoalitionen aufzubieten. Und weil die Sperrung der englischen Ausfuhr zugleich die Einfuhr von Waren des Kontinents verhinderte, konnte der Abbruch des traditionellen Imports von Getreide, Holz und anderen Rohstoffen als ein zusätzlicher Störeffekt wirken.

²³ Hans Haußherr: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, 2. Aufl., Weimar 1955, S. 359; R. v. Roosbroeck: Betrachtungen über Ziel und Wirkungen der Kontinentalsperre. In: W. v. Groote (Hrsg.): Napoleon I. und die Staatenwelt seiner Zeit, Freiburg 1969, S. 119ff.; F. Crouzet: Kriege, Kontinentalsperre und wirtschaftliche Veränderungen in Europa. In: H.-O. Sieburg: Napoleon und Europa, Köln – Berlin 1971.

Erwägt man die politischen und militärischen Konsequenzen der Kontinentalsperre, so erforderte sie eine Perfektion, die alles in ihren Dienst zwang. Die Blockade hatte nur ernsthaften Bestand, wenn sich die Staaten des Festlandes den Interessen und der Kontrollgewalt Frankreichs fügten – andernfalls genügte ein Land, das Widerstand leistete und seinen traditionellen Handel mit Britannien und dessen Kolonien fortsetzte, um das Blockadesystem brüchig zu machen. Solch ein Land konnte britische Waren, auch unter fingierten Herkunftsbezeichnungen, in Europa verbreiten.

Bereits die Friedensverhandlungen zu Tilsit (1807), die der Höhepunkt der Laufbahn Napoleons waren, standen unter den Illusionen und Zwängen, denen sich der Imperator mit seiner Strategie ausgeliefert hatte. Russland, die geschlagene, aber noch immer stabile Großmacht des Feudalsystems, war auch die Vormacht an Nordmeer und Ostsee – widersetzte es sich dem Blokkadesystem, so konnten sich seine Küsten mit Schmuggellagern bedecken, woraus ein Strom englischer Waren auf den Kontinent floss. Um also den Zaren für die Blockade gegen Britannien zu gewinnen, machte der Erbe der Revolution erhebliche Zugeständnisse. ²⁴ Er verzichtete auf die staatliche Wiederherstellung Polens, die im Interesse einer revolutionären Außenpolitik Frankreichs gelegen hätte. Statt dessen unterstellte er das neu geschaffene Herzogtum Warschau dem von ihm selbst zum König erhöhten Feudalfürsten Sachsens²⁵, und Russland überließ er polnische Gebiete. Napoleon folgte auch dem Wunsche des Zaren, Preußen nicht gänzlich zu liquidieren, sondern als Pufferstaat zwischen Frankreich und Russland zu belassen.

Die so erkaufte Bereitschaft des Zaren verfestigte sich durch die Freibeuterei der Engländer. Londons Regierung, die nicht abwartete, bis sich Dänemark für oder gegen die Kontinentalsperre entschied, verlangte die Auslieferung der dänischen Flotte. Weil die Dänen sich weigerten, praktizierten die Engländer den Musterfall eines völkerrechtswidrigen Gewaltakts, den die Hochsprache der Aggressoren als "Präventivkrieg" bezeichnet: Ein britisches Geschwader beschoss Kopenhagen mitten im Frieden, zerstörte Häuser und Hafenanlagen, tötete viele Menschen, kaperte die begehrten Schiffe und führte sie als Beute davon (September 1807). Dänemarks neutrale Seemacht war vernichtet, England beherrschte den Sund, das Tor zur Ostsee – und Russland reagierte mit der Kriegserklärung.

²⁴ Tarlé: Napoleon, S. 256ff.; Manfred: Napoleon Bonaparte, S. 464ff.

²⁵ M. Senkowska-Gluck: Das Herzogtum Warschau. In: Sieburg: Napoleon und Europa, S. 221ff.

Aber auch Napoleons Bestreben, die Kontinentalsperre durchzusetzen, verursachte weitere Kriege. ²⁶ Er trieb seine Armeen nach Portugal und Spanien, wo die Hauptstädte und die Küsten besetzt, die angestammten Fürstenhäuser verjagt oder entthront wurden. Der Widerstand Schwedens und der Türkei, die Blockade anzuerkennen, gab auch dem Zaren die willkommene Gelegenheit, im Einverständnis mit Napoleon das schwedische Finnland und das türkische Bessarabien zu erobern. Der römische Kirchenstaat, der sich gleichfalls verweigerte, wurde von Frankreich annektiert, der Papst gewaltsam ins Exil geführt. 1808 umfasste die Kontinentalsperre fast das ganze Festland Europas von Lissabon bis Sankt Petersburg, von den süditalienischen Küsten bis Hamburg und Lübeck.

Hegemonialsystem und bürgerliche Umgestaltung

Die deutschen Fürsten und ihr Protektor Napoleon hatten in der Gründungsakte des Rheinbundes beschlossen, dass jeder kontinentale Krieg, in den einer der Staaten verwickelt würde, für alle ein gemeinsamer Krieg sein sollte. ²⁷ Bei den bestehenden Machtverhältnissen bedeutete dieses Prinzip, dass nicht einer der Fürsten von sich aus in einen Krieg geraten und alle anderen mit hineinzerren konnte. Allein die Schutzmacht Frankreich vertrat de facto und de jure die äußeren Sicherheitsinteressen der gesamten Konföderation. In der Hand des Protektors lag daher die höchste Gewalt, die über Krieg oder Frieden entschied. So wurde Frankreichs Kampf gegen das Inselreich und gegen die Blockadeverweigerer auf dem Festland auch zum Dauerzustand sämtlicher Rheinbundstaaten.

Indem der Protektor von Krieg zu Krieg und von Feldzug zu Feldzug hastete, entfremdete er sich der Liberalisierung des Rheinbundes. Er verlor die ohnehin komplizierte Möglichkeit, mit Hilfe des beabsichtigten Bundestages und zentraler Institutionen für eine umfassende Modernisierung zu wirken. Noch im Februar 1808 ließ er von seinem Außenminister Champagny zwei Entwürfe für ein Fundamentalstatut anfertigen, das eine Zentralisierung der Konföderation und die Einführung des "Code civil" in sämtlichen Rheinbundstaaten vorsah. Weil aber die Könige Bayerns und Württembergs widerstrebten und auf ihrer uneingeschränkten Souveränität beharrten, weil

²⁶ H. Deutsch: The Genesis of Napoleonic Imperialism, Cambridge 1967; Heinz Helmert/ Hansjürgen Usczeck: Europäische Befreiungskriege 1808 bis 1814/15. Militärischer Verlauf, Berlin/DDR 1976.

²⁷ Artikel XXXV des Rheinbund-Traktats. In: Donath/Markov (Hrsg.): Kampf um Freiheit, S. 75.

überdies schon im Herbst der Krieg auf der Pyrenäenhalbinsel begann, ließ der Protektor seine weit gedachten Reformpläne fallen. Zu Metternich, dem damaligen Botschafter Österreichs, sprach er jetzt von seiner Abneigung gegen den Fürstprimas Dalberg: "Dieser Mann ist voll von leeren Träumereien. Er quält mich fortwährend, ich solle die Verfassung dessen, was er das deutsche Vaterland nennt, herstellen. [...] Nun, da ich von dem Bündnis nur Menschen und Geld haben will und da es die Großen sind und nicht die Kleinen, die mir das eine und das andere verschaffen können, so lasse ich die Großen in Ruhe [...]. "²⁸ Zwei Jahre später vertröstete Napoleon die Reformerwartungen mit den Worten: "Die Zeit der Institutionen ist noch nicht gekommen, sie werden dem allgemeinen Frieden folgen [...]. "²⁹ Jedoch der Frankfurter Bundestag trat niemals zusammen. Die Absichtserklärungen für eine Verfassung und Modernisierung des gesamten Rheinbundes blieben lebloses Papier.

Der Protektor konzentrierte Frankreichs Interessen in Deutschland vor allem auf militärpolitische Hilfeleistungen. Die Bündnispflichten, die er für jeden einzelnen Staat konkret verabredete, forderten mehr als den Verzicht auf Handel mit England und Übersee. Sie fixierten auch die andauernde Bereitstellung von Geld und Kriegsmaterial, fesselten sogar das Schicksal vieler Untertanen der Rheinbundfürsten an alle Heerzüge Napoleons: Neben 200.000 Franzosen waren 118.450 Deutsche, die unter französischem Oberbefehl kämpfen und im Todesfall ersetzt werden mussten, zum Kriegsdienst verpflichtet. Andererseits waren es Fürsten, die einer liberalistischen Ausgestaltung des Rheinbundes entgegenstanden. Sie erfüllten ihre militärischen Koalitionspflichten auf dem Rücken ihrer Untertanen, verfolgten sonst aber dynastische Eigeninteressen. So scheiterte eine produktive Einheit der Konföderation an der Permanenz des Kriegszustandes und am Interessengegensatz sozial und politisch disparater Bündnispartner.

Aus der Kontinentalsperre erwuchs den Rheinbundstaaten überdies die Willkür französischer Zollpolitik. ³¹ Es wäre denkbar gewesen, die gemeinsame Front gegen Britanniens Seeblockade und Freibeuterei für ein Abkommen

²⁸ Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, hrsg. v. Sohn des Staatskanzlers Fürsten Richard Metternich-Winneburg. Geordnet u. zus.-gest. v. A. v. Klinkowström (Autorisierte deutsche Originalausgabe), Teil 1/Bd. 1, Wien 1880, S. 61.

²⁹ Napoléon: Correspondance de Napoléon Ier, 32 Bde, Paris 1858-1870, Bd. XX, p. 269.

³⁰ Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 1, S. 81.

³¹ Peez/Dehn: Englands Vorherrschaft, S. 241ff.; R. Darmstaedter: Studien zur napoleonischen Wirtschaftspolitik. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, Leipzig 1904. S. 559ff., Bd. 3, 1905, S. 112ff. R. Dufraisse: Régime douanier, blocus, système continental. In: Revue d'histoire économique et social, 44/1966, p. 588; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, 2. Aufl., München 1989, S. 486ff.

zu benutzen, das die Wirtschaftsinteressen aller Verbündeten achtete und den wechselseitigen Warenverkehr nach Grundsätzen der Gleichberechtigung oder der Meistbegünstigung einräumte. Doch die strengen Sperrpflichten gegen Britannien wurden keinesfalls durch die Vorzüge eines kontinentalen Zollbundes entgolten. Sieht man davon ab, dass die Wirtschaft dieser Staaten infolge der Kontinentalsperre von der übermächtigen Handelskonkurrenz der Engländer entlastet wurde, so war jetzt Frankreich die Großmacht, die den Honig aus der Blüte sog.

Napoleon verriegelte sein Reich, das schon gegen legale Importe aus England geschützt war, durch hohe Zölle und spezielle Einfuhrverbote gegen die Industriewaren der Rheinbundstaaten. Wie das Merkantilsystem der absoluten Fürstenstaaten des 18. Jahrhunderts, so suchte auch er die ..nationale Autarkie" der eigenen Industrie zu sichern, indem regulierende Gesetze die Ausfuhr von Fertigwaren begünstigten, deren Einfuhr aber verhinderten und somit den französischen Binnenmarkt gegen ausländische Konkurrenz abschirmten. Auf den Märkten Spaniens, Italiens und Hollands hingegen beanspruchte die französische Bourgeoisie ein Handelsmonopol. Zugleich zwang Napoleon die Rheinbundstaaten, auf Zollerhöhung und Einfuhrverbote zu verzichten, so dass französische Industriewaren auch auf deutschen Märkten begünstigt konkurrieren konnten. Dieser Protektionismus begünstigte in Frankreich das kapitalistische Unternehmertum und die Anfänge der Industriellen Revolution. Doch die Mehrzahl der Rheinbundländer geriet in den wirtschaftlichen Notstand. War ihr Handel mit Nordeuropa und den übersee-ischen Ländern schon durch die Kontinentalsperre unmöglich gemacht, so wurden nun auch die traditionellen Handelswege nach dem Westen und Süden des Kontinents verschlossen. Der Rhein, der dem Staatenbund seinen Namen lieh, war kein Symbol gleichberechtigter Völkerbeziehungen. Er war eine trennende Grenze und Zollbarriere zwischen den Rheinbundstaaten und ihrer Hegemonialmacht Frankreich.

Trotz dieser Negativwirkungen ging aus der napoleonischen Vorherrschaft die bürgerliche Neugestaltung einiger deutscher Gebiete hervor. Dort bewirkten frühliberale Reformen eine Angleichung an Frankreich und somit eine Umwälzung von Staat und Gesellschaft. Das geschah zuerst in den annektierten Ländereien, die nunmehr Staatsterritorium Frankreichs waren und sich auf dem westlichen Rheinufer befanden.³² Danach erfasste die Moderni-

³² Heinrich Scheel: Die Französische Revolution und der Beginn der bürgerlichen Umwälzung (1789 bis 1807). In: Deutsche Geschichte, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Berlin/DDR und Köln 1984, S. 14ff., insbesondere 48ff.

sierung auch die östlich des Grenzflusses liegenden neuen Protektoratstaaten: die Großherzogtümer Berg (1806) und Frankfurt (1810), insbesondere aber das "Königreich Westphalen", das 1807 als ein Resultat des Tilsiter Friedens entstand. Weil Napoleon gerade hier den "Musterstaat" des Rheinbundes protegierte, seien an diesem Beispiel die Reformen der französischen Deutschlandpolitik skizziert.³³

Das neue Königreich integrierte alle westelbischen Provinzen Preußens, darüber hinaus Territorien und Bewohner der aufgelösten Feudalfürstentümer Kurhessen, Braunschweig, Hannover und eines runden Dutzends ehemaliger Zwergstaaten. Mit nahezu zwei Millionen Einwohnern war "Westphalen" – nach Bayern – der zweitgrößte Rheinbundstaat und durch seine geopolitische Lage geeignet, als mitteldeutscher Aufmarschraum und Rammbock gegen Preußen zu dienen. Die Elbgrenze mit der starken Festung Magdeburg ermöglichte napoleonischen Truppen, nach kaum drei Tagesmärschen Berlin zu erreichen. Anlässlich der Verleihung der "Konstitutionsakte" – des Staatsgrundgesetzes – schrieb der Imperator an seinen jüngeren Bruder Jérôme und frischgebackenen König am 15. November 1807: "Ihre Völker müssen sich einer Freiheit, Gleichheit, eines Wohlbefindens erfreuen, die den Völkern Deutschlands unbekannt sind, und diese liberale Regierung muss so oder so die heilsamsten Wirkungen im System der Konföderation und für die Macht Ihrer Monarchie hervorbringen. Diese Art zu regieren wird eine mächtigere Barriere, die sie von Preußen trennt, als die Elbe sein, mächtiger als befestigte Plätze und der Schutz Frankreichs. Welches Volk würde unter das despotische preußische Regime zurückkehren wollen, wenn es einmal die Wohltaten einer weisen und liberalen Regierung gekostet hat?"³⁴ Was durch Frankreichs Militärgewalt erobert war, sollte hinfort durch "moralische Eroberung" gesichert werden: durch die Überzeugungskraft einer Verfassung und eines liberalistischen Reformwerkes.

Die "westphälische Konstitution" war die erste geschriebene und öffentlich deklarierte Verfassung mit Repräsentantenhaus und Zensuswahlrecht in

³³ Bock: Napoleon und Deutschland. Zur Wirkungsdialektik eines Hegemonialsystems 1806 bis 1813. In: 1789 – Weltwirkung einer Großen Revolution, Bd. 1, hrsg. v. M. Kossok u. E. Kross, Berlin/DDR 1989, S. 307ff., insbes. 318ff.; derselbe: Das Königreich Westphalen. Napoleonisches Protektorat und liberalistische Reformen. In: Revolution und Reform in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, 1. Hbd.: Ereignisse und Prozesse, hrsg. v. H. Bleiber u. W. Küttler, Berlin 2005.

³⁴ Mémoires et Correspondance du roi Jérôme, Bd. III, Paris 1862, p. 105, zit. n. dt. Übersetzung in: Heinz Heitzer: Insurrectionen zwischen Weser und Elbe. Volksbewegungen gegen die französische Fremdherrschaft im Königreich Westfalen (1806 – 1813), Berlin/DDR 1959, S. 84.

Deutschland.³⁵ Obwohl sie von einem parlamentarisch kontrollierten Königtum – einer konstitutionellen Monarchie – noch weit entfernt war, hat diese Verfassung im feudalstaatlichen Deutschland als Herausforderung und Vorbild der nachfolgenden Reformbestrebungen Preußens, mehr noch des Königreiches Bayern und weiterer süddeutscher Rheinbundstaaten gewirkt.³⁶

Es waren Franzosen, die das Königreich tatsächlich regierten: ein Regierungskabinett, bestehend aus drei erfahrenen Staatsbürokraten und einem General. Gestützt auf wenige Kommissionen deutscher Verwaltungsbeamter, haben diese Männer mit autoritären Befugnissen und in der knappen Frist des Jahres 1808 das Land reformiert. Indem dies nach den vernunftrechtlichen Grundsätzen des französischen Liberalismus erfolgte, gewannen Staat und Recht (die wesentlichen Elemente des gesellschaftlichen Überbaus) einen bürgerlichen Charakter.³⁷

Das fundamentale Prinzip der Konstitution war die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. So verschwanden die Privilegien von Personen, Familien, Körperschaften und Gemeinwesen, darunter die Patrimonialgerichtsbarkeit sowie die Steuerfreiheit des Adels und des Klerus. Aus der Freiheit des Individuums und seines Eigentums ergab sich die Freiheit des Vertragsschlusses, der beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung. Wo bislang Zunftprivilegien das Gewerbe und den Handel eingeschränkt hatten, wurde die Gewerbefreiheit rechtskräftig, so dass jedermann ein jedes Gewerbe für den Preis eines bestimmten Steuersatzes betreiben konnte. Die Freiheit des Güterverkehrs legalisierte den Verkauf des adligen, auch staatlichen Grundbesitzes, folglich die Verwandlung des feudalen in bürgerliches Eigentum. Die Religionsfreiheit bewirkte die rechtliche Gleichstellung der Konfessionen, darunter die Emanzipation der Juden. Das Militärwesen beruhte auf der allgemeinen Wehrpflicht des französischen Konskriptionssystems, wonach es möglich war, den Waffendienst durch persönlich bezahlte Stellvertreter ableisten zu lassen. Im Zusammenhang mit der politischen Rechtsstellung

^{35 &}quot;Die Konstitution für das Königreich Westphalen". In: Quellen zu den Reformen in den Rheinbundstaaten, Bd. 2: Regierungsakten des Königreiches Westphalen 1807–1813, bearb. v. K. Rob, München 1992, S. 41ff.

³⁶ Fehrenbach: Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen 1974; dieselbe: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß, S. 79ff, 184f.

³⁷ Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte (Anm. 9), S. 88f.; F. L. Knemeyer: Regierungsund Verwaltungsreformen in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Köln – Berlin 1970, S. 66ff.; vgl. Helmut Berding: Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, Göttingen 1973.

des Staatsbürgers wurden ebenfalls die zivilen Kommunikationen der Individuen auf dem Fundament des Eigentums gesetzlich geordnet: durch die Einführung des französischen Gesetzbuches "Code civil", gemeinhin "Code Napoléon" genannt. Statt der "historisch gewachsenen" Autoritäten, die sich seit Generationen auf eine Abstammung aus altadligem Geblüt und angeborene Vorrechte berufen hatten, galt nunmehr das rational konzipierte Gesetz, wonach ein jeder auch hinsichtlich seiner privaten Beziehungen formalrechtliche "Gleichheit" besaß.

Diese Erneuerung sollte den Weg zeigen, wie der politisch-soziale Epochengegensatz in Deutschland durch eine "Revolution von oben" zu überwinden sei. Dabei sind Beschränkungen nicht zu übersehen. Die bürgerliche Umgestaltung wurde von Frankreich – also von außen her – oktroviert, und es war der landsässige Adel, weniger das wirtschaftlich schwache Bürgertum, mit dem die Franzosen paktieren mussten. Obwohl Napoleon seinem Bruder Jérôme ausdrücklich empfahl, einen großen "Wert auf die Hebung des dritten Standes" zu legen und in die verfassungsmäßigen Repräsentativkörper mindestens zur Hälfte bürgerliche Eigentümer zu berufen, stand der Adel in den Listen der Höchstbesteuerten so weit über den Bürgerlichen, dass er infolge des Wahlzensus in den Vertretungsorganen die Mehrheiten bildete. Zu dieser formalrechtlichen Problematik kamen noch willkürliche Entscheidungen, die einer grundstürzenden sozialen Erneuerung entgegenwirkten: Weil sich Napoleons imperiale Macht ganz besonders auf die Treue seines militärischen und bürokratischen Verdienstadels stützte, verteilte er 929 große Grundbesitzungen – die Hälfte aller Domänen der früheren Feudalfürsten – an seine französischen Offiziere und Beamten. Die neue Aristokratie Frankreichs wurde als grundherrschaftlicher Eigentümer mit Einkünften aus den überkommenen Grundrechten und Fronden dem einheimischen Adel gleichgestellt. Wohl befreite eine Agrarreform die Bauern aus Hörigkeit und Leibeigenschaft, also von persönlichen Erblasten. Aber die dinglichen Lasten, die aus der Nutzung des herrschaftlichen Bodens erwuchsen, mussten weiterhin erfüllt werden, solange man die gesetzlich vorgeschriebenen Ablösungsgelder für den Grundstückserwerb nicht zahlen konnte. Da letzteres durchweg die Regel war, wirkte die Interessengleichheit napoleonischer und deutscher Großgrundbesitzer gegenüber den sozialen Interessen der Landbevölkerung. Wie schon auf der Regierungsebene des Rheinbundes, so schuf der Imperator also auch im Königreich "Westphalen" die Möglichkeit, dass sich die neuaristokratische Elite Frankreichs mit der bislang feudal-aristokratischen Elite der Deutschen verband

Aus den napoleonischen Reformen konnten zwei deutsche Gesellschaftsklassen einen sofortigen und unmittelbaren Gewinn ziehen: Der Adel, der in Frankreich ein historisch geschlagener Stand war, gelangte zum Status der grundbesitzenden und steuerzahlenden Eigentümerklasse, gewann also eine Überlebenschance – und das Bürgertum, die historisch aufsteigende Klasse, erhielt ohne eigene Revolution den neuen Rechtszustand, der die bürgerlichkapitalistische Entwicklung begünstigen sollte. Es geschah mit Billigung von Adligen und Besitzbürgern, wenn rheinbündische Journalisten den Imperator glorifizierten: "Er erspart uns blutige Revolutionen, die der fortschreitende Zeitgeist notwendig gemacht hätte, indem er den deutschen Fürsten Beispiel und Hilfe bietet, sie selbst, ohne Einwirkung der rohen Menge, zu bewerkstelligen." 38 Die "rohe Menge" kam allerdings kaum in die Lage, die proklamierten Grundrechte der "Freiheit", der "Gleichheit" und des "Eigentums" als reale und wertvolle Lebensqualität auszukosten. ³⁹ Das bewirkte nicht nur der Klassenkompromiss der bevorzugten Eigentümerfraktionen, sondern auch die schwere Last, die aus der Hegemonialpolitik Napoleons erwuchs. Kontinentalsperre und Zolldirektiven zerschnitten die Nervenstränge des Handelsund Gewerbelebens.

Geradezu verheerend wirkte die Steuerpolitik. Ein unersättliches Bedürfnis nach Finanzmitteln hatte Napoleon verleitet, den neuen Staat mit der Kriegsschuldentilgung sämtlicher im Landesbereich gestürzter Dynastien zu belasten; das Königreich war daher schon am Tage seiner Konstituierung mit 30 Millionen Franken an Frankreich verschuldet. Hinzu kamen die aus der aktuellen Rüstung und Kriegführung erwachsenden Militärausgaben, die alljährlich rund 20 Millionen Franken und somit mehr als die Hälfte der gesamten Staatseinkünfte (Höchstsumme 35 Millionen) betrugen. Die zum Staatsbankrott tendierende Finanzkrise wäre zu mildern gewesen, wenn die Großgrundbesitzungen, die der Imperator als steuerfreie Schenkungen mit einem Wert von über 7 Millionen an seine Gefolgsleute verteilte, dem Staat zur Verfügung gestanden hätten. König Jérômes Anträge bei seinem Bruder waren jedoch vergebens. Folglich wälzte der Staat seine stetige Finanznot auf die Bevölkerung ab, und er presste sie um so gründlicher, als die zentralistische Verwaltung den früheren Feudalbürokratien an Organisation und Straffheit überlegen war. Die Steuertabelle von 1809 führt zwölf gleichzeitige Steuern auf. Der Präfekt des Werra-Departements kommentierte die Situation in seinem Bericht an die Regierung: "Überall Armut, Mangel an Ressourcen

³⁸ Sybillinische Blätter, 1807, zit. nach: Friedrich Schulze: Die Franzosenzeit in deutschen Landen, Bd. 1, Leipzig 1908, S. 13.

³⁹ Heitzer: Insurrectionen, S. 111ff., 130ff., 196ff.

aller Art und wenig oder keine Industrie. Der Untertan sucht nur von einem Tage zum anderen sein Leben zu fristen. Aber ebenso offen liegt vor Augen, dass das neue Finanzsystem noch drückender ist als das vorige."⁴⁰

Eine Geißel der Armen war überdies die Konskription. Das Königreich musste für Napoleons Feldzüge beständig 25.000 Soldaten stellen – auf den ersten Blick vielleicht eine erträgliche Zahl. Aber seine Truppen kämpften unter französischem Oberbefehl in Spanien, später in Russland und Deutschland auf exponierten Gefechtspositionen mit derart hohen Verlusten, dass sie dreimal neu aufgestellt werden mussten. Rund 66.000 Westfalen sollen auf Feldzügen und Schlachtfeldern gestorben sein. Der Blutzoll traf überwiegend Bauernsöhne, Arbeiter und Handwerker, die das Geld nicht besaßen, um für sich selbst einen Stellvertreter ins Feld zu schicken. Ihre soziale Lage war vielmehr so elend, dass sie den Preis der Stellvertretung anderer annehmen mussten, um die Not ihrer Familien zu lindern. Die Konskription, die eine allgemeine Wehrpflicht nur vortäuschte, indem sie den Zahlungsfähigen verschonte und den Besitzlosen als Kanonenfutter missbrauchte, war ein barbarischer Ausdruck des Geldgeschäfts und der sozialen Spaltung in der neuen, bürgerlichen Eigentumsordnung.

Dauerkrise und permanenter Krieg

Das Dekret der Kontinentalsperre war die folgenreichste Entscheidung des postrevolutionären Zeitalters. Napoleons Kriegführung, die damals die höchste Stufe der für den Landkrieg entwickelten Strategie und Gefechtstaktik einnahm, geriet hinfort in unberechenbare Verhältnisse und abenteuerliche Dimensionen. Denn der Krieg gegen das Inselreich konnte nicht nach den bewährten Regeln napoleonischer Vernichtungsstrategie – mit der Schlagkraft lenkbarer Massenheere, der Wucht kriegsentscheidender Generalschlachten und der Eroberung gegnerischer Hauptstädte – ausgefochten werden. Er war ein Krieg, für den die Zeitgenossen die treffende Allegorie des Zweikampfes zwischen Tiger und Hai, der stärksten Landmacht gegen die stärkste Seemacht, benutzten: ein Kampf von Raubgier, Hinterlist und scheinbar auch Endlosigkeit. Der französisch-britische Konflikt, der nicht nur die Länder Europas, sondern auch koloniale Gebiete in Asien, Afrika und Amerika heimsuchte, brachte einen neuartigen Kriegstypus hervor. Völkerrechtswidrige Aggressivität, imperialistischer Systemcharakter und globale Ausdehnung antizipierten bereits damals die Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

⁴⁰ F. L. v. Berlepsch: Sammlung einiger wichtiger Aktenstücke, welche sich aus der Zeit der Existenz des Königreiches Westphalen herleiten, Göttingen 1814, S. 106.

Die Feldzüge, die politischen Krisen, die existenziellen Gefahren nährten mit den Jahren den Geist der Opposition und des patriotischen Widerstands. Selbst bürgerliche Intellektuelle, die ihre Erwartungen an Napoleon geknüpft hatten, erlagen einem Bewusstseinswandel. Frankreich, die Geburtsstätte bürgerlicher "Freiheit" und "Gleichheit", erschien mehr und mehr als ein Hort des militärischen Despotismus, der sich zur stetigen Bedrohung der Völker und ihrer nach Millionen zählenden Individuen auswuchs.

Den Widerspruch dessen, was man den bürgerlichen "Fortschritt" nennt, hat auch Goethe im Rheinbundstaat Sachsen-Weimar reflektiert. Weil er die konkrete Zeitgeschichte als schwer durchschaubar und in der Kunst nur schwierig gestaltbar beurteilte, suchte er sie mit Hilfe einer symbolisierenden Darstellungsweise zu fassen. Er ließ die mythische Gestalt des "Prometheus", den er in seiner Frühzeit als einen rebellischen Selbsthelfer gegen die Allgewalt der Götter – gleichsam der Fürsten – gefeiert hatte, im Festspiel "Pandora" (1807/08) noch einmal agieren: nunmehr als zwielichtigen Menschenvater, der seinen Kindern nicht nur die Fertigung von Arbeitsgeräten, sondern auch von Waffen lehrt, mit denen sie gewalttätig und räuberisch in die Welt drängen, um geringer entwickelte Menschen und Völker ins Joch zu beugen. ⁴¹ Die Kunstgestalt dieses neuen "Prometheus" weist auf den realen Kaiser Napoleon. Doch in der Dichtung – wie im Leben – vermochte Goethe gegenüber Prometheus-Napoleon keine glaubwürdige Alternative zu erkennen. Daher blieben ihm nur poetische Symbolik und utopische Hoffnungen. dass eine Läuterung der Menschheit in der Zukunft möglich sei.

Schon nach wenigen Jahren vollzog sich Napoleons Niedergang, weil seine Außenpolitik und Kriegführung infolge ihrer expansionistischen Überspannung selbst mit der Leistungsfähigkeit der erneuerten Gesellschaft Frankreichs sichtlich in Widerspruch gerieten. Der Kaiserstaat, der alle Klassen und Schichten von Feldzug zu Feldzug peitschte, verwirkte die Bereitschaft der Bauern, Sansculotten und Lohnarbeiter, deren junge Generation auf den Schlachtfeldern Europas verblutete. Er verlor sogar das Vertrauen der eigenen Bourgeoisie, die nach anfänglicher Prosperität in den Katzenjammer der Wirtschaftskrise geriet. Der entscheidende Faktor für die Dauerkrise des Hegemonialsystems waren allerdings die Widerstandsaktionen und Unabhängigkeitsbewegungen vieler Völker, die der Imperator unter die Vorherrschaft Frankreichs gebeugt hatte. 42

⁴¹ J. W. Goethe: Pandora. In: Goethe. Berliner Ausgabe, Bd. 6: Dramatische Dichtungen II, Berlin/DDR 1973, S. 409ff.

⁴² Bock: Die bürgerlichen Reformen und der Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft (1807 bis 1815). In: Deutsche Geschichte, Bd. 4, S. 75ff.

1808 begannen diese Erhebungen in Spanien.⁴³ Die Aufständischen bedrängten Napoleons Truppen, die an methodische Gefechtsweise gewohnt waren, durch den auf Dauer unüberwindlichen Volks- und Guerillakrieg. Sie schlugen die offene Wunde, aus der das Hegemonialsystem hinfort beständig blutete. 1809 wagte Österreich wiederum einen Krieg, den die Bewohner seiner deutschen Kernlande, das Bergvolk Tirols und norddeutsche Insurrektionen⁴⁴ unterstützten. Erstmals unterlag Napoleon bei Aspern in einer offenen Feldschlacht. Weil aber der Imperator am Ende noch einmal siegte, gerieten nun auch Österreich und die Territorien an der Adria unter das Diktat der Kontinentalsperre.

Am 1. April 1810 vermählte sich der Franzosenkaiser mit Marie Louise von Habsburg, der Tochter des Kaisers von Österreich und Nichte der französischen Königin Marie-Antoinette, die auf dem Schafott der Revolution geendet hatte. Indem der bürgerliche Emporkömmling seinem Kaisertum durch die Verbindung mit der ältesten Feudaldynastie Europas eine Art fürstlicher Legitimität verschaffen wollte, verleugnete er seinen revolutionären Ursprung, wagte er die Grabschändung der gefallenen Franzosen von Valmy, Marengo, Austerlitz, Jena und Wagram. Die politische Erfahrung in den Wind schlagend, dass Habsburg seine Armeen bislang in vier Kriegen als Koalitionspartner Britanniens hatte kämpfen lassen, praktizierte Napoleon eine bürgerlich-feudale Vermischung und Verschwägerung. Es war der deutlichste Ausdruck einer Politik des politisch-sozialen Kompromisses, womit er seit Gründung des Rheinbundes und dem Tilsiter Frieden die kontinentale Hegemonie Frankreichs und den Konkurrenzkampf gegen England absichern wollte.

Indes offenbarte sich 1810 der unlösbare Widerspruch, der zwischen der Expansion und der fortwährenden Brüchigkeit des Blockadesystems klaffte. In England bewirkte die Kontinentalsperre eine Krise mit Produktionsrückgang, Bankrotten, Lohnverfall, Arbeitslosigkeit und proletarischen Unruhen. Doch die bürgerlich-aristokratische Tory-Regierung behielt das

⁴³ R. Wohlfeil; Spanien und die deutsche Erhebung 1808 – 1814, Wiesbaden 1965; Helmert/ Usczeck: Europäische Befreiungskriege, S. 62ff.

⁴⁴ Bock: Schill. Preußische Köpfe, Berlin 1998.

⁴⁵ F. Crouzet: Kriege, Kontinentalsperre und wirtschaftliche Veränderungen in Europa 1792 – 1815. In: Sieburg: Napoleon und Europa, S. 238ff.; vgl. derselbe: L' économie britanniques et la Révolution française 1789-1813, 2 Bde., Paris 1958; E. Weis: Der Durchbruch des Bürgertums 1776–1847 (Propyläen Geschichte Europas, 4), Frankfurt a. M.-Berlin-Wien 1978, S. 260ff.; vgl. Fehrenbach: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß; Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1.

Staatsruder fest in der Hand, und auf allen Meeren herrschten ihre Schiffe fast unangefochten. – In Spanien schützten französische und rheinbündische Truppen den willkürlich eingesetzten König Joseph Bonaparte vor seinen rebellierenden Untertanen. Doch die Nationalregierung der Cortes trotzte in Cádiz, und in Portugal behauptete sich ein englisches Interventionskorps unter General Wellington. – An den Festlandsküsten patrouillierte eine ganze Armee napoleonischer Gendarmen und Zöllner. Doch die Briten entfalteten mit Hilfe ihrer Umschlagplätze auf Helgoland, Sizilien, Malta, den Azoren einen riesigen Schleichhandel. Amerikanische, schwedische, griechische Kauffahrer landeten englische Kolonial- und Industriewaren unter den Flaggen der Neutralen, und zahllose Schmugglerbanden schlichen sich durch die Sperren der napoleonischen Wächter.

Der Zwang, das gewaltsam errichtete Blockadesystem durch weitere Gewalt erhalten und perfektionieren zu müssen, trieb Napoleon von einem Willkürakt zum anderen. Weil König Louis Bonaparte, sein Bruder und Statthalter in Holland, den Ruin des vom Seehandel abhängenden Landes vermeiden wollte und Schmuggelgeschäfte duldete, liquidierte der Imperator das holländische Königreich: Mit der dreisten Behauptung, das Land sei nichts anderes als "Anschwemmungen französischer Ströme", machte er Holland zum Staatsterritorium seines Kaiserreiches (9. Juli 1810). Weil die Schmuggelwaren auch an den deutschen Küsten anlandeten, beseitigte er die vier Fürstentümer Arenberg, Lauenburg, Oldenburg, Salm sowie die drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Lübeck: Er erklärte 1,2 Millionen deutscher Bewohner zu französischen Staatsbürgern und gründete aus den Mündungsgebieten von Ems, Weser, Elbe und Trave fünf Departements seines Kaiserreiches (13. Dezember 1810). Das war ein Fußtritt auf die Rheinbundakte, wonach Frankreich sein Territorium nicht über den Rhein hinaus erweitern durfte.

Indem die Annexion Norddeutschlands auch den Herzog von Oldenburg entthronte, traf sie einen Verwandten des russischen Zaren. Die Regierung in Sankt Petersburg war von Napoleon nicht konsultiert worden. Sie empfand die Gewalttat als eine politische Ohrfeige und nutzte sogleich die Gelegenheit, um sich den Pflichten der Kontinentalsperre zu entwinden. Dabei entschied der Zar unter dem Druck des russischen Grundbesitzeradels und des Handel treibenden Bürgertums, die beide durch den Vertrag von Tilsit und die Anerkennung des Blockadesystems den Export von Agrarprodukten, Holz, Eisenerz und weiteren Rohstoffen nach England, ihrem größten Handelspartner, verloren hatten. Landwirtschaft und Großhandel erlitten schwere Verluste, und in den Staatskassen mangelten die früheren Zolleinnahmen.

Kaum drei Wochen nach Napoleons Annexionsdekret erließ der Zar ein Zollgesetz, das die Einfuhr aller Kolonialwaren genehmigte, sofern sie auf neutralen Schiffen kamen (31. Dezember 1810). Ein zweites Dekret drosselte die Einfuhr französischer Waren (15. Januar 1811). Die Petersburger Regierung erlaubte überdies allen ausländischen, auch englischen Schiffen das Führen der russischen Flagge. Es war ein Zugeständnis, das die Briten belohnten, indem sie ihre Gegenblockade lockerten und die Ausfuhr aus russischen Häfen durch die Erteilung von Schiffahrtslizenzen förderten. Die Blockade gegen Großbritannien zerbrach. Mit ihr zerfiel das in Tilsit geschlossene französisch-russische Bündnissystem.

Seit Herbst 1810 schlug die Kontinentalsperre auf Frankreich selbst zurück. Rohstoffmangel der Baumwollindustrie und Absatzschwierigkeiten fast der gesamten Exportindustrie verursachten auch hier Bankrotte, Arbeitslosigkeit, Verelendung des Volkes. ⁴⁷ Die Luxuswarenindustrie und die Seidenmanufakturen reagierten krisenhaft auf die neuen russischen Zollgesetze. Der Kaiser fürchtete Arbeiterunruhen. Er zahlte den Industrieunternehmern hohe Subventionen und Darlehen aus der Staatskasse, gewährte den Großhändlern außerordentliche Lizenzen – hielt aber an der Blockadepolitik fest. Gemäß seiner unverrückbaren Doktrin sollte Britannien nunmehr in Russland bekämpft, die Wiederherstellung der Kontinentalsperre erzwungen werden.

Die Folgen dieser Politik sind bekannt. Mit dem bis dahin größten Invasionsheer der Weltgeschichte nach Russland einfallend, misslang dem Imperator im Jahre 1812 die oft geglückte Offensiv- und Vernichtungsstrategie gänzlich. Er scheiterte an der Defensivstrategie des Marschalls Kutusow und dem urwüchsigen Widerstandswillen des russischen Volkes. Der katastrophale Zusammenbruch, aus dem sich von insgesamt 594.000 Mann nur 81.000 retten konnten, veränderte das militärpolitische Kräfteverhältnis Europas. Russlands Sieg verhalf den Unabhängigkeitsbewegungen in deutschen und anderen Ländern zur realen Möglichkeit des Erfolgs.

⁴⁶ Tarlé: Russland und die Kontinentalsperre. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 94, 1933, S. 70ff.

⁴⁷ M. Dunan: Napoléon et le système continental en 1810. In: Revue d'histoire diplomatique, 60, 1946, p. 71ff.; O. Viennet: Napoléon et l'industrie française. La crise de 1810–1811, Paris 1947.

⁴⁸ Tarlé: 1812. Russland und das Schicksal Europas, Berlin/DDR 1951.

⁴⁹ Bock: Die nationalen Unabhängigkeitskriege und der Zusammenbruch des napoleonischen Hegemonialsystems (1812 bis 1814). In: Deutsche Geschichte, Bd. 4, S. 107ff.

3. Selbstverschuldeter Niedergang Verhandlung in Dresden

Am 24. Juni 1813 bot Staatsminister Metternich dem Imperator bei denkwürdigen Verhandlungen in Dresden einen europäischen Frieden an. Er wollte die Dynastie Habsburg, die mit Napoleon durch die Ehe Marie Louises und den nun zweijährigen französischen Thronfolger in verwandtschaftlichen Beziehungen stand, zur Zunge an der Waage Europas machen: zum Mittelpunkt eines Gleichgewichts der Staaten des Kontinents. 50

Noch freilich war Krieg – nur unterbrochen durch den Waffenstillstand erschöpfter und nachrüstender Rivalen. Wenn aber Napoleon auf seine Vorherrschaft über das adriatische Illyrien, das Herzogtum Warschau, das annektierte Norddeutschland und auf sein Protektorat über den Rheinbund verzichtete, so werde eine Garantieerklärung zu Gunsten Frankreichs erfolgen: Alle bürgerlichen Errungenschaften, die durch die Revolution gewonnen waren, und zudem sämtliche territorialen Eroberungen innerhalb der "natürlichen Grenzen" sollten anerkannt werden. Metternich sprach im Namen der neutralen Vermittlungsmacht Österreich wie auch der gegen Frankreich kriegführenden Mächte Russland und Preußen. Das Friedensangebot bezweckte die Ablösung des napoleonischen Hegemonialsystems durch ein kontinentales Gleichgewichtssystem. Dabei sollte das postrevolutionäre Frankreich in seiner politischen, sozialen und territorialen Substanz nicht eingeschränkt werden.

Die Antwort des Hegemonialpolitikers ist überliefert: "[...] Was will man denn von mir? Dass ich mich entehre? Nimmermehr! Ich werde zu sterben wissen, aber ich trete keine Hand breit Boden ab. Eure Herrscher, geboren auf dem Throne, können zwanzigmal geschlagen werden, und doch immer wieder in ihre Residenzen zurückkehren; das kann ich nicht, ich, der Sohn des Glücks. Meine Herrschaft überdauert den Tag nicht, an dem ich aufgehört habe, stark und folglich gefürchtet zu sein. [...] Es kann mich den Thron kosten, aber ich werde die Welt unter seinen Trümmern begraben."⁵¹

Napoleon war nicht der letzte Eroberer, der die Menschheit in den eigenen Untergang hineinzerren wollte. Aber er war der letzte Regent, der sich als ein unmittelbar beteiligter Soldat an Feldzügen und Schlachten rühmen konnte.

⁵⁰ Ludwig Häusser: Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes, Bd. 4, Berlin 1868, S. 209ff.; J. Thiry: Napoléon Bonaparte. Lützen et Bautzen, Paris 1971, p. 282ff.

⁵¹ Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, Bd. 1, S. 151ff.

Das schien ihn zu legitimieren, um Metternich, der das jugendliche Alter der frisch ausgehobenen Truppen Frankreichs kritisierte, einen zynischen Bescheid zu geben: "Sie sind kein Soldat und wissen nicht, was in der Seele eines Soldaten vorgeht. Ich bin im Felde aufgewachsen, und ein Mann wie ich schert sich wenig um das Leben einer Million Menschen."⁵² Ob diese Worte so oder ein wenig anders gesprochen wurden – ihr Sinngehalt ist durch Napoleons Handlungen bestätigt. Während seine Diplomaten und Generale, die Stimmung seiner Armee und der französischen Bourgeoisie zum Frieden drängten, ließ er auf dem Prager "Friedenskongress" nur Noten austauschen, um Zeit für Rüstungen zu gewinnen. Dann wagte er die Fortsetzung des Krieges.

Große Koalition und "Völkerschlacht"

Österreichs Antwort war der Beitritt zur Koalition, den es sich durch das Oberkommando über sämtliche Streitkräfte vergelten ließ. Dieses neue, sechste Staatenbündnis gegen Frankreich wuchs zum mächtigsten Pakt seit den Anfängen der Revolutionskriege. Er integrierte Staaten und Interessen, die nicht frei von Rivalitäten waren. Das bürgerliche England ließ für seine Vormacht in Übersee und auf den Weltmeeren, außerdem für die Wiederherstellung seiner Marktherrschaft in Europa fechten. Schweden wollte Norwegen auf deutschen Kriegsschauplätzen erobern. Die spätfeudalen Großmächte des Festlandes kämpften für territoriale Vergrößerung oder Rückgewinnung verlorener Gebiete: Der Zar griff nach Polen und protegierte das ebenso landhungrige Preußen als seine mitteleuropäische Speerspitze. Indes drängten die Habsburger wieder nach Italien, und sie hatten selbst Polen nicht abgeschrieben. Dieser Gegensatz zu Russland ließ Metternichs Plan, mit Napoleon vielleicht doch noch eine Übereinkunft zu erzielen, während des ganzen Krieges nicht vergessen.

Die Heeresmasse der Verbündeten teilte sich in drei Armeen, die Napoleons Streitkräfte in weitem Halbkreis umgaben: die in Böhmen stehende Hauptarmee unter dem Befehl des Höchstkommandierenden und österreichischen Fürsten Schwarzenberg, die kleine Schlesische Armee unter General Blücher und schließlich die bei Berlin befindliche Nordarmee unter dem schwedischen Kronprinzen Bernadotte, dem früheren Marschall Napoleons. Man hatte eine gemeinsame Feldzugsstrategie⁵³ vereinbart: Jede einzelne Ar-

⁵² Ebenda. Nach anderer Überlieferung habe Napoleon von "200.000 Menschen" gesprochen. Häusser, Bd. 4, S. 220.

⁵³ Helmert/Usczeck: Europäische Befreiungskriege, S. 257ff.

mee sollte gegen den Feind vorstoßen, aber einer Entscheidungsschlacht ausweichen, solange ein kollektives Schlagen nicht möglich war - während eine der Armeen die Aktivitäten Napoleons auf sich zog, sollten die beiden anderen ihre Streitkräfte in seine Flanken und seinen Rücken manövrieren. Das Konzept, das auf den ersten Blick als einheitliche Logik erscheint, entsprang einem Kompromiss verschiedener Absichten und Militärtheorien, woraus gegensätzliche Praktiken hervorgehen konnten. Die Dynastie Habsburgs, die durch Metternich auf Zeitgewinn und eine zukünftige Verständigung mit Napoleon bedacht war, konnte die Strategie derart auslegen lassen, dass der Feind durch hinhaltende Gefechte, ermüdende Truppenbewegungen und Störung des Nachschubs zu ermatten sei. Dagegen bestand auch die Möglichkeit, dass alle Armeen konzentrisch gegen Napoleon vorstießen, um eine kriegsentscheidende Schlacht zu erzwingen. Es war eine Alternative, in der sich der Widerspruch zeitgenössischer Kriegführungen wiederholte: einerseits die Manövrierkunst und Ermattungsstrategie des 18. Jahrhunderts – andererseits die napoleonische Strategie, die mit einer Entscheidungsschlacht den Krieg zu gewinnen suchte.

Frankreichs Streitkräfte waren durch die Aufstellung der Verbündeten in eine Defensivposition gedrängt. Aber Napoleon hatte den Vorteil der "inneren Linie". Er konnte hoffen, auf kürzestem Wege zwischen den drei Armeen zu operieren und sie einzeln zu schlagen. So konzentrierte er seine Hauptmacht bei Dresden. Er trieb zwei Armeen zur Offensive gegen die preußische Hauptstadt Berlin, während er selbst mit ausgesuchten Truppen die preußisch-russische Armee in Schlesien angriff. Die Vorstöße nach Berlin scheiterten gänzlich. In Schlesien wich Blüchers Armee dem Vernichtungsschlag Napoleons aus. Nur die Armee Schwarzenbergs, die von Böhmen nach Sachsen vorrückte, unterlag in der Schlacht bei Dresden (26./27. August). Blüchers Armee wechselte zur Offensive, schlug die Truppen des Marschalls Macdonald im Gefecht an der Katzbach (26. August) und vertrieb ihre Reste aus Schlesien. Selbst die nach Böhmen zurückweichende Hauptarmee wagte den Gegenangriff: Sie umzingelte ihre Verfolger bei Kulm (29./30. August) und machte zehntausend Gefangene.

Jetzt setzte Österreich auf Verhandlungen mit den Rheinbundstaaten, wodurch sich Ziel und Charakter des Krieges gravierend veränderten. Noch im Frühjahr hatten Russland und die preußische Reformpartei des Freiherrn vom Stein ein Kriegsziel abgesprochen, wonach die mit Napoleon kollaborierenden Fürsten kraft des "Rechts der Eroberung" entmachtet und ihre Territorien zur staatlichen Neugestaltung Deutschlands verwendet werden sollten. Öster-

reich bewirkte indes eine folgenreiche Korrektur: Zwar sollten Rheinbund und französische Protektoratstaaten östlich des Rheins verschwinden – doch wenn die Fürsten zur Koalition übergingen, sollte ihnen eine "unbedingte und volle Unabhängigkeit" garantiert sein. Mit anderen Worten: Durch Anerkennung des unbeschränkten Rechts fürstlicher Souveränität wurden die rheinbündischen Potentaten zur Trennung von Napoleon ermutigt. Das durch Napoleons Gnaden zum Königtum erhobene, in Bayern regierende Haus Wittelsbach war die erste Dynastie, die das Angebot nutzte (3. Oktober) und zur Koalition übertrat.

Solche Pläne und Verhandlungen verzögerten die militärischen Operationen. Bernadotte, der schon bei Berlin die Verfolgung der geschlagenen Franzosen versäumt hatte, blieb mit der Nordarmee wie angewurzelt vor Wittenberg stehen. Der Oberkommandierende Schwarzenberg und das Hauptquartier der verbündeten Monarchen verharrten in Böhmen, wo sie mit Plänkeleien eines unbedeutenden Kleinkrieges und dem Warten auf eine russische Reservearmee wertvolle Zeit vertaten. Als dann vom Hauptquartier die Anordnung erlassen wurde, die Schlesische Armee solle gleichfalls nach Böhmen kommen, um Schwarzenbergs Hauptmacht zu stärken, verweigerten Blücher und sein kühn denkender Generalstabschef Gneisenau die Annahme des Befehls. In einem Akt faktischer Insubordination stießen sie plötzlich über die Elbe vor.

Diese Aktion zwang auch die anderen zur offensiven Bewegung. Die Drohung des Generals Bülow, sich von dem säumigen Bernadotte trennen und mit seinen preußischen Streitkräften dem Kommando Blüchers unterstellen zu wollen, nötigte die Nordarmee, ebenfalls über den Fluss zu gehen. Indem beide Armeen in Richtung Leipzig marschierten, umgingen sie Napoleons Truppen an deren nördlicher Flanke. Der Vormarsch zwang auch die Böhmische Armee, das Erzgebirge zu überqueren und in die Gegenden südlich von Leipzig vorzurücken. Blüchers und Gneisenaus gewagte Initiative hatte konzentrische Angriffsbewegungen der gesamten Koalition veranlasst. Die französische Armee zog sich von Dresden nach Leipzig zurück.

Von Napoleon ist die strategische Maxime überliefert, wonach das "Geheimnis der Kriegskunst" darin bestehe, im entscheidenden Augenblick und am entscheidenden Ort stärker als der Gegner zu sein. Praktische Beweise der Theorie hatte er bei Austerlitz (1805) und in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt (1806) wahrhaftig geliefert. Doch im Herbst 1813, auf den Schlachtfeldern bei Leipzig, war der gefürchtete Stratege von der Verwirklichung seines Grundsatzes weit entfernt. Angesichts der verbündeten Preußen,

Russen, Österreicher und Schweden, die durch die Finanzspritzen der Engländer gekräftigt wurden: Wo waren denn jetzt die Heeresmassen, die er den vereinigten Gegnern entgegenstellen musste, um seine Vormacht auf dem Kontinent noch einmal siegreich zu behaupten? – An den Küsten der Nordsee mühte sich die Besatzungsarmee des Marschalls Davout um den Fortbestand der Kontinentalsperre gegen oppositionelle Kaufleute, rebellische Hafenarbeiter, Fischer, Schmugglerbanden und die vordringenden Streifkorps der Verbündeten. Auf der Iberischen Halbinsel, bis in die Pyrenäen zurückgetrieben, erwehrten sich weit größere Streitkräfte nur noch mit Mühe des wütenden Andrangs der Spanier und des britischen Korps unter General Wellington, Ganz Holland, Belgien, Italien und weite Gebiete Deutschlands wurden noch von Besatzungstruppen kontrolliert. Sogar in Frankreich war es angeraten, die Küsten, die Hauptstadt, wichtige Departements nicht ohne Bewacher zu lassen. Sie alle und frühzeitig auf den sächsischen Kriegsschauplatz zu beordern, hätte bedeutet, die beherrschten Länder militärisch zu entblößen, das überdimensionale Machtgebilde den inneren und äußeren Widerstandskräften preiszugeben. Sie jedoch nicht zur Verfügung zu haben, konnte bewirken, die Überlegenheit in der Entscheidungsschlacht dieses Krieges zu verlieren. Aus Napoleons Hegemonialsystem waren Zwänge und Widersprüche erwachsen, die er durch die oft gerühmte "Genialität" seiner Feldzugsstrategie kaum mehr kompensieren konnte.

So stellte er sich am 16. Oktober 1813 mit 191.000 Mann und 690 Geschützen rings um Leipzig auf. Gemäß der genannten Kriegsregel konzentrierte er die Mehrzahl seiner Streitkräfte im Süden der Stadt gegen die numerisch schwächere Armee der Österreicher. Er warf deren Offensive durch energischen Gegenangriff zurück und befahl seine im Norden befindlichen Truppen zum Entscheidungsschlag an die Südfront. In diesem Augenblick – Leipzigs Kirchenglocken läuteten bereits den Sieg des Imperators ein – griff Blüchers preußisch-russische Armee bei Möckern an. Sie band den Gegner in erbitterten Gefechten und eroberte bis zum folgenden Tag die ländlichen Gebiete nördlich der Stadtgrenze.

Sonst aber ruhten am 17. Oktober, einem verregneten Sonntag, die Kämpfe. Eine Reservearmee der Russen, überdies die Armee Bernadottes und noch weitere Truppen rückten in die Front. Sie erhöhten die Zahl der Verbündeten auf rund 300.000 Kämpfer mit 1.466 Geschützen, während Napoleons Armee mit nunmehr 160.000 Mann und 630 Geschützen sichtlich dezimiert war. Am 18. Oktober entbrannte die Schlacht aufs neue. Wieder konterte Napoleon die Offensive der Österreicher im Süden durch Gegenangriffe. Während die erbittert umkämpften Dörfer mehrmals den Besitzer wechselten und ein Durch-

bruch der Franzosen drohte, rief der Oberkommandierende Schwarzenberg die im Westen der Stadt operierenden Truppen zur Verstärkung heran – woraus folgte, dass sie die Rückzugsstrasse für Napoleon freigaben. Im Norden und Osten Leipzigs erfochten die Verbündeten weitere bedeutende Geländegewinne. Sie trieben den Gegner bis unter die Stadtmauern und erzielten moralische Wirkungen: Die sächsischen und württembergischen Rheinbundtruppen begriffen sich als Deutsche und wechselten die Front. In den Mittagsstunden des nächsten Tages, des 19. Oktobers 1813, stürmten die Verbündeten die zäh verteidigten Zugänge Leipzigs und eroberten die Stadt. Doch bereits in der Nacht war Napoleon mit 80.000 Mann seiner Elitetruppen über die Heerstraße von Lindenau nach Weißenfels abgezogen. Der Rückzug gelang ihm bis hinter den Rhein.

"Der Adel hat gewonnen!"

Indem die Verbündeten nun alle Gebiete östlich des Rheines besetzten, erreichten sie das bislang vereinbarte Ziel ihres Feldzugs, so dass sich die Frage stellte: Wie weiter? Metternich nutzte die Situation jetzt auch mit Billigung Englands für seinen Plan des kontinentalen Gleichgewichts – eines Prinzips, das die Briten seit hundert Jahren schon mit dem Schlagwort "balance of power" zur Regelung kontinentaler Staatenbeziehungen vertreten hatten. Weil Österreichs strategisch denkender Politiker als Gegengewicht für Russlands große Stärke im Osten ein immerhin angemessenes Frankreich im Westen wünschte, bot er Napoleon im Dezember 1813 noch einmal den Friedensschluss unter den Bedingungen des vergangenen Sommers an. Der Kaiser zögerte seine Antwort hinaus – und mobilisierte Frankreichs letzte Reserven. Was er nach kampfreichen Wochen erntete, war die vollkommene Katastrophe. Am 6. April 1814 zwangen ihn die eigenen Generale in Fontainebleau, seine Abdankung zu erklären.

Es war die Völkerschlacht bei Leipzig, die das Ende des Hegemonialsystems in Europa entschied. Die Erinnerung an das Schlachtgeschehen lässt uns die abstrakten Verlustzahlen als konkret und schwer erlittene Menschenschicksale denken. Auf Seiten der Sieger nennt die offizielle Statistik 53.600 Gefallene – davon 22.600 Russen, 16.000 Preußen, 14.800 Österreicher und 200 Schweden. Für die Interessen Frankreichs und seines Hegemonialpolitikers starben 73.000 Franzosen, Deutsche der Rheinbundstaaten, Polen, Holländer, Schweizer, Italiener und Spanier. Der Begriff "Völkerschlacht" sollte in den Annalen der Geschichte nicht bloß für Gewinn und Niederlage, Sieger und Besiegte gelten. Er beinhaltet die verheerende Tatsache, dass auf Leip-

zigs Erde nahezu 130.000 Menschen vieler Nationen in der Blüte ihres Lebens zugrunde gingen.

Auf den Geschützdonner und das Glockengeläut folgte nicht nur patriotisches Frohlocken – gab es doch Gründe der Besorgnis genug. Heinrich Heine überlieferte die Episode, wonach ein schlichtes Volkskind die Siegesnachricht mit Bestürzung aufnahm, und als gewiss ist verbürgt, dass Deutschlands größter Dichter den Triumph mit Skepsis quittierte. Die Magd der Rahel Varnhagen brach in den Schreckensruf aus: "Der Adel hat gewonnen!"⁵⁴ Goethe, im Gespräch mit dem Historiker Heinrich Luden, gewahrte die Ablösung der bürgerlichen Vorherrschaft Frankreichs durch rückständige Regimes, zumal die Vormacht des feudal-russischen Zarentums: "Was ist denn errungen oder gewonnen worden? Sie sagen, die Freiheit. Vielleicht aber würden wir es richtiger Befreiung nennen; nämlich Befreiung, nicht vom Joche der Fremden, sondern von *einem* fremden Joche."⁵⁵

Intuitives Denken und rationale Erkenntnis enthüllten, was Kämpfern auf dem Schlachtfeld noch verborgen blieb. Deutschlands "Freiheit" und "Einheit" – von preußischen Reformpatrioten vorgedacht, vaterländisch empfindenden Bürgern in Wort und Schrift beschworen, Offizieren und Soldaten an Biwakfeuern geträumt – erfüllten sich nicht. Der Krieg schloss nicht mit dem Jubel der überlebenden Preußen, Russen, Österreicher und Schweden auf der blutigen Walstatt zu Leipzig. Er endete mit den Beschlüssen ihrer Fürsten in den üppigen Festsälen des Wiener Kongresses: Dort nämlich wurden die Resultate des Zeitalters der Revolution, der Reformen und der andauernden Kriege festgelegt – im Geiste der Konterrevolution gegen Frankreich und gegen alle freiheitlichen Volkskräfte des Kontinents.

Großbritannien blieb der historische Sieger, niemals zuvor und danach war es so eindeutig die herrschende Industrie-, Handels- und Kolonialmacht der Welt. Schweden gewann die Herrschaft über Norwegen. Die Feudalstaaten Österreich und Russland teilten sich wiederum den Vorrang über den Süden und den Osten des Kontinents. Preußen wuchs als reformierte, aber immer noch halbfeudale Macht im nördlichen und westlichen Deutschland auf. Selbst das niedergeworfene Frankreich wurde im kontinentalen Gleichgewichtssystem Metternichs als ein "Ordnungsfaktor" der Restauration stabilisiert. ⁵⁶

⁵⁴ Heinrich Heine: Ludwig Börne. Eine Denkschrift. In: Werke und Briefe, hrsg. v. H. Kaufmann, Bd. 6, Berlin-Weimar 1972, S. 133.

⁵⁵ Goethes Gespräche, hrsg. v. W. Herwig, Bd. 2, Zürich-Stuttgart 1966, S. 868.

⁵⁶ Karl Griewank: Der Wiener Kongreß und die europäische Restauration 1814/15, 2., bearb. Aufl., Leipzig 1954.

Was wäre, wenn ...?

Man hat den politischen Höhenflug Napoleons mit der Bahn eines Himmelskörpers verglichen. Sein gleißender Aufstieg, sein irritierendes Strahlen über ganz Europa, schließlich auch sein Verglühen hat Zeitgenossen und Nachgeborene bis zum heutigen Tag fasziniert. Dieses Leben ist die Epopöe eines Individuums, das aus der namenlosen Masse von Millionen, den dunklen Tiefen der Menschheit zur höchstmöglichen Macht gelangte – und das somit den Bruch der frühen "Moderne" mit der Feudalwelt veranschaulicht: die Abkehr von knechtenden Geburtsprivilegien, angemaßten Vorrechten und Besitztümern, entwicklungshemmenden Ständestrukturen. Im Guten wie im Unguten war Napoleon das leibhaftige Erzeugnis der bürgerlichen Revolution Frankreichs. Er war darüber hinaus der Mann des Zeitalters von 1800 bis 1815, dem die Geschichtsschreibung allein seinen Namen verlieh.

Doch Napoleon Bonaparte steht in der Geschichte auch als janusköpfige Gestalt großbürgerlicher Hegemonialpolitik: ein Sachwalter der Modernisierung, der das Feudalwesen durch Krieg und Reform erschütterte – und ein Stratege imperialer Eroberung, der Frankreichs junge Generation auf die Schlachtbank führte und andere Völker in halbkoloniale Unterwerfung zwang. Überdies gemahnt sein Wirken an einen Politiker, der seine Ziele und Mittel auf die Dauer nicht realistisch bemessen konnte. Am Ende verweigerte er der französischen Nation den möglichen und gerade noch rechtzeitigen Frieden, wodurch alle Errungenschaften ihrer Revolution hätten bewahrt bleiben können.

Denn was wäre geschehen – wenn Napoleon im Sommer oder gar noch im Winter 1813 das Staatsruder herumgerissen, wenn er anstelle des Krieges den ihm angebotenen Frieden gewählt hätte? – Er hätte Frankreich eingrenzen, sich in der Macht bescheiden müssen. Aber dann wäre keine militärische Besetzung des Mutterlandes der Revolution durch konterrevolutionäre Koalitionstruppen erfolgt. Die feudale Dynastie der Bourbonen wäre schwerlich auf den Thron Frankreichs zurückgekehrt. Der Emigrantenadel hätte ebenso wenig mit Gesinnungen nach Rache, Entschädigung, Rückgabe früherer Vor-

⁵⁷ Im vorliegenden Text wurde Napoleon unter dem Aspekt der Hegemonialpolitik dargestellt, die bereits 1813/14 endete. Daher bleibt sein "Hundert-Tage-Regime" von 1815, als die konservativen Mächte des Wiener Kongresses die Kriegstreiber waren, unbehandelt. Siehe aber Bock: Der Wiener Kongreß von 1814/15. In: Deutsche Geschichte, Bd. 4, S. 135ff.; derselbe: "Ich bin kein Eroberer mehr!" In: Napoleon Bonaparte. Aufstieg und Sturz eines bürgerlichen Hegemonialpolitikers (Helle Panke, e. V., Vorträge, H. 88), Berlin 2006, S. 54ff.

rechte und Besitztümer ins Land fallen können. Frankreich, in der vollen territorialen Ausdehnung zwischen dem Rhein, den Küsten, den Alpen und Pyrenäen, hätte als ein immer noch starker Staat die bürgerliche Entwicklung auf dem Kontinent vorleben können – ohne die zwanghafte Unterbrechung bis zur Julirevolution von 1830. Der Wiener Kongress (1814/15), der die politische Restauration der Fürsten und des Adels in allen kontinentalen Ländern bewirkte, hätte in dieser Weise nicht stattgefunden.⁵⁸

⁵⁸ Nach L. v. Rankes oft zitierten Worten hat der Historiker "zu sagen, wie es gewesen ist". Demzufolge wäre die konjunktivische Fragestellung "Was wäre, wenn...?" durchaus suspekt. Jedoch die Verheerungen des 20. Jahrhunderts, zuletzt die drohenden Gefahren des Nuklearkrieges, haben Alternativen des Denkens und des Handelns hervorgebracht, die für ein Fortleben der Menschheit unabdingbar sind. Es ist nicht einzusehen, dass engagierte Historiker derart notwendige Denkmethoden der Gegenwart nicht auch auf die Vergangenheit anwenden. Napoleon selbst hat in einem Lebensrückblick auf Elba eingeräumt, dass seine Ablehnung der Friedensvorschläge von 1813 ein Fehler war: "Ich habe drei Fehler gegen die Staatsklugheit begangen. – Ich musste Frieden mit England machen, indem ich Spanien aufgab. Ich hätte einen König in Polen einsetzen und nicht nach Moskau gehen sollen. Ich hätte zu Dresden Frieden schließen müssen, indem ich Hamburg und einige Länder abtrat, die mir unnütz waren." Napoleon Bonaparte: Mein Weg nach Elba. Bekenntnisse des Kaisers, Berg a. See 1993, S. 94 (Hervorhg. – H. B).

Christian Stary

Interaktive Lehr-/Lernumgebungen als disziplinenübergreifende Gestaltungsaufgabe

Vortrag im Plenum der Leibniz-Sozietät am 13. September 2007

1. Einleitung

Lehren und Lernen verändern sich in den letzten Jahren kontinuierlich. Auf der einen Seite ermöglichen Technik-Entwicklungen wie mobile Endgeräte, Breitband-Kommunikationsnetze und hypermediale Informationssysteme in den unterschiedlichsten Situationen interaktiv zu lehren und zu lernen. Dies führte bislang zu zahlreichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit überwiegend technischen Aufgabenstellungen (siehe z. B. LSDA, 2004). Auf der anderen Seite werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert. Für Europa stellt zweifellos der Bologna-Prozess (Confederation of EU Rector's Conference, 1999) eine Herausforderung dar, die nicht nur zu einer Restrukturierung von Curricula führt, sondern zu einer Reflexion der Vermittlungsprozesse und deren Veränderung, wie es Wildt mit 'shift from teaching to learning' (2005, S. 204) ausdrückt.

Bezüglich der Vermittlung von Wissen sind unterschiedliche Handlungsfelder vom Bologna-Prozess gleichzeitig betroffen: Qualitätsmanagement, Organisationsentwicklung und Personalentwicklung, um nur die wichtigsten zu nennen. In einigen Umsetzungsprojekten, wie beispielsweise Koop – siehe www.uni-hamburg.de/eLearning/koop.html – werden nicht nur abgestimmte Vorgangsweisen zur Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben, sondern auch die Mitwirkung der unmittelbar Betroffenen, nämlich der Lehrenden, im Sinne eines bottom-up-Ansatzes versucht.

Obwohl ein Überdenken der Vermittlung von Wissen und das Lernen begleitender Prozesse ansteht, werden kaum hochschuldidaktische Arbeitsstellen institutionalisiert (vgl. Berendt, 2005 für Deutschland). Dies mag zum einen daran liegen, dass Lehrende noch kein professionelles Selbstverständnis an Hochschulen bzw. Universitäten besitzen (Merkt, 2007, S. 221), und zum anderen darauf zurückzuführen sein, dass wesentliche Hilfsmittel zur Er-

64 Christian Stary

bzw. Bearbeitung von Vermittlungsleistungen fehlen (vgl. Gruber et al., 2006).

So besitzen Lehrende stets eine bestimmte Lernendenvorstellung bei der Gestaltung von Materialen und Lernumgebungen. Diese setzt sich aus eigenen, meist impliziten Annahmen über Lehren und Lernen sowie Attributen der (vorgestellten) Zielgruppe zusammen (Gücker, 2007). Mit Ausnahme weniger Ansätze existieren allerdings kaum Verfahren, diese Vorstellung zu explizieren und als Gestaltungsspielraum zu nutzen. Dies, obwohl didaktisches Design von e-Learning den Erfolg der Vermittlung und damit von Lernprozessen beeinflusst (Schulmeister, 1996, Zumbach et al., 2004).

Explizites didaktisches Design kann folglich nutzen, die komplexe Gestaltungsaufgabe von institutionalisierten innovativen Lernumgebungen strukturiert zu meistern, insbesondere bei dem konstatierten Handlungsbedarf: "Damit eLearning aber zum Alltag im Lehrbetrieb der Hochschulen wird, bedarf es weiterer Maßnahmen zur Veränderung der didaktischen Praxis. Insofern geht es vor allem um die Akzeptanzerhöhung der neuen Lerntechnologien sowie um die Veränderung bestehender didaktischer Routinen." (Mayrberger, 2007, S. 193) Dieser Beitrag soll eine Grundlage bilden, um didaktische Routinen hinterfragen und gleichzeitig Gestaltungsvarianten für den Einsatz technischer Unterstützungssysteme entwickeln zu lernen. Es soll folglich im konstruktiven Dialog zwischen Betroffenen und Technik-Entwicklern möglich werden, die didaktische Praxis mit technischen Möglichkeiten abzustimmen und neue Formen der Vermittlung und des Lernens zu erschließen.

Positive Erfahrungen mit e-Learning-Systemen wurden vor allem mit Formen des forschenden Lernens (vgl. Euler, 2005) gemacht (vgl. Auinger et al., 2007), wenn es auch (noch) nicht als integraler Bestandteil von Gestaltungstechniken wahrgenommen wird, wie die folgende Aussage zeigt: "Forschendes Lernen ist auf den *Lerninhalt*, die 'Sache' gerichtet, während z. B. e-Learning die *Lernform* sozial und kommunikativ neu organisiert. Forschendes Lernen begünstigt deshalb die Ausbildung von *Sachkompetenzen* mit der Frage, *was* gelernt wird, e-Learning eine *Medienkompetenz* und die Analyse, *wie* gelernt wird." (Schurig, 2007, S. 91)

Diese Aussage ist zwar aus der Sicht erforderlicher Kompetenzen im Sinne einer outcome-Orientierung (vgl. Bologna-Prozess) hilfreich, unterstützt aber Lehrende kaum bei der Abstimmung von Lehr-/Lernformen, Medien und Inhalten im Rahmen der Gestaltung von e-Learning-Umgebungen. Diese hat zu integrieren:

- Wesentliche lernpsychologische und motivationale Merkmale des forschenden Lernens, wie Eigenaktivität, Selbstkompetenz, Verantwortlichkeit, Neugier, Interesse, gepaart mit operationalen Handlungen wie analysieren, erklären, verstehen und entwerfen.
- Die kognitive und damit individuelle Organisation der Wissensaufbereitung und des Wissenserwerbs, welche sich durch die Problemlösung, Heuristik und Kreativität auszeichnet.
- Bildung von Gemeinschaften zur Bearbeitung von Aufgaben und zur Vereinbarung von Lernschritten.
- Kommunikations- und Interaktionsmechanismen zur Bewältigung von Lehr- und Lernaufgaben.

Um dieser Abstimmungsaufgabe gerecht zu werden, ist ein Gestaltungskonstrukt zu finden, welches die Vorstellungen von Lehrenden explizit ausdrücken lässt sowie die Erschließung von (individuellen) Gestaltungsspielräumen ermöglicht. Ziel der Interaktion im Rahmen der Vermittlung von Wissen ist das Tragen von Verantwortung der Lehrenden für die Herstellung gesellschaftlicher Integrität der Studierenden. Die Interaktion ermöglicht über Lehrhandlungen das Erlernen berufsrelevanten ebenso wie wissenschaftlichen Arbeitens (vgl. Merkt 2007, S. 236).

Im Sinne der Mathetik, der Lehre vom Lernen, entsteht zur Zeit ein alternatives Rollenverständnis der Lehrenden, in dem sie die Verantwortung für die (selbst organisierten) Lernprozesse übernehmen. Dies geschieht vornehmlich durch die gezielte Vorbereitung einer Umgebung, welche lernförderlich für Individuen ist. Durch die gleichwertige Berücksichtigung der Organisation von Lernprozessen in der Verantwortung der Lehrenden mit der Situation der Lernenden als Individuen kann ein kontextsensitiverer Zugang zu Wissenserwerb und -vermittlung als durch Anwendung einschlägiger (Fach-)Didaktiken erreicht werden (vgl. Eichelberger et al., 2007). Gleichzeitig rückt die Transparenz des Lernfortschritts und des Lernmanagements in den Mittelpunkt der Gestaltung. Somit haben die Entwickler von Lernumgebungen neben der lernendenzentrierten Individualisierung von Inhalten die explizite Organisation von Vermittlungs- und Lernleistungen unter Berücksichtigung didaktischer Erfordernisse und institutioneller Rahmenbedingungen zu bewältigen.

Der in diesem Beitrag diskutierte Vermittlungsakt versucht dem Prozess und der Struktur mathetisch geleiteten Vermittlungshandelns gleichermaßen gerecht zu werden. Er berücksichtigt Fachwissen, Lernvorgänge und Interaktionsbeziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden. Dabei werden Er-

66 Christian Stary

kenntnisse der Pädagogik, Philosophie, Sprachwissenschaften und der Informatik genutzt, und zwar im Sinne der mehrfach geforderten transdisziplinären Entwicklung von Neuerungen: "Trotz des dabei praktizierten reduktionistischen Vorgehens, einzelne wissenschaftliche Methoden zweckbewusst, planvoll und begrifflich fassbar – eben rational – zu selektieren, kombiniert sie [die Transdisziplinarität, Anm. d. Autors] methodische Teile. Leitgedanken... transdisziplinär [d. h. neue Eigenschaften und neues Verhalten höherer Ordnung auf Basis der beteiligten Disziplinen hervorbringend, Anm. d. Autors] unter der skizzierten finalen Orientierung auf inner- und außerwissenschaftliche Probleme zu einer nachhaltig kooperierenden wissenschaftlichen Denk- und Arbeitsweise." (Fleischer, 2007, S. 273)

Das vorgestellte integrative Herangehen lässt Raum für eine Partizipation der Beteiligten, um zu Lernvereinbarungen zu gelangen, die Lehrenden und Lernenden Strukturen und Freiheit gleichermaßen verschafft. Erst damit werden Innovationen im Sinne der Mathetik auch "Neuerungen der Organisation, der Inhalte und/oder Methoden des Lehrens, die den vorangegangenen Zustand der Wissensvermittlung merklich verändern und als Konsequenz auch einen Wandel der intendierten Bildungs- und Lernprozesse bewirken." (Reinmann-Rothmeier, 2003, S. 11)

Der Beitrag zeigt zunächst die Herleitung der mathetischen Vermittlungsakte aus der bestehenden Nutzung der Sprechakttheorie in den Gebieten der computerunterstützten Gruppenarbeit CSCW (Computer-Supported Co-operative Work) in Abschnitt 2, ehe ihre Anwendung bei der Gestaltung und Umsetzung am Beispiel des Scholion-Projekts – http://scholion.jku.at – in Abschnitt 3 gezeigt wird. Mathetische Vermittlungsakte erlauben neuere technische Entwicklungen im Kontext der genannten Anforderungen zu reflektieren und didaktische Gestaltungsmerkmale zu differenzieren. Die in diesem Beitrag angesprochenen Annotations- und Individualisierungswerkzeuge erlauben selbstgesteuertes Lernen und seine Begleitung durch Lehrende. Von besonderer Bedeutung zur Umsetzung kontextsensitiver Interaktion ist, dass fachdidaktisch relevante Inhaltselemente direkt mit Kommunikationselementen verbunden werden können. Sie entstehen als inhärenter Teil von synchronen und asynchronen Vermittlungsprozessen, und verbleiben somit im jeweiligen Kontext.

2. Nutzung von Sprechakten im Rahmen sozio-technischer Systemgestaltung

Die Einführung von technischen e-Learning-Systemen in Institutionen erfolgte zunächst über Kommunikationsmedien, welche mit Features von virtuellen Klassenzimmern ausgestattet wurden, sowie über den Inhalt, indem Dateitransfer in verteilten Systemen (z. B. dem World Wide Web) ermöglicht wurde (vgl. www.edumoodle.org). Die Strukturerfassung von Lehr-/Lerninhalten begann erst in den letzten Jahren Gestaltungsgegenstand zu werden (vgl. Meder, 2000). Parallel dazu wurden e-Learning-Szenarien entwickelt, in denen Kommunikation bzw. Interaktion und Inhalt gleichwertig bzw. integrativ berücksichtigt werden (vgl. Kienle et al., 2002).

Obwohl die Rolle der Lehrenden im e-Learning früh betont wurde (vgl. Schulmeister, 1996), sind bislang Gestaltungsüberlegungen, die das Wissen von Lehrenden direkt abbilden lässt, rar. Dabei stehen in (sozio-technischen) Lehr- und Lernumgebungen die Zusammenarbeit von Lernenden und Lehrenden und deren gemeinsame Nutzung von Information im Mittelpunkt. Ihre Koordination spielt neben der Kommunikation und Kooperation eine zentrale Rolle. "The act of working together harmoniously" (Malone et al., 1990, S. 358) braucht allerdings Lernvereinbarungen mit geklärtem Rollen- und Aufgabenverständnis (vgl. Eichelberger et al., 2007). Die Koordination basiert auf Prozessen zur Kommunikation, der Wahrnehmung von gemeinsam bekannten Sachverhalten, Gruppenentscheidungen, und konkreten Koordinationsaktivitäten.

Um das Zusammenwirken von Lehrenden und Lernenden in e-Learning-Umgebungen zu unterstützen, bedarf es der gegenseitigen Abstimmung arbeitsteiliger bzw. aufgabenbezogener Tätigkeiten. Zur Festlegung von rollenspezifischen Aktivitäten, Zugriffsrechten auf Inhalt und damit verbundener Verhaltensregeln können Struktur-Sprachen wie XML eingesetzt werden (vgl. Auinger et al., 2007). Deren Einsatz kann sich nicht nur an den fachlichen Strukturen von Disziplinen, sondern auch an beobachtbaren Konversationen zwischen Lernenden und Lehrenden orientieren, die mittels Sprechakten (vgl. Austin 1962; Searle, 1969) beschrieben werden können. Dabei stehen die Interaktionsmuster zwischen Kooperationspartnern im Mittelpunkt, die durch bestimmte Konversationstypen, die auf der Sprechaktheorie basieren, benennbar sind.

Die aus der Linguistik stammende Sprechakt-Theorie betont den handlungsorientierten (pragmatischen) Aspekt von Sprache. Gegenstand der Theorie sind sprachliche Äußerungen, welche nicht zur Beschreibung oder zu 68 Christian Stary

Berichten verwendet werden, sondern Handlungen, welche mit diesen Äußerungen gesetzt werden können.

Jeder Sprechakt hat vier Aspekte:

- Lokution, d. i. die sprachliche Äußerung (Laute erzeugen, Sätze bilden ...)
- Illokution, d. i. die Intentionen des Sprechers (fragen, vorschlagen, antworten...)
- Perlokution, d. i. die Wirkung des Sprechakts auf den Angesprochenen (impliziert weitere Folgen) (beleidigen, überzeugen, verärgern ...)
- Proposition, d. i. der Bedeutungsgehalt (Semantik).

Die Sprache bildet so den Rahmen für soziales Handeln. Sie ist jedoch auch maßgeblich für unsere Erkenntnisfähigkeit (Lernen) und damit gleichermaßen Baustein und System für das eigene Weltbild. Handeln wird dabei als intentionales Sich-Verhalten aufgefasst, wobei aus Sicht der Sprechakt-Theorie jede Art von Kommunikation Handeln darstellt, sei es auf individueller oder sozialer Ebene.

Mittels Sprechakten werden seitens Personen sozial relevante Handlungen gesetzt, welche sich durch sprachliche Äußerungen vollziehen und auf diese Weise in Kommunikationssituationen intersubjektiv gültige Tatsachen schaffen. Voraussetzung für Sprechakte ist, dass mit jedem Sprechakt etwas getan und nicht nur geredet wird (Austin, 1962, S. 28). Für den Vollzug eines Sprechakts sind semantische Regeln (Searle, 1969, S. 63) sowie ein wechselseitiges Verständnis der Kommunikationspartner erforderlich.

So bezeichnet beispielsweise die sprachliche Äußerung 'Ich taufe das Schiff Stadt Passau' den Vollzug der damit angesprochenen Handlung im Sinne der Sprechakt-Theorie. Der gemeinsame Hintergrund des Sprechers und Zuhörers und deren gegenseitiges Einvernehmen über das Zustandekommen des Sprechakts bestimmen auch den Sprechakt selbst. Sie lassen sich bezüglich ihrer kommunikativen Funktion (auch als illokutiver Akt bezeichnet), wie beispielsweise die Mitteilung über die Schiffstaufe, und bezüglich der Konsequenzen der Sprechhandlung (auch als perlokutiver Akt bezeichnet) differenzieren (z. B. der erfolgten Taufe eines Schiffes). Die Sprechakt-Theorie dient somit der Untersuchung (i) der Auswirkung(en) sprachlicher Äußerungen auf Sprecher und/oder Zuhörer und (ii) der Aktionen, die dadurch veranlasst werden.

Für die sozio-technische Systemgestaltung sind aus verhaltensorientierter Sicht, die ja die Vermittlung von Wissen bestimmt, sowohl illokutive als auch perlokutive Sprechakte besonders relevant. Erstere bezeichnen in einer Lehr-/Lernumgebung die kommunikativen Aspekte der Interaktion, während zwei-

tere die beobachtbare Konsequenz(en) von durch Sprache bewirkten Handlungen anspricht, sei es die Lernenden oder die Interaktion zwischen Lehrenden und Lernenden betreffend. Sie wird durch die Bedeutung (Proposition) bestimmt.

Searle selbst unterscheidet fünf Grundkategorien von illokutiven Sprechakten (Searle, 1975, 1976; Grewendorf et al., 1990, S. 393f):

- [Assertives] Repräsentativa: Sprechakte, in denen der Sprecher zu erkennen gibt, was er *glaubt* (berichten, behaupten, feststellen ...). Es sind dies Akte, die an Sprache gebunden sind.
- [Directives] Direktiva: Sprechakte, in denen der Sprecher zu erkennen gibt, was er *will*, was der/die *andere tun soll* (bitten, befehlen, anordnen, fragen, ansuchen, um Rat suchen ...)
- [Commissives] Kommissiva: Sprechakte, in denen der Sprecher zu erkennen gibt, was er selbst zu tun vorhat (versprechen, wetten, schwören, garantieren, sich verpflichten, eine Absicht erklären ...)
- [Expressives] Expressiva: Sprechakte, in denen der Sprecher zu erkennen gibt, wie *ihm zumute ist* (klagen, danken, loben, grüßen, gratulieren, sich entschuldigen ...)
- [Declarations] Deklarativa: Sprechakte, in denen der Sprecher zu erkennen gibt, was *in bestimmten institutionellen Rahmen der Fall sein soll* (abdanken, entlassen, ernennen, taufen, trauen, verhaften ...). Sie stellen eine Erklärung bzw. ein Urteil mit dem Ziel dar, den Inhalt des Sprechakts und die Realität in Übereinstimmung zu bringen.

Es gibt Überschneidungen dieser fünf Sprechakte, da alle auch Repräsentativa sind, die in ihrer illokutionären Eigenschaft auf Perlokution abzielen.

Winograd etablierte mit Hilfe dieser Sprechakte die sogenannte language/ action-Perspektive auf sozio-technische Systeme. Sie legten unterschiedliche Konversationsstrukturen für die computerunterstützte Kommunikation zwischen Personen fest, wobei *conversations for action* als zentrale Struktur für Koordinationsprozesse betrachtet werden (Winograd, 1988, S. 627-630): Zur Initiierung einer *conversation for action* ersucht ein Interaktionspartner einen anderen um eine Leistung, die an bestimmte Bedingungen (*conditions of satisfaction*) gebunden ist. Die derart begonnene Konversation zur Leistungserbringung wurde als Zustandsübergangsdiagramm dargestellt. Dabei bilden die Sprechakte die Übergänge in diesem Konversationsprozess.

Das auf Basis dieser Überlegungen entwickelte technische System The Coordinator™ unterstützt Koordinationsprozesse durch deren Strukturierung in ihre illokutiven Sprechakte, um deren Effektivität zu erhöhen. Die formale

70 Christian Stary

Struktur umfasst den Inhalt, Sprechakt und die zeitlichen Abhängigkeiten bezüglich Anfragen, Bestätigungen und Fertigstellung. Damit wollten die Entwickler bislang implizit gehaltene Information (zur Koordination) in soziotechnischen Systemen transparent machen (Winograd 1994, S. 192). Die Mitglieder des sozio-technischen Systems vergeben die Sprechakte selbst. Dies bedeutet, die Nutzer (die jeweiligen Sprecher) bestimmen, ob sie eine e-mail als Feststellung oder anderen Sprechakttyp verstanden haben wollen.

Sie werden angehalten, ihre Intention bei der Formulierung einer e-mail explizit (zusätzlich zum Inhalt) anzuführen, indem sie aus vorgegebenen Kommunikationsoptionen wählen können. So sollten sich mit Hilfe dieser Angaben kommunikationsspezifische Missverständnisse vermeiden lassen. Die intentionalen Angaben sollten unmittelbar der Reduktion von Komplexität dienen.

Auch die Adressaten der Nachrichten wurden im Zuge der Konversation zur expliziten Reaktion aufgefordert. Sie erhielten optionale Reaktionsmöglichkeiten aus demselben Strukturierungsmodell (z. B. eine Verpflichtung zur Erfüllung eines Ersuchens, eine Ablehnung). Den Verlauf des Kommunikationsprozesses beeinflussten darüber hinaus die *conditions of satisfaction* (z. B. Terminfestlegungen) und deren Interpretationen durch die beteiligten Parteien. Die Nutzungspraxis des Systems zeigte, dass eine derart vorstrukturierte Interaktion die unstrukturierte Kommunikation bei Arbeitsabläufen vor allem in bislang schwach strukturierten Bereichen (z. B. Marketing) verdrängte (Winograd, 1994, S. 195).

Die im Umgang mit Coordinator gewonnenen Erfahrungen wurden zur computergestützten Abwicklung von Geschäftsprozessen genutzt. Dabei waren die für Abläufe relevanten Elemente neben den Sprechakten und darauf aufbauenden Konversationen die *conditions of satisfaction* (hier vor allem Terminvereinbarungen). Die am Geschäftsprozess beteiligten Personen traten in unterschiedlichen Rollen auf (z. B. Kunde, Lieferant), die Beziehungen basierten auf dem Ersuchen zur Leistungserstellung und der Verpflichtung zur Leistungserbringung. Prozesse selbst wurden nach Aktionsschleifen (*Action Workflow Loops*) strukturiert. Sie reichten von der Angebotsphase (*preparation*) über die Aushandlung inklusive der Bedingung zur Leistungserstellung (*negotiation*) und der Ausführung bzw. Leistungserstellung (*performance*) bis zur Abnahme der Leistung (*acceptance*). Der Durchlauf einer Schleife erfolgte unter den conditions of satisfaction.

Begleit- bzw. Folgeuntersuchungen zeigten mehrfache Effekte. Diese betrafen vor allem die Verteilung von Arbeit, Formen der Kooperation, die Nut-

zung und Verteilung von Inhalt sowie die Koordination von Aktivitäten (Orlikowski, 1992, 1995). Die erhofften Effektivitätseffekte ließen sich bei zielgerichteter Einführung der intentionalen Angaben innerhalb kurzer Zeit erzielen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass Strukturhilfen in interaktiven Beziehungen ordnenden bzw. die Komplexität reduzierenden Effekt besitzen, der zugunsten der Vermeidung von Missverständnissen genutzt werden kann.

3. Mathetische Vermittlungsakte

Ausgehend von den zuletzt genannten Befunden soll nun versucht werden, Vermittlungsprozesse von einer Language/Action-Perspektive aus zu betrachten und damit die Koordinationsaktivitäten und in Folge die eigentlichen Ziele der Vermittlung (Erkenntnisgewinn und fachliches Verständnis) als Grundlage zur Modellierung zu verwenden. Ein auf der Sprechakt-Theorie basiertes Systemdesign sollte eine fokussierte Konversation mit Lehrenden-Intentionen ermöglichen, und zwar zum einen einer auf den Lernenden und zum anderen auf den Lernprozess ausgerichteten Verantwortungsübernahme des Lehrenden (in Sinne der in der CSCW-Debatte genannten Disziplinierung [Suchman, 1994, 1995; Button, 1995] der beteiligten Personen). Den Fokus bildet der Wissenserwerb, die Verantwortung für die Organisation desselben wird durch die Lehrenden wahrgenommen – daher die Bezeichnung mathetische Vermittlungsakte.

Die Kategorisierung von Intentionen kann somit auch als ein Instrument des Qualitätsmanagements gesehen werden, wobei es zunächst in der Verantwortung der Lehrenden liegt, was kategorisiert wird und was diese Kategorien für wen leisten (sollen). Die Kategorisierungen sollen effektive Kooperationsformen in komplexen Vermittlungsbeziehungen ermöglichen.

Die Sprechakttheorie handelt auch von Bedeutung (meaning), wobei Interpretation und Hintergrund nicht Teile der ursprünglich entwickelten Theorie sind. Bedeutung zu erfassen, hängt jedoch mehr von sozialen denn von mentalen Dimensionen ab (vgl. Winograd et al., 1986) – ein wichtiger Hinweis auf die Gleichbehandlung bzw. Kopplung von Inhalt und Kommunikation, um kognitive und soziale Aspekte im Rahmen der Vermittlung gleichermaßen anzusprechen.

Aus den bisherigen Erfahrungen sprechakt-basierter Systemgestaltung können wir lernen, dass die Klassifizierung von sprachlichen Handlungen Aufwand verursacht, da sich die Lehrenden über die Kategorie ihrer jeweiligen Vermittlungshandlung bewusst werden müssen, selbst wenn sie sich an

72 Christian Stary

vorgeschlagenen Strukturierungsmodellen orientieren. Ob damit ein Design erreicht werden kann, das auch nicht linear aufeinander folgende Vermittlungsakte sowie die Vielschichtigkeit der Interaktion berücksichtigt, hängt von der Mächtigkeit des Schemas sowie seines Gebrauchs ab. Das Schema sollte einige grundlegende Eigenschaften erfüllen:

Adaptierbarkeit

Konversationsorientierte Vermittlungssysteme setzen auf Strukturierung und wollen damit Klarheit und leichte Verfolgbarkeit in Transferleistungen und die Auseinandersetzung mit Inhalten bringen. Sobald sich also in der Handlungspraxis der Lehrenden oder Lernenden eine Strukturierung als inadäquat erweist, sollte das Design adaptierbar sein. Die fach- und vermittlungsspezifische Adaptation verbleibt in der Verantwortung der Lehrenden, die individuelle Ausgestaltung zum Lernen entsprechend der durch die Lehrenden verantworteten Freiheitsgrade in der Verantwortung der Lernenden.

• Orientierung bei Kooperation

Eine wichtige Fragestellung bei der Entwicklung von e-Learning-Systemen ist, wie die Orientierung im Gruppenarbeitskontext des Systems sinnvoll ermöglicht und die Teilnehmer über die Existenz der anderen Teilnehmer im System und deren Aktivitäten informiert werden können (*awareness*). Awareness meint im wesentlichen, dem Teilnehmer die augenblickliche Verfügbarkeit (z. B. Ansprechbarkeit via chat) anderer Teilnehmer und deren Aktivitäten anzuzeigen und/oder dem Teilnehmer einen Überblick über die vergangenen, seit seinem letztmaligen Anmelden erfolgten Veränderungen in der Lehr-/Lernumgebung zu geben.

• Dynamische Integration

In der Praxis eingesetzte e-Learning-Anwendungen fokussieren meist entweder auf den Inhalt, das Instruktionsdesign oder die Kommunikation und adressieren innerhalb dieser Bereiche spezifische Problemstellungen. Dabei werden häufig nur stark strukturierte Bearbeitungen unterstützt. Zum Informationsaustausch muss dann auf andere Anwendungssysteme zurückgegriffen werden. Kollaboration verlangt jedoch in der Regel variable, ineinandergreifende Formen der Zusammenarbeit. Insbesondere aus Nutzerperspektive ist die Beschränkung auf spezifische Anwendungsfälle innerhalb der Inhaltsbearbeitung bzw. Kommunikation nicht ausreichend.

Kollaborationsförderliche e-Learning-Umgebungen sollten daher die von den Erfordernissen des jeweiligen Vermittlungs- bzw. Gruppenarbeitsprozesses abhängige Kombination von Unterstützungsfunktionen in einer integrativen Umgebung ermöglichen (vgl. Hiltz et al., 2005). Die Unterstützung sollte soweit reichen, dass die Teilnehmer sich in mehreren Gemeinschaften bewegen können sollen. Nach Strauss (1978) bzw. Fitzpatrick et al. (1995) agieren Menschen innerhalb und zwischen Gemeinschaften (locales theory). Diese zeichnen sich durch eine Übereinkunft zu einer gemeinsamen Aktion aus, wobei e-Learning-Systeme räumliche und zeitliche Schranken überwinden helfen. Bezüglich der Gemeinschaftsbildung sollten e-Learning-Systeme nicht nur bestimmte Aspekte von Gruppenarbeit isoliert betrachten, sondern unterschiedliche. Ihre Strukturen sollten flexibel sein, um gemeinsame Aktivitäten zwischen Lernenden sowie mit Lehrenden effektiv zu unterstützen.

Nach Burkhardt (1986, S. 99) sind Sprechakte mittels einer Analyse sprechaktbezeichnender Ausdrücke, welche ihrerseits Verben bzw. Aktivitäten enthalten, zu verstehen. Letztere stellen jedoch den Bezug der Sprechaktheorie zu Vermittlungsleistungen her. Nach der Habermas'schen 'Theorie der kommunikativen Kompetenz' drücken Sprechakte die elementaren Einheiten einer Aussage der Rede aus, welche gleichzeitig den intentionalen Gehalt und dessen sprachliche Realisierung darstellen (Habermas, 1971). Mittels der Sprechakte können folglich Strukturen einer verbal geleiteten Vermittlungssituation gebildet werden. Habermas bezeichnet derart eingesetzte sprachliche Ausdrücke als 'pragmatische Universalien' (Habermas, 1979). Jeder Sprecher muss dem Hörer durch seine Äußerung vermitteln, dass er/sie in speziellen Situationen bestimmte Konsequenzen als Handlungen seiner Worte setzen wird. Damit meint Habermas, dass jeder Sprachakt für die Teilnehmer Konsequenzen besitzt, welche zu anderen Handlungen führen.

Den Gegenstand seiner Universalpragmatik stellt die Rekonstruktion von Regelsystemen dar, nach denen wir sprachlich geleitete Situationen generieren. Dieses Generieren steht allerdings im Gegensatz zum Hervorbringen sprachlicher Ausdrücke durch linguistische Kompetenz. Es verdeutlicht vielmehr die der menschlichen Rede eigene "Doppelstruktur umgangssprachlicher Kommunikation" (Habermas, 1971, S. 105). Sie besteht darin, dass jeder sprachgeleitete Vermittlungsakt aus einem performativen Teil (Satz) und einem davon abhängigen Teil (Satz) propositionalen Gehalts zusammengesetzt ist.

Dabei kann der performative Teil auch impliziert werden, d. h. er muss in der Verbalisierung nicht ausdrücklich enthalten sein, in der Tiefenstruktur jedoch auftreten. Diese elementare Verknüpfung der Sprechhandlung und des Inhalts (Satz propositionalen Gehalts) zeigt die Doppelstruktur umgangs-

74 Christian Stary

sprachlicher Kommunikation. Der dominierende Satz enthält einen Subjektausdruck, einen Objektausdruck sowie ein Prädikat (performatorischen Ausdruck). Der Satz propositionalen Gehalts, der abhängige Satz, enthält 'Gegenstände', über die kommuniziert wird. Die Bezeichnung 'Gegenstände' umfasst Dinge, Ereignisse, Zustände, Personen, Äußerungen und Zustände von Personen.

Eine Verständigung zwischen zwei Partnern wird erreicht, wenn die Kommunizierenden gleichzeitig beide Ebenen betreten, und zwar

- die Ebene der Intersubjektivität, d. h. Sprecher bzw. Hörer stellen einen Modus der Kommunikation her – sie gehen Interaktionsbeziehungen ein und treten dabei als sprach- und handlungsfähige Subjekte auf, sie sprechen miteinander.
- die Ebene der Gegenstände, *über* die sie sich verständigen. Die Tiefenstruktur dieser Doppelstruktur umgangssprachlicher Kommunikation lässt sich wie in Abbildung 1 gezeigt darstellen:

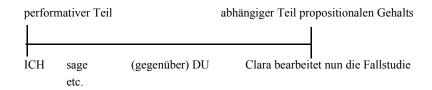


Abb. 1: Verständigung nach Habermas

Habermas sieht im performativen Satz den pragmatisch wichtigsten Teil des Sprechakts (1971, S. 110). Sein Systematisierungsvorschlag beinhaltet die Unterscheidung von vier Klassen von Sprechakten: Kommunikativa, Konstativa, Repräsentativa, Regulativa.

- Kommunikativa beinhalten die '*Vorverständigung*' sprachlicher Kommunikation, das Ansprechen des pragmatischen Sinns von Aussagen überhaupt. Beispiele sind: sagen, sprechen, fragen, antworten, zustimmen, widersprechen, zugeben, zitieren.
- Konstativa verdeutlichen den Sinn von Aussagen durch Aussagen, sie drücken den Sinn kognitiver Verwendung von Sätzen aus. Beispiele sind: beschreiben, berichten, erzählen, erklären/erläutern, voraussagen, versichern, bezweifeln etc.
- Repräsentativa bringen Intentionen, Einstellungen, Expressionen des Sprechers zum Ausdruck, der pragmatische Sinn der Selbstdarstellung des Sprechers wird vor dem Hörer ausgesprochen. Die abhängigen Teile

propositonalen Gehalts sind Intentionalsätze. Beispiele sind: preisgeben, gestehen, verschweigen, verheimlichen, verleugnen.

 Regulativa explizieren den Sinn des Verhältnisses, welches der Sprecher bzw. Hörer zu Regeln einnehmen, die sie befolgen können oder verletzen. Beispiele sind: befehlen, auffordern, bitten, verbieten, erlauben, versprechen, entschuldigen, warnen, empfehlen, ablehnen.

Habermas bestimmt die 'ideale Sprechsituation' unter den Bedingungen kommunikativen Handelns (abgegrenzt vom strategischen und symbolischen Handeln), indem er sie folgendermaßen kennzeichnet:

- *Privilegierungen* im Sinne einseitig verpflichtender Handlungsnormen sind *ausgeschlossen*, d. h. es existiert eine Symmetrie von Berechtigungen und Verpflichtungen.
- Es sind nur Sprecher zugelassen, die als Handelnde gleiche Chancen haben, Repräsentativa, Regulativa, Kommunikativa und Konstativa zu verwenden

"Die symmetrische Verteilung der Chancen bei der Wahl und der Ausübung von Sprechakten, die sich (i) auf Aussagen als Aussagen, (ii) auf das Verhältnis des Sprechers zu seinen Äußerungen, und (iii) auf die Befolgung von Regeln beziehen, sind sprachtheoretische Bestimmungen für das, was wir herkömmlich mit den Ideen der Wahrheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit zu fassen suchen." (Habermas, 1971, S. 139) Die Bedingungen der idealen Sprechsituation erweisen sich als Bedingungen einer idealen Lebensform.

Dies verdeutlicht, dass die ideale sprachgeleitete Interaktionssituation nicht durch die Persönlichkeitsmerkmale idealer Sprecher, sondern durch die symmetrische Verteilung der Chancen, Interaktionsrollen wahrzunehmen und Sprechakte auszuführen, gekennzeichnet wird.

Inhaltselement-Typen	
Motivation	Beispiel
Definition	Fallstudie
Erklärung	Handlungsanweisung
Hintergrundinformation	Test
Content	Interaktion / Interaktives Element
Theorem / Merksatz	Zusammenfassung

Tab. 1: Fachlich bestimmte Struktur-Elemente von e-Learning-Inhalt

76 Christian Stary

Die Entwicklung mathetischer Vermittlungsakte soll nun anhand eines Praxisfalls verdeutlicht werden. Im Projekt mobiLearn (www.mobiLearn.at) wurde das Fach Medieninformatik unter Nutzung der e-Learning-Plattform Scholion (scholion.jku.at) lernendenorientiert entwickelt. Nach der Verfügbarmachung von vermittlungsrelevanten Inhalten wurde die fachdidaktische Strukturierung und darauf aufbauende Transfervorbereitung begonnen. Den ersten Schritt stellt die fachliche Didaktisierung von Inhalt auf Strukturebene dar (vgl. Auinger et al., 2007). Das Ergebnis stellte eine Menge von Strukturelementen dar, nach denen der zu vermittelnde Inhalt zerlegt werden kann. Tabelle 1 zeigt die seitens der Lehrenden begründeten Inhaltselement-Typen.

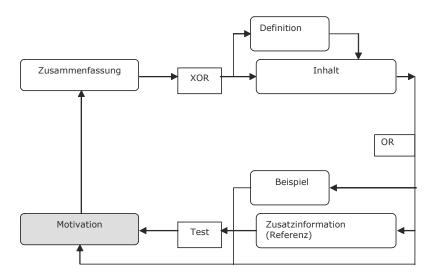


Abb. 2: Repräsentation von Lehr-/Lernpfaden auf Basis fachlich bestimmter Strukturelemente

Wird nun Inhalt in Handlungsorientierung eingebettet, markieren die Verknüpfungen OR und XOR in Abbildung 2 Lehr- bzw. Lernpfade, welche beispielsweise einer didaktisch relevanten Reihenfolge aus Sicht der Lehrenden entsprechen. Mathetische Vermittlungsakte dienen der Abbildung bzw. Gestaltung sozialer Handlungsphänomene bei der Vermittlung von Wissen auf der Basis fachlicher Strukturelemente. So können Direktiva (bzw. Regulativa nach Habermas) seitens der Lehrenden eingesetzt werden, um Lernende dazu bringen, etwas zu tun. Sie können (echt) direktiv mit einer unmittelbaren Aufforderung seitens der Lehrenden sein: "Als nächstes ist ein Praxisfall zu mo-

dellieren.' Sie können aber auch annunziativ sein, d. h. Anweisungen mit Aufforderungscharakter in der Proposition: 'Dieses Beispiel erleichtert das Verständnis von Modellbildung.' Sie können admonitiv sein, sobald sie in der Proposition eine Warnung aufweisen: 'Ohne dieses Beispiel kann der Aufbau eines Unternehmensmodells nicht verstanden werden.' (vgl. Burkhardt, 1986)

Folgen wir der bislang im e-Learning erfolgreichen Tradition des forschenden Lernens, so sind sowohl die "darbietende Methode" als auch die "hypothetische Methode" (Bruner, 1961, S. 23) in e-Learning-Umgebungen zu realisieren. Bei ersterer sind die Lernenden vornehmlich in der Rolle von Zuhörern und passen sich im Rahmen des Wissenserwerbs an die Gedankengänge der Lehrenden an. Diese werden, wie in Tabelle 1 gezeigt, durch die fachdidaktische Aufbereitung von Inhalt bestimmt. Bei der hypothetischen Methode kommt es zu einer kommunikativen Kooperation zwischen Lehrenden und Lernenden. Lernende sind nicht nur Zuhörer, sondern können selbst aktiv in die Ausgestaltung des Inhalts und die Transferleistungen eingreifen. So kann sich ihre kognitive Struktur an den Inhalt und nicht nur an die Strukturen des vorab Kodierten bzw. des Lehrerenden anpassen.

Aus Sicht des forschenden bzw. entdeckenden Lernens gehen Lernende in der Regel in kleinen, kognitiv fassbaren Schritten vor. Bei für sie gänzlich neuen Bereichen, wie z. B. der ersten Begegnung mit der Modellierung von Geschäftsprozessen, beginnen sie häufig mit dem Prinzip trial-and-error. Diese Lernstrategie mündet allmählich, nachdem ein gewisses Grundverständnis in einem Lernbereich erreicht wurde, in ein Fragestellen und ein induktives Entwickeln von Hypothesen. Letztere werden dann durch haptische und gedankliche Manipulation an Lernobjekten überprüft und revidiert. Allmählich lösen sich die Lernenden von ihrem zu Anfang gänzlich subjektiven Vorverständnis, und ihre kognitiven Strukturen nähern sich die fachlich verobjektivierten Konzepte an.

Dem hypothetischen Ansatz und damit kleinen Schritten gerecht zu werden, braucht mehr als die fachliche Vorstrukturierung von Inhalt. Es bedarf eines fachdidaktisch motivierten Vorgangsmusters, das sich am Inhalt orientiert (vgl. Auinger et al., 2007), wie folgendes handlungsorientierte Beispiel aus der Geschäftsprozessmodellierung zeigt – das Komma steht für die lineare Folge von Handlungs- bzw. Erkenntnisschritten, / stellt den Bezug zu fachlich relevantem Inhalt her und gibt den Typ (z. B. Erklärung) und den eigentlichen Inhalt (Proposition), z. B. ,Akteur', an:

78 Christian Stary

GP_Modellierung_beherrschen =
Umfelddaten_erheben, Schritte_beherrschen, Kontext_erfassen
Schritte_beherrschen =
Akteure_modellieren / Erklärung ,Akteur',
Funktionen_modellieren / Definition ,Funktion',
Ressourcen_modellieren / Erklärung ,Ressource',
Integration_modellieren / Definition ,Prozesskette'
Akteure_modellieren =
Akteure_auflisten, Akteure_strukturieren / Erklärung ,Organigramm'
Akteure strukturieren =

Organigramm erstellen OR (Stellen zuordnen / Erklärung , Stelle' OR

Abb. 3: Erforschendes Erschließen der Geschäftsprozessmodellierung

Personen zuordnen / Erklärung "Person")

Das erschließende Modell zur Beherrschung von Geschäftsprozessmodellierung geht von 3 Lernschritten aus, wobei der mittlere in Abbildung 3 mit der Modellierung von Akteuren detailliert wurde. Der Verweis auf Inhaltselemente im Sinne der in Tabelle 1 gezeigten fachlich relevanten Inhaltselemente erfolgt entlang der Ableitung, z. B. zur Erklärung 'Organigramm'. Er realisiert damit zunächst indirekt den performativen Teil des Lehrenden – eine Voraussetzung für Verständigung nach Habermas. Die Handlungsanleitungen sind wirkungsorientiert, da sie den perlokutiven Effekt beschreiben, wie beispielsweise 'Personen_zuordnen' zeigt. Der Bezug zum illokutiven Aspekt wird nun über die sprecherseitigen Kategorien aus Abschnitt 2 hergestellt. Der in Abbildung 4 dargestellte Ausschnitt bedeutet, dass der Lehrende den Lernenden explizit mit Hilfe von Direktiva anweist, die Akteure zu modellieren – L bedeutet Lehrender. D Direktiva.

L (D) Akteure_modellieren = Akteure_auflisten, Akteure_strukturieren / Erklärung ,Organigramm'

Abb. 4: Direktives Arbeiten bei der Modellierung von Akteuren

Diese gleichermaßen performativ wie propositional orientierte Vermittlung kann nun durch Hilfsmittel, wie Lineaturen (vgl. www.formatwerk.at) unterstützt werden. Die Repräsentation in Abbildung 4 enthält noch keinen unmittelbaren Bezug zu e-Learning-Umgebungen bzw. Hilfsmittel und Features von technischen Systemen. Letztere sind bereits in der Lage, individualisierten Wissenserwerb effektiv zu unterstützen, wie das Beispiel Scholion zeigt:

- Suchen von bestimmten Inhaltselementen, z. B. Erklärungen, durch Filter und selektive Anzeigen
- Wechseln der Granularität der Darstellung (levels of detail), beispielsweise, Folienansicht' im Rahmen von individuellen Wiederholungen
- (Farbiges) Markieren von Textstellen als Annotation zur Lernerleichterung
- Offenes bzw. verdecktes Kommentieren oder Anmerken
- Vernetzen von Inhaltselementen durch interne und über den ursprünglich angebotenen Inhalt hinausreichende links
- Entwickeln von Sichten durch Bündeln von Anmerkungen, links oder Markierungen und Abspeichern derselben
- Übernehmen von Sichten von anderen Lernenden oder Lehrenden
- Fragen stellen und Antworten mit Bezug zu Inhalts-Elementen auswerten. Die letzten beiden Möglichkeiten zur Individualisierung erfordern nicht nur bereits den Zugang von mehreren Lehrenden oder Lernenden zu Inhaltselementen, sondern auch die unmittelbare Verfügbarkeit von Kommunikationsmöglichkeiten in diesen Umgebungen.

Erweitern wir die bisherige Modellierung aus Abbildung 4 um den Bezug zu e-Learning-Feautures, dann erhalten wir beispielsweise das in Abbildung 5 gezeigte Vorgehen – S steht für Lernende (Studierende), K für Kommissiva, E für Expressiva, der Ausdruck in eckigen Klammern drückt zum einen die Form der Äußerung, in diesem Fall ein Eintrag in das Diskussionsforum 'Akteure', und zum anderen das Anlegen einer Sicht im Inhaltsbereich von Scholion mit dem Titel 'Organisation' aus, die eine Textmarkierung sowie einen link zur Erklärung von 'Organigramm' aufweist.

- L (D) Akteure_modelllieren =
- S (K) Akteure_auflisten (E [Diskussionsforum ,Akteure']),
- S (K) Akteure_strukturieren / Erklärung ,Organigramm' [Sicht ,Organisation' Markieren, link]

Abb. 5: Berücksichtigung von e-Learning-Features

Der Bezug zu den Features bei selbstgesteuertem Lernen bzw. entdeckendem Erschließen über die Studierenden herzustellen, daher die explizite Angabe des "Rollenwechsels": Nicht die Lehrenden listen die Akteure bei der Geschäftsprozessmodellierung auf, die Studierenden tun dies und werden strukturell (Erklärung "Organigramm") und durch Features (Filtern, Annotieren und Vernetzen) im Sinne der Habermas"schen Verständigung unterstützt.

80 Christian Stary

Expressiva und Deklarativa können zur Darstellung von Feedback verwendet werden, wobei letztere bis zur Leistungsfeststellung reichen können, falls dadurch der institutionelle Rahmen repräsentiert wird. Die Assertiva schließlich dienen der Äußerung von Sachverhalten seitens der Lehrenden und Studierenden, die sie im Rahmen der Interaktion feststellen. Dies entspricht dem Strukturtyp "Content" aus inhaltlicher Perspektive.

Die Individualisierung des Lernvorgangs stellt die Voraussetzung für kollaborative Wissensentwicklung dar. Sie wird in Scholion wie folgt unterstützt:

- Bildung von Gruppen mit gruppenspezifischen Zugriffs- und Kommunikationsrechten
- Weitergabe-Möglichkeit von individuellen Sichten auf Inhaltselemente inklusive der Verknüpfung von Inhalt und Kommunikation
- Gemeinsames Bearbeiten von Inhalt auf allen Ebenen der Granularität (Web-Seiten, Kurse, Lerneinheiten, didaktisch strukturierte Inhaltselemente etc.).

An der Darstellung der jeweiligen Vermittlungsakte in Abbildung 5 ändert sich strukturell nichts. Der Bezug zu Gruppen von Studierenden kann auf Ebene der Rolle (GS statt S), der Sichten (Gruppensicht statt Sicht) oder der Features (Gruppenforum statt Diskussionsforum) geschehen.

Der mathetische Vermittlungsakt setzt sich somit nicht nur aus verschiedenen Teilen mit Bezug zu Strukturen und Verhalten aus, sondern weist auch die Verantwortung der Lehrenden durch den abgestimmten performativen und propositionalen Anteil aus. Würde beispielsweise Abbildung 1 keinen Bezug zu fachdidaktisch relevantem Inhalt (Definition, Erklärung) enthalten, dann würde die Anleitung zur Erkenntnis aus einer bloßen Aneinanderreihung von Aufgaben bestehen. Mit der Berücksichtigung unterschiedlicher Kontext-Information, insbesondere der Features von e-Learning-Systemen, bestimmen die Lehrenden in transparenter Form ihren Verantwortungsbereich und geben den Studierenden gezielt Raum innerhalb dieses Bereichs.

4. Fazit

Mathetische Vermittlungsakte bezeichnen Lehrendenaktivitäten, welche die Gestaltung von e-Learning-Umgebungen erleichtern sollen. Sie enthalten Bezüge zu Strukturelementen aus dem fachspezifischen Inhalt, zu Lernhilfsmitteln wie Features von e-Learning-Umgebungen (Filter, Annotationen etc.), sowie intentionale Elemente, wie z. B. die Aufforderung von Lernenden, etwas zu tun. Die entwickelte, integrierte Darstellung dieser Information er-

laubt die Entwicklung unterschiedlicher Handlungsmuster für Lehrende. Sie machen die Rolle der Lehrenden im Vermittlungsprozess transparent und begünstigen somit die Reflexion bestehender Vorgehensweisen – eine wesentliche Voraussetzung zur Weiterentwicklung, auch im Zusammenspiel mit e-Learning-Systementwicklern (siehe auch Stary, 2007).

Literatur

- Auinger, A., Auinger, F., Derndorfer, C., Hallewell-Haslwantner, J., Stary, Ch. (2007) Content Production for E-learning in Engineering, in: iJET – Journal on Emerging Technologies for Learning, Vol. 2 No.2.
- Austin, J. L. (1962) How to do Things with Words. Harvard University Press. Cambridge.
- Berendt, B. (2005) "Academic Staff Development/ASD" im Kontext und zur Unterstützung des Bologna-Prozesses, in: Neues Handbuch Hochschullehre, Hrsg.: Berendt, B., Voss, H.-P., Wildt, J., Raabe, Berlin, L 2.2.
- Bruner, J. (1961) The act of discovery, in: Harvard Educational Review, Vol. 31, pp. 21-32.
- Burkhardt, A. (1986) Soziale Akte, Sprechakte und Textillokutionen. A. Reinachs Rechtsphilosophie und die moderne Linguistik. Max Niemeyer Verlag, Tübingen.
- Button, G. (1995) What's Wrong with Speech-Act-Theory, in: Computer Supported Cooperative Work, Vol. 3, S. 39-42.
- Confederation of EU Rector's Conference / Association of European Universities (1999) The Bologna Declaration on the European space for higher education: an explanation,
 - http://ec.europa.eu/education/policies/educ/bologna/bologna.pdf (2.4.2007).
- Eichelberger, H.; Kohlberg, H.-D.; Laner, Ch.; Stary, Ch.; Stary, E. (2007) Reformpädagogik goes e-Learning, Oldenbourg, München.
- Euler, D. (2005): Forschendes Lernen. Universität und Persönlichkeitsentwicklung, Campus, Frankfurt/Main.
- Fitzpatrick, G.; Kaplan, S.M.; Tolone, W.J. (1995) Work, Locales and Distributed Social Worlds. In: http://acsl.cs.uiuc.edu/kaplan/papers.html (Proceedings ECSCW '95: 1-16).
- Fleischer, L.-G. (2007) Aus Partikularitäten soll wieder ein Ganzes entstehen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Theoria cum praxi, Band 90, S. 271-282.
- Greif, Irene (Ed.) (1988) Computer-Supported Cooperative Work: A Book of Readings. San Mateo, CA, Morgan Kaufman Publishers.
- Grewendorf, G.; Hamm, F.; Sternefeld, W. (1990) Sprachliches Wissen. Eine Einführung in moderne Theorien der grammatischen Beschreibung, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

82 Christian Stary

Gruber, H.; Harteis, Ch., Hasanbegovic, J., Lehner, F. (2006) Über die Rolle epistemischer Überzeugungen für die Gestaltung von E-Learning – eine empirische Studie bei Hochschul-Lehrenden, in: Neue Trends im E-Learning, Hrsg.: Breitner, M.H.; Bruns, B.; Lehner, F., S. 123-132, Physica, Heidelberg.

- Gücker, R. (2007) Wie E-Learning entsteht. Untersuchung zum Wissen und Können von Medienautoren, kopaed, München.
- Habermas, J. (1971) Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Suhrkamp, Frankfurt/ Main, S. 101-141.
- Habermas, J. (1979) What is universal pragmatics?, in: Communication and the Evolution of Society, Hrsg.: Habermas, J., Beacon Press, Boston, S. 1-68.
- Hiltz, S.R.; Goldman, R. (Hrsg.) (2005) Learning together online. Research on asynchronous learning networks, Lawrence Erlbaum, Mahwah.
- Kienle, A.; Herrmann, T. (2002) Integration von Kommunikation und Kooperation an Hand von Lernmaterial – ein Leitbild für die Funktionalität kollaborativer Lernumgebungen, in: Tagungsband: Mensch & Computer 2002, GI & ACM German Chapter, Teubner, Stuttgart, S. 45-54.
- LSDA (2004) Mobile Learning and m-learning
- http://www.lsda.org.uk/research/ResearchCentres/RFSTechEnhanceLearn.asp?section=8
- Malone, Th. W.; Crowston, K. (1990) What is Coordination Theory and How Can It Help Design Cooperative Work Systems?, in: Proceedings CSCW '90, S. 357-370.
- Mayrberger, K. (2007) Hochschuldidaktik und eLearning eine f\u00f6rderliche Allianz f\u00fcr die Ver\u00e4nderung von akademischer Lehr- und Lernkultur, in: Die Qualit\u00e4t akademischer Lehre. Zur Interdependenz von Hochschuldidaktik und Hochschulentwicklung, Hrsg.: Merkt, M., Mayrberger, K., Studienverlag, Innsbruck, S. 189-215.
- Meder, N. (2000) Didaktische Ontologien, in: Globalisierung und Wissensorganisation: Neue Aspekte für Wissen, Wissenschaft und Informationssysteme, Vol. 6: Fortschritte in der Wissensorganisation, Ohly, G.R.H.P.; Siegel, A. (Hrsg.), Ergon, Würzburg, S. 401-406.
- Merkt, M. (2007) Fragen zur Professionalisierung der Hochschullehre im Kontext des Studiengangs "Master of Higher Education", in: Die Qualität akademischer Lehre. Zur Interdependenz von Hochschuldidaktik und Hochschulentwicklung, Hrsg.: Merkt, M., Mayrberger, K., Studienverlag, Innsbruck, S. 217-242.
- Orlikowski, W.J. (1992) Learning from Notes: Organizational Issues in Groupware Implementation. In: Proceedings CSCW '92, S. 362-369.
- Orlikowski, W.J. (1995) Categories: Concept, Content and Context. In: Computer Supported Cooperative Work, Vol. 3, S. 73-78.
- Reinmann-Rothmeier, G. (2003) Didaktische Innovation durch Blended Learning. Leitlinien anhand eines Beispiels aus der Hochschule, Huber, Bern.

- Schulmeister, R. (1996) Grundlagen hypermedialer Lernsysteme. Theorie Didaktik Design, Addison Wesley, Bonn.
- Schurig, V. (2007) Wissenschaftsdidaktik: Forschendes Lernen in Aktion, in: Die Qualität akademischer Lehre. Zur Interdependenz von Hochschuldidaktik und Hochschulentwicklung, Hrsg.: Merkt, M., Mayrberger, K., Studienverlag, Innsbruck, S. 89-113.
- Searle, J. R. (1969) Speech Acts, Cambridge University Press, Cambridge.
- Searle, J. R. (1975) A Taxonomy of Illocutionary Acts, in: Gunderson, K. (Ed.): Language, Mind and Knowledge, University of Minnesota Press, Minneapolis, S. 344-369.
- Searle, J.R. (1976) A Classification of Illocutionary Acts, in: Language in Society, Vol. 5, S. 1-23.
- Stary, Ch. (2007) Intelligibility Catchers for Self-Managed Knowledge Transfer, in: Proceedings ICALT'07, 7th International Conference on Advanced Learning Technologies, IEEE, pp. 517-521.
- Strauss, Anselm (1978) A social world perspective. In: Studies in Symbolic Interaction, Vol. 1, 119-128.
- Suchman, L. (1994) Do Categories Have Politics? The Language/Action Perspective Reconsidered, in: Computer Supported Cooperative Work, Vol. 2, S.177-190.
- Suchman, L. (1995) Speech Acts and Voices: Response to Winograd et al., in: Computer-Supported Cooperative Work, Vol. 3, S. 85-95.
- Winograd, T.; Flores, F. (1986) Understanding Computers and Cognition. A New Foundation for Design. Norwood, New Jersey, Ablex.
- Winograd, T. (1988) A Language/Action Perspective on the Design of Cooperative Work. in: Greif (1988), S. 623-653.
- Winograd, T. (1994) Categories, Disciplines and Social Coordination, in: Computer Supported Cooperative Work, Vol. 2, S. 191-197.
- Wildt, J. (2005) Vom Lehren und Lernen Perspektiven im Kontext hochschuldidaktischer Weiterbildung, in: Hochschulen im digitalen Zeitalter. Innovationspotenziale und Strukturwandel, Hrsg.: Keil-Slawik, R., Kerres, M., Waxmann, Münster, S. 203-214
- Zumbach, J.; Starkloff, P.; Schmitt, S. (2004) Einfluss von Motivation und didaktischem Design in E-Learning-Umgebungen, in: i-com, Vol 3, No. 2, S. 27-34.

Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus – Schlussfolgerungen für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 10. Januar 2008

1. Wozu Analyse des gescheiterten Realsozialismus in Europa?

An den Anfang stelle ich zwei Thesen, die den wesentlichen Inhalt und die Spannweite der zu behandelnden Thematik bestimmen:

Erste These: Die Zeit nach dem Untergang des Realsozialismus in Europa oder seit dem Ende der Systemkonfrontation 1990/91 wird essentiell dadurch charakterisiert, dass einmal alle relevanten gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte des Kapitalismus, der globalisierten kapitalistischen Welt, eine fortschreitende Zuspitzung erfahren, und zum anderen der Kapitalismus sich global und auch im nationalen Maßstab als unfähig erweist, Wege zu ihrer grundsätzlichen Lösung zu gehen.

Die Zukunfts- und Überlebensfähigkeit der menschlichen Gesellschaft wird in hohem Grade davon bestimmt, inwieweit es ihr gelingt, den neuen Herausforderungen im 21. Jahrhundert gerecht zu werden. Diese ergeben sich insbesondere aus der Produktivkraftrevolution, der Umweltkrise, insbesondere dem Klimawandel, der zunehmenden sozialen Polarisierung und Ungerechtigkeit in den Lebensbedingungen und der Verteilung der Einkommen in den kapitalistischen Staaten und zwischen Nord und Süd, der von den Kapitalinteressen, der Dominanz und krisenhaften Entwicklung der Finanzmärkte bestimmten Weltwirtschaftsordnung sowie der wieder gestiegenen Gefahr von Kriegen.

Alle relevanten Entwicklungstendenzen im heutigen Kapitalismus werden in hohem Grade von der Gegensätzlichkeit zwischen den ihnen immanenten Möglichkeiten, den Potenzialen zur Lösung von Problemen auf der einen und den tatsächlichen Wirkungen auf der anderen Seite, die zunehmend den Interessen der Bevölkerungsmehrheit und den Zukunftserfordernissen widerspre-

chen, bestimmt. In der Sphäre der Ökonomie zeigen sich diese Gegensätze zwischen den Möglichkeiten und realen Wirkungen im heutigen Kapitalismus besonders deutlich in der Produktivkraftentwicklung, im Wirtschaftswachstum, in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und in den neuen Möglichkeiten der Internationalisierung der Wirtschaft.

Die grundlegenden Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit für alle, die Erhaltung der natürlichen Umwelt für die nachfolgenden Generationen, die Verhütung einer Klimakatastrophe, die Überwindung der Nord-Süd Polarisation und der ungerechten, unsolidarischen Weltwirtschaftsordnung, das Verhindern von Kriegen, erfordern eine über den Kapitalismus hinausgehende Alternative. Je größer diese neuen Herausforderungen sind, desto klarer wird: Das kapitalistische System ist nicht in der Lage, ihnen gerecht zu werden. Dazu gehört natürlich auch eine Antwort auf die Frage warum.

Zweite These: Der Realsozialismus des 20. Jahrhunderts hat nicht nur bei der Sicherung von Demokratie und Freiheitsrechten versagt. Er konnte auch seine historische Aufgabe, ein höheres Niveau der Produktivkräfte als im Kapitalismus zu erreichen, nicht erfüllen. Die Rückstände gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern nahmen in den 1970er und 1980er Jahren in der Produktivkraftentwicklung, im Innovationsprozess, in der Arbeitsproduktivität und in der Effizienz des Ressourceneinsatzes zu.

Daraus leiten sich zwei Fragen ab, die im Zusammenhang mit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus beantwortet werden müssen. Erstens: Warum ist der Realsozialismus im ökonomischen Wettstreit mit dem Kapitalismus gescheitert, welche Gründe/Faktoren lagen dem zugrunde? Zweitens: Wie müsste ein sozialistischer Neuansatz aussehen, worin müsste er sich vom Realsozialismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden, damit er den neuen ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden kann.

Damit gewinnt auch der öffentliche Diskurs über Kriterien, Eigenschaften, Funktionsweise einer sozialistischen Alternative und über die Möglichkeiten, Bedingungen und Wege ihrer Herausbildung und Entwicklung im jetzigen 21. Jahrhundert an gesellschaftlicher Relevanz. Hierfür ist es unerlässlich, sich mit der widersprüchlichen Realität, der Differenziertheit der Vergangenheit, mit den grundlegenden Defiziten und Fehlentwicklungen auf der einen, aber ebenso mit den bleibenden, wertvollen Leistungen und Erfahrungen auf der anderen Seite, auseinanderzusetzen.

Eine Analyse der Vergangenheit des Realsozialismus und ein Diskurs über die zukünftigen Anforderungen eines emanzipativen, demokratischen Sozialismus, müssten, um für die vor uns liegende Zeit fruchtbar zu sein, u.a. folgende Prämissen beachten:

Erstens: Aus der Feststellung, der Kapitalismus kann und darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein, darf nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, wie es im Marxismus-Leninismus gelehrt wurde, dass es eine gesetzmäßige, historisch determinierte Entwicklung der Welt vom Kapitalismus zu Sozialismus gibt.

Zweitens: Die Alternative zum Kapitalismus bedeutet nicht eine einfache Negation seiner Errungenschaften bzw. eine absolute Entgegensetzung des Sozialismus zur kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft. Vielmehr geht es um das Anknüpfen nicht nur an die wissenschaftlich-technischen und Produktions-, sondern auch an andere zivilisatorische Ergebnisse, an demokratische und Freiheitsrechte dieser Gesellschaft, an Institutionen zur Ausübung demokratischer Rechte, der Mitbestimmung in den Betrieben und der Regelung gesellschaftlicher Beziehungen. Das heißt natürlich nicht, die Augen vor dem unvollkommenen Stand der Institutionen und Regelungen, darunter der parlamentarischen Demokratie, zu verschließen und bei diesem Stand stehen zu bleiben. Das bürgerlich-parlamentarische System bedarf der Ergänzung und Weiterentwicklung insbesondere durch Formen der direkten Demokratie, der unmittelbaren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungsprozessen, einer wirksamen Einflussnahme der Bevölkerung auf die Tätigkeit der parlamentarischen Gremien und der von ihnen gewählten Vertreter. Nur so wird es auch möglich sein, Politikverdrossenheit, Gleichgültigkeit und Misstrauen gegenüber Politikern, Parteien und den parlamentarischen Körperschaften, die in der Bundesrepublik und in den anderen kapitalistischen Ländern verbreitet sind und in den letzten Jahren noch weiter zugenommen haben, zu überwinden. Hierin besteht eine der wichtigsten Herausforderungen an eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus.

Drittens: Veränderungen in den Eigentums- und Machtstrukturen bleiben auch für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zentral. Sie haben nichts an Bedeutung verloren. Sie sind aber nicht das eigentliche Ziel des Sozialismus, sondern vielmehr notwendige Bedingungen, um die Ziele und Kriterien einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die entscheidende Frage ist deshalb, wie die politische Macht und das öffentliche Eigentum wirksam, wie

sie genutzt werden, um die Ziel- und Wertvorstellungen eines demokratischen, emanzipativen Sozialismus zu erfüllen.

Die Lebens- und Zukunftsfähigkeit eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist davon anhängig, dass es ihm gelingt, auf der Grundlage einer hohen Innovationsfähigkeit, Effizienz und Produktivitätsdynamik die sozialen und Freiheitsrechte, die grundlegenden Lebensbedürfnisse aller Menschen, eine zunehmende Selbstbestimmung in der Arbeit und im Leben sowie Solidarität zwischen den Menschen und Völkern gemeinsam, gleichzeitig und gleichrangig zu verwirklichen sowie den ökologischen Erfordernissen umfassend und nachhaltig Rechnung zu tragen. Zwischen diesen differenzierten und sehr komplexen Zielen einer sozialistischen Gesellschaft bestehen vielfältige, komplizierte Spannungsverhältnisse, widersprüchliche Beziehungen. Eine herausragende Bedeutung kommt den Widersprüchen zwischen den Erfordernissen hoher ökonomischer Dynamik und Effizienz einerseits und der Umwelt andererseits, zwischen gesellschaftlicher Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und der Nutzung der Marktmechanismen andererseits, zwischen sozialer Gleichheit einerseits und der ökonomischen Motivation hoher Innovativität und Effizienz andererseits zu. In diesem Sinne wird es auch keinen idealen Endzustand einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft geben. Vielmehr geht es um einen komplizierten, widerspruchsvollen Lernprozess, in dem neue Probleme auftreten und stets nach neuen, besseren Lösungen gesucht wird, für neue, aber auch für die alten Probleme.

In der Deutschen Ideologie schreibt Marx über die neue Gesellschaft: "Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." ¹

Dabei gibt es ein großes Problem: Unser Wissen darüber, was nicht geht oder nicht zu akzeptieren ist, ist umfassender und auch besser aus konkreten Erfahrungen begründet als unsere Kenntnisse darüber, *wie* die Grundprobleme und entscheidenden Widersprüche der Gesellschaft zu lösen sind.

Eine realistische Vorstellung über eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus kann nicht primär als ein Konzept entstehen, das aus theoretischen Überlegungen und noch viel weniger aus Wünschen abgeleitet wird. Der

¹ MEW, Bd. 3, Berlin 1959, S. 35.

Kampf um eine sozialistische Gesellschaft setzt zwar klare Ziel- und Wertvorstellungen voraus. Eine solche Gesellschaft kann aber nicht nach einem vorgegebenen Modell herausgebildet und entwickelt werden. Das hat das vergangene Jahrhundert, u.a. mit dem sowjetischen Eigentums-, Staats- und Planungsmodell, das von der Sowjetunion nach 1945, in vielen Fällen nicht ohne starken politischen und ideologischen Druck, auf die anderen Länder des Realsozialismus in Europa übertragen wurde, nachdrücklich bestätigt.

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zur Möglichkeit die Zukunft vorauszusagen. Karl Lanius schreibt in seinem Buch: Weltbilder Eine Menschheitsgeschichte (Leipzig 2005):

"Die Realität am Beginn des 21. Jahrhunderts führt uns hingegen unmissverständlich vor Augen, dass vor jedem Versuch, einen Blick in die Zukunft unserer Spezies zu wagen, die Warnung steht: langfristige Vorhersagen der Entwicklung komplexer gesellschaftlicher Systeme sind nahezu wertlos."(427)

Der Warnung, die Erwartungen an den Nutzen komplexer Voraussagen nicht zu hoch zu stellen, stimme ich zwar zu. Das sollte aber m.E. nicht dazu führen, ihren Sinn faktisch in Frage zu stellen. Voraussagen zu gesellschaftlichen Umwälzungen können m.E. einen beträchtlichen Nutzen erhalten, wenn bestimmte Voraussetzungen eingehalten werden, wenn sie nicht als gesetzmäßig, sondern nur als mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintreffende Veränderungen angesehen werden, wenn die Bedingungen genannt werden, unter denen sie eintreten können oder – im Gegenteil – verhindert werden, wenn verschiedene Szenarien möglicher Entwicklungen ausgearbeitet und bewertet werden, wenn der Versuchung widerstanden wird, schon das konkrete Modell solcher komplexer gesellschaftlichen Systeme detailliert zu beschreiben.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Gewinnung demokratischer Mehrheiten für eine sozialistische Alternative sind die Analysen Gramscis zu den revolutionären Kämpfen in Europa nach dem ersten Weltkrieg interessant und aktuell. Die italienische Kommunistin Rossana Rossanda schreibt über seine Notizen in den Gefängnisheften zur Problematik Stellungskrieg und Bewegungskrieg aus dem Jahr 1930: "Der Kern ist kurz gesagt der: Wo die Macht der herrschenden Klasse nicht nur auf dem Staat ruht, sondern auf einer fortgeschrittenen und komplexen Zivilgesellschaft, kann die revolutionäre Bewegung nicht mit einem Angriff auf die Spitze des Staatsapparats (Bewegungskrieg) gewinnen, sondern nur wenn sie zuvor die "Kasematten" der Zivilgesellschaft erobert hat (Stellungskrieg). Nur wo der Staat die ge-

samte Macht in den Händen hält gegenüber einer schwachen und wenig strukturierten Zivilgesellschaft, kann es andersherum laufen. ... Bewegungskrieg bezeichnet eine Revolution, die selbst wenn sie im Handstreich die Staatsspitze eroberte, dem Widerstand einer starken Zivilgesellschaft nicht standhalten würde. Diese gilt es daher zu durchdringen, Stellung um Stellung zu besetzen, in einem zähen Stellungskrieg. Beispiel: Der Westen hat robuste Zivilgesellschaften, der Osten zerbrechliche. ...das ist ein Grund, weshalb die europäischen Revolutionen in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg gescheitert sind, während in der UdSSR die Oktoberrevolution siegreich war." (SoZ Juni 2007, übersetzt aus Il Manifesto 1.5.2007)

2. Wichtige Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus in Europa

Die Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus in Europa hängen eng mit zwei Fragestellungen zusammen, die für sozialistische Versuche bzw. Neuansätze wichtig sind. In den bisher geführten Diskussionen um den Realsozialismus geht es fast immer nur um eine Frage: Warum ist der Versuch einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus 1989/91 in Europa gescheitert? Eine zweite Frage wird aber meist gar nicht gestellt.: Warum konnte sich der Realsozialismus unter äußerst schwierigen, ungünstigen äußeren und inneren Bedingungen – feindliche kapitalistische Umwelt, militärische Aggressionen und Überfälle (Interventionskriege nach der Oktoberrevolution, Überfall des faschistischen Deutschland), kalter Krieg und Belastungen durch das Wettrüsten sowie Aufbau des Sozialismus in ökonomisch weit hinter der kapitalistischen Welt zurückgebliebenen Ländern – so lange, über 70 Jahre in der UdSSR bzw. 40 Jahre in den anderen realsozialistischen Ländern Europas, behaupten?

Die Gründe des Scheiterns des Realsozialismus können in drei große Komplexe zusammengefasst werden. Im Folgenden kann nur eine fragmentarische, knappe Übersicht zu diesen Gründen gegeben werden.²

 Es gelang nicht, das schon im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels begründete Grundprinzip einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen, einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Im

² Ausführlicher hierzu: Steinitz, Klaus, Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, Hamburg 2007. Vgl. zu dieser Problematik auch Neubert, Harald, Was wurde aus der Oktoberrevolution. Oder: Hat der Sozialismus eine Perspektive?, Berlin 2007, S. 274 ff.

Realsozialismus gab es grundlegende Defizite in der Freiheit/Emanzipation/Selbstbestimmung der Menschen in der Arbeit und den Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sowie in der Demokratisierung der Gesellschaft. Die Demokratiedefizite waren eng mit dem Wahrheits-, Führungsund Machtmonopol der Kommunistischen Parteien verbunden. Die unzureichende Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, insbesondere die schwache demokratische Mitbestimmung in der Produktion, widerspiegelten die Defizite in der realen Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel

Diese Defizite äußerten sich auch in den unterentwickelten, einseitigen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, in dem realen Übergewicht des Staates, speziell als Machtorgan, in diesen Beziehungen und in der unzureichenden Herausbildung von Vermittlungsgliedern zwischen Staat und Gesellschaft. Dies zeigte sich auch in der Überdimensionierung zentralistischer staatlicher Planung und Leitung bei unzureichenden realen Rückkopplungsmechanismen mit den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung, der Wirtschaftssubjekte sowie der Regionen. Wirksame zivilgesellschaftliche Strukturen blieben embryonal.

2. Es gelang nicht, das Produktivitäts- und Effektivitätsniveau der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder zu erreichen, geschweige denn als die "höhere Gesellschaftsordnung" zu überbieten. In den 1970er und 1980er Jahren, die durch die beginnende technologische Umwälzung insbesondere auf Grundlage der Mikroelektronik gekennzeichnet waren, sind diese Rückstände weiter angewachsen Das hat sich auf alle Bereiche der Gesellschaft, den Lebensstandard – u.a. Mängel im bedarfs- und qualitätsgerechten Angebot an Waren und Dienstleistungen –, die Investitionskraft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgewirkt.

Diese Probleme hingen wiederum eng mit Schwächen in der Nutzung der kreativen Potenziale der Menschen sowie in der Entwicklung der Innovationsfähigkeit und -stärke der Betriebe und der ganzen sozialistischen Wirtschaft zusammen. Die Zentralisierung von Entscheidungen, geringe ökonomische Spielräume für die Unternehmen und Betriebe sowie die ausgeprägte Ressourcenknappheit blockierten ein rasches, flexibles Reagieren von Forschung, Investitionen und Produktion auf Veränderungen im Bedarf, auf neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und auf veränderte Weltmarkterfordernisse. Die ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte wurden kaum berücksichtigt. Dies hatte zur Folge, dass ihre Anstrengungen weniger auf die Erhöhung der Effizienz und die

Einsparung an Ressourcen als auf die möglichst umfangreiche Bereitstellung von Ressourcen – Arbeitskräfte, Material, Ausrüstungen, Baukapazitäten – gerichtet waren. Dies war wiederum eine entscheidende Ursache für Tendenzen einer Mangelwirtschaft, die insbesondere die Effektivität sowie die Reaktions- und Innovationsfähigkeit der sozialistischen Wirtschaft hemmten.³

3. Die wirtschaftliche Entwicklung der realsozialistischen Länder vollzog sich im wesentlichen als eine die Entwicklung in den kapitalistischen Industrieländern nachholende Modernisierung. Dies betraf vor allem die Wirtschafts-, Produktions- und auch Konsumtionsstrukturen sowie die der Technik und Technologie. Es gelang nicht, einen den Zielvorstellungen des Sozialismus, insbesondere einer emanzipierten, selbstbestimmten Arbeit, und den grundlegend veränderten ökologischen Bedingungen entsprechenden neuen Produktions- und Reproduktionstyp herauszubilden sowie einen neuen Pfad der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung und eine damit übereinstimmende Art und Weise der Wertschöpfung und des ökonomischen Wachstums zu realisieren.

All diese Defizite widerspiegeln in hohem Grade die unzureichende reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die stark formale Züge aufwies.

Die bisherige Diskussion über die Defizite und Mängel des Staatssozialismus und über die Gründe seines Scheiterns zeigt, dass es zu vielen wichtigen Aspekten unter den an einer objektiven, vorurteilsfreien Bewertung Interessierten eine weitgehende Übereinstimmung gibt, dass aber zu einigen grundsätzlichen Fragen nach wie vor tiefe Meinungsunterschiede, teilweise entgegengesetzte Auffassungen, bestehen.

Zu folgenden Fragen besteht ein weitgehender Konsens:

- Der Staatssozialismus wies bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus auf den oben angeführten Feldern grundlegende Defizite auf.
- Das Scheitern ist nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, sondern auf einen Komplex von inneren und äußeren Faktoren, die untereinander eng verflochten waren, und sich in ihren Wirkungen oft gegenseitig verstärkt haben.
- 3. Das Scheitern ist nicht Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer

³ Vgl. hierzu Nick, Harry, Mangelwirtschaft in der DDR – Ursachen und Wirkungen, Helle Panke e.V., hefte zur ddr-geschichte, Heft 68

sozialistischen Alternative zum Kapitalismus, sondern spiegelt vor allem Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen des bisher praktizierten Staatssozialismus wider. Die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus bleibt nicht nur unvermindert bestehen, sondern ist sogar größer geworden.

4. Das Scheitern hängt mit Faktoren oder Umständen unterschiedlicher Qualität zusammen: (1) Historische und äußere Faktoren, die im wesentlichen gegeben und kaum beeinflussbar waren – sie spielen besonders bei Vergleichen der Wirtschaftsentwicklung zwischen der DDR und der BRD eine entscheidende Rolle. (2) Strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus. (3) Subjektive Faktoren – Schwächen bei den für die Führung der gesellschaftlichen Entwicklung verantwortlichen Personen und Spitzengremien der Partei, Subjektivismus und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zwischen den historischen (äußeren), den strukturellen (inneren) und den subjektiven Faktoren bestehen enge Verflechtungen und Wechselwirkungen. Die äußeren Bedingungen verändern sich in der Zeit und sind auch für verschiedene Länder und Ländergruppen unterschiedlich.

Fehleinschätzungen und Subjektivismus sowie die geringe Bereitschaft der politischen Führung zur Korrektur von Fehlern und zu Selbstkritik spielten in der DDR ebenso wie in den anderen Ländern des Realsozialismus eine beträchtliche Rolle. Der Subjektivismus im Realsozialismus war eine direkte Folge seiner System- und Strukturschwächen, insbesondere der fehlenden realen Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln und der Demokratiedefizite. Davon gingen direkte und indirekte Einflüsse aus, die auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fehlentscheidungen mit entsprechend negativen Folgen führten.

Die Frage ist nicht, dass Fehler begangen werden und Irrtümer vorkommen. Das lässt sich bei einem so komplizierten und komplexen Prozess wie dem Aufbau einer neuen, alternativen Gesellschaft gar nicht vermeiden. Die Probleme ergeben sich aus dem Ausmaß und den Wirkungen von Fehlern und vor allem aus der fehlenden Fähigkeit und Bereitschaft, falsche Entscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben, gründlich zu analysieren sowie möglichst transparent und öffentlich kontrollierbar zu korrigieren.

Bei der Analyse der Erfahrungen des Realsozialismus ist es zweckmäßig, unterschiedliche Arten zu unterscheiden.

Erstens positive, aufhebenswerte und natürlich in einem neuen Sozialismusprojekt weiterzuentwickelnde und den veränderten Bedingungen des 21.

Jahrhunderts anzupassende Leistungen und Erfahrungen des Realsozialismus auf vielen Gebieten: Kinderbetreuung, Zugang aller zur Bildung und zu den Gesundheitseinrichtungen, Beseitigung von Arbeits- und Obdachlosigkeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Bedeutsam sind auch Ansätze bei der Herausbildung neuer Wert- und Moralvorstellungen, darunter bei der Entwicklung von Gemeinsinn und solidarischer Verhaltensweisen.

Zweitens Fehler, Entstellungen des Sozialismus und defizitäre Entwicklungen, die die Hauptgründe für das Scheitern des Realsozialismus waren, und die in einem neuen Sozialismusversuch unbedingt vermieden werden müssten. Dies gilt insbesondere für die Demokratiedefizite auf allen entscheidenden Gebieten der Gesellschaft, die übermäßige Zentralisierung der Planung und anderer Entscheidungsprozesse, die Einschränkung von Freiheitsrechten und der Möglichkeiten einer selbstbestimmten Gestaltung des Lebens.

Drittens die widersprüchlichen Ergebnisse und Erfahrungen bei der Gestaltung grundlegender Zusammenhänge und Prozesse einer alternativen sozialistischen Gesellschaft. Sie können weder der ersten noch der zweiten Gruppe zugeordnet werden. Dies bezieht sich besonders auf die widersprüchlichen Beziehungen zwischen: (1) politischer Macht (Staat) und umfassender Demokratisierung, (2) staatlichem Eigentum und realer Verfügung der Produzenten über das Eigentum sowie Wirtschaftsdemokratie, (3) gesellschaftlicher Planung/Regulierung und Nutzung der Instrumente und Mechanismen des Markts, (4) einer solidarischen und gleichberechtigten internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im RGW und dem Weiterbestehen nationaler Egoismen und hegemonialer Tendenzen seitens der stärksten politischen, militärischen und Wirtschaftsmacht.

Die in den realsozialistischen Ländern angewendete Instrumente und Methoden der Regulierung/Planung der gesellschaftlichen Entwicklung können für einen zukünftigen Sozialismus nicht übernommen werden. Aber auch sie enthalten Elemente und Erfahrungen die für zukünftige Schritte zu einem Sozialismus von Interesse sein können. Deren Analyse kann Potenziale sichtbar machen die in einem neuen Sozialismus des 21. Jahrhunderts genutzt werden können, vor allem:

Die kreativen Potenziale der lebendigen Arbeit können in dem Maße wirksam werden, wie es gelingt den entfremdeten Charakter der Arbeit zu überwinden, und die selbstbestimmten und emanzipativen Züge der Arbeit herauszubilden und zu stärken. Es geht nicht um eine Alternative Individuum oder Kollektiv, sondern um die Herausbildung solcher Beziehungen zwischen ihnen, dass sie sich wechselseitig befruchten und stimulieren.

Die persönliche Motivation der in Forschung und Entwicklung Tätigen und aller Erwerbstätigen zu Innovativität, Ressourceneinsparung, Qualitätsverbesserung und Produktivitätssteigerung wird in dem Maße gestärkt, wie es gelingt, das Leistungsprinzip konsequenter anzuwenden, die Beziehungen zwischen den Ergebnissen der betrieblichen Reproduktion und den Einkommen der Beschäftigten sowie der sozial-kulturellen Leistungen der Betriebe enger und transparenter zu gestalten sowie die Flexibilität des Reproduktionsprozesses zu erhöhen.

Die Betriebs- und Unternehmensleitungen und die Belegschaften werden insoweit an der Verbesserung der betrieblichen Ergebnisse und ihrer Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen, darunter speziell des Umweltschutze interessiert, wie die Spielräume für eigenverantwortliche Handeln, darunter speziell für die Verwendung eines größeren Teils des Mehrprodukts, vergrößert und die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung erweitert und gesichert werden.

Für Diskussionen um eine wirksame gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft kann die Auswertung der Vorstellungen und praktischen Erfahrungen zur Vervollkommnung der Planung und der ökonomischen Stimulierung der Unternehmen, der Beschäftigten und der Leiter, die zur Zeit des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus in den 1960er Jahren in der DDR gegangen oder nur vorbereitet wurden sowie ähnliche oder auch weiterreichende Reformversuche in anderen realsozialistischen Ländern, z.B. in Ungarn und der CSSR während des "Prager Frühlings" 1968 , von Interesse sein.

Die Erfahrungen der staatssozialistischen Länder Europa und die Erfahrungen in China, Vietnam und Kuba erlauben m.E. zwei *Schlussfolgerungen*:

Der Versuch, Warenproduktion, Wertkategorien und den Markt mit seinen Mechanismen abzuschaffen, führt zu verhängnisvollen Ergebnissen: Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung wird gestört, Tendenzen einer Mangelwirtschaft werden begünstigt, Triebkräfte und Anreize für Innovationen und Effizienz werden empfindlich geschwächt.

Ebenso gilt aber auch: Die Anwendung von Marktmechanismen im Sinne einer "sozialistischen Marktwirtschaft" ohne eine ausreichende, wirkungsvolle gesellschaftliche Regulierung des Markts, der mit den Wertkategorien verbundenen ökonomischen Interessen der Betriebe und der ökonomischen Beziehungen zwischen den Betrieben und dem Staat, sind soziale und ökologische Deformationen zwangsläufig. Dies hat sich in den letzten Jahrzehnten in China deutlich gezeigt und war auch Gegenstand kritischer Analysen auf dem jüngsten Parteitag der KP Chinas.

Die Lebens- und Leistungsfähigkeit eines zukünftigen Sozialismus ist in hohem Grade von der Bereitschaft und Fähigkeit der Akteure abhängig, die Praxis auf den verschiedenen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung ständig zu analysieren, Fehlentscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben, das Suchen nach innovativen Lösungen ständig zu fördern und notwendige Korrekturen rechtzeitig, transparent und öffentlich kontrollierbar vorzunehmen.

3. Schlussfolgerungen für eine sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert

Aus der Analyse der Erfahrungen, der strukturellen Schwächen und Fehlentwicklungen aber ebenso der Leistungen des Realsozialismus ergeben sich direkt wichtige Konsequenzen für Sozialismusvorstellungen im 21. Jahrhundert.

Substanzielle Elemente einer sozialistischen Alternative können und sollten schon heute ausgearbeitet und öffentlich erörtert werden. Diese Elemente könnten in drei Gruppen zusammengefasst werden: (1) Ziele und Werte des Demokratischen Sozialismus, (2) Wege und Schritte seiner Herausbildung und (3) grundlegende Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele und Werte sowie Grundzüge der Funktionsweise des Sozialismus.

Es geht jedoch nicht um die Konstruktion eines neuen Sozialismusmodells, sondern um einige generelle Überlegungen und Schlussfolgerungen für Alternativen zum Kapitalismus und für eine sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert, die die Konsequenzen aus dem gescheiterten Realsozialismus berücksichtigen.

 Reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die auf zwei Prozessen beruhen, die sich wechselseitig bedingen. Einerseits auf der Erweiterung des gesellschaftlichen Eigentums in mannigfachen Formen vor allem in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft und in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Andererseits auf der Veränderung der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln im Interesse der Bevölkerungsmehrheiten, insbesondere der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, zur Erfüllung der grundlegenden sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Im Ergebnis der Produktivkraftrevolution nimmt die Bedeutung der Verfügung über die *Ergebnisse der geistigen Produktion* der Menschen zu: Wissenschaft und Forschungsergebnisse, Information und Bildung, Pa-

tente, Software. Die Verhinderung ihrer Privatisierung im Interesse höchster Profite einer kleinen Minderheit und die Sicherung des Zugriffs der Öffentlichkeit, aller Menschen unabhängig von ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen, ist schon heute eine Schlüsselfrage alternativer Politik im Kapitalismus und natürlich noch mehr für eine sozialistische Systemalternative.

Die Entfaltung und konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen, vom Arbeitsplatz bis zur Gesamtwirtschaft und auch auf internationaler Ebene, wird zum entscheidenden Kriterium für das Ausmaß und die Qualität der realen Verfügung der Produzenten und Konsumenten über das Eigentum. Die Vergesellschaftung des Eigentums muss die Voraussetzungen sichern, um eine gesellschaftliche – soziale und ökologische – Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung mit einer hohen Effizienz der Reproduktion zu verbinden. Öffentliches Eigentum ist nicht per se fortschrittlich und trägt nicht automatisch Früchte im Interesse der Menschen. Dazu ist es notwendig, bürokratische Erstarrung und Selbstzufriedenheit zu verhindern, sich ständig um eine hohe Qualität und Rationalität der Arbeit in den öffentlichen Betrieben und Einrichtungen zu bemühen, Transparenz und öffentliche Kontrolle zu stärken sowie die Fähigkeit des Staates zur Regulierung des öffentlichen Sektors und der gesamten Wirtschaft systematisch zu verbessern.

- Im Vergleich zum bisherigen Realsozialismus müssten die *Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe* wesentlich erweitert und ihre ökonomischen Interessen an hoher Effizienz und an der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards gestärkt werden. Dies setzt voraus, die Möglichkeiten der Betriebe und Unternehmen zu erweitern, über einen größeren Teil des erzeugten Mehrprodukts (des Gewinns) eigenverantwortlich zu entscheiden
 - Es geht im Kern darum, eine solche Gestaltung der ökonomischen Interessen und Mechanismen anzustreben, dass das, was für die Gesellschaft von Nutzen ist auch für den Betrieb von Vorteil ist.
- Die gesellschaftliche Planung/Regulierung muss vielfältigen Anforderung gerecht werden. Die Prozesse auf jeder einzelnen der verschiedenen Ebenen müssen rationell und nachhaltig gestaltet werden. Das bedeutet vor allem: (1) wirksame Förderung der Individuen und ihrer Motivation an guten Arbeitsergebnissen, Schaffung der gesellschaftlichen Voraussetzungen, um Zukunftsängste und Tendenzen sozialer Unsicherheit zu überwinden sowie ein erfülltes, glückliches Leben zu führen, Verbesse-

rung der Bedingungen für die Bildung und ständige Qualifizierung sowie für deren Nutzung; (2) effiziente, innovative und bedarfsgerechte Gestaltung der betrieblichen Reproduktionsprozesse (Betriebswirtschaft) und regionaler Wertschöpfungsketten; (3) hohe volkswirtschaftliche, makroökonomische Rationalität; (4) rationelle und solidarische internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zugleich gilt es die Beziehungen zwischen diesen Ebenen so zu entwickeln, dass im Gesamtensemble ein möglichst hoher Beitrag geleistet wird für die Erfüllung der Ziele einer sozialistischen Gesellschaft.

- Gegenüber dem Realsozialismus sind tiefgreifende Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft notwendig. Es geht dabei weniger um Schritte in Richtung eines zukünftigen Absterbens des Staates, sondern im Kern um die "Rücknahme des Staates in die Gesellschaft", die den Überlegungen von Karl Marx in Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune zugrunde liegt. Darin liegt m.E. auch der Kern eines nicht etatistischen Konzepts für die Rolle und Funktionen des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft.
- Aus der Produktivkraftrevolution, den zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen und den die Zukunft der Menschheit bestimmenden globalen Problemen ergeben sich weitgehende Konsequenzen für die Herausbildung solidarischer, gleichberechtigter auf gegenseitige Zusammenarbeit und Unterstützung gerichteten internationalen Arbeitsteilung sowie einer qualitativ neuen Weltwirtschaftsordnung. Im Zuge der verstärkten Herausbildung regionaler wirtschaftlicher Zusammenschlüsse mehrerer Staaten werden sich auch Rolle und Funktionen der Nationalstaaten auf der einen und der regionalen Zusammenschlüsse auf der anderen Seite verändern bzw. verschieben - wichtige Aufgaben werden voraussichtlich von den Nationalstaaten auf die internationalen Zusammenschlüsse verlagert werden. Wie die Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW im vergangenen Jahrhundert und auch die Probleme gegenwärtiger regionaler Zusammenschlüsse mehrerer lateinamerikanischer Länder (Mercosur, ALBA, Banco del Sur) zeigen, geht es hier um einen komplizierten und widerspruchsvollen Prozess, in dem ein Ausgleich zwischen nationalen und übergreifenden, gemeinsamen Interessen angestrebt und die Dominanz der Interessen der ökonomisch und politisch stärkeren Staaten verhindert werden müsste.

Worin müsste sich ein moderner Sozialismus des 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus des vergangenen Jahrhunderts unterscheiden?:

Erstens. Er wird sich voraussichtlich in der Art und Weise seiner Herausbildung – Ergebnis einer längeren demokratischen Transformationsprozesses aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus - wesentlich von der Art und Weise der bisherigen Entstehung der realsozialistischen Länder im 20. Jahrhundert unterscheiden – Ergebnis einer politischen Revolution, längerer bewaffneter Kampfe oder der Umgestaltungen in den Ländern, die von der Sowjetarmee im II. Weltkrieg befreit wurden. Es sollte davon ausgegangen werden, dass sich im letzten Drittel des 20. und im 21. Jahrhundert die Bedingungen für die Herausbildung einer sozialistischen Gesellschaft entscheidend verändert haben. Sie sprechen insgesamt gegen einen gewaltsamen politischen Umsturz als Voraussetzung für den Sozialismus. Im Rahmen einer längeren Transformation werden Übergangsforderungen einer alternativen Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Dabei dürfen diese nicht auf einzelne – soziale, ökologische, demokratische – Korrekturen der bisherigen Politik begrenzt werden. Sie müssen vielmehr in ihrer Gesamtheit auf einen grundlegenden Wandel der bisherigen vorherrschend neoliberalen Politik und damit der ökonomischen und sozialen Bedingungen der Reproduktion gerichtet sein Voraussetzung hierfür ist die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse

Reale Ansätze für einen möglichen friedlichen, demokratischen Übergang zu einer sozialistischen Entwicklung, die natürlich auch von scharfen politischen und sozialen Auseinandersetzungen charakterisiert sein wird, sind in der letzten Zeit in mehreren lateinamerikanischen Ländern sichtbar geworden.

Eine *Transformation zum Sozialismus* wird sich wahrscheinlich im 21. Jahrhundert auch darin wesentlich vom vergangenen Jahrhundert unterscheiden, dass sich stärker im Rahmen gemeinsamer Kämpfe mehrerer *regional benachbarter oder politisch, ökonomisch, kulturell und hinsichtlich historischer Traditionen eng untereinander verflochtener Länder* vollziehen wird. Ein Beispiel hierfür ist Lateinamerika.

Für einen Transformationsprozess zu einer nichtkapitalistischen Alternative gewinnen die Diskussionen über mögliche erste Schritte einer die Grenzen des Kapitalismus überschreitenden Alternative an Bedeutung. Der Bestimmung solcher Schritte sollte zugrunde gelegt werden, dass sie einerseits offen sind für weitere Veränderungen hin zu einer sozialistischen Transformation und andererseits eine hohe Aktualität aufweisen und sich auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen können. Solche Schritte sollten zumindest zum Ziel haben, der sozialen Gerechtigkeit wieder größere Be-

achtung zu schenken, die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen u.a. durch den Ausbau des Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung, öffentliches Eigentum zu erweitern und weitere Privatisierung zu verhindern, insbesondere auf Gebieten die für den ökologischen Umbau wichtig sind (z.B. Energie, öffentlicher Verkehr), Finanzspekulationen zurückzudrängen, Ansätze einer solidarischen Ökonomie zu fördern..

Wesentliche Veränderungen wird es auch in den gesellschaftlichen Kräften, bei den Subjekten geben, die Träger eines sozialistischen Transformation sind bzw. sein könnten. Ihre Vielfalt und Differenziertheit wird zunehmen. Damit werden sich auch die Anforderungen an die Breite und Dynamik eines antineoliberalen, auf die Herausforderungen der Zukunft gerichteten Bündnisses verschiedener gesellschaftlicher Kräfte für eine Entwicklung in Richtung eines Sozialismus erhöhen.

Zweitens. Die innere Struktur und Verfasstheit des Sozialismus, das ihm zugrunde liegende Wertesystem sowie die seine Entwicklung bestimmenden Charakteristika müssen sich in wesentlichen Zügen vom Realsozialismus unterscheiden.

Eine Hauptfrage besteht darin, wie und inwieweit wird es gelingen, im Sozialismus *Triebkräfte herauszubilden*, die in ihrer Wirksamkeit für die Realisierung des Ziels der sozialistischen Produktion ebenso kräftig sind wie die Triebkräfte im Kapitalismus für die Realisierung des Ziels der kapitalistischen Produktion? Diese Grundfrage einer sozialistischen Systemalternative ist bisher noch nicht hinreichend beantwortet. Das gilt m.E. nicht nur in praktischer, sondern auch in theoretischer Hinsicht

Aus den sozialistischen Eigentumsverhältnissen erwächst im Vergleich zum Kapitalismus unmittelbar kein analoger Stimulus oder Druck zur Steigerung von Effizienz und Produktivität. Dies hängt mit der größeren Komplexität des Ziels der sozialistischen Produktion gegenüber dem Profit sowie dem notwendigen Verzicht auf den von der Massenarbeitslosigkeit und den Unsicherheiten der Arbeitsplätze ausgehenden Leistungsdruck auf die abhängig Beschäftigten zusammen. Daher ist die Herstellung und ständige Verbesserung solcher Beziehungen zwischen Ziel und Triebkräften des Sozialismus, die eine kräftige und wirkungsvolle Steigerung der Effizienz und Produktivität stimulieren, eine ständige Herausforderung an größere kreative Anstrengungen und Überlegungen zur Gestaltung der hierfür erforderlichen Instrumente und Regulierungen. Aus all dem ergeben sich spezifische Anforderung an die Gestaltung systemadäquater Triebkräfte des Sozialismus. Wenn die Bedingungen für eine erfolgreiche Systemalternative zum Kapita-

lismus untersucht werden sollen, so ist es vor allem notwendig, diese Problematik sozialistischer Triebkräfte, worauf beruhen sie und wie können sie möglichst umfassend und kräftig wirksam werden, tiefer zu analysieren und weiter zu diskutieren.

Drittens. Die Vorstellungen über den Sozialismus sowie auch die realen Prozesse einer sozialistischen Transformation müssen einen hohen Grad der Offenheit und Pluralität aufweisen. Dabei geht es um mehrere Dimensionen.

- 1. Zu vielen Fragen über einen zukünftigen Sozialismus und die Wege dorthin gibt es beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Dies betrifft solche Fragen, wie: die konkrete Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Rolle der verschiedenen Eigentumsformen, einschließlich des Privateigentums, in einer sozialistischen Gesellschaft; Rolle von Warenproduktion und Markt im Sozialismus , z.B. kann es eine sozialistische Marktwirtschaft geben? wie müssten die Beziehungen zwischen Marktund gesellschaftlicher Regulierung gestaltet werden? Umfang, Art und Weise der Planung/Regulierung im Sozialismus; Vollbeschäftigung im Sozialismus; Beziehungen zwischen dem Recht auf Arbeit und einem bedingungslosen Grundeinkommen; Subjekte einer sozialistischen Transformation.
- 2. Eine sozialistische Transformation in einem Land oder in einer größeren Region (Europa, Lateinamerika, Afrika u.a.) wird in hohem Grade von historischen und kulturellen Traditionen, dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den wirtschaftlichen Strukturen und Eigentumsverhältnissen, den natürlichen Ressourcen und anderen regionalen Besonderheiten beeinflusst werden Daher wird es auch nicht den Sozialismus des 21. Jahrhunderts geben. Die Vielfalt zukünftiger Sozialismusvarianten europäische, lateinamerikanische, nordamerikanische, afrikanische, asiatische sowie auch innerhalb dieser Großregionen wird wahrscheinlich größer sein als die beträchtliche Differenziertheit des gegenwärtigen Kapitalismus zwischen verschiedenen Ländergruppen oder Ländern
- 3. Sozialistischen Transformationsprozesse, ebenso wie die weiter Entwicklung eines Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage müssen offen sein für neue Erkenntnisse und Erfahrungen die bei der Lösung der Probleme entstehen, darunter auch für Erfahrungen anderer Länder. Z.B kann die Analyse der Erfahrungen Chinas im Zusammenhang mit den Diskussionen über eine sozialistische Marktwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Es darf keine Tabus und unumstößliche Dogmen geben. Diese Offenheit

ist eng verknüpft mit der Fähigkeit, die eigene Entwicklung stets kritisch zu analysieren, die Ergebnisse auch öffentlich transparent auszuwerten sowie daraus in einem öffentlichen Diskurs notwendige Schlussfolgerungen einschließlich Korrekturen bisheriger Entwicklungen abzuleiten.

Viertens. Für die großen gesellschaftlichen Probleme, die mit einer sozialistischen Alternative auf der Tagesordnung stehen, gibt es keine zeitlosen, von den konkreten Bedingungen in Raum und Zeit unabhängigen, keine einfachen und auch keine konflikt- und widerspruchsfreien Lösungen. Sozialistische Transformation verlangt daher ständige kreative Anstrengungen und offene Diskurse zu den zweckmäßigsten Richtungen und Schritten, um die sozialistischen Ziel- und Wertvorstellungen und die Wege sie zu erreichen, entsprechend den sich verändernden konkreten Bedingungen weiterzuentwickeln.

Joachim Herrmann

Reimar Müller 75 Jahre – 30. August 2007

Die Sitzung der Klasse "Sozial- und Geisteswissenschaften" am 13. September war dem 75. Geburtstag von Reimar Müller gewidmet.

Reimar Müller stammt aus Jena, besuchte dort das Gymnasium Carolo-Alexandrinum und die Oberschule. Nach dem Abitur 1951 studierte er an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena Geschichte und Klassische Philologie bis 1957. Nach dem Studium unterrichtete er bis 1959 in Altenburg an der Karl-Marx-Oberschule Latein und Griechisch. Seine Lehrer, darunter F. Zukker, empfahlen ihn dem expandierenden Institut für Griechisch-Römische Altertumskunde der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Von 1959 bis 1969 war er dessen wissenschaftlicher Mitarbeiter; er erhielt Lehraufträge von der Humboldt-Universität. Am Akademieinstitut wurde ihm von Johannes Irmscher von 1959 bis 1967 die Redaktion einer der bedeutendsten Editionsreihen antiker Texte, die Bibliotheca Teuberniana, übertragen.

In dieser Zeit entwickelte er sein Profil als einer der besten Kenner und Interpreten der Ideen hellenistisch-römischer Philosophie. Er fand Verbindung zu der vom ehemaligen Akademiepräsidenten Johannes Stroux begründeten entsprechenden Arbeitsgruppe und promovierte 1963 mit "Wertung der Bildungsdisziplinen bei Cicero".

Der antike Atomismus und die Epikuräische Sozial- und Rechtsphilosophie, über die er 1970 seine Habilitationsschrift an der Humboldt-Universität vorlegte, bestimmten seine wissenschaftlichen Zielstellungen. "Menschenbild und Humanismus in der Antike" waren Zielpunkte seiner Forschungen, seiner Lehre an den Universitäten in Jena und Berlin und der Publikationen. Die geistigen Grundlagen weltgeschichtlich humanistischen Denkens, die in der antiken Philosophie gelegt wurden, erschloss Reimar Müller nicht nur kritisch, sondern er verfolgte vor allem deren positive Wirkungen, deren Einfluss bis auf Denkrichtungen der Aufklärung in der Neuzeit.

Die Gründung des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie 1969 brachte für Reimar Müller im Forschungsanliegen keine Wende, wohl 104 Joachim Herrmann

aber eine hohe Belastung. Er übernahm die Leitung des Projektes "Kulturgeschichte der Antike", das in zwei Bänden unter Mitarbeit zahlreicher wissenschaftlich hochrangiger Autoren vorgelegt wurde und bis auf den heutigen Tag zu den wohl am besten begründeten Darstellungen der Ganzheit antiken Anteils am weltgeschichtlichen Kultur- und Geistesfortschritt gehört.

Sein pädagogisches Wollen drängte ihn, seine wissenschaftlichen Erkenntnisse in das gesellschaftliche Denken einzubringen – im Kulturbund, als Bezirksvorsitzender der Urania, in Zeitschriften und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen. Bis heute ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der einst von Johannes Irmscher begründeten populärwissenschaftlichen Zeitschrift "Das Altertum".

"Der Mensch als Maß aller Dinge" – so lautete der Titel eines 1976 von Reimar Müller konzipierten und herausgegebenen Buches. Dieser humanistische Grundsatz bestimmte und bestimmt das wissenschaftliche und gesellschaftliche Wirken von Reimar Müller bis auf den heutigen Tag. Klasse und Plenum der Akademie und der Leibniz-Sozietät, der er seit 1981 bzw. 1993 angehört, verdanken ihm bedeutende gedankliche Anregungen. Die Ausprägung des international anerkannten Profils der Altertumswissenschaften des ehemaligen Akademie-Instituts, dessen Vizedirektor er seit 1980 war und dessen Bereich für Griechisch-Römische Altertumskunde er nach der Emeritierung von Johannses Irmscher seit1985 leitete, verdanken wir vor allem der Wirksamkeit von Reimar Müller. Unsere Leibniz-Sozietät konnte auf sein Wirken aufbauen

Mehr als 150 wissenschaftliche Veröffentlichungen, darunter über 15 Monographien und zahlreiche von Reimar Müller konzipierte und herausgegebene Bücher liegen vor. Die "Entdeckung der Kultur" lautet der 2003 erschienene Titel eines seiner Bücher. Herzlichen Dank, lieber Reimar Müller, für den großen Beitrag zur Erweiterung unserer Kenntnisse über Wissenschaft, Menschenbild und Gegenwart.

Armin Jähne

Recht oder Gerechtigkeit – Das Dilemma des heimgekehrten Odysseus

Homers "Odyssee" gilt gemeinhin, ordnet man sie einem Literaturgenre zu, als frühestes Beispiel europäischer Abenteuerliteratur im Stile eines Seefahrermärchens. 1 Sie ist aber, ohne diesen vorgenannten Aspekt leugnen zu wollen, weit mehr, denn ihre innere Klammer bildet – vom ersten bis zum letzten Gesang des Epos – das Treiben der ungebetenen Freier am herrenlosen Hofe des Ithakerfürsten. Entsprechend schürzt der Dichter den dramatischen Knoten der "Odyssee" gleich mit Beginn der Handlung, als die Götter die Heimkehr des Odysseus von Kalypsos Insel Ogygia beschließen (Od. 1, 76-87; siehe auch als erinnernde Wiederholung 5, 28-42). Sofort begibt sich Pallas Athene zu dessen Hofe, wo Telemachos, auf die Rückkehr des Vaters hoffend, über die frechen Freier klagt: "Nun verprassen die Schwelger all mein Gut und werden in kurzem mich selber zerreißen." Darauf antwortet die zornige Athene: "Götter, wie sehr bedarfst du des langabwesenden Vaters, dass sein furchtbarer Arm die schamlosen Freier bestrafe" (Od. 1, 250-254). Telemachos solle sich, prophezeit die Göttin wenig später, wegen der Freier nicht nutzlos Gedanken machen, zumal diese weder Verstand noch Gerechtigkeitssinn besitzen und das schwarze Verhängnis nicht ahnen, das schon naht, um sie an einem Tag zu vernichten (Od. 2, 281-284).

Von nun an dominieren zwei Stränge das Geschehen: das immer wüster, immer ungezügelter werdende Gebaren der Freier zum einen, die göttlich vorbestimmte, nicht mehr zu verhindernde, aber durch retardierende Momente der Irrfahrt gebremste Heimkehr des Odysseus zum anderen. Homer prognostiziert das unausbleiblich Kommende und erzeugt so einen Spannungsbogen zwischen wissender Prognose und der folgerichtig in der Art literarisch-epi-

¹ Reimar Müller (Hg. und Autorenkollektiv), Kulturgeschichte der Antike, Bd. 1: Griechenland, Berlin 1976, S. 63, 66 (Veröffentl. des ZIAGA der AdW der DDR, Bd. 6, 1).

106 Armin Jähne

scher Fiktion zu erwartenden Wirklichkeit.² Schließlich laufen die Ereignisse auf ein scheinbar unlösbares Problem zu, das für die Freier in einer Katastrophe endet, Odysseus aber in ein gesellschaftliches, soziales wie rechtliches Dilemma stürzt und auch für ihn zum Desaster zu werden droht.

Gleichzeitig finden sich in das Abenteuerliche der "Odyssee" die sozialen Verhältnisse in der griechischen Adelswelt eingeschlossen, die offenbar ihrer Auflösung entgegengeht und in ihrer Entwicklung bereits zur Polisgesellschaft hin tendiert. Diese sozialen Verhältnisse, die auch vom stärker werdenden Kampf ums Recht geprägt sind, treten in den einzelnen Gesängen mit unterschiedlicher Intensität hervor, schieben sich jedoch zum Ende des Epos immer deutlicher in den Vordergrund.³ Für das politische Funktionieren der vom Dichter beschriebenen Gemeinschaft sind drei Dinge charakteristisch: die Versammlung (von der kleinen Gruppe bis zur Zusammenkunft des Volkes), unterschiedlich ausgeprägte Rechtsvorstellungen (dikai) oder Verhaltensnormen und die Gebote der Götter (themistes).⁴ Markantes Gegenstück einer solcherart zivilisierten Gesellschaft stellte die Antigesellschaft der Ky-

4 Das sind auch die wesentlichen Elemente für das politische Funktionieren der späteren Polis. Dazu Gerhard Thür, Recht im antiken Griechenland, in: Ulrich Manthe (Hrsg.), Die Rechtskulturen der Antike. Vom Alten Orient bis zum Römischen Reich, München 2003, S. 199-201.

Reinhold Merkelbach, Untersuchungen zur Odyssee. Zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage, München 1969, S. 23 bzw. 195f. vertritt die Ansicht, dass die "Odyssee" in der 1. Hälfte des 6. Jh. v.u.Z. in ihre endgültige Form gebracht und zugleich "nach einem bestimmten Plan aufgebaut" wurde. Ein solcher Plan, der letztlich und konsequent auf die Lösung des Odysseus-Freier-Konfliktes hinausläuft, würde die in den Verlauf der Handlung als "roter Faden" wiederholt eingeschobenen Erinnerungen an das Treiben der Freier und die von den Göttern gebilligte unausbleibliche Rache des Odysseus erklären (S. 41, 45, 88). Diese Erwähnungen haben eine literarisch-inhaltliche Funktion (Verklammerung). Merkelbach wertet diese Wiederholungen eher als Nachlässigkeiten des Dichters und Bearbeiters. Joachim Latacz, Troia und Homer. Der Weg zur Lösung eines Rätsels, Leipzig 2005, S. S. 299-302, hingegen hält die teils formelhaften Wiederholungen für einen immanenten und gewollten Bestandteil der beiden homerischen Epen.

Fritz Gschnitzer, Politische Leidenschaft im homerischen Epos, in: Herwig Görgemanns, Ernst A. Schmidt (Hrsg.), Studien zum antiken Epos, Meisenheim am Glan 1976, S. 1f., 7, 20f. (Beiträge zur Klassischen Philologie 72); ders., Griechische Sozialgeschichte. Von der mykenischen bis zum Ausgang der klassischen Zeit, Wiesbaden 1981, S. 27f., 67-75; Michel Austin, Pierre Vidal-Naquet, Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland, München 1984, S. 29f. (Datierung), S. 32, 36- 38 (die unteren Klassen in der "Odyssee"); Elke Stein-Hölkeskamp, Adelskultur und Polisgesellschaft. Studien zum griechischen Adel in archaischer und klassischer Zeit, Stuttgart 1989, S. 15 (Anm. 2) -22; zur Frage der attischen Endredaktion der homerischen Epen im 6. Jh. v.u.Z. (Redaktion unter Peisistratos) siehe Reinhold Merkelbach, a.a.O., S. 255f.; über die in der "Odyssee" stärker ins Blickfeld gerückten unteren Volksschichten Reimar Müller, Die Herausbildung des Humanismus in Griechenland, in: ders., Menschenbild und Humanismus der Antike, Leipzig 1980, S. 11.

klopen im 9. Gesang der "Odyssee" dar. Ihnen galten die Götter und folglich ihre Gebote nichts (Od. 9, 275-279). Sie waren gesetzlos *(athemistoi;* Od. 9, 106), kannten weder Gesetz, Gastrecht noch öffentliche Versammlung und kümmerten sich nicht umeinander (Od. 9, 112-115; so auch die *athemistia* des Polyphem Od. 9, 189; auch 9, 215).⁵

Der konkrete Konflikt, der in der Realität des Alltags zwischen Odysseus und der Gruppe der Freier ausgetragen wurde, erwies sich auf einer höheren, abstrakten Ebene als ein Konflikt von gesellschaftlichen oder zivilisatorischen Werten. Er markierte einen frühen Abschnitt auf dem Wege hin zur Ausbildung jener zivilisiert-kulturellen Gesellschaft, die Reimar Müller, unser Jubilar, von zwei komplementären Bereichen gesellschaftlichen Seins und damit gerade auch der sozialen Existenz des Individuums geprägt sieht: l. durch die "technai, (d.h. die "Künste" im umfassenden Sinn von den handwerklichen und künstlerischen Tätigkeiten bis zu den reifsten Formen der Philosophie und der Wissenschaft)", die mit ihren Fortschritten den Grad der materiellen Zivilisation und geistigen Kultur bestimmen; 2. durch die nomoi als weit gefassten Komplex von Sitten, Bräuchen, Gesetzen, Normen und Institutionen des gesellschaftlich-politischen Lebens, die unter dem Begriff der "gesellschaftlichen Kultur" subsumiert werden.

Das Niveau eben dieser gesellschaftlichen Kultur in der homerischen Adelswelt des 8. Jahrhunderts v.u.Z. und insbesondere die Beschaffenheit ihrer normativ-rechtlichen Komponente lassen sich mit einiger Vorsicht auch aus dem Odysseus-Freier-Konflikt rekonstruieren. Nachdem die "Odyssee" schriftlich fixiert worden war, nahm sie selbst in der ihr eigenen Widerspiegelung sowohl stark konventioneller als auch in Wandlung begriffener Lebensverhältnisse, wenn auch nur schwach, aber immerhin erkennbar, "einen gewissermaßen normativen Charakter" an. Zwei spätere Begriffspaare, von Müller im Kontext antiker Kulturtheorien zur Kennzeichnung von sozialen

Victor Ehrenberg, Die Rechtsidee im frühen Griechentum, Leipzig 1921, S. 14f.; Reimar Müller, Die Entdeckung der Kultur. Antike Theorien über Ursprung und Entwicklung der Kultur von Homer bis Seneca, Düsseldorf/Zürich 2003, S. 28f.

⁶ Reimar Müller, Die Entdeckung der Kultur, S. 17-19.

⁷ Ebenda, Die Entdeckung der Kultur, S. 24.

⁸ Wolfgang Schadewaldt, Homer und die homerische Frage, Berlin 1938, S. 18: "Wir sehen nun Homer in größeren Verhältnissen, sehen ihn in neuer geschichtlicher Perspektive. Das ist nichts Geringes". Ders., Von Homers Welt und Werk, Stuttgart 1959, S. 123f.: "Mykene ist nicht so sehr die reale Größe des 14. Jahrhunderts, sondern vor allem eine ideale (kursiv A.J.) Größe des 8. Jahrhunderts". Elke Stein-Hölkeskamp, a.a.O., S. 22: Die in den Epen Homers vermittelten rechtlichen und moralischen Vorstellungen wurden vom Ende des 8. Jahrhunderts an "zu zentralen Orientierungs- und Wertmaßstäben für die Führungsschicht".

108 Armin Jähne

Verhaltensweisen und Normen moralisch-rechtlichen Handelns hervorgehoben, können bei der Ermittlung dieser normativ-rechtlichen Komponente hilfreich sein: der von Archelaos aus Athen, einem Schüler des Anaxagoras und Lehrer des Sokrates, erkannte Gegensatz von dikaion, dem Gerechten, und aischron, dem Verabscheuungswürdigen, als Gegensatz von gerecht und ungerecht, ⁹ und den sich in Platons "Protagoras" findenden, für die Existenz der Polisgesellschaft unabdingbaren, sich ergänzenden dikē als Rechtsgefühl und *aidōs* als gegenseitige Rücksichtnahme. ¹⁰ Beide Begriffspaare kommen in der "Odyssee" zwar als Einzelworte (z. B. dikaiōs Od. 14, 90; aischrōs 18, 321; dikē 9, 215 oder 19, 168; aidōs 3, 14, 24), nicht aber in dieser späteren begrifflichen Bestimmtheit vor. Dennoch offenbart sich ihr Sinngehalt bereits mehr oder weniger deutlich in der Gegenüberstellung von Kyklopen und der von Odysseus und seinen Genossen vertretenen Gesellschaft. ¹¹ Diesem hier äußeren Kontrast von Kyklopen und odysseeischer Adelswelt entspricht eine ähnlich gelagerte innere Gegensätzlichkeit in der homerischen Gesellschaft selbst

Als Odysseus nach zwanzigjähriger Abwesenheit in seine Besitzungen heimkehrte, fand er ein aus den Fugen geratenes Gemeinwesen vor. Seit langem hatten keine Volksversammlungen mehr stattgefunden (Od. 2, 26f.). Willkür war weit verbreitet, überkommene sittliche Normen wurden verletzt. Die Schar der Freier, die seine Frau heiraten wollten, schmarotzte vorerst am herrenlosen Eigentum, hoffte aber, es sich in Kürze aneignen zu können. Telemachos, der Sohn, der sein Erbe retten und dem Treiben der Freier Einhalt gebieten wollte, rief deshalb das Volk zur Versammlung. 12 Öffentlich klagte er, dass die Freier ihn und sein Haus zugrunde richten. Sie "schlachten unsere (d.h. seine – A. J.) Rinder und Schaf und gemästeten Ziegen für den üppigen Schmaus und schwelgen in funkelndem Weine" (Od. 2, 55 -58), empörte er sich, denn "ganz unerträglich begegnet man mir, ganz wider die Ordnung (d.h. ungerechterweise – A.J.) wird mir mein Haus zerrüttet" (Od. 2, 48f., 63f.). Schließlich, in seiner Hilflosigkeit, wandte er sich an die "ewigen Götter" und, zu den Freiern sprechend, sagte er, "ob euch nicht endlich einmal Zeus eure Taten bezahle, dass ihr in unserem Haus auch ohne Vergeltung da-

⁹ Reimar Müller, Die Entdeckung der Kultur, S. 67.

¹⁰ Ebenda, S. 81f.

¹¹ Victor Ehrenberg, a.a.O., S. 59; Reimar Müller, Die Entdeckung der Kultur, S. 28f.

¹² Eine formal-philologische Analyse der Volksversammlung im ersten Buch findet sich bei Reinhold Merkelbach, a.a.O., S. 15- 20. Das dort Gesagte widerspricht nicht dem Anliegen meines Vortrages.

hinstürzt" (Od. 2, 143-145). Sofort sandte Zeus ein Zeichen: Donner und zwei Adler, die drohend über der Versammlung schwebten. Halitherses, der Seher, warnte daraufhin aus Volkes Mitte die Freier, dass Odysseus nahe sei und ihnen Tod und Verderben bringe (Od. 2, 146-177). Die übermütigen adligen Herren aber lachten über Telemachos, verhöhnten ihn und nannten den Seher einen Schwätzer. Auch Mentor, ein Freund des verschollenen Odysseus, der die Freier mit scharfen Worten geißelte und sie tückische Räuber schalt, fand – wie schon Telemachos – bei seinen Standesgenossen und dem Volke kein Gehör. Enttäuscht, aber voller Vorwurf, rügte er das Volk: "dass ihr alle so gänzlich stumm dasitzt und auch nicht mit einem strafenden Wort diese Freier, die wenigen zähmt, da euer so viel sind" (Od. 2, 224-241).

Die Hybris und Verblendung der Freier waren ohne jedes Maß. Sie setzten sich über alles hinweg, dachten an neue Gelage, nahmen nicht einmal mehr die göttlichen Zeichen ernst, die *themistes*, und lösten die Versammlung einfach auf. Einzig dann, als sie beabsichtigten, Telemachos heimlich zu ermorden, und Zeus einen Adler schickte, der eine zappelnde Taube in den Krallen hielt, verstanden sie die Warnung und ließen ihren Plan fallen (Od. 20, 241-246). Odysseus musste von seinem Sauhirten und aus dem Munde des Telemachos hören – und überzeugte sich kurz darauf selbst davon, wie die Freier sein Hab und Gut, unersättlich, "unmäßig und ohne Schonen verprassen" (Od. 14, 81f., 91f.; 16, 125, 127f.; 17, 177-182, 212-214, 532-537 /Klage der Penelope/).

Die Freier in Odysseus' Hause verhielten sich nicht, wie es das Herkommen forderte, der gesellschaftlichen Norm entsprechend und nicht einmal den konventionellen Regeln ihres Standes gemäß. Ihr Handeln war unsittlich, unsozial, ja asozial, verletzte den gesellschaftlichen Konsens, wirkte zerstörerisch und brachte soziale Ungerechtigkeiten mit sich. Homer gebrauchte, um die Negativzeichnung der Freier schärfer zu konturieren, deshalb auch den Gegenbegriff der *dikē* (*dikai*). Sie waren als Personen weder den Menschen noch den Göttern gegenüber gerecht (Od. 2, 281f.; 14, 81f.), obwohl sie andererseits das Gastrecht achteten (als ihr Verhältnis zu Fremden in fremdem, d.h. in Odysseus' Hause /Od. 18, 416-421; 20, 294f., 321-325). Die Art, wie sie sich um Penelope bemühten, war gleichfalls wider die *dikē* und deshalb unanständig, verwerflich (Od. 14, 90). Sie hätten, weil es sich so gehörte, mit

¹³ Zu den *themistes* einmal als göttliche Weisung oder göttliches Gebot, z. B. in Form eines mantischen Zeichens des Vogelflugs (Od. 2, 146-156; 20, 241-243), zum anderen *(themis)* – in einem gewandelten und breiteren Verständnis – als gesellschaftliche Norm (Od. 11, 451; 14, 56; 24, 286) siehe Victor Ehrenberg, a.a.O., S. 14-16.

110 Armin Jähne

Gastgeschenken zu ihr kommen müssen. Die Freier – im Gegenteil – fraßen sich frech und brutal durch das Vermögen des Odysseus (Od. 18, 275- 280). Sie achteten weder des Sohnes als Erben, noch kümmerte sie die Strafe der Götter, die sie – nach damaligem Verständnis – unweigerlich ereilen würde (Od. 20, 213-216). Sie und ihr Anhang handelten schändlich, ohne Rechtsgefühl (Ausnahme Gastrecht¹⁴) und ohne Rücksichtnahme. Ihr Verbrechen bestand auch darin, "dass sie sich", und das nicht nur in seinem Hause, "in Abwesenheit des Kriegsherrn", also des Odysseus, "die Vorrechte einer Kriegerkaste" angemaßt hatten. ¹⁵ Es ist die moralische Norm des Maßes oder Maßhaltens, die von den Freiern permanent überschritten wurde. In diesem Sinne ist *dikē* zu verstehen als positive gesellschaftliche Regel (oder Summe dieser Regeln), als das noch nicht kodifizierte von Sitte, Anstand und Brauch Gesetzte, die noch nicht nieder- und festgeschriebene Ordnung alltäglichen Rechtsverständnisses. ¹⁶

Odysseus' Abwesenheit und das gesetz- wie sittenlose Treiben der Freier hätten, wenn den Wüstlingen niemand Einhalt gebot, in der Konsequenz zum Ruin und sozialen Absturz des Telemachos und der Penelope geführt. Zu den sozialen Folgen hätte aber auch gezählt, so beklagte es der Sauhirt Eumaios, ein Sklave, dass er für seine stets gute Arbeit und treuen Dienste nun nicht mehr einen Besitz (ktēsis), irgendein Eigentum, nämlich ein Haus und ein Stück Land zugesprochen bekäme und eine Frau ehelichen dürfe (Od. 14, 61-65), denn diese Form der Prämierung war ebenfalls Teil einer jetzt außer Kraft gesetzten sozialen Norm. 17 Um es vorwegzunehmen, nachdem Odysseus das leidige Freierproblem aus der Welt geschafft hatte, wurde dieses soziale Unrecht getilgt und gerechterweise dem Sauhirten und einem der Rinderhirten das gewährt, was ihnen als klugen, fleißigen und zuverlässig-ergebenen Knechten dem Herkommen nach zustand: Eigentum und das Recht zur Heirat (Od. 21, 212-216). Odysseus selbst hatte im Gespräch mit Penelope, der er unerkannt als Fremder gegenübersaß, die Rolle eines guten und gottesfürchtigen

¹⁴ Zum Gastrecht als ein in der homerischen Gesellschaft "fest etabliertes und reich entwikkeltes Institut" im Netz sozialer Bindungen Fritz Gschnitzer, Griechische Sozialgeschichte, S. 29.

¹⁵ Oswin Murray, Der griechische Mensch und die Formen der Geselligkeit, in: Jan-Pierre Vernant (Hrsg.), Der Mensch in der griechischen Antike, Essen 2004, S. 260f.

¹⁶ Dikē im Sinne von Weise, Brauch (Od. 18, 275; 19, 168) oder als Plural im Sinne von Rechtssprüchen, Gesetzen (Od. 9, 112, 215); dazu Victor Ehrenberg, a.a.O., S. 59-62, der dann aber den zur dikē gehörenden Begriff dikaios (gerecht, der Sitte gemäß) "auf den Kreis der Normen der Adelswelt" eingegrenzt wissen will (S. 62).

¹⁷ Fritz Gschnitzer, Griechische Sozialgeschichte, S. 31f.; ders., Politische Leidenschaft, 1976, S. 19.

Königs (basileus) auf folgenden kurzen Nenner gebracht: Er hat gerecht zu sein, hat die "Gerechtigkeit zu handhaben" (eudikias anechein; Od. 19, 111, als Wortpaar singulär in der "Odyssee"), weil sie der Unterpfand für allgemeinen Wohlstand ist und dann "die schwarze Erde reichlich Weizen und Gerste trägt, die Bäume schwer von Früchten sind, das Vieh immer wieder Nachzucht gebiert und die Wasser von Fischen wimmeln" (Od. 19,109-114).

Die im Epos von der aristokratischen Oberschicht, und insbesondere den *basileis*, geforderte "Handhabung der Gerechtigkeit" bedeutete nichts anderes als die Einhaltung des Gerechtigkeitsprinzips in den Grenzen des sozialen Gesellschaftsgefüges, aber nicht allein auf den jeweiligen Standesgenossen beschränkt, sondern ebenso im Verhältnis von sozialem Oben und Unten, in der Fürsorge für den einfachen Mann des Volkes oder den unfreien Abhängigen. Mag die Behandlung der getreuen Sklaven und Sklavinnen durch ihren Herrn Odysseus auch idealisierende Züge tragen, so war darin wohl weniger die Ausnahme als vielmehr das Vorbild zu erblicken (Od. 21, 221-225). ¹⁸ Andererseits hatte er, als Akt gegensätzlicher Gerechtigkeit, die illoyal gewordenen Leute aus seinem Gesinde, wie den frechen Ziegenhirten Melantheus (Od. 22, 474-477), gnadenlos und brutal mit dem Tode bestraft.

Gerechtigkeit (eudikiē) zu üben (Od. 19, 111), und zwar innerhalb der eigenen Hauswirtschaft (oikos) und darüber hinaus im gesamten Gemeinwesen, fiel in den Bereich der obrigkeitlichen Funktionen, die namentlich den basileis vorbehalten waren. 19 Gerechtigkeit, ein bis heute dehnbarer Begriff und in der "Odyssee" nicht klar genug definiert, sollte hier – den viel späteren Epikur (340-270 v.u.Z.) heranziehend – auf die allgemein verbindlichste, einfachste Formel gebracht werden: "Es gibt keine Gerechtigkeit an sich, sondern als eine Art von Vertrag in den wechselseitigen Beziehungen der Menschen, einander weder zu schädigen, noch sich schädigen zu lassen". 20 Hinzugefügt werden müsste, dass auf Schuld Sühne zu folgen hat und Unrecht nicht zu dulden ist. Das für das Gedeihen des Gemeinwesens unerlässliche Maß an Gerechtigkeit zu erreichen, betrachtete Odysseus als erstrebenswertes Ziel seiner Herrscherpflichten, wohl wissend, dass in der Realität solchem Bemühen oft soziale und ökonomische Einzel- wie Gruppeninteressen entgegenstanden. Wie dringlich diese Aufgabe werden konnte, offenbarten die bürgerkriegsähnlichen inneren Kämpfe (staseis) in den späte-

¹⁸ Ebenda, 32.

¹⁹ Elke Stein-Hölkeskamp, a.a.O., S. 35f.

²⁰ Epikur, Briefe. Sprüche. Werkfragmente, Stuttgart 1982, S. 77 (zit. nach: Hermann Klenner, Juristenaufklärung über Gerechtigkeit, in: SB der Leibniz-Sozietät Bd. 88, 2007, S. 36).

112 Armin Jähne

ren griechischen Stadtstaaten (den *poleis*) und sehr beispielhaft wie eindrucksvoll das Reformwerk Solons in Athen.²¹ Insofern antizipierte Odysseus' singuläre Reflexion über den Gebrauch der Gerechtigkeit (Od. 19, 109-114) den in der griechischen Welt sich vom 7. Jahrhundert v.u.Z. an verschärfenden Kampf um Recht, Gerechtigkeit und Gesetz.²²

Auf Ithaka und innerhalb der dort im Epos vorgestellten Adelsschicht war, als Odysseus heimkehrte, der gesellschaftliche und soziale Konsens empfindlich gestört. Deutlichsten Ausdruck fand dieser Zustand unwirksam gewordener gesellschaftlicher Normative und Regeln im Gebaren der Freier, deren bedenkenloser Willkür, mit Ausnahme des noch geachteten Gastrechtes, keinerlei Grenzen mehr gesetzt schienen. Wie tief der Bruch bereits ging, zeigte sich in der dramatischen, vom Dichter meisterhaft zugespitzten Gegenüberstellung der unbekümmert prassenden, nichtsnutzigen Freier und des in Lumpen gekleideten Odysseus, der sich als Bettler in sein eigenes Haus schleichen musste, dort hart gedemütigt wurde und nicht anders konnte, als mit anzusehen, wie sich die Freier – die eigentlich Fremden – in seinem Hause vergnügten und wie Herren aufführten.

Wie sollte sich Odysseus in dieser Situation verhalten? An Versuchen, die Freier zur Vernunft zu bringen und die althergebrachte Ordnung wiederherzustellen, hatte es nicht gefehlt, letztlich aber, einschließlich der von Telemachos einberufenen Volksversammlung, ohne jedes positive Ergebnis. Von den drei oben genannten Elementen, die für das politische oder politischrechtliche Funktionieren der homerischen Gesellschaft grundlegend waren, die Versammlung, die *dikai* und die Gebote der Götter, fielen zwei als mögliche Wege der Konfliktlösung aus: die Volksversammlung, die, weil destruktiv dominiert, nicht mehr zur Wiederherstellung der rechtlichen und sozialen Norm taugte, und die *dikai*, an die sich die Freier und ihr Anhang nicht hielten. Es gab nichts und keinen, die das sittenwidrige, rücksichtslose Treiben der Freier hätten beenden und Odysseus bei der Lösung des privaten

²¹ Grundlegend zum Problem der staseis Hans-Joachim Gehrke, Stasis. Untersuchungen zu den inneren Kriegen in den griechischen Staaten des 5. und 4. Jahrhunderts v. Chr., Müchen 1985 (Vestigia 35). Zu den Gerechtigkeitserlassen in Altbabylonien, die helfen sollten, soziale Konflikte und Spannungen zu mildern, und dem sozialen Frieden dienten siehe Hans Neumann, Recht im antiken Mesopotamien, in: Ulrich Manthe (Hrsg.), a.a.O., S. 88f. Auch die königlichen philanthröpa im ptolemäischen Ägypten waren Versuche, die Zustände im Lande wenigstens zeitweilig zu stabilisieren und zu bessern, für Gerechtigkeit und inneren Frieden zu sorgen.

²² Michel Austin, Pierre Vidal-Naquet, a.a.O., S. 41f.; Fritz Gschnitzer, Politische Leidenschaft, 1976, S. 19f.

und zugleich gesellschaftlichen Problems – über die wenigen eigenen treuen Dienstleute hinaus – unterstützen können. Angesichts des Fehlens einer klar strukturierten, institutionalisierten Rechtsordnung und festgeschriebener, d.h. verschriftlichter zwingender Gesetze blieb Odysseus nur die Möglichkeit präventiver Selbstjustiz im Sinne sozialer Notwehr. Unter starkem Druck stehend, handelte er aber keineswegs spontan oder, wie zu erwarten gewesen wäre, aus dem Affekt heraus. Sein Vorgehen, von Momenten des Zauderns begleitet (Od. 13, 382-390; 17, 235-238; noch in der Nacht vor dem Freiermord Od. 20, 17-43),²³ war überlegt, planvoll und vorausschauend, keinesfalls vorwärtsstürmend. Es fehlte ihm, anders als seinen Gegnern, jede Spur von Hybris oder Verblendung. Immer aufs Neue suchte er die Rückversicherung bei den Göttern, auf deren Gunst und Hilfe er angewiesen war.

Seine Selbstjustiz, die einerseits ein reiner Racheakt war,²⁴ diente andererseits dazu, den vorherigen gesellschaftlichen Konsens und gebrochenen Rechtsfrieden zu erneuern und dafür zu sorgen, dass Gerechtigkeit im Gemeinwesen zum Nutzen aller wieder handhabbar wurde.

Diese doppelte Aktion bei einem für Odysseus denkbar ungünstigen asymmetrischen Kräfteverhältnis erfolgreich durchzuführen, war, daran lässt der Dichter keinen Zweifel, ohne die Hilfe der Götter nicht möglich. Sie hatten Odysseus' Rückkehr beschlossen, sie hatten den Freiern Warnzeichen gesandt, und Zeus selbst gab Odysseus zu verstehen, dass er dessen Absicht billige, die Freier zu vernichten (Od. 16, 258-269; 20, 98-104, 120f.; 24, 478-480, 517-520). Nun gibt es eine Stelle im 20. Gesang der "Odyssee", wo dieser göttliche Wille dubliert wird, da er sich gleichsam in Volkes Stimme verwandelt. Ihre Bedeutung hat wohl zuerst Fritz Gschnitzer erkannt und sie auch feinfühlend interpretiert. In der Nacht vor dem Freiermord bat Odysseus die Götter abermals um ein Zeichen, dass alles Bevorstehende sich zum Guten wenden werde ("... so rede nun einer der Wachenden glückliche Worte hier im Palast, und draußen gescheh ein Zeichen vom Himmel!"). Zeus sandte daraufhin Blitz und Donner (Od. 20, 98-104). Mehr noch, Odysseus hörte plötzlich die Stimme einer der zwölf Dienerinnen, die alltäglich an den Handmühlen arbeiteten. Sie war die Schwächste und mit dem Mahlen des Mehls

²³ Von Athene geradezu verzögernd "programmiert", um nicht auf direktem Wege – wie Agamemnon – ins etwaige Verderben zu stürzen. Zum Zaudern als kulturgeschichtliches Phänomen siehe Joseph Vogl, Über das Zaudern, Berlin 2007.

²⁴ Reinhold Merkelbach, a.a.O., S. 18, 35f., 75, 127-130, 137 weist immer wieder auf diesen Akt der Rache hin, und doch war Odysseus' Abrechnung mit den Freiern mehr als nur ein persönliches Anliegen. Er handelte auch als basileus mit gesellschaftlichen Verpflichtungen, die über das eigene Ich und den eigenen oikos hinausgingen.

114 Armin Jähne

nicht fertig geworden. Herzzerreißend klagte sie: "Vater Zeus ... du sendest gewiss jemandem ein Zeichen. Ach, so gewähre auch jetzo mir armen Weibe eine Bitte: Lass die stolzen Freier zum letzten Mal heute, zum letzten, ihren üppigen Schmaus in Odysseus' Haus genießen, welche mir alle Kraft durch die seelenkränkende Arbeit, Mehl zu bereiten, geraubt! Nun lass sie zum letzten Mal schwelgen!"(Od. 20, 105-119). Auch für sie, eine der Geringsten im Palast, sollte die Abrechnung mit den Freiern wieder weniger Arbeit und zugleich mehr Gerechtigkeit und die Rückkehr zu den tradierten Normen des Gemeinwohls bringen. Göttlicher Wille und Volkes Wunsch flossen hier zusammen. "Dass das Leiden der Ärmsten in diese enge Verbindung mit der Tragödie der Großen gebracht wird, bedeutet", so Gschnitzer, "in einem höfischen Epos sehr viel; fast mehr noch, dass dieser Aufschrei der gepeinigten Magd dem Donner des Zeus gleichwertig zur Seite gestellt wird". ²⁵

Odysseus, so wie er den Entschluss gefasst hatte, in seinem Hause gegen die Freier die Kraft des Ares, des Krieges, entscheiden zu lassen (Od. 16. 268f.), wusste, dass er sich damit in eine juristische Grauzone begab und seine Selbsthilfe – moralisch wie rechtlich – bereits ein fragwürdiger Akt war. Wohl hatte sich im Volk (laoi) das Verhältnis zu den Freiern verschlechtert (Od. 16, 375), aber auch Odysseus musste mit dem Volk und vor allem mit den Reaktionen seiner Standesgenossen rechnen, sobald die gewaltsame Lösung des Konfliktes ruchbar werden würde. Von Zweifeln erfüllt, bat er Pallas Athene, seine Beschützerin: "Und noch ein Größeres ist, was meine Seele bekümmert: Wenn ich jene mit Zeus' und deinem Willem ermorde, wo(hin) entflieh ich alsdann?" (Od. 20, 41-43). In der Tat, kaum war in der zugesperrten Halle seines Hauses der Kampf entbrannt, dachten die Freier an Ausbruch oder eine Nachricht nach außen, damit das Volk wisse, was im Palast des Odysseus vor sich gehe, und es etwas dagegen unternähme (Od. 22, 76f., 132-134). Odysseus plagten nach vollendetem Kampf, einem blutigen Massaker, keinerlei Skrupel, denn der Tod der Freier war durch deren eigene schrecklichen Taten, ihren frevlerischen Hochmut und der Götter Gericht vorbestimmt (Od. 22, 413-416). Er hatte, so scheint es, nur getan, was rechtens war, und gegen das ihm und seiner Familie, auch der Gesellschaft auf Ithaka zugefügte Unrecht Position bezogen und für Gerechtigkeit gesorgt. Aber er hatte letztlich – ohne jeden Pardon – alle Freier getötet und damit unverhältnismäßig gehandelt. Wer solche Schuld auf sich lud, und sei es allein durch die Ermor-

²⁵ Fritz Gschnitzer, Politische Leidenschaft, 1976, S. 18f.; Reinhold Merkelbach, a.a.O., S. 104 scheint die soziale und die ideelle Dimension dieser Stelle nicht erkannt zu haben.

²⁶ Analyse des Freiermordes bei Reinhold Merkelbach, a.a.O., S. 112-130.

dung eines einfachen Mannes, der musste gewöhnlich, um der Strafe zu entgehen, fliehen, außer Landes gehen, wurde ein Verfemter (Od. 23, 118-122). Deshalb wollte Odysseus zuerst Zeit gewinnen und sich auf dem Landgute seines Vaters Laertes verstecken (Od. 23, 137-140), denn schnell würde sich die Nachricht vom Tode sämtlicher Freier und der Grausamkeit des Odysseus herumsprechen (Od. 23, 362f.). Laertes fürchtete sogar, dass die aufgebrachten Ithaker über sie herfallen und auch noch andere Leidtragende auf der benachbarten Insel Kephallenia dazu ermuntern könnten (Od. 24, 353-355).

Es kam zum Volksauflauf, als die Familienangehörigen ihre Toten aus dem Haus des Odysseus heimholten, und auf der Agora, dem Marktplatz, versammelten sich die Leute, um über die Bestrafung des Mörders zu beraten. Die einen waren einsichtig genug, bei den Freiern und sich selbst den Grund für das blutige Geschehen zu suchen, und als sie begriffen, dass es die Hand der Götter war, von der Odysseus gelenkt wurde, "da ergriff sie alle blankes Entsetzen" (Od. 24, 450). Auf den Punkt brachte es der Seher Halitherses: Eurer Feigheit und Gleichgültigkeit wegen, mit eurer Duldung sind diese Dinge passiert, denn ihr ließet die Freier, eure Söhne, Verabscheuungswürdiges verüben. Die einen zeigten daraufhin Einsicht, andere rüsteten zur schnellen Rache (Od. 24, 451-471). Noch einmal kam es zum Kampf (Od. 24, 516-530). Schließlich einigte man sich, nicht ohne ausdrückliches Zutun des Zeus, auf einen Kompromiss. Der gesellschaftliche Konsens wurde erneuert, Odysseus wieder König von Ithaka und der selbstverschuldete Tod der Freier bzw. der Mord an ihnen nicht weiter dramatisiert. Im Land kehrten wieder Frieden (eirēnē) und Wohlstand ein (ploutos, Od. 24, 482-486).²⁷

Odysseus hatte mit entschlossener Gewalt gegen die Freier, die Herkommen und *dike* missachteten, gekämpft, hatte, da ihm keine Wahl blieb, Unrecht gegen Unrecht gesetzt. Zwar waren sein Rachebedürfnis befriedigt und diejenigen ausgetilgt, die sich an seinem Gut vergangen und das durch Sitte und Brauch, durch normative Regeln geordnete Miteinander im Gemeinwesen empfindlich gestört hatten, aber er selbst – wie Odysseus es genau wusste – war dadurch straffällig geworden. Auch er hatte sich in seinem Streben, Recht und Ordnung auf Ithaka wiederherzustellen, wissentlich über den mit der *dikē* vorgegebenen, normativen gesellschaftlichen Konsens hinweggesetzt und einen weiteren Konflikt provoziert, zwischen ihm, dem starken Herrscher, der übrigen aristokratischen Oberschicht und dem Volk.

²⁷ Nach einer anderen Erzähltradition, die sich in der "Telegonie" des Eugammon von Kyrene findet, wurde Odysseus offenbar – wie das Gewohnheitsrecht es forderte – aus Ithaka verbannt. So jedenfalls sieht es Reinhold Merkelbach, a.a.O., S. 145-153.

116 Armin Jähne

Vielleicht könnte sein unverhältnismäßiges Vorgehen gegen die Freier – bezogen auf ihn selbst, sein Vermögen und seine Herrschaft – noch als Akt der Gerechtigkeit gelten (die Götter hatten es ausdrücklich bejaht), hinsichtlich des Gemeinwesens aber kann – als Folge – nur sehr bedingt von Gerechtigkeit die Rede sein, obwohl seine Krisenbewältigung, sein Konzept der Konfliktlösung von einem starken Gefühl der Verantwortung und Achtung gegenüber den Werten des Gemeinwesens bestimmt war. Andererseits ließ sich ein Zustand dauernder Gerechtigkeit nicht mit Hilfe von Unrecht erreichen, zieht es doch neue Ungerechtigkeiten und neuen Streit nach sich. Im Falle des Odysseus, der in Widerspruch zum Gemeinwesen auf Ithaka geraten war, ließ sich das Problem erst durch Götterspruch, erst durch das Eingreifen des Zeus klären oder – in Gleichsetzung mit dem Göttlichen – durch menschliche Vernunft, durch Einsicht in die Notwendigkeit.²⁸

Das Ergebnis, das herauskam, war die erneute Befestigung des konservativen homerischen Gesellschaftsmodells, konkret des Königtums des Odysseus oder allgemein einer Herrschaft, die sich an die dikai hält, dem Volk das Recht auf Versammlung zugesteht, die göttergefällig ist und – ein schon utopisches Verlangen - Gerechtigkeit zum Wohle des Gemeinwesens übt. Odysseus' Abrechnung mit den Freiern, die im Massenmord gipfelte, war nicht legitim. Was aber hätte er tun sollen? Das über das Dilemma des Odysseus hinausgehende grundsätzliche Problem besteht wohl darin, das Recht (selbst in noch unvollkommener Form), auch Strafrecht, Gerechtigkeit und Moral nicht in eins fallen. Moralisch war Odysseus zweifellos im Recht, denn das, was er nach seiner Heimkehr im eigenen Hause und auf Ithaka vorfand, war nicht hinnehmbar, auch politisch, denn seine Stellung wie Individualität als basileus waren gefährdet. Da es an einer legalen Möglichkeit fehlte, das Übel abzustellen, blieb ihm einzig der Ausweg, sich dem Scheine nach auf die von den Anderen verletzten Sitte, Brauch, Gerechtigkeit, gesellschaftliche Normen, auf die dike oder dikai, zu berufen, um sie gleichzeitig selbst zu negieren. Die vom moralischen und politischen Standpunkt aus gerechtfertigte, vom gesellschaftlichen Konsens jedoch nicht gedeckte Vorgehensweise des

²⁸ Ernst Heitsch, Wollen und Verwirklichen. Von Homer bis Paulus, Stuttgart 1989, 5f. (Abh. der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse der ADWuL Mainz 1989, 12): "Die Entscheidung über diesen oder jenen Ausgang, über die Verwirklichung menschlicher Pläne und Hoffnungen liegt allein bei den Göttern und in letzter Instanz bei Zeus". ... Der Dichter weiß daher, dass alles so gekommen ist, wie die Götter es wollten; seine Personen aber wissen, dass alles so kommen wird, wie die Götter es wollen. Solche Einsicht führt nicht zu fatalistischer Resignation, sondern wirkt eher entlastend. Der einzelne zwar setzt sich ein, weiß aber, dass Erfolg und Misserfolg nicht in seiner Hand liegen".

Odysseus musste zwangsläufig das Gemeinwesen auf Ithaka und die besonders betroffene aristokratische Oberschicht herausfordern. Ihnen gegenüber konnte sich in selbstherrlichem Alleingang nur der Stärkere, konnte sich nur die von den Göttern und dem Dichter sanktionierte Macht des Odysseus durchsetzen. Dank jener dritten Kraft und der Parteinnahme des Dichters war in der "Odyssee" die Entscheidung gefallen: zugunsten des von Zeus legitimierten – in verhaltener Weise auch vom Volk gebilligten – starken und gerechten Königtums (Gottesgnadentum), zugleich aber gegen Oligarchie und Demokratie.

Es sind die von den Griechen gern diskutierte Frage nach der besten und gerechtesten Staatsform und der im 8. bis 6. Jahrhundert v.u.Z. bereits heftig geführte Kampf um Recht und Gerechtigkeit, die mehr oder weniger deutlich durch die Odysseus-Freier-Kontroverse und das Dilemma des heimgekehrten, zu rigorosem Handeln gezwungenen Odysseus hindurch scheinen. Ein Nachdenken über Normen menschlichen Zusammenlebens hatte eingesetzt, das ohne Rechtsgefühl, ohne gegenseitige Rücksichtnahme, ohne Gesetz und Gerechtigkeit und ohne ein Mindestmaß an politisch-staatlicher Ordnung undenkbar ist. Damit waren Fragen inauguriert worden, die, um Reimar Müller zum Schluss noch einmal zu bemühen, "in einer über Jahrhunderte sich erstreckenden Entwicklung philosophischen und wissenschaftlichen Denkens in großer Vielfalt, in scharfen antithetischen Setzungen, in tiefer theoretischer Begründung entfaltet werden sollten".²⁹

²⁹ Reimar Müller, Die Entdeckung der Kultur, 2003, S. 418.

Wolfgang Kirsch

Die hagiographische Versepik in karolingischer Zeit – Probleme ihrer historischen Darstellung

Die Interessen Reimar Müllers sind das, was man in Wissenschaftlerbiographien ,weitgespannt' zu nennen pflegt. Davon zeugen schon allein seine beiden im vergangenen Jahrzehnt erschienenen umfangreichen Monographien Anthropologie und Geschichte: Rousseaus frühe Schriften und die antike Tradition (1997) und Die Entdeckung der Kultur: Antike Theorien von Homer bis Seneca (2003). Die Titel lassen zugleich die Hauptgegenstände seines Lebenswerks erkennen: das philosophische Denken in den im weiteren Sinne klassischen Perioden der griechischen und römischen Literatur und dessen Rezeption im klassischen europäischen Schrifttum des XVIII. und XIX. Jahrhunderts. Von den Stoffbereichen der Beiträge zum heutigen Kolloquium steht somit der des meinen dem Jubilar am fernsten, oder, um es deutlich auszusprechen: er steht ihm fern. Immerhin hat der von Müller so hochgeschätzte Johann Gottfried Herder im Jahre 1797 einen kurzen, aber wesentlichen antirationalistischen, psychologisierenden und historisierenden Aufsatz Über die Legende¹ veröffentlicht (und um Legenden im weitesten Sinne handelt es sich bei allen hier in Rede stehenden Dichtungen oder genauer: bei ihren Vorlagen). Hier äußert er sich zu "Wahrheit", "Zweck" und "Vortrag der Legenden' (und sagt - ganz nebenbei - Wichtiges zur Beurteilung des mittelalterlichen Latein in seiner Funktionalität und Vielfalt). Ziel dieses Aufsatzes ist es nicht, "das Studium der Legende unbedingt anzuempfehlen", doch sollte "der Gesichtskreis bezeichnet werden, in welchen die Legende gehört.". Wenn nun Herder auch die Entstehung von Legenden verklärt, so trägt er doch Wichtiges zu ihrer angemessenen Bewertung bei. "Die Geschichte der mittleren Zeit," schreibt Herder, "kann das Studium der Legenden so wenig als das der Chroniken entbehren [...]. Die geheime, innere Denkart der

J. G. Herder, Über die Legende. In: H. D. Irmscher (Hrsg.), Johann Gottfried Herder: Schriften zu Literatur und Philosophie 1792-1800. (in: J. G. Herder, Werke in zehn Bänden, Bd. 8). Frankfurt/Main 1998, S. 173-184, Kommentar S. 1032f. (hier das Zitat).

120 Wolfgang Kirsch

christlich gewordenen Völker, ihren Wahn, Aberglauben, Schwachheiten, kurz den dunkeln Grund ihrer Seele <hervorgehoben von Herder> lernt man aus mancher Legende mehr kennen, als in diesen Zeiten aus ihrer sämtlichen Staatsgeschichte." In diesem Geist wird heute über Wert und Unwert einer Legende weniger nach Maßgabe der Zuverlässigkeit ihres historischen, insonderheit biographischen Faktenmaterials als auf Grund ihrer kultur-, sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Aussagekraft geurteilt.

In Erwägung nun, daß einen Wissenschaftler nicht jedes wissenschaftliche Ergebnis interessieren kann, wohl aber jede wissenschaftliche Fragestellung, will ich hier nicht über Resultate meiner Arbeit sprechen, die ohnehin in zwanzig Minuten nicht einigermaßen sinnvoll darstellbar sind, sondern über einige wenige Probleme allgemeinerer Art, die sich mir bei der Arbeit stellten und stellen.

Vor drei Jahren konnte ich Ihnen die ersten beiden Teilbände meines Buches *Laudes sanctorum: Geschichte der hagiographischen Versepik vom IV. bis X. Jahrhundert* vorstellen, die vom IV. bis VIII./IX. Jahrhundert reichen². Nun geht es um die Fortführung und den Abschluß des Buches, um die Entwicklung vom VIII./IX. bis X. Jahrhundert.

Um Ihnen eine ungefähre Vorstellung von dem Umfang des zu bearbeitenden Corpus zu vermitteln, zunächst einige Zahlen: Es handelt sich um rund fünf Dutzend erzählende hagiographische Dichtungen von 40 bis 20.000, insgesamt etwa 50.000 Versen. Das Adverb "etwa" deutet auf Schwierigkeiten bei der Abgrenzung hin. Sie sind auch, aber zum wenigsten inhaltlicher und formaler Art, so daß ich diese heute aus Zeitgründen übergehen kann.

Problematisch ist die Bestimmung des Zeitrahmens, genauerhin der abschließenden Periodengrenze. Die Obergrenze nämlich ergibt sich aus dem Überlieferungsbefund. Das Martinsepos des Venantius Fortunatus (573/575) ist die letzte hagiographische Großdichtung der Spätantike. Die spätantike spanische Dichterschule des VII. Jahrhunderts hat ebensowenig wie die frühmittelalterliche irolateinische hagiographische Großdichtungen hervorgebracht. Die anglolateinische Dichtung des VII. bis IX. Jahrhunderts mit den hagiographischen Großdichtungen vor allem Aldhelms, Bedas und Alkuins und ihrer Nachahmer ist eine Erscheinung sui generis, wenn sie auch die kontinentale Entwicklung prägen sollte. Auf dem Kontinent selbst entsteht mit dem opus geminum des Bischofs Vulfinus von Die über seinen Vorgänger

² Stuttgart 2004 (Quellen und Forschungen zur lateinischen Philologie des Mittelalters, Bd. 14, I, 1 und 2).

Marcellus erst zu Beginn des IX. Jahrhunderts wieder eine größere (398 Verse umfassende) erzählende Heiligendichtung; zwischen der letzten spätantiken und der ersten mittelalterlichen erzählenden hagiographischen Versdichtung liegen also fast 250 Jahre. Einen ähnlich markanten Einschnitt in der Literaturproduktion gibt es danach nicht wieder, und da auch der Übergang von den Karolingern auf die nächstfolgende Herrscherdynastie zu unterschiedlichen Zeiten erfolgt (911 bzw. 987), wird der Zäsursetzung stets etwas Willkürliches anhaften (Brunhölzl setzt den Einschnitt Ausgang des IX. Jahrh., Berschin 920, Manitius Mitte des X. Jahrh.³).

Anderseits hat die Bindung der Periodisierung der Geschichte der hagiographischen Versepik an die karolingische Dynastie durchaus ihre innere Berechtigung. Zwar beobachten wir eine administrative, legislative, kirchliche (den Bibeltext, die Liturgie, die klösterliche Ordnung und anderes betreffende) und in diesem Zusammenhang auch schulisch-sprachliche Erneuerungs-, Vereinheitlichungs- und Korrekturpolitik schon früher als in der Francia im langobardischen Bereich, zumal in Pavia und Benevent, zwar werden karolingische Herrscher relativ selten als Inspiratoren hagiographischer Großdichtungen benannt (Karl der Große übrigens nicht, im Gegensatz dazu jedoch einer seiner Enkel, Karl der Kahle [823-877]), wohl aber haben die im Interesse der Reichseinheit betriebene Wirtschafts- und Kulturpolitik und das persönliche Interesse einiger Herrscher für Literatur und Kunst sich unter den Karolingern positiv auf die Entwicklung von Kirchen, Klöstern, Schulen und damit der Literatur, auch der Dichtung ausgewirkt, und das angesichts der Größe des Herrschaftsgebietes in beträchtlicher Breite.

Im Jahre 818 z. B. erreichte Ludwig der Fromme in Landévennec und vermutlich auch in anderen Klöstern der Bretagne die Ablösung des irokeltisch geprägten Mönchtums durch das benediktinische (und damit – unausgesprochen – die Durchsetzung seiner Bildungsvorstellungen). Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Blüte der hagiographischen Literatur in der Bretagne und das Auftreten eines hagiographischen Schriftstellers und Dichters, des schulbildenden Wurdestin von Landévennec in der zweiten

³ F. Brunhölzl, Geschichte der lateinischen Literatur des Mittelalters. Bd. 2: Die Zwischenzeit vom Ausgang des karolingischen Zeitalters <d. i. Ausgang des IX. Jahrh., Ki.> bis zur Mitte des elften Jahrhunderts. München 1992; W. Berschin, Biographie und Epochenstil im lateinischen Mittelalter. Bd. 3: Karolingische Biographie: 750-920 n. Chr. (Quellen und Untersuchungen zur lat. Philologie des Mittelalters, Bd. 10). Stuttgart 1991; M. Manitius, Geschichte der lateinischen Literatur des Mittelalters. 1. Teil: Von Justinian bis zur Mitte des zehnten Jahrhunderts. (Handbuch der klass. Altertumswissenschaft, Bd. 9, 2. Abt., 1. Teil). München 1911.

122 Wolfgang Kirsch

Hälfte des IX. und die Entstehung einer metrischen Vita das hl. Samson in Dol zu Beginn des X. Jahrh. *eine* Fernwirkung dieses an sich kirchenpolitischen Vorgangs ist.

Es ist überhaupt eindrucksvoll zu beobachten, an wie vielen Orten im IX./X. Jahrhundert mehr oder weniger umfangreiche hagiographische Dichtungen entstehen. Ich zähle an die 30 Klöster und Bischofssitze, über zwei Drittel davon im westlichen Frankenreich gelegen, und hier wiederum mit einem deutlichen Übergewicht nördlich der Loire. Dabei handelt es sich nicht nur um die großen alten Bischofssitze wie Lyon, Auxerre, Reims und Sens sowie um dem Königtum eng verbundene Abteien wie St-Germain-des-Prés, St-Denis, St-Amand (in Nordfrankreich) und Fleury (St-Benoît-sur-Loire), sondern auch – wie erwähnt – um das kleine Die am westlichen Alpenrand, das noch kleinere Landévennec und den Bischofssitz Dol am Atlantik. Und wo man wie im südfranzösischen Castres nicht selbst dichten konnte, da empfand man doch das Bedürfnis nach würdiger Verherrlichung des Patrons und bat einen Mönch aus St-Germain-des-Prés um die literarische Würdigung der Translatio der angeblichen Reliquien des heiligen Vincentius.

Allerdings bilden sich an den wenigsten Orten Traditionen hagiographischer Versepik aus, während solche prosaischer Hagiographie mehrfach entstehen, und nur wenige Autoren haben mehr als eine hagiographische Großdichtung geschaffen – Hrotsvit von Gandersheim gehört auch in dieser Beziehung zu den Ausnahmefällen. Fraglos haben die Raubzüge der Magyaren zwischen 899 und 933 in Mittel- und Westeuropa, die Normanneneinfälle des IX. Jahr. in Britannien, Irland und an der Atlantikküste bzw. in Küstennähe vielversprechende Entwicklungen abgebrochen, z. B. in St-Maixent (-1'École) im Poitou, wo vor 857 eine über 1200 Hexameter umfassende Vita Leodegars entstanden war, die Mönche aber sich, die Reliquien und mit ihnen die Viten des Heiligen 865/66 in die Auvergne flüchten mußten (ähnlich erging es 913 Landévennec und Dol), doch haben auch innere Gründe, zumal die Auseinandersetzungen zwischen den spätkarolingischen Herrschern, zu diesen Abbrüchen geführt.

Das konservative, traditionsorientierte Klima der karolingischen Kultur hatte freilich nicht nur positive Auswirkungen. So konnte sich die modernere, der Sprachentwicklung angemessenere sogenannt rhythmische, d. h. akzentuierende, nicht silbenmessende, sondern silbenzählende Dichtung nicht recht entfalten, so daß nur wenige solcher hagiographischer epischer Dichtungen auf uns gekommen sind.

Größte Schwierigkeiten stehen einer zentralen Aufgabe der Literaturgeschichtsschreibung im Wege, der ästhetischen Wertung der besprochenen Dichtungen. Sie sind, um ein modernes Wertungskriterium zu nennen, weit davon entfernt, 'autonom' zu sein, vielmehr sind sie in ihrer Funktion, in der Wahl des Stoffes, in den Möglichkeiten der Stoffgestaltung und sprachlichen Formung von außen bestimmt – durch religiöse und kirchenpolitische Zielsetzungen, durch schriftliche Vorlagen und literarische Traditionen. Welche Martyrerpassion, welches Heiligenleben, welche Translatio metrisch bearbeitet wird, unterliegt kaum je der freien Entscheidung des Dichters, ist in aller Regel nicht von ihrer historischen oder psychologischen Interessantheit oder Besonderheit, nicht von ihrer erzählerischen Ergiebigkeit abhängig, sondern wird durch den Auftraggeber oder schlicht durch das Patrozinium des Klosters oder der Kirche bestimmt, denen der Dichter angehört oder für die er arbeitet.

In aller Regel handelt es sich um *sekundäre* Literatur in dem Sinne, daß dem Dichter eine Prosafassung der Passio, Vita oder Translatio vorliegt, die er in eine Versfassung umschafft, weshalb die französischen Kollegen das Ergebnis seiner Tätigkeit neuerdings als *versification* unter dem Oberbegriff der *réécriture*⁴ subsumieren, einem Begriff, der freilich eine Textgruppe oberoder unterhalb der Gattungsschwelle, wie Sie wollen, konstituiert. In ganz wenigen Fällen – bei der Dichtung des Walahfrid Strabo auf den Iren Blathmac und bei der Hrotsvits von Gandersheim auf den Spanier Pelagius, die beide relativ kurz nach dem Tod der jeweiligen Martyrer entstanden sind – kann man vermuten, daß es eine Prosavorlage nicht gab, doch sind wir auch hier nicht sicher. Damit aber ist nicht nur der Stoff, sondern mit ihm sind der Handlungsaufbau, die Schwerpunktsetzung, sind das Heiligkeitskonzept und die Charaktere vorgegeben, und selbst die Darstellung zeitgenössischer Heiliger folgt den traditionellen Topoi des Martyriums und der Heiligkeit.

Auch die sprachliche Gestaltung gerade der hexametrischen Dichtung ist durch deren Tradition bestimmt. Auf diese Weise werden die Dichtungen ziemlich papieren, schmecken häufig, ja fast in der Regel nach Schule, unab-

⁴ Vgl. hierzu den Sammelband M. Goullet/M. Heinzelmann (Hrsg.), La réécriture hagiographique dans l'occident médiéval. Transformations formelles et idéologiques. (Beihefte der Francia, Bd. 58). Ostfildern 2003, und hier besonders auf den Seiten 110-144 den Beitrag von M. Goullet, Vers une typologie des réécritures hagiographiques, à partir de quelques exemples du Nord-Est de la France. Avec une édition synoptique des deux Vies de saint Èvre de Toul, hier zur versification S. 119; sowie: M. Goullet, Écriture et réécriture hagiographiques. Essai sur les réécritures de Vies de saints dans l'Occident latin médiéval. (Hagiologia, Bd. 4). Turnhout 2005.

124 Wolfgang Kirsch

hängig davon, ob es sich um Arbeiten von Schülern oder Schulmeistern handelt oder nicht. HERDER, der an den Legenden "eine gewisse Innigkeit und schmucklose Einfalt, eine populare Herzlichkeit und Rührung" schätzte, ist der hexametrischen Heiligendichtungen sicherlich nicht froh geworden. Infolge dieser Traditionsbindung sind die Unterschiede zwischen den Dichterindividuen bisweilen eher gering und resultieren vor allem daraus, in welchem Maß sie das dichterische Material überlegen-spielerisch beherrschen oder ihm ausgeliefert sind. Fortschritte und damit Entwicklungen sind nicht immer mit Sicherheit zu fassen. Was die Sprachform der rhythmischen Dichtungen anlangt, so hat Wilhelm Meyer aus Speyer, einer der Väter der mittellateinischen Philologie, gelehrt: "Ist ein Gedicht in derartigen einfachen Formen geschrieben, so ist schwer zu erkennen, ob es im 7. oder erst im 11. Jahrhundert entstanden ist," – eine Aussage, die einen Historiker der neueren und neuesten Literatur irritieren muß.

Die Dichtungen dienen zudem weniger der Unterhaltung als der Erbauung der intendierten Hörer oder Leser – der Erweckung und Festigung ihrer christlichen Frömmigkeit und ihrer Bereitschaft zur Nachfolge Christi in Martyrium oder Askese; und/oder sie dienen der Kultpropaganda – der Versicherung der besonderen Gegenwart des jeweiligen Heiligen am Ort seiner Verehrung, der Festigung und Verbreitung des Glaubens an seine Mittlerschaft, an seine Bereitschaft und Fähigkeit, dem, der ihn gläubig verehrt, im Diesseits zu helfen und im Jenseits vor Gott beizustehen. In jedem Fall wird der Heilige gerühmt, ist hagiographische Dichtung ihrem Wesen nach panegyrisch, und zwar in einem noch höheren Grade als hagiographische Prosa. Wenn etwa in einer Vita Brigidas berichtet wird, die irische Heilige sei das Kind nicht der Gattin, sondern einer Konkubine ihres Vaters, so unterdrückt der Dichter des Brigittenlebens diesen "Makel"; das ist ein durchaus typischer Fall.

Nicht geringere Schwierigkeiten stehen der Bestimmung des Sitzes unserer Dichtungen im Leben entgegen. Auffälligerweise sind die allermeisten erzählenden hagiographischen Versdichtungen ganz im Gegensatz zu den Prosamartyrien oder -viten in lediglich einer oder in nur einer vollständigen Handschrift oder als Fragment erhalten. Es scheint sich also um eine Gattung zu handeln, die dank ihrem Ansehen auch dem des Heiligen und damit dem des Klosters oder der Kirche zusätzlichen Glanz verleihen sollte, doch in den Lesungen waren sie nicht verwendbar, und so bedurfte man ihrer nicht, wohl

⁵ W. Meyer, Gesammelte Abhandlungen zur mittellateinischen Rythmik. Bd. 1. Berlin 1905 (Ndr.: Hildesheim/New York 1970), S. 175.

nicht einmal in der Schule. Nur selten sind sie in Sanktoralien und anderen liturgischen oder paraliturgischen Handschriften oder im Zusammenhang schulischer Texte überliefert.

Offenkundig stand das Verseschmieden mindestens bei einem Teil der Kirchenleute in hohem Ansehen – davon zeugt schon der Schmuck von Prosawerken durch Verspartien (Prosimetra) und die Tatsache, daß manche Dichter ein und dieselbe Vorlage in Prosa *und* in Verse umgesetzt haben (opera gemina). Nebenbei darf man vermuten, daß die Dichtungen auf heilige Martyrer, Mönche, Äbte, Bischöfe als geeignete Mittel erschienen, den Mönchen und Klerikern, die ja ganz überwiegend dem Adel entstammten und adelige, d. h. weltliche Werte in sich trugen, ein neues Heldenideal zu vermitteln – hagiographische Literatur ist stets auch paränetisch. Der Langobarde Paulinus von Aquileia, zugleich bedeutender Kirchenmann, Politiker, Theologe *und* Dichter, ließ im Jahre 798 die Synode von Cividale u. a. folgendes beschließen⁶:

Item placuit, ut eas prorsus mundanas dignitates, quas seculares viri vel principes terrae exercere solent, in venationibus scilicet vel in canticis secularibus aut in resoluta et immoderata laetitia, in liris et tibiis et his similibus lusibus, nullus sub ecclesiastico canone constitutus ob inanis laetitiae fluxum audeat fastu superbie tumidus quandoque praesumendo abuti, nisi forte, si in ymnis et spiritalibus canticis delectatur, de sacris videlicet scripturarum voluminibus digne honesteque conpositis utatur. Ab his igitur non solum non inhibemus abstinere, verum etiam connibentes licentiae concedimus votum.

"Gleichfalls wurde beschlossen, daß niemand, der unter das Kirchenrecht fällt, in einem Übermaß eitler Lust, aufgeblasen von stolzem Hochmut es wagen solle, jemals in seiner Dreistigkeit jene ganz und gar weltlichen Standesrechte mißbräuchlich auszuüben, die Laien oder Fürsten dieser Welt auszuüben pflegen: die Jagd oder den Gesang weltlicher Lieder oder zügellose und unmäßige Fröhlichkeit bei Saitenspiel und Flötenklang und dergleichen Unterhaltung, ausgenommen natürlich, wenn man sich an Hymnen und geistlichen Liedern <vgl. Eph. 5, 19; Col. 3, 16> erfreut, die nach der Heiligen Schrift schicklich und löblich geschaffen sind – dessen nämlich sich zu enthalten, verlangen wir nicht nur nicht, sondern erteilen dazu sogar nachsichtsvoll die Erlaubnis." Vermutlich hätte Paulinus auch Lieder über Heilige gelten lassen.

⁶ Concilium Foroiuliense, a. 796 vel 797, in. MGH Concilia, Bd. 2, 1 (Concilia aevi Karolini, Bd. 1, 1), ed. A. Werminghoff. Hannover/Leipzig 1906, Ndr. 1997, S. 177-195, hier S. 191; c. VI,

126 Wolfgang Kirsch

Ein gravierendes Problem stellt sich der Absicht, eine *Geschichte* der Gattung zu schreiben, also die Werke in ihrer chronologischen Abfolge und in ihrem inneren, genetischen Zusammenhang darzustellen, in den Weg: Rund zwei Drittel der Werke sind anonym überliefert. Nun bieten zwar auch das Alter der Handschriften, ihr Entstehungsort, die Geschichte der Verehrung des jeweiligen Heiligen, insbesondere Informationen über die Kulteinführung und über die Kultzentren sowie über die Entstehung und Verbreitung der zugrundeliegenden Legende, Angaben über den/die Adressaten, historische Anspielungen usw. Hilfen bei der Datierung und Lokalisierung der jeweiligen Texte, aber bisweilen hilft auch das nicht weiter. So ist die Verehrung des Mauritius und der thebaischen Legion, ist die des Christophorus sehr weit verbreitet und bietet keinen Anhaltspunkt für die einigermaßen zuverlässige zeitliche und örtliche Einordnung der ihnen gewidmeten Dichtungen.

Ein Fall sei beispielshalber wenigstens angedeutet: Ludwig Konrad Bethmann hatte in einem Codex des XII. Jahrh. eine Translatio duodecim fratrum⁷ gefunden und Georg Waitz eine Abschrift davon übersandt mit der Vermutung, daß es sich dabei um ein Werk Alfanus' I., Erzbischofs von Salerno von 1058–1085, handele⁸. Waitz dagegen datierte das Gedicht in die zweite Hälfte des VIII. Jahrh.: Der beneventanische Herzog Arichis II. (reg. 758-787), so argumentierte er, werde darin derart mit Lob überhäuft, wie es von einem Zeitgenossen, kaum aber von einem (fast) drei Jahrhunderte später lebenden Autor zu erwarten sei. Damit ist er durchgedrungen. Vergleichen wir aber diese Translatio' mit den demzufolge zur gleichen Zeit am selben Ort entstandenen Versen eines Meisters wie Paulus Diaconus⁹, so fällt auf, daß der Translatio-Dichter (wie auch Alfanus I.) Elision fast gänzlich meidet und nicht ganz so konsequent, aber doch auch weitgehend auf Reim verzichtet. Das steht ganz im Gegensatz etwa zu dem – ebenfalls Arichis preisenden – Gedicht IV 1 Neff (VI Dümmler) des Paulus Diaconus auf Salerno, von dessen 32 Versen sich 14 reimen, und in dem sich in elf Versen 13 Elisionen finden. - Ich habe nun Waitzens Verse in einer Dichtung des Alfanus gefunden¹⁰. Damit – und das ist literarhistorisch belangvoll – ist der erste metrische Translationsbericht nicht um 750 in Benevent, sondern erst zwischen

⁷ BHL 2300; Schaller/Könsgen 9968; Text: ed. G. Waitz, in: MGH Scriptores rerum Lango-bardicarum et Italicarum saec. VI-IX. Hannover 1878 (Ndr. Hannover 1988), S. 574-576.

⁸ Text seiner Gedichte: A. Lentini/F. Avigliano (edd.), I carmi di Alfano I arcivescovo di Salerno. (Miscellanea Cassinese, Bd. 38). Montecassino 1975.

K. Neff (ed., comm.): Die Gedichte des Paulus Diaconus – kritische und erklärende Ausgabe. (Quellen und Untersuchungen zur lateinischen Philologie des Mittelalters, Bd. 3, H. 4). München 1908.

816 und 840 in Lyon entstanden, *nach* den ersten prosaischen Translationsberichten, wie zu erwarten war.

Damit breche ich ab. Lassen Sie mich dem Gegenstand *und* dem Anlaß unserer Sitzung angemessen mit Versen schließen, die der Bischof Donatus von Fiesole, ein Ire, vermutlich Autor einer erzählenden hagiographischen Großdichtung auf die heilige Brigida, etwa 876 in seiner Widmung an einen Ungenannten schrieb und die auf unseren Jubilar vorzüglich passen:

"Was in vergangenen Zeiten die alten Dichter gesagt haben, der Grieche Theokrit, Hesiod aus Askra, Arat, der wie mit einem Stab uns die Gestirne am Himmel deutet, die Grammatik Priscians, die Lehren Vergils – nichts in den Büchern der Griechen, nichts in den lateinischen, soweit es von Wert ist, ist dir verborgen; alles, was die Alten vorgetragen haben, liegt vor dir bloß."

Quae dixere prius prisci, qua digna, poetae, Teocritus Graecūs, Ascrius Esiodus, Aratus, radio designans caelitus astra, Grammata Prisciani, dogmata Virgilii, Nulla latent libris Graecorum, nulla Latinis – De veterum dictis omnia nuda tibi.

¹⁰ In der Ausgabe von A. Lentini/F. Avigliano findet sich diese exakt 1000 Hexameter umfassende Dichtung als Nr. 13 auf S. 97-126, die von Waitz veröffentlichte Passage S. 123-126 als die vv. 901-993, wobei v. 960 bei Waitz fehlt und Waitzens Verse 74-79 (Datum der Translatio) sowie 99-101 (Schreiberverse) von den Herausgebern athetiert worden sind.

Wolfgang Eichhorn

Geschichtsphilosophisches in Reimar Müllers "Entdeckung der Kultur"¹

Der Geschichtsphilosoph, der zu dem Buch Reimar Müllers greift, um Anregungen für sein Fachgebiet und Informationen über dessen Geschichte zu bekommen, der wird belohnt werden. Er wird, wie in anderen Arbeiten des Autors auch, ein reiches theoriegeschichtliches Material finden, das in den heutigen Debatten – seit wann es Geschichtsphilosophie gibt oder ob es sie noch gibt, ob sie tot ist oder nicht, ob sie überhaupt möglich ist oder nicht, ob sie für geschichtliches Denken und für die historische Forschung methodologisch Substanzielles einbringen kann oder nicht, ob sie zur Substanz von Philosophie gehört oder ob sie nur eine schwindende philosophische Randdisziplin ist – weiterhelfen kann. Die Entwicklung des antiken Denkens hat, wie in dem Buch eingehend gezeigt ist, auf einem mit philosophischen Kontroversen reichlich versetzten Weg, der seinerseits mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Umbrüchen in den mehr als 700 Jahren von der Zeit Homers bis zu der Senecas verflochten war, eine erstaunliche Vielfalt an geschichtstheoretischen Gedanken und Ansätzen hervorgebracht.

Die Gedankenassoziation, auf die es mir vor allem ankommt, ist diese: Was Reimar Müller unter dem Titel "Entdeckung der Kultur" in einer breit angelegten Darstellung antiker Theorien über Ursprung und Entwicklung der Kultur und über den Menschen als Natur- und Kulturwesen ausbreitet, erweist sich zugleich als

- Entdeckung und Deutung der Menschheitsgeschichte,
- Formung geschichtlichen Denkens in der Breite und Vielfalt des geistigkulturellen Lebens,
- Erarbeitung und Diskurs geschichtsphilosophischer Entwürfe. Ich unterstelle damit dem Buch nichts, was den Ansichten des Autors widerspricht. Der skizzierte theoretische Zusammenhang durchzieht die ganze Ar-

¹ Reimar Müller: Die Entdeckung der Kultur. Antike Theorien über Ursprung und Entwicklung der Kultur von Homer bis Seneca. Düsseldorf/Zürich 2003

beit. Schon in der Einleitung heißt es: "In ihrer gesamten Entwicklung hat die antike Kulturentstehungslehre auch einen wesentlichen Beitrag zum Geschichtsdenken geliefert. Durch die Allgemeinheit ihrer Fragestellungen, die sich auf die großen Entwicklungslinien und nicht auf Einzelfragen der Ereignisgeschichte und der politischen Geschichte erstreckt, bot sie einen wesentlichen Ansatzpunkt für die Herausbildung eines Geschichtsdenkens, das wir als den Anfang der europäischen Geschichtsphilosophie sehen dürfen ... "² In einem Kapitel, das dem Verhältnis von Kulturtheorie und Geschichtsdenken gewidmet ist und das speziell von den Geschichtskonzepten der Historiker Herodot und Thukydides handelt, betont Müller, daß die griechische Kulturentstehungslehre eine "im weitesten Sinn historisch-genetische Betrachtung der menschlichen Gattungsgeschichte" darstellt. Müller hält fest, daß im 5. Jahrhundert v. Z. die Kulturentstehungslehren in Griechenland und Rom als eine "Form der Geschichtsphilosophie eine dauerhafte Position im historischen Denken der Antike einnehmen." Die progressive Entwicklung in Griechenland habe in dieser Zeit "ein hohes Maß an Selbstvertrauen in die Leistungsfähigkeit des Menschen hervorgerufen". Folgerichtig spielten bei Herodot und Thukydides "der Geist technischer Erfindung, überhaupt der technischen' Lösung der Lebensprobleme ebenso wie das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, das Zusammenleben in rational gesteuerten politischen Entscheidungen selbst zu gestalten, also technē und nomos, eine wesentliche Rolle."³ Interessant – auch für die geschichtstheoretischen Debatten in unserer Zeit – ist der Hinweis: "Das Denken der Kulturentstehungslehre ist weitgehend auf spekulative Methoden der Philosophie begründet, muß aber wie diese auf empirisches Material zurückgreifen."⁴ Schon diese wenigen Stellen, enthalten in nuce den Umriß eines auch für uns heute interessanten geschichtsphilosophischen Diskurses.

Es ist nach meiner Meinung gerade aus dem Blickwinkel der Geschichtsphilosophie ein großes Verdienst Reimar Müllers, an Hand der antiken Denkentwicklung und ihrer Ausstrahlung das Ineinanderverwobensein geschichtsphilosophischer, kulturtheoretischer und anthropologischer Aspekte sichtbar gemacht zu haben. Sicherlich müssen auch Tendenzen zur Verselbständigung

² Reimar Müller: Entdeckung der Kultur. S. 20

³ Reimar Müller: Entdeckung der Kultur, S. 140/41

⁴ Reimar Müller: Entdeckung der Kultur. S. 149

von Erkenntnisgebieten ihren Platz im Wissenschaftsbetrieb erhalten. Aber hier ist doch vor allem Interdisziplinarität gefordert.

Es gibt ja auch gute theoretische Gründe, Ansichten über die Entstehung und Entwicklung der Kultur einerseits und Einsichten in den Gang der menschlichen Gattungsgeschichte andererseits eng aneinander zu rücken. Für den Geschichtsphilosophen jedenfalls, der von dem Vico-Ansatz ausgeht, wonach die Menschen ihre eigene Geschichte machen und sie daher auch erkennen können⁵, liegen das Werden von Kultur, die Entwicklung menschlicher Wesenskräfte und die Erzeugung von Geschichte nicht auseinander und weit auseinander schon gar nicht. Geschichte wird nur begreifbar über den Vico-Ansatz, und die ganze Entwicklung der Geschichtstheorie seit der frühen europäischen Aufklärung kann als Aufarbeitung dieses Ansatzes – eine theoretische Aufgabe übrigens, die sich mit immer neuen geschichtlichen Inhalten stellt – oder auch als Ausweichen vor den Schwierigkeiten eben dieser Aufgabe interpretiert werden. Andererseits kann Kultur keine von der Arbeitswelt, der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, der Rechtsordnung, der staatlichen Institutionen "ausdifferenzierbare" Sphäre sein, die an Sonn- und Feiertagen zur Geltung kommt. Jürgen Mittelstraß bringt "Kultur" - und das ist nach meiner Meinung überzeugend - in Verbindung mit der Erzeugung einer menschlichen Lebenswelt durch den Menschen selber. Er nennt das "Leonardo-Welt"⁶, und er hebt die Kulturbedeutung dieser Welt hervor. Theressant ist, daß das in den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts formulierte Vico-Theorem, das in der europäischen Denkentwicklung eine aus der Aufklärung geborene und für ihre Zeit scharfe Absetzung von der theologisch geprägten mittelalterlichen Weltsicht markiert, in der Sache bereits wie Reimar Müller zeigt – in der Antike als Denkeinsatz gewonnen war.⁸

In diesem Zusammenhang mag auf eine Problematik verwiesen werden, die erst mit der widersprüchlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise scharf hervorgetreten ist und von da an – spätestens von da an – unabdingbarer Teil jeder kulturellen und kulturtheoretischen Aktivität wird. Das Erzeugen einer menschlichen Lebenswelt ist stets damit verbunden, daß

⁵ Giambattista Vico: Die neue Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker. Berlin/Leipzig o.J. S.125

⁶ Jürgen Mittelstraß: Leonardo-Welt. Über Wissenschaft, Forschung und Verantwortung. Frankfurt a. M. 1992

⁷ Zum Verhältnis von Geschichts- und Kulturtheorie vgl. auch Johannes Rohbeck/Herta Nagl-Docekal: Geschichtsphilosophie und Kulturkritik. Historische und systematische Studien. Darmstadt 2003

⁸ Reimar Müller: Entdeckung der Kultur. S. 45 f, 61 f

die Menschen in gesellschaftliche und natürliche Zusammenhänge und Prozesse intervenieren, die von ihren Intentionen strukturell unabhängig sind, und sie erzeugen dabei Wirkungen, die, auch wenn sie partiell den menschlichen Intentionen entsprechen, in der Tendenz je länger desto mehr und prinzipiell von den ursprünglichen Intentionen abweichen. Sie bringen neue, nicht vorhersehbare, unerwartete Realitäten hervor, die sich in entfremdete, den Menschen bedrohende Mächte verwandeln können. ⁹ Kulturaktivitäten können sich also in ihr Gegenteil verkehren.

Damit gewinnen intellektuelle und organisatorische Fähigkeiten, derer die Menschen bedürfen, um gesellschaftliche Fernwirkungen ihres Tuns kritisch zu verfolgen und unter Kontrolle zu halten oder unter ihre Kontrolle zu bringen, erstrangige Kulturbedeutung. Daher sollte das Gerede über die Schädlichkeit von "großen Erzählungen", Zukunftsvisionen, Utopien und Zukunftsstrategien abgewiesen werden. Es ist heute im Gegenteil zur wichtigsten Kulturaufgabe geworden, an der Erarbeitung, der demokratischen Erörterung und Realisierung von Konzepten für eine friedliche, humane und sozial gerechte Welt mitzuwirken.

Hier tritt das ur-geschichtsphilosophische Problem des Verhältnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und überhaupt der geschichtlichen Zeit in den Vordergrund. Die Zukunft kann nur aus wirkungsgeschichtlichen Zusammenhängen hervorgehen, die in der Vergangenheit gründen und die in der jeweiligen Gegenwart durch die praktische Intervention der Menschen weitergeformt, miteinander verknüpft oder neu auf den Weg gebracht werden. Die Zukunftsprobleme der Gesellschaft können nicht gelöst werden ohne eine kulturelle Anstrengung, die der Vergangenheit gewidmet ist. 11

Festzuhalten ist, daß erstaunlich viele Themen (natürlich nicht alle), die heute Gegenstand geschichtstheoretischer – speziell philosophischer – Auseinandersetzungen sind, in der Antike vorgedacht und in mannigfachem Pro und Kontra erwogen worden sind: Die Geschichte als die Einzelbegebenhei-

Wenn "der Mechanismus dieser Welt die Oberhand über den Menschen gewinnt, der dann unfähig wird, sie als sein eigenes Werk zu erkennen, wenn es dem Menschen nicht mehr gelingt, die Dinge, die er produziert hat, für seine Zwecke zu gebrauchen, sondern in gewissem Sinne zum Sklaven dieser Dinge (und damit oft anderer Menschen) wird, dann ist er entfremdet ... Und diese Entfremdung wird desto stärker sein, je mehr er ... selbst zu handeln vermeint und die Situation, in der er lebt, als die beste der möglichen Welten akzeptiert." (Umberto Eco: Form als Engagement. In: Im Labyrinth der Vernunft. Leipzig 1990. S.143

 ¹⁰ Zur Bestimmung von Gegenwart vgl. Herbert Hörz: Philosophie der Zeit. Berlin1989. S. 81
 11 Jörn Rüsen: Die Zukunft der Vergangenheit. In: Stefan Jordan (Hg.): Zukunft der Geschichte. Historisches Denken an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Berlin 2000. S. 175

ten übergreifender Zusammenhang, der geschichtliche Fortschritt als Problem, die erforderliche Diesseitsbezogenheit geschichtstheoretischer Ansichten, die materielle und geistige Kultur als Werk menschlicher Aktivität, der Mensch als Schöpfer der Kultur, das Verhältnis von Philosophie, Geschichtsschreibung und Poesie, die fortschreitende Einsicht in die Einheit und Gleichheit des Menschengeschlechts, die Verflochtenheit des Menschen in die kosmischen Zusammenhängen und vieles mehr. Bemerkenswert viele der in der Antike aufgegriffenen und diskutierten geschichtsphilosophischen Ansätze sind in der ganzen weiteren Geistesgeschichte aktuell geblieben. Und, wenn man das, was heute üblicherweise gegen die Philosophie der Geschichte ins Feld geführt wird, mit dem geschichtstheoretischen Reichtum vergleicht, den die Antike hervorbrachte und der künftigen Menschheit hinterließ, dann wird man nicht umhin kommen, einen krassen theoretischen Niveauunterschied zu konstatieren – zu Ungunsten des ersteren, versteht sich.

Den Terminus "Geschichtsphilosophie" allerdings kennt die Antike nicht. Aber das kann ja nicht bedeuteten, daß es die Sache nicht gab. "Es ist prinzipiell verfehlt" – so Reimar Müller mit vollem Recht – bestimmte Denkrichtungen erst mit dem Auftreten einer neuzeitlichen Begrifflichkeit beginnen zu lassen. ¹²

Das Auftreten der Begrifflichkeit ist in dem uns hier interessierenden Fall genau datierbar. Der Ausdruck "Philosophie der Geschichte" wurde erstmalig 1765 benutzt, und zwar von Voltaire. Voltaire hatte schon kurz zuvor in einer Rezension eine philosophisch geschriebene Geschichte anvisiert. Nun folgte das Werk "La Philosophie de l'histoire". Das inhaltliche Anliegen erläuterte Voltaire dahingehend, daß er wissen wolle, über welche Stufen die Menschen vom Zustand der Barbarei zur Zivilisation übergingen. Nicht als Sache göttlicher Mächte, sondern vernünftig, natürlich, im Geist der kritischen Aufklärung sollte erklärt werden, und so hob er die Entwicklung von Kunst und Wissenschaft, der Technik, der Gewerbe, des Handels, der öffentlichen Ordnung hervor. Ebenso folgerichtig rückte er die geschichtlichen Leistungen der Chinesen, Inder, Japaner, der Araber in das Blickfeld.

¹² Reimar Müller: Aufklärung in Antike und Neuzeit. Zur Methodologie geschichts- und kulturtheoretischen Denkens. In. Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler (Hg.): Was ist Geschichte? Aktuelle Entwicklungstendenzen von Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft. Berlin 2008. S. 101

Interessant sind auch die politischen Begleitumstände. Voltaire ließ seine Arbeit in Amsterdam erscheinen und zwar unter dem Pseudonym Abbe Bazin, was Werner Kraus als groteske Namensschöpfung bezeichnete. Hier wurden Spuren verwischt. Die Angelegenheit war ja reichlich brisant, und Voltaire kannte die Bastille, in der er schon einmal ein knappes Jahr eingesessen hatte. Doppelt grotesk war die deutsche Ausgabe (Leipzig 1768). Sie trug den Titel "Die Philosophie der Geschichte des verstorbenen Abtes Bazin". Aber der Abt Bazin alias Francois Marie Arouet alias Voltaire verstarb erst 1778, also 10 Jahre später.

Die Problematik lag im damaligen Europa gewissermaßen in der Luft. Sie war ein Teil der europäischen Aufklärungsbewegung. Von Isaak Iselin war 1764 – übrigens auch anonym – die zweibändige Arbeit "Philosophische Muthmaßungen über die Geschichte der Menschheit" erschienen, die vielen Zeitgenossen bereits als Philosophie der Geschichte galt. In den 1770er Jahren hielt Jakob Wegelin in der Berliner Akademie der Wissenschaften Vorträge über Philosophie der Geschichte. Herder veröffentlichte 1774 "Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit" und zehn Jahre später begann er mit der Veröffentlichung seiner "Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit". 1784 erschien Kants "Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht", in der er "gewissermaßen einen Leitfaden a priori" für die Erfassung der Weltgeschichte versuchte, und wenig später seine Rezensionen zu Herders "Ideen".

Hinter all diesen theoretischen Bemühungen verbargen sich die Interessen des sich emanzipierenden europäischen Bürgertums, das die praktischen Erfahrungen einer neuen, durch ständige ökonomische, technische, soziale, kulturelle Veränderungen geprägten Lebenswelt geistig zu bewältigen hatte. Ähnliche geschichtstheoretische Bemühungen finden wir allgemein bei Philosophen, Historikern, Rechtstheoretikern, die der europäischen Aufklärung verpflichtet waren. So wurde binnen weniger Jahrzehnte eine enorme Fülle geschichtsphilosophischer Ansätze geboren, die für die weitere Entwicklung bis hin zu den großen Systemen bei Hegel und Marx wesentlich waren. Dennoch wäre natürlich die Annahme verfehlt – man begegnet ihr zuweilen in der Literatur –, man könne erst seit dieser Zeit von Geschichtsphilosophie sprechen 14

¹³ Jakob Wegelin: Sur la philosophie de l'histoire (Schriften der Berliner Akademie 1770-76)

¹⁴ Merkwürdigerweise scheint das beispielsweise Heinz Dieter Kittsteiner in seinem Stichwort "Geschichtsphilosophie" (In: Stefan Jordan (Hg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart 2002) nahe legen zu wollen..

Zuweilen wird der Beginn von Geschichtsphilosophie mit Augustinus' Deutung (4./5. Jh. u. Z.) der Ereignisse von Kain und Abel bis zum Ende der Welt als Gegensatzverhältnis von irdischem Staat und Gottesstaat verbunden. Auch die Geschichtsdeutung des Joachim von Fiore (12. Jh. u. Z.) mit Hilfe des Drei-Zeiten Konzepts wird mit den Anfängen von Geschichtsphilosophie in Verbindung gebracht. Nikolai Berdjajev wollte den Anfang von Geschichtsphilosophie beim Buch Daniel des Alten Testaments (2. Jahrhundert v. u. Z.) und der dort entwickelten Vier-Weltreiche-Theorie verorten, also einer der großen apokalyptischen Endzeitprophetien, deren es damals und in der Folgezeit im christlichen, jüdischen und islamischen Religionsbereich viele gab (zu verweisen ist vor allem auf die Offenbarung Johannis, die eine ganz besondere Rolle spielte). All das hat geschichtliche Vorstellungen und überhaupt das geistige Leben im europäischen und vorderasiatischen Mittelalter stark geprägt.

Hier wird also das Augenmerk vor allem auf die Interpretation der Geschichte als eschatologisches Geschehen gelenkt. Die Geschichtsphilosophie wird, wie bei Karl Löwith eingehend erörtert ist¹⁵, an die gedankliche Bezugnahme auf einen letzten, nur der religiösen Offenbarung zugänglichen Sinn und Zweck gebunden. Sie ist Geschichtstheologie, und sie endet – meint Löwith –, wenn die theologische Zuordnung aufgegeben wird. Die neuere Geschichtsphilosophie etwa seit der Frühaufklärung wird solcherart interpretiert als Säkularisierung mittelalterlicher Heilslehren, welche damit aber nicht verschwinden, sondern insgeheim – gleichsam in säkularisiertem Aufguß – fortgeführt werden. 16 Diese Konstruktion hat weite Verbreitung gefunden und viele zur Annahme verleitet, mit der stereotypen Wiederholung der Säkularisierungsformel Löwiths könne Treffliches oder gar Vernichtendes gegen die Geschichtsphilosophie – speziell die Hegels oder Marx' – gesagt werden: Es genügt die Unterstellung, Geschichtsphilosophie sei die gedankliche Willkürkonstruktion einer linearen, alles Geschehen uniformisierenden und auf ein vorgegebenes Heils- oder Endziel gerichteten geschichtlichen Ablaufautomatik. Odo Marquard, der seit Jahrzehnten solche "Erledigungsrhetorik" - wie sich Herta Nagl-Docekal treffend ausdrückt¹⁷ – vorantreibt, spricht von einer

¹⁵ Karl Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie. Stuttgart/Weimar 2004

¹⁶ Vgl. Karl Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Einleitung. Stuttgart/Weimar 2004. S. 12

¹⁷ Herta Nagl-Docekal: Ist Geschichtsphilosophie heute noch möglich? In: Herta Nagl-Docekal (Hg.): Der Sinn des Historischen. Geschichtsphilosophische Debatten. Frankfurt/Main 1996. S. 18

"finalisierenden Geschichtsphilosophie"¹⁸, die er vor allem verkörpert sieht in der "finalisierenden Revolutionsphilosophie, etwa des Marxismus", und der wird von Marquard ganz ausdrücklich als toter Hund bezeichnet. ¹⁹ Das ist eine Sprachregelung, die sich eignet, die Geschichtsphilosophie ohne jede sachliche Debatte für erledigt, tot, verendet oder doch dahinschwindend zu erklären und ihr dabei dennoch allen Unsinn und alle Sünden dieser Welt anzulasten. Das Groteske ist, daß dabei immer von eigenen, aber verheimlichten und verleugneten Ansichten über "die" Geschichte ausgegangen wird, denn ohne eine solche philosophische Protohistorik kann man über Geschichte nicht nachdenken, nicht schreiben und nicht reden, auch wenn man sie postmodern dekonstruieren will oder dekonstruiert zu haben glaubt. Es gibt nun einmal, wie Daniel Fulda sagt, eine prinzipielle "Bedingtheit historischer Forschung, die allenthalben unterhintergehbar scheint: … den immanenten Entwurf einer übergreifenden "Geschichte" in jedem Akt des Geschichteschreibens." ²⁰

Nun verbirgt sich hinter der "Säkularisierung" der Heilsgeschichte eine theoriegeschichtliche Problematik, die durch Löwiths Säkularisierungsformel mit ihren pejorativen Konnotationen nicht abgedeckt wird. Einerseits bot die religiös-heilsgeschichtliche Erwartungswelt den Boden für unterschiedliche, ja zutiefst gegensätzliche und brisante Ansichten – brisant gegenüber feudalen Machtverhältnissen und der Kirchenorganisation. So war diese Geschichtstheologie teilweise, wie Eduard Winter über die Auswirkungen der Ideen Joachims von Fiore sagt, "von gewaltiger Dynamik und Sprengkraft."²¹

Andererseits ist "Säkularisierung" selber anders interpretierbar. Nach Werner Kraus beinhaltet das geschichtliche Denken der Aufklärung die "Vermenschlichung des Geschichtlichen und insofern (das "insofern" sei hier hervorgehoben! – WE) Säkularisierung des religiösen Heilsplans", wobei sich die Menschheit "ihres Heils aus eigenem Vermögen" versichere und so den Heilsplan der Vorsehung außer Kraft setze.²² Hier scheint wieder das Theo-

¹⁸ Odo Marquard: Apologie der Bürgerlichkeit. In Odo Marquard: Philosophie des Stattdessen. Studien. Stuttgart 2000. S.96

¹⁹ Ebenda S. 95, 99

²⁰ Daniel Fulda: Historiographie-Geschichte! oder die Chancen der Komplexität. Foucault, Nietzsche und der aktuelle Geschichtsdiskurs. In: Stefan Jordan (Hg.): Zukunft der Geschichte. Historisches Denken an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Berlin 2000. S. 121

²¹ Eduard Winter: Ketzerschicksale. Christliche Denker aus neun Jahrhunderten. Berlin 1983. S. 18

²² Werner Kraus: Die Literatur der französischen Frühaufklärung. Frankfurt a. M. 1971. S. 150 ff (Hervorh. – WE)

rem auf, wonach die Menschen ihre eigene Geschichte machen. Die so geprägte "Säkularisierung" erklärt die weittragenden Einflüsse, die von der heilsgeschichtlichen Vorstellungswelt auf Kunst und Literatur, auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins und auch auf das geschichtsphilosophische Denken ausgegangen sind. Geschichtsphilosophische Deutungen, die der Einordnung in religiöse Endzeiterwartungen und -verheißungen entsprangen und diese zum Ausdruck brachten, wurden solcherart transponiert in geschichtstheoretische Instrumente, die für die ganze weitere Denkentwicklung bis in unsere Gegenwart – sozusagen als enormes gedankliches Problemfundament – grundlegend und unverzichtbar wurden. Da ist zunächst die Orientierung auf das Weltgeschichtliche zu nennen, die bereits in der mittelalterlichen Geschichtsschreibung, so in den Universalchroniken, eine bedeutende Rolle spielten. Endzeitvorstellungen weiteten das historische Gesichtsfeld für übergreifende weltgeschichtliche Zusammenhänge, die ihr Dasein in der Zeit, im zeitlichen Wandel haben und die gerichtet, irreversibel sind. In das menschliche Gesichtsfeld trat auf neue Art das Problem der Zukunft, die nicht bloß Verlängerung oder Wiederkehr von Gegebenem ist, sondern verstanden wird als Entstehung einer anderen, einer Gegenwelt, die doch zugleich aus fundamentalen lebensweltlichen Wandlungen hervorgeht und die mit Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit verbunden war. Die Frage, ob und wie die ideelle Vorwegnahme künftiger Zustände in Gestalt von Entwürfen, Visionen, Zwecksetzungen und Kriterien möglich ist und ob der Menschen gestaltend in die Geschichte einzugreifen vermag, wurde von nun ab immer wichtiger.

Die Einordnung des Denkens in religiös-heilsgeschichtliche Vorstellungen war, auch wenn sie direkt an die spätantike Theorieentwicklung (z. B. in Gestalt des Neuplatonismus) anknüpfte, in Bezug auf die Geschichtsphilosophie einerseits in vieler Hinsicht ein Rückschritt gegenüber der in der Antike erreichten Problemsicht. Andererseits aber führte sie wichtige geschichtsphilosophische Theoriestücke aus der Antike (beispielsweise Themen wie Weltgeschichte oder Fortschritt), in spezifischer Problematisierung und Form weiter, was es schließlich via Säkularisierung ermöglichte, daß sie für die künftige Entwicklung theoretische Ansatz- und Streitpunkte bereitstellte und so auch eine besondere, aber unverzichtbare Art von Vermittlungsglied von der Antike zur Moderne wurde. Vielleicht könnte das in den ohnehin gewichtigen Untersuchungen Reimar Müllers über Antike und Neuzeit einen adäquaten Platz finden.

Reimar Müller

Rückblick und Ausblick

Rückblick im Zeichen der Bilanz und des Dankes bedeutet: Bilanz vielfach erfahrener Anregungen und der Bemühung, weiter voranzukommen; Dank für das viele Empfangene auf dem Wege vom Persönlichen ins Allgemeine, vom Fach in größere Zusammenhänge der Wissenschaft und des Lebens.

Die Dankbarkeit für die Förderung durch die Schule stieg mit zunehmender Einsicht in die privilegierte Situation, eine Schulform wenigstens in ihren späten Ausläufern kennengelernt zu haben, die aus einer großen Vergangenheit stammt, aber im 19. und 20. Jahrhundert nicht immer die Bewährungsproben bestand, denen sie ausgesetzt war: das humanistische Gymnasium. Es wurde erlebt in schwierigen Zeiten, aber in einer bevorzugten Konstellation, im Kulturraum von Jena - Weimar, mit Lehrern, die den Zusammenhang von Antike und Klassik bewusst zu machen verstanden, unter ihnen ein veritabler Goethe-Forscher, Benno von Hagen.

Dabei gab es ein Ungenügen am allzu Selbstverständlichen, waren Lektüren, die den klassischen Kanon ergänzten: Thomas Mann, Hermann Hesse, Bertolt Brecht, und dazu Interpreten, die neue Wege wiesen: Georg Lukács und Hans Mayer, ein Erlebnis des Neuen, das mit vielen, später oft nicht erfüllten Erwartungen verbunden war.

Im Studium der Versuch, beide Welten zu verbinden: die Antike mit der Neuzeit, die Klassische Philologie mit Geschichte, Germanistik und Philosophie. Dankbarkeit für die Anregungen, die im Fach von Friedrich Zucker, Karl Barwick, Horst Kusch und Friedmar Kühnert ausgingen und neben Dichtung und Geschichtsschreibung die Welt der antiken Bildung erschlossen, mit der spannungsreichen Beziehung von Philosophie und Rhetorik: Platon und Aristoteles einerseits, Isokrates und Cicero andererseits, als Brücke Ciceros großartiger Versuch, eine Synthese herzustellen von Theorie und Praxis, Philosophie und Politik. Das wurde zum Gegenstand der Dissertation, im Rahmen der Jenaer bildungsgeschichtlichen Schule von Karl Barwick und Friedmar Kühnert, der leider keine Dauer beschieden war. In umfassendere

140 Reimar Müller

Bereiche führten Vorlesungen bei Historikern wie Karl Griewank und Friedrich Schneider, Germanisten wie Joachim Müller, Theologen wie Karl Heussi, da das verordnete Einfachstudium von Anfang an als schlimme Fehlkonstruktion zur Überwindung herausforderte.

Zwei Jahre Schulpraxis als erste berufliche Station brachten wertvolle Erfahrungen: Latein und Griechisch in der DDR-Provinz, ein Phänomen, das bei westlichen Kollegen immer wieder ungläubiges Staunen hervorrief (wie später so vieles andere, das es nach einem vorgefassten Schema eigentlich nicht hätte geben dürfen): immerhin in einer kulturträchtigen Stadt, wie es alle Zentren des thüringisch-sächsischen Gebietes waren und sind.

Die Arbeit an der Akademie der Wissenschaften hielt stufenweise die Gaben bereit, die Johannes Irmschers Institut für griechisch-römische Altertumskunde zu bieten hatte: zunächst Philologie im traditionellen Sinn mit einer sechsjährigen Tätigkeit in der Redaktion der Bibliotheca Teubneriana, dann der Einstieg in die Forschung an einer Stelle, die zu einer der Grundkomponenten des eigenen Lebens wurde: hellenistisch-römische Philosophie mit dem Schwerpunkt Epikureismus, in das Institutsprogramm eingeführt von Johannes Stroux, dem um die Neubegründung der Akademie hochverdienten ersten Präsidenten der Nachkriegszeit.

Die Arbeit an dem nach langer Unterbrechung wiederaufgenommenen Unternehmen (gemeinsam mit meinem Kollegen Fritz Jürß) brachte neben dem unmittelbaren Ertrag mancherlei Positives mit sich: Teilhabe an aktuellen Diskussionen über die Rolle des antiken Erbes in der Rezeptionsgeschichte und internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der philosophiehistorischen Forschung, vor allem mit dem Centro für Epikurforschung in Neapel unter Leitung von Marcello Gigante, mit dem Philosophiehistorischen Institut der Universität Neapel mit Giovanni Casertano, dem Philologischen Institut der Universität Pisa mit Graziano Arrighetti, dem Istituto di Filologia Madrid unter Leitung von Francisco Rodríguez Adrados. Ergebnisse der philosophiehistorischen Fragestellung brachte zunächst die gemeinsam mit Fritz Jürß und Ernst Günther Schmidt erarbeitete Quellensammlung zu den antiken Atomisten: "Texte und Kommentare zum materialistischen Denken der Antike" (1977, mehrere Auflagen bis 1991), zahlreiche Aufsätze, zwei Monographien "Die epikureische Gesellschaftstheorie" 1972 und die "Die epikureische Ethik" 1991. Zu erwähnen sind hier auch die im gleichen Forschungszusammenhang entstandenen Monographien von Fritz Jürß zur frühgriechischen und zur epikureischen Erkenntnistheorie.

Die sich allmählich einstellende Konzentration auf die epikureische Sozial- und Rechtsphilosophie führte zu weiterreichenden Fragestellungen im Bereich der antiken Theorie des Staates und des Rechts (Sophistik, Demokrit, Plato, Aristoteles, Stoa, utopisches Denken). Forschungsergebnisse auch aus diesem weiteren Bereich konnten auf internationalen Kongressen vorgestellt werden. In Zusammenarbeit mit Rigobert Günther entstand eine Gesamtdarstellung des antiken utopischen Denkens ("Sozialutopien der Antike" 1987). Gemeinsam mit Hermann Klenner konnte ich im Rahmen der Sitzungsberichte der Akademie eine Studie mit neuen Interpretationen zur Geschichte der Vertragstheorie vorlegen ("Gesellschaftsvertragstheorien von der Antike bis zur Gegenwart" 1985). Die wichtigsten Arbeiten zum antiken Gesellschaftsund Geschichtsdenken wurden in dem Band "Polis und Res publica" 1987 zusammengefasst.

In Anknüpfung an Bemühungen von Johannes Irmscher, antike humanistische Traditionen für die Gegenwart fruchtbar werden zu lassen, und als Ergebnis der eigenen Beschäftigung mit Fragen der antiken Anthropologie entstand ein Forschungsband zum antiken Menschenbild ("Der Mensch als Maß der Dinge" 1976), in enger Zusammenarbeit vor allem mit der Universität Jena. Eine Studiensammlung war der Herausbildung des humanistischen Menschenbildes in der Antike und seiner Rezeption in Aufklärung und deutscher Klassik gewidmet ("Menschenbild und Humanismus der Antike" 1980). Dabei blieb auch die Rezeption antiker Literatur und Kunst im Blick: bei Herder, Humboldt, Goethe, Hegel und Marx.

Eine neue Phase begann mit der Einbeziehung der Antike in den großen Forschungszusammenhang des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie unter Leitung von Joachim Herrmann. Das Hauptprojekt des Bereiches Griechisch-römische Kulturgeschichte war für eine Reihe von Jahren die zweibändige "Kulturgeschichte der Antike" (Griechenland 1976, Rom 1978). Die Arbeit an diesem Projekt (unter meiner Leitung) und an einer nachfolgenden "Geschichte des wissenschaftlichen Denkens im Altertum" 1982 (unter der Leitung von Fritz Jürß) führte zu einer Konzentration der Kräfte der Altertumswissenschaft. Die grundlegende Problematik dieser und ähnlicher Unternehmungen war aber nicht zu verkennen. Unter geschichts- und kulturtheoretischem Gesichtspunkt war es eine schwierige Aufgabe, so weitgespannte Ziele zu verfolgen, denn es gab (auch international) kaum Vorbilder für das intendierte marxistische Herangehen an eine komplexe Darstellung der antiken Kultur. Das Werk wurde dem dringenden, auch interdisziplinären, Bedarf an Gesamtdarstellungen gerecht (drei Auflagen des

142 Reimar Müller

Bandes Griechenland mit 50 Tausend Exemplaren, zwei Auflagen des Bandes Rom in vergleichbarer Höhe), aber der Ertrag für die Methodologie der kulturgeschichtlichen Forschung darf nicht überschätzt werden.

Mit dem persönlichen Zugang zum Thema Kultur war es besser bestellt, sofern mich seit Ende der 60er Jahre der antike Vorlauf des neuzeitlichen kulturtheoretischen Denkens, die sog. Kulturentstehungslehren, beschäftigt hatten, zu denen mehrere Studien erschienen. Nach der Wende habe ich an der Geschichte der antiken Kulturtheorien weiter gearbeitet. Diese Forschungen mündeten in die Monographie "Die Entdeckung der Kultur" von 2003, die eine erfreuliche öffentliche Beachtung fand.

Dennoch bedeutete die Wende einen starken Einschnitt in der wissenschaftlichen Arbeit. Da der institutionelle Rahmen der Akademie weggebrochen war, gewann ein Interessengebiet an Bedeutung, das mich schon früher mehrfach beschäftigt hatte: die Antikerezeption in der Neuzeit, vor allem in der Aufklärungsphilosophie. Hier bin ich meinem Kollegen und Freund Martin Fontius zu besonderem Dank verpflichtet, der für ein dreiviertel Jahr eine befristete Anstellung am Forschungszentrum für Europäische Aufklärung ermöglichte. Die erste größere Frucht dieser Arbeit war eine im Akademie-Verlag erschienene Monographie ("Anthropologie und Geschichte. Rousseaus frühe Schriften und die antike Tradition" 1997). Diesem Buch folgte eine Reihe von Einzelstudien (zu Rousseau, Montesquieu, Herder u.a.), deren Ergebnisse ich z.T. in der Leibniz-Sozietät vortragen konnte. In Vorbereitung ist ein Band "Aufklärung in Antike und Neuzeit", der vor allem die neueren Studien zusammenfassen soll. Diese Arbeiten zur französischen und deutschen Aufklärung stehen in der Tradition von Werner Krauss, eines der bedeutendsten Aufklärungsforscher und herausragenden Mitglieds unserer Akademie. Die intensivere Beschäftigung mit Werner Krauss bedeutete neue Einblicke in Literaturtheorie, Ästhetik und Geschichtsphilosophie. Krauss praktiziert eine marxistische Methode, die nicht auf ein geschlossenes System abzielt, nicht auf eine einheitliche marxistisch-leninistische Weltanschauung, es geht um eine philosophisch-wissenschaftliche Praxis, die offen ist für die Ergebnisse der modernen Forschung in Literaturwissenschaft, Ethnologie, Kulturanthropologie. Wichtig war auch Krauss' Position in der schwierigen Dialektik von Aktualität und Historizität. Er kannte den heuristischen Wert, den die Auseinandersetzung mit der Problemgeschichte auch historisch ferner Perioden für die Wissenschaft haben kann. Aus tiefer Kenntnis der Geschichte philosophischer und wissenschaftlicher Prozesse konnte er das Verständnis für komplexe Fragestellungen fördern, die sich einer schematischen Lösung durch vorgeprägte Formeln entziehen.

Zu den in der Wendezeit abgebrochenen Projekten des Bereichs Griechisch-römische Kulturgeschichte gehörte eine Gemeinschaftsarbeit zur literarischen Kommunikation in der Blütezeit der Polis. Immerhin konnten 1990 in der Zeitschrift "Philologus" die Ergebnisse einer internationalen Konferenz zu diesem Thema veröffentlicht werden. Die Tatsache, dass an dieser Tagung Wissenschaftler aus Ost und West in größerer Zahl beteiligt waren, gibt Anlass, meine Dankbarkeit für die langjährige internationale Kooperation mit Kollegen aus Italien, Ungarn, Frankreich, Sowjetunion, USA, Großbritannien, CSR, Polen, Bulgarien, Rumänien, Spanien, Finnland auszudrükken. Es sind wissenschaftliche Beziehungen entstanden, die z. T. auch nach der Wende nicht abrissen. Hervorheben möchte ich die fortdauernden Beziehungen zu den ungarischen Kollegen (János Harmatta und Zsigmond Ritoók), nicht zuletzt eine Gastprofessur in Budapest 1992. Engere Beziehungen gab es zu Moskau (mit I. Nachov und V. Jarcho), Tbilissi (mit R. Gordesiani) und Prag (mit Pavel Oliva und Jan Burian). Fruchtbar waren auch die Beziehungen zu den Universitäten Harvard, Minneapolis und Urbana (mit Ernest Badian, Jackson Hershbell, William Calder III), weiterhin zu Siegfried Jäkel (Turku), Francis Cairns (Liverpool), Hans Schwabl (Wien), Georg Pfligersdorffer (Salzburg), Manfred Fuhrmann (Konstanz), Christian Meier (München), C.W. Müller (Saarbrücken) und Reinhard Häußler (Düsseldorf). Aufs ganze einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit möchte ich das Eirene-Komitee zur Förderung der altertumswissenschaftlichen Studien in den sozialistischen Ländern dankbar erwähnen, einen Austauschplatz von Ideen und Erfahrungen, in den in wachsendem Maße auch Kollegen aus westlichen Ländern einbezogen wurden, wie auch die Fédération Internationale des Études classiques uns 1988 noch einen wunderbaren Kongress in Budapest bescherte.

Der mit der Wende verbundene Abbruch der wissenschaftlichen Arbeit an der Akademie konnte durch nichts aufgewogen werden, auch nicht durch die Möglichkeit, in der Leibniz-Sozietät die interdisziplinäre Arbeit fortzusetzen, auch nicht durch die befristete Arbeit an den Forschungszentren für Europäische Aufklärung in Potsdam und für Literaturforschung in Berlin. Ich bin den Kollegen, die mir diese letzteren Möglichkeiten eröffneten, neben Martin Fontius sind hier Michael Franz und Karl-Heinz Barck und, mit einer fördernden Einflussnahme aus der Ferne, Manfred Fuhrmann und Christian Meier zu nennen, außerordentlich dankbar.

144 Reimar Müller

Generell bedeutete die ehrenvolle Mitgliedschaft in der Akademie und dann in der Leibniz-Sozietät vielfältige Möglichkeiten, interdisziplinäre Anregungen zu gewinnen, für die ich Gelehrten wie Werner Bahner, Fritz Hintze, Hermann Klenner, Werner Hartke, Joachim Herrmann, Johannes Irmscher, Wolfgang Heise, Rita Schober, Werner Mittenzwei, Manfred Naumann, Peter Feist, Georg Knepler, Ernst Engelberg, Heinrich Scheel, Walter Ruben, Wolfgang Kirsch, Armin Jähne, Klaus-Dieter Jäger, Dieter Metzler, Friedhilde Krause, Klaus Mylius, Wolfdietrich Hartung, Rüdiger Bernhardt, Hans-Otto Dill, Wolfgang Küttler, Adolf Laube, Siegfried Wollgast, Herbert Hörz, Reinhard Mocek, Wolfgang Eichhorn, Helmut Seidel und vielen anderen zu Dank verpflichtet bin.

Die lebendige Erinnerung an nicht wenige Sitzungen unserer Klasse in der alten Akademie und dann auch in der Leibniz-Sozietät, bewirkt, dass am Ende des Rückblicks nicht nur auf die eigene Forschungsarbeit, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit Gelehrten verschiedenster Disziplinen nicht Resignation steht, sondern Freude und Dankbarkeit für das Viele, das trotz mancher widrigen Umstände für den Fortschritt der Wissenschaft geleistet werden konnte.

Dank gebührt den Kollegen am Akademieinstitut für eine Jahre währende enge Zusammenarbeit. Neben Joachim Herrmann und Johannes Irmscher seien stellvertretend die Leiter der Arbeitsgruppen der Kulturgeschichte erwähnt: Fritz Jürß, Heinrich Kuch, Kurt Treu, Gerhard Perl, Wolfgang Schmitt, Lukas Richter, Franz Paschke als Redaktionssekretär, stellvertretend auch die Mitarbeiter des Corpus Medicorum Graecorum Jutta Harig-Kollesch, Diethard Nickel, Gotthard Strohmaier; die in hervorragender Weise Aufgaben der editorischen Arbeit mit der Bewältigung von Forschungsaufgaben verbanden. Inwieweit es gelungen ist, in der Akademie die schwierige Relation zwischen lexikographisch-editorischen Aufgaben und kulturgeschichtlicher Forschung herzustellen, muss letzten Endes dem Urteil der Wissenschaftsgeschichte überlassen bleiben - wie alles, was wir angestrebt und erreicht haben. Dank gebührt auch den Kooperationspartnern der Kulturgeschichte: von den Universitäten Jena (F. Kühnert, E. Kluwe, D. Lotze, E.G. Schmidt, M. Simon, G. Zinserling), Halle (B. Brentjes, J. Ebert, B. Häsler, H. Nickel, W. Kirsch), Leipzig (I. Becher, R. Günther, E. Paul, W. Hofmann, J. Werner), Berlin (M. Simon, W. Schindler), Potsdam (H. Dieter), Rostock (W. Hering); von den Staatlichen Museen zu Berlin (W. Müller); vom Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie (M. Fontius, A. Graßhoff, H.-G. Thalheim). Ganz wesentlich war der Beitrag von Helmut Wilsdorf vom

Rückblick und Ausblick 145

Zentralinstitut für Geschichte, der die gesamte Entwicklung der antiken Technik für uns darstellte. Der methodische Ausgangspunkt der in dieser Arbeit vereinigten Disziplinen und Wissenschaftler war denkbar heterogen, nicht selten auch in theoretisch-philosophischer Hinsicht. Reiche Erfahrungen aus vielen Fächern flossen ein. In gewissem Sinne zeugt auch das gedruckte Werk noch von diesen unterschiedlichen Ausgangspunkten. In welchem Maße es gelungen ist, alles dennoch zu einem Ganzen zusammenwachsen zu lassen, muss dem Urteil der Wissenschaftsgeschichte überlassen bleiben.

Blickt man zurück, so war es, wie in allen Akademieinstituten, schwierig, oft eine Gratwanderung, einen Ausgleich zwischen editorisch-philologischer Arbeit, individueller Forschung und Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmungen zu finden. In welchem Maße das den sozial- und geisteswissenschaftlichen Instituten und jedem persönlich gelungen ist, muss wiederum die Wissenschaftsgeschichte beurteilen.

Reimar Müller

1977)

Verzeichnis der Publikationen (Monographien und Herausgabe von Gemeinschafts- und Sammelwerken)

1. Monographien und selbständige bibliographische Einheiten

Die Wertung der Bildungsdisziplinen bei Cicero, phil. Diss., Jena 1963 Horaz, Werke, hrsg. von R. Müller, Leipzig 1968 (2. Aufl. 1984) Die epikureische Gesellschaftstheorie, Berlin 1972 (2. Aufl. 1974)

(Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike 5)

Griechische Atomisten. Texte und Kommentare zum materialistischen Denken der Antike. Aus dem Griechischen und Lateinischen übersetzt und herausgegeben von F. Jürß–R. Müller–E.G. Schmidt, Leipzig 1973 (4. Aufl. 1991) Longos, Daphnis und Chloe. Aus dem Griechischen von A. Mauersberger. Mit Nachworten von R. Müller und V. Zinserling, Leipzig 1974 (Wiesbaden

Menschenbild und Humanismus der Antike. Studien zur Geschichte der Literatur und Philosophie, Leipzig 1980 (Frankfurt a. M. 1981)

Sozialutopisches Denken in der griechischen Antike, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 1982, NR. 3/G, Berlin 1983

Die Konzeption des Fortschritts im antiken Geschichtsdenken, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 1983, Nr. 5/G, Berlin 1983

R. Müller – H. Klenner, Gesellschaftsvertragstheorien von der Antike bis zur Gegenwart, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 1985, Nr. 2/G, Berlin 1985

Anthropologie und Ethik in der epikureischen Philosophie, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 1987, Nr. 3/G, Berlin 1987 Polis und Res publica. Studien zum antiken Gesellschafts- und Geschichtsdenken, Weimar 1987

148 Reimar Müller

R. Günther – R. Müller, Sozialutopien der Antike, Leipzig 1987 (Stuttgart 1988)

Poiesis – Praxis – Theoria. Zur Bewertung der Technik in der Kulturtheorie der griechischen

Antike, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 1988, Nr. 12/G, Berlin 1989

Die epikureische Ethik, Berlin 1991 (Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike 32)

Anthropologie und Geschichte. Rousseaus frühe Schriften und die antike Tradition, Berlin 1997 (Aufklärung und Europa. Beiträge zum 18. Jahrhundert)

Die Entdeckung der Kultur. Antike Theorien über Ursprung und Entwicklung der Kultur von Homer bis Seneca, Düsseldorf und Zürich 2003

Aufklärung in Antike und Neuzeit. Natur und Kultur im antiken und im modernen Aufklärungsdenken (in Vorbereitung)

2. Herausgabe von Gemeinschafts- und Sammelwerken

Miscellanea critica. Aus Anlaß des 150-jährigen Bestehens der Verlagsgesellschaft und des Graphischen Betriebes B.G. Teubner, Leipzig, hrsg. von J. Irmscher, B. Doer, U. Peters, R. Müller, Bd. 1-2, Leipzig 1964

Der Mensch als Maß der Dinge. Studien zum griechischen Menschenbild in der Zeit der Blüte und Krise der Polis, hrsg. von R. Müller, Berlin 1976 (Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie 8)

Kulturgeschichte der Antike. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von R. Müller

Bd. 1: Griechenland, Berlin 1976 (3. Aufl. 1980)

Bd. 2: Rom, Berlin 1978 (2. Aufl. 1982)

(Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie 6, 1-2)

Aristoteles als Wissenschaftstheoretiker. Eine Aufsatzsammlung, hrsg. von J. Irmscher und R. Müller, Berlin 1983 (Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike 22)

Griechenland – Byzanz – Europa. Ein Studienband. Zum 60. Geburtstag von Johannes Irmscher, hrsg. von J. Herrmann, H. Köpstein und R. Müller, Berlin 1985 (Berliner Byzantinistische Arbeiten Bd. 52)

Literarische Kommunikation in der Zeit der Blüte und der Krise der Polis, hrsg. von R. Müller, in: Philologus 134, 1990 (Heft 1-2)

Peter Bankwitz

Olaf Hartmann, Martin Guntau, Werner Pälchen (Hrsg.): Zur Geschichte der Geowissenschaften in der DDR. – Schriftenreihe für Geowissenschaften, 16, 421 S., 107 Abb., 35,- €, ISBN 3-937040-10-2

In 27 Einzelkapiteln berichten 42 Autoren über die geologische Tätigkeit in den verschiedenen Einrichtungen. Die Kompetenz der Autoren ist ausgewiesen, waren sie doch alle während der DDR-Zeit im Bereich der Geowissenschaften beschäftigt. In den meisten Beiträgen sind in chronologischer Reihenfolge die wichtigsten Arbeiten und deren Bearbeiter genannt sowie die Einordnung in volkswirtschaftliche Aufgabenstellungen.

Die Geowissenschaften waren in der DDR aus volkswirtschaftlichen Gründen vor allem mit der Untersuchung möglicher Rohstoff-Ressourcen befasst. Seit jeher, und auch heute noch, sind Forschungs- und Erkundungsarbeiten, die sich mit Rohstoffen befassen, mehr oder weniger vertraulich, in nahezu allen Ländern. Das galt auch für die DDR. Viele Arbeiten von Geologie und Geophysik unterlagen der Geheimhaltung. Es ist allein schon aus diesem Grunde ein großes Verdienst der Herausgeber und Autoren, die geowissenschaftliche Forschung der DDR mit diesem Buch authentisch zu dokumentieren und Interessierten Einblick zu geben in die vielfältigen, meist auftragsgebundenen Forschungsaufgaben. Teilweise resultierten diese aus Vorgaben, zum Teil jedoch waren es Angebote der Institute. Die konkreten Forschungsthemen wurden z. B. in den Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR entsprechend der Kapazität und der wissenschaftlichen Spezialisierung der Mitarbeiter festgelegt. Aber auch hier unterlagen Arbeitsergebnisse der Geheimhaltung. In den praxisnäheren Instituten war die Handhabung deutlich eingeengter.

Trotz aller Einschränkungen wurden zahlreiche herausragende Ergebnisse erzielt, die nicht alle veröffentlicht werden konnten. Deutlich wird in den Beiträgen auch ein Vorteil dieser damaligen "Planungs"forschung. Sie garantierte Stetigkeit der Forschung und damit hohe Professionalität, die beide in

150 Peter Bankwitz

der Gegenwart gelegentlich zu kurz kommen und durch moderne Untersuchungsmethodik und entwickelte Messverfahren ersetzt werden, die das problemverbundene langzeitige Befassen mit den geowissenschaftlichen Fragen nicht wirklich ersetzen können.

Den Herausgebern ist zu danken für das Bemühen, die geowissenschaftliche Forschung der DDR konkret und umfangreich vorzustellen: Das Buch ist eine Informationsquelle für geowissenschaftliche Literatur aus der DDR-Zeit und gibt Einblick in Strukturen und Kooperationsbeziehungen der Geowissenschaften in Rahmen einer zentralistisch aufgebauten Volkwirtschaft (Beitrag H. Kautzleben).

Der Schwerpunkt der Arbeiten war vorwiegend praxisorientiert; die Ergebnisse – und das zeigen viele Zitate – waren sehr oft auch allgemeiner bis theoretischer Natur. Die Grundlagenforschung spielte personell und finanziell eine kleinere Rolle. Nachteilig war auch der Devisenmangel bei der Beschaffung von Forschungstechnik.

Der Band gibt eine gute Übersicht über 40 Jahre Geowissenschaften in der DDR und vermittelt eine Vorstellung davon, womit sich die Tausenden von Geowissenschaftlern befasst haben. Man erhält auch Kenntnis, wie die Arbeiten verschiedener Institutionen miteinander verflochten waren.

K. Erler erörtert die Leitlinien für die geologische Industrie. Die Ergebnisse der regionalgeologischen Forschung (mit dem Schwerpunkt Norddeutsche Senke), die dazu führten, dass das Territorium Ostdeutschlands heute zu einem der besterforschten Gebiete in Europa zählt, stellt D. Franke vor. Für die Aktivitäten der Akademie-Institute gibt H. Kautzleben einen tiefgreifenden Überblick über die Entwicklung der Forschung generell (strukturell, methodisch, inhaltlich), wie auch über ihre nationale und internationale Wirksamkeit. Es werden geowissenschaftliche Bedingungen in der damaligen DDR ebenso eingehend erläutert wie die Stellung und Strukturierung der Geowissenschaften und ihrer Aufgaben (dieser Beitrag ist am weitesten von einer Betriebschronik entfernt). Eingeschlossen ist ein Überblick über die Anfänge und den Werdegang der Akademie der Wissenschaften.

In einem zweiten Kapitel über Arbeiten im Rahmen der Akademie erläutern H.-J. Paech & E. Schroeder die geologischen Beiträge (mit Personen und Themen) und die Geschichte des Zentralinstituts für Physik der Erde (ZIPE) und seiner Vorläufereinrichtung. M. Störr gibt sehr detaillierte Informationen über den Personalbestand der Hochschulinstitute, die studentische Ausbildung und zur Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Über die Ausbildung von außeruniversitären

Fachkräften (wie Geologie-Ingenieure und – Facharbeiter) informiert O. Hartmann.

G. Tischendorf, J. Wasternack & W. Pälchen geben einen sehr abgerundeten Überblick über metallogenetische Untersuchungen im Zentralen Geologischen Institut (1961-1990): Untersuchungsgebiete und -objekte, Bearbeiter, Probleme, Literatur (bei der Fortsetzungsarbeiten bis 2004 zitiert sind). Die Vorratskommission für mineralische Rohstoffe und ihren ersten Vorsitzenden F. Stammberger stellt M. Wolf vor. M. Seifert & U. Stötzner zeichnen die Geschichte des VEB Geophysik nach. Die Tätigkeit der SDAG Wismut (vorrangig Uran-orientiert, organisatorisch dem Verteidigungsministerium der UdSSR unterstellt) erläutern A. Hiller & M. Schauer. Für detailliertere Aussagen wird auf eine CD ROM (Chronik der Wismut) verwiesen. Über die Ergebnisse der Einschätzung des Restressourcen-Potentials der ostdeutschen Steinkohlen-Vorkommen von 1973 bis 1988 berichten K. Hoth & P. Wolf. Entwicklung und Ausbau der Untergrundspeicherung in der DDR erläutert R. Jagsch.

Die Eisenerzerkundung in der DDR-Zeit wird von P. Lange behandelt. Über die Arbeiten im Institut für mineral. Rohstoff- und Lagerstättenwirtschaft berichten P. Lasch, P. May & H. Bauer. Einen guten Überblick über die Hydrologie (Organisation, methodische und regionale Erkundungsarbeit) geben H. Löffler & N. Meinert. W. Reichenbach, Ch. Döhner, G. Zänker & O. Hartmann erläutern Aufgaben und Ergebnisse im Rahmen der Kaliindustrie, worunter die Entdeckung der Kali-Großlagerstätte Zielitz gehört. Über den sehr geförderten Sektor Erdöl-Erdgas berichten O. Hartmann & W. Rost. Die sehr erfolgreichen Arbeiten zur Geothermie (drei Heizzentralen errichtet, regionale Kenntnisse über die Verbreitung von Schichttemperaturen von 30 bis 105° C) stellt H. Schneider vor. Die geologische Erkundung von Karbonat- und Sulfatgesteinen charakterisieren H.-J. Schwahn & H. Peter. Über die komplex angelegten Untersuchungen zu Tonmineral-Rohstoffen informieren sehr kompetent

M. Störr & G. Schwerdtner. Auf der Grundlage seiner jahrzehntelangen Forschungsarbeiten erläutert R. Vulpius die Entwicklung der Braunkohlenerkundung und -geologie.

Weitere Themen sind:

- Blei-Zinkerze (G. Weinhold)
- Prospektions- und Umweltgeologie (W. Pälchen, G. Rank, J. Rentzsch & G. Tischendorf)
- Geologische Auslandsaktivitäten (I. Häußer & A. Kampe)

152 Peter Bankwitz

- Die Arbeit im RGW (P. Krüger)
- Wissenschaftshistorische Arbeiten (M. Guntau).

Am Schluss diskutiert R. Daber theoretische Denkanstöße in den Geowissenschaften der DDR

Den Band beschließen

- ein chronologischer Abriss zur Geschichte der Geologie in der DDR (D. Rosenbaum)
- eine Liste von Publikationen mit geohistorischem Charakter (M. Guntau)
- eine Auswahl der Lehr- und Fachbücher (M. Störr)
- eine Aufzählung der Fachperiodika (M. Störr)
- Kurzbiographien der Autoren des Bandes (M. Störr)
- ein Abkürzungsverzeichnis (J. Wasternack & A. Kampe)

Das Sammelwerk ist thematisch gegliedert. Es konnten nicht alle Einrichtungen vollständig erfasst werden. Dadurch gibt es Lücken etwa zur wissenschaftlichen Tätigkeit (Namen und Themen) der Hochschulinstitute, zur Arbeit von Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR, die sich u. a. auch mit geowissenschaftlicher Forschung beschäftigten, z.B. des Zentralinstitutes für Strahlen- und Isotopenforschung Leipzig oder des Zentralinstitutes für Kernforschung Rossendorf, aber auch von Institutionen und Instituten der Industrie, z.B. des VEB Geologische Forschung und Erkundung (GFE), des Zentralen Geologischen Institutes Berlin (ZGI) und des Forschungsinstitutes Erdöl-Erdgas Gommern, aber auch die Leistungen verschiedener Museen und nicht zuletzt der Wissenschaftlichen Gesellschaften mit geowissenschaftlicher Prägung hätten Erwähnung verdient.

Der Rezensent vermisst die Übersetzung der Kurzfassungen, des jeweiligen Titels sowie der Abbildungs- und Tabellenunterschriften ins Englische, was die internationale Verbreitung dieses Bandes behindern wird. Trotzdem darf man den Herausgebern für den gelungenen Überblick über die vorgenommenen geowissenschaftlichen Untersuchungen während der DDR-Zeit danken

Dietrich Spänkuch

P. Hupfer (Koordinierung und Redaktion): Klimaforschung in der DDR. Ein Rückblick. Geschichte der Meteorologie in Deutschland 8. Offenbach am Main, Selbstverlag des Deutschen Wetterdienstes 2007. 252 S. ISBN 978-3-88148-421-3

Der Deutsche Wetterdienst gibt seit 1993 die Serie "Geschichte der Meteorologie in Deutschland" heraus. Band 8 dieser Serie beschreibt die Klimaforschung in der DDR. Damit wird ein weiteres Sachgebiet der Forschungslandschaft der DDR aufbereitet.

Klimaforschung wurde in der DDR an vielen Einrichtungen mit unterschiedlicher Zielsetzung betrieben. Waren es unmittelbar nach Kriegsende zunächst die traditionellen Forschungslinien, auf die aufgebaut werden konnte, wobei die angewandte Klimatologie wegen ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft besondere Beachtung und Förderung fand, setzte ab Mitte der 50er Jahre eine Periode ausgewogener Grundlagen- und praxisorientierter Forschung ein. Unter Beachtung der internationalen Entwicklung und der wachsenden Bedeutung der Klimatologie sowie der nationalen Ressourcen und Besonderheiten wurde ab Mitte der 80er Jahre ein nationales Klimaforschungsprogramm von der Kommission "Klima- und Ozonforschung" ausgearbeitet, das 1990 vom Vorsitzenden dieser Kommission, Mitglied Wolfgang Böhme, dem Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft übergeben wurde. Dieses Dokument, im Originaltext in die Veröffentlichung aufgenommen (S. 13-17), widerspiegelt die gute konzeptionelle Arbeit und die über Jahre gewachsene Leistungsfähigkeit der Klimaforschung in der DDR.

Unter Redaktion und Koordinierung von Peter Hupfer, zuletzt Professor für Meteorologie an der Humboldt-Universität Berlin, wird von mehr als 30 Autoren – darunter 3 Mitgliedern der Leibniz-Sozietät – ein Überblick über das breite Spektrum und die erstaunliche Vielfalt der Klimaforschung in der DDR sowie deren Beziehung zu internationalen Programmen gegeben. Die Beiträge vermitteln überwiegend auch eine Wichtung der Ergebnisse. Die

Mehrzahl der Arbeiten wurde in nationalen und zum Teil international schwer zugänglichen Schriftenreihen veröffentlicht, sodass die vorliegende zusammenfassende Darstellung auch unter diesem Aspekt zu begrüßen ist.

Ein Großteil der Forschungskapazität wurde praxisbezogen eingesetzt. Naturgemäß hatte die praxisnahe, auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft orientierte angewandte Klimaforschung überwiegend regionale Resonanz, wenn sie sich nicht auch allgemeinen methodischen Fragen, wie z.B. den am Forschungsinstitut für Hydrometeorologie des Meteorologischen Dienstes (MD) der DDR durchgeführten Untersuchungen über die Genauigkeit von Niederschlagsmessungen widmete. Die angewandte Klimaforschung war in der DDR sehr gut fundiert und auf dem aktuellen Stand der Forschung. Die Praxisaufbereitung im Datenhandbuch "Klimadaten der DDR – Ein Handbuch für die Praxis", das neben methodischen Informationen Daten von gängigen meteorologischen Parametern bis hin zu Daten über Eisablagerungen und für die Bauindustrie relevanten meteorologischen Parametern bereitstellte, war so nutzerfreundlich aufbereitet, dass es auch von fachfremdem Personal ohne weitere Konsultationen benutzt werden konnte. Viele Erkenntnisse gingen in TGL¹-und RGW²-Standards ein und wurden teilweise nach dem Anschluss der DDR auch in entsprechende Dokumente der Bundesrepublik eingearbeitet.

Die Grundlagenforschung basierte auf langjähriger Tradition, wie z.B. die atmosphärische Strahlungsforschung am Meteorologischen Hauptobservatorium (MHO) Potsdam des MD der DDR³, auf der Initiative weitsichtiger Wissenschaftler, z.B. Karl Schneider-Carius (1896–1959), der mit seinem Amtsantritt an der Leipziger Universität die Erforschung der atmosphärischen Grundschicht zum dortigen Forschungsschwerpunkt machte, oder Günther Falckenberg (1879–1963), der zur Untersuchung extraterrestrischer Einflüsse auf die Erdatmosphäre die Ionosphärenforschung am damaligen Meteorologischen Observatorium Warnemünde initiierte, auf besonders günstigem Datenmaterial (für die Paläoklimatologie ist die nord-mitteldeutsche Region nach den Mitautoren Eissmann und Junge eine der großen Weltbühnen der jüngeren Erdgeschichte) oder sogar auf eher zufälligen Entwicklungen, wie die aus einer "Initiativforschung" am Zentralinstitut für Elektronik

¹ Technische Güter- und Lieferbedingungen, seit 1955 den DIN-Vorschriften entsprechende Normen der DDR

² Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

³ Als Meteorologisches Observatorium Potsdam zunächst vom Deutschen Wetterdienst nach Evaluierung übernommen, wurde es 2000 aufgelöst.

der AdW der DDR entstandene Klimamodellierung, wobei in Kooperation mit dem Rechenzentrum der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften die Auswirkungen einer nuklearen Auseinandersetzung und später auch die meteorologischen Auswirkungen des Golfkriegs untersucht wurden. In allen Bereichen wurden beachtliche, auch international anerkannte Ergebnisse erzielt. Als Beispiele seien hier nur die seit 1952 vorliegenden und damit weltweit längsten Messreihen des bodennahen Ozons, vom Meteorologischen Observatorium Dresden-Wahnsdorf⁴ des MD der DDR initiiert und ausgewertet, sowie der Nachweis anhaltender Abkühlung um 0,6 K/Jahr in 80 km Höhe als eines der ersten Signale eines zunehmenden Treibhauseffekts in der unteren Atmosphäre genannt.

Es bleiben einige notwendige Nachträge. Zunächst fehlen in der Liste der Bücher mit Bedeutung für die Klimatologie die Bücher von Gerd Sonnemann, Abteilungsleiter am Bereich Neustrelitz des Instituts für Kosmosforschung der AdW der DDR. Das 1986 im Urania-Verlag erschienene Büchlein "Ist unsere Atmosphäre noch im Gleichgewicht?" (Sonnemann 1986) hat auch nach mehr als 20 Jahren nichts von seiner Aktualität eingebüßt. In der Monographie über Ozon (Sonnemann 1992) wird der internationale Stand der Ozonforschung zusammengefasst.

Es fehlen auch die substantiellen Beiträge von Detlev Möller und seinen Mitarbeitern vom Institut für Geographie und Geoökologie der AdW der DDR und später Heinrich-Hertz-Institut für Atmosphärenforschung und Geomagnetismus der AdW der DDR über biogeochemische Kreisläufe und deren anthropogene Modifizierung, von denen hier nur einige Arbeiten über den Schwefelkreislauf (Möller 1984a,b) und über die natürliche Azidität von Niederschlagswasser im globalen Maßstab (Möller und Horvath 1988) erwähnt werden können, Probleme, die für die moderne Klimaforschung von großer Bedeutung sind. Im lokalen Maßstab sollten die Untersuchungen von M. Zier vom Meteorologischen Observatorium Dresden-Wahnsdorf über den Beitrag des Straßenverkehrs zum atmosphärischen Aerosol einer Stadt nicht unterschlagen werden (Zier 1985).

Heinrich Wörner (1901–1972), Abteilungsleiter am MHO Potsdam, befasste sich Mitte der 50er Jahre auf Veranlassung der Energiewirtschaft mit der Klimatologie und der Vorhersage der Tageshelligkeit (Wörner 1957). In seiner letzten Arbeit (Wörner 1972) leitete er aus langjährigen Globalstrahlungsmessungen von Frankfurt/Main und Potsdam eine einfache Beziehung

⁴ Das Observatorium wurde mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik aufgelöst.

für die Globalstrahlung als Funktion von Bewölkungsgrad und Trübungsfaktor ab⁵, die vom Rezensenten zur Abschätzung des Aerosoleinflusses auf die Strahlungsbilanz der Erdatmosphäre, nicht wie bisher auf der Basis von Aerosolmodellen, sondern wohl erstmalig an Hand eines gemessenen Effekts, benutzt werden konnte (Spänkuch 1978).

Auch die Auswertung der Potsdamer Bodentemperaturmessungen, die von Gisela Hausmann (1950) für den Zeitraum 1894-1948 vorgenommen wurden, dürfen in der Zusammenschau nicht fehlen, weil sie weltweit wohl einmalig bis 12m Tiefe vorliegen und weil gleichzeitig, auch weltweit einmalig, Messungen sowohl mit Schneedecke, falls vorhanden, als auch unter einer von Schnee befreiten Fläche vorgenommen wurden⁶.

Schließlich soll noch eine Arbeit von Schubert und Hänsch (1974) Erwähnung finden, die die 15jährige Reihe der Schweriner Halobeobachtungen klimatologisch aufbereiteten, die zwar nicht die längste, aber die homogenste Reihe ist, da sie von nur zwei Beobachtern, den Autoren selbst, erstellt wurde.

Alles in allem ergibt sich ein umfassendes Bild der Klimaforschung in der DDR, das noch umfangreicher ist als in der Abhandlung gezeigt.

Literatur

Hausmann, G. 1950: Unperiodische Schwankungen der Erdbodentemperatur in 1m bis 12m Tiefe. Z. Meteorol. 4, 363-372

Kasten, F. und G. Czeplak 1980: Solar and terrestrial radiation dependent on the amount and type of cloud. Solar Energy 24, 177-189

Möller, D. 1984a: Estimation of the global man-made sulphur emission. Atmospheric Environment 18, 19-27

Möller, D., 1984b: On the global natural sulphur emission. Atmospheric Environment 18, 29-39

Möller, D. und L. Horvath 1988: Estimation of the natural acidity of precipitation water on a global scale. Időjárás 92, 324-335

Schubert, G. und W. Hänsch, 1974: 15jährige Sonnenhalobeobachtungen von Schwerin/Meckl. Aus klimatologisch-statistischer Sicht. Abh. des Meteorologischen Dienstes der DDR XV, Nr. 113

Sonnemann, G. 1986: Ist unsere Atmosphäre noch im Gleichgewicht? Urania-Verlag Leipzig, Jena, Berlin

Sonnemann, G. 1992: Ozon. Natürliche Schwankungen und anthropogene Einflüsse. Akademieverlag Berlin

⁵ Eine analoge Arbeit wurde später von Kasten und Czeplak (1980) mit Messungen des Meteorologischen Observatoriums Hamburg, in den 90er Jahren aufgelöst, durchgeführt

⁶ Diese Messungen werden auch heute noch weitergeführt.

- Spänkuch, D. 1978: The variation of the short-wave radiation balance of the earth/at-mosphere system with increasing turbidity. Z. Meteorol.28, 199-207
- Wörner, H. 1957: Der Jahresgang der Tageshelligkeit und seine Beeinflussung durch die Witterungsverhältnisse. Archiv Meteorologie, Geophysik und Bioklimatologie B8, 202-214
- Wörner, H. 1972: Die Berechnung der Globalstrahlung aus Trübungswert und Bewölkung. PAGEOPH 93, 177-186
- Zier, M. 1985: Über den Beitrag des Straßenverkehrs zum atmosphärischen Aerosol einer Stadt. Abh. des Meteorologischen Dienstes der DDR XVIII, Nr. 134, 121-124

Gisela Jacobasch

Karl Heinz Brisch/Theodor Hellbrügge (Hrsg.): Der Säugling – Bindung, Neurobiologie und Gene. Grundlagen für Prävention, Beratung und Therapie

Unter diesem Titel wurde von K. H. Brisch und T. Hellbrügge beim Verlag Klett-Cotta Stuttgart 2008 ein interessanter Kongressband (ISBN 978-3-608-94477-8) herausgegeben. Er enthält Beiträge, die Ende 2006 auf einem zu Ehren des amerikanischen Kinderarztes Prof. T. Berry Brazelton, an der Ludwig-Maximilian-Universität München durchgeführten Kongress gehalten wurden. Im Mittelpunkt standen Themen zu Grundlagen der neurobiologischen, psychischen und kognitiven Entwicklung des Fetus und Säuglings und Fragen der möglichen Nutzung neuer Erkenntnisse auf diesen Gebieten in der Prävention, Beratung und Therapie. Der Sammelband enthält 13 Beiträge von international ausgewiesenen Wissenschaftlern und umfasst 349 Seiten.

Die Beiträge sind gut gegliedert, allgemein verständlich geschrieben und durch ausgewählte Literaturangaben ergänzt. Besonders hervorzuheben sind neben der anschaulichen Darstellung neuer Erkenntnisse, die kritische Wertung des erreichten Wissenstandes und die sich daraus abzeichnenden Konsequenzen. Die Thematik ist, wie der Titel bereits aussagt, breit gefächert, wodurch viele Probleme der Grundlagenforschung und der Arbeit von Kinderärzten, Neonatologen, Psychologen, Pädagogen u. a. behandelt werden.

Hervorzuheben ist der Beitrag von K. Blomgren, Göteborg, der sich mit der interessanten Fragestellung von Gehirnverletzungen während der frühen Entwicklungsphase des Kindes und den Auswirkungen auf den programmierten Zelltod und den Verlust von Stammzellen beschäftigt. Er stellt anhand eigener Befunde heraus, dass im Gegensatz zu früheren Vermutungen das Gehirn des Jugendlichen eine größere Fähigkeit zur Neurogenese und Reparatur hat als das noch unreife Gehirn, obwohl die Kapazität an Neuronen mit 10^{10} beim Fetus ein Maximum erreicht und sehr viel größer als bei einem Erwachsenen ist. Er berichtet, dass in der postnatalen Entwicklung des zentralen Nervensystems nahezu 50% der Neuronen durch Apoptose wieder entfernt

werden und dieser Vorgang essentiell ist, um die volle Funktionsfähigkeit des Gehirns zu erreichen. Es überleben nur die Neuronen, die in funktionelle Netzwerke eingebunden sind. Der Überschuss an Neuronen ist beim Fetus offensichtlich nur erforderlich, um optimale Bedingungen zur Entwicklung des neuronalen Netzwerkes zu sichern. Das Gehirn Jugendlicher und Erwachsener ist dagegen in der Lage, besonders in Bereichen, die für das Lernen und für Gedächtnisleistungen wichtig sind, neue Neurone durch die Vermehrung von Vorläuferzellen zu bilden und dadurch Gehirnschäden zu reparieren. Diese Fähigkeit nimmt mit dem Alter ab. Gehirnschäden, die bei der Strahlentherapie onkologischer Erkrankungen bei kleinen Kindern auftreten können, sind deshalb um so stärker ausgeprägt, je jünger sie sind.

Stammzellen als Ausgangspunkt von Tumorerkrankungen und ihre Nutzung in der Therapie von zentralnervösen Erkrankungen war ein weiteres aktuelles Thema. B. Scheffler (Florida) verwies darauf, wie gering der Bedarf des Organismus an Stammzellen ist. Selbst in Geweben, die sich kontinuierlich erneuern, wie z. B. Blutzellen, besteht durch die Fähigkeit zur asymmetrischen Zellteilung kein hoher Bedarf an Stammzellen. Nur teilungsaktive Vorläuferzellen (transit amplifier) verdoppeln sich symmetrisch, was bei bis zu 50 Zellteilungen noch 10¹⁵ Kopien aus einer Zelle entspricht. Stammzellen existieren in fast jedem Gewebe, so auch im Gehirn, wo sie zur Reparatur von Defekten genutzt werden. Sehr viel schwieriger ist es, diese Stammzellen zu identifizieren und von amplifier Zellpopulationen abzugrenzen. Unklar ist bisher auch, ob alle 50 verschiedenen Neuronentypen des ZNS aus Stammzellen von Erwachsenen noch gebildet werden können; denn die Neurogenese in der Subventrikularzone bildet nur 2, der Hippocampus wahrscheinlich sogar nur einen einzigen Typ von Nervenzellen. Embryonale Stammzellen sind dagegen auf grund ihrer Pluripotenz durch eine nahezu unbegrenzte Vermehrungsrate charakterisiert, deshalb konzentrieren sich z. Z. die experimentellen Arbeiten für den therapeutischen Einsatz bei bestimmten ZNS-Erkrankungen auf sie. Im Mausmodell konnte gezeigt werden, dass neuronale Vorläuferzellen, die aus embryonalen Stammzellen gewonnen wurden, nach Transplantation im ZNS ausreifen und funktionell aktiv werden. Ein klinischer Einsatz ist aber noch nicht in Sichtweite, da das Wissen über Mechanismen der Stammzellbiologie noch zu fragmentarisch ist. Dazu zählt u. a. auch die Unkenntnis, wie tumorinduzierende Stammzellen von normalen zu unterscheiden sind.

Eine Reihe von Beiträgen befasst sich mit Entwicklung und Anwendung neuer Methoden (C. Sherdan et. al. Tübingen, H. Als et. al. Boston) zum Studium fetaler und postnataler Gehirnfunktionen. Es konnte gezeigt werden, 160 Gisela Jacobasch

dass gesunde Babys mit 6 Monaten schnell aufeinander folgende Töne erfassen können, was bei genetisch belasteten nicht der Fall ist. Mit der fetalen Magnetoenzephalographie sollen sich auch Kinder mit defizitärer Sprachentwicklung schon während der Schwangerschaft identifizieren lassen, wodurch es möglich ist, frühzeitig Trainingsprogramme einzusetzen, um die Sprachentwicklung zu fördern. Frühgeborene (ihre Häufigkeit beträgt in armen Ländern bis zu 40% und ist auch in Industriestaaten steigend) weisen geringere Intelligenzquotienten auf, haben deshalb Schwierigkeiten, den schulischen Leistungsanforderungen zu genügen, weisen auch Defizite in der Verhaltensregulation, in der sozialen und emotionellen Anpassung auf, haben häufiger Sehstörungen und schwächer ausgeprägte motorische Fähigkeiten. Die Umgebung übt auf die Entwicklung des fetalen Gehirns über alle Sinne einen Einfluss auf die Myelinisierung der Oligodendrozyten und damit auf ihre Funktionsfähigkeit aus; denn durch Wachstum werden neuronale Bahnen länger, und parallel dazu beschleunigt sich die Verarbeitungszeit von Impulsen. Bei einer normalen Schwangerschaft ist die Myelinisierung zur Zeit der Geburt besonders aktiv und setzt sich über etwa 9 Jahre fort, ist aber auch bei > 40 Jährigen noch nachweisbar. Die Kommunikation geschieht über streng kontrollierte Signalsysteme unter Einwirkung von Neurotransmittern, von denen mehr als zwei Dutzend bekannt sind. Bei Frühgeborenen ist die Myelinisierung und die graue Substanz um so geringer, je früher sie zur Welt kommen. Auf die Überwindung dieser Defizite muss sich zukünftig individuell die Behandlung von Frühgeborenen stärker konzentrieren. Mittels Kernspintomographie kann die Entwicklung des Kortex, die im 6. Schwangerschaftsmonat beginnt, spezifisch eingeschätzt werden.

- J. Bauer (Freiburg) stellte das interessante System der Spiegelneuronen vor. Sie treten in allen Zentren des Gehirns auf und sind für das intuitive Verstehen und die Empathie verantwortlich. Sie bilden die neurobiologische Basis für Lernprozesse am Modell, für handlungs- und erfahrungsbasiertes Lernen in der Schule sowie den Einfluss des Medienkonsums. Angst auslösende Stimuli und Stress machen Spiegelneurone unwirksam. Säuglinge und Kleinkinder benötigen deshalb empathische Anteilnahme und Zuwendung, um ihre Spiegelsysteme zu entwickeln, die zur Identitätsbildung erforderlich sind. Spiegelneurone spielen auch eine Rolle in der Arzt-Patienten-Beziehung und dem Problem des Autismus.
- J. Gervai (Budapest) ging der Frage nach, welche Rolle die Interaktion von Genen und Umwelt bei der desorganisierten Bindung eines Kindes spielt. Es wurde in diesem Zusammenhag das D4-Dopamin-Rezeptor-(DRD-4)-Gen

herausgestellt. Der Gehalt an Dopamin und die Dichte der Dopaminrezeptoren im präfrontalen Kortex erhöhen sich zwischen dem 6. und 12. Lebensmonat, also in einem Zeitraum, wo viele Funktionen sich herausbilden. Dieser Zeitabschnitt ist deshalb für die Entwicklung erster Bindungsbeziehungen entscheidend. Das DRD-4-Gen ist polymorph, es weist Varianten mit unterschiedlich langen Tandemrepeats in der kodierenden Region der DNA in Bevölkerungsgruppen auf. Ein 48 bp Repeatpolymorphismus geht z. B. mit einer klinischen Hyperaktivität einher. Das Risiko für eine desorientierte Bindung steigt bei Kindern mit dem 7-Repeat-Allel um das 4-Fache an; der Effekt wird darüber hinaus auf das 10-fache verstärkt, wenn zusätzlich ein -521 C/T Polymorphismus im Promotorbereich vorliegt. Ein funktioneller Polymorphismus existiert auch für das Monoamino-Oxidase-A (MAO-A)-Gen. Es kann den Zusammenhang zwischen früher Kindesmisshandlung und späterem dissozialem Verhalten verringern. Ein weiterer Polymorphismus des Serotonin-Transporter (SEKT)-Gens vermindert bei Erwachsenen die Auswirkungen früher erlittener Misshandlungen.

Mehrere Artikel beschäftigen sich mit der Entwicklung des Säuglings und Kleinkindes (M. Hernandez-Reif, Alabama, J. Bensel, Kadern, M. Papousek, München, T. B. Brazelton, Boston, R. H. Largo et. al. Zürich, D. Bischof-Köhler, München, P. Rochat, Atlanta, M. Legerstee, Toronto, G. Aschersleben, Saarland, K. H. Brisch, München). Im Zusammenhang von mangelhaften Sprachkenntnissen im Vorschulalter insbesondere bei Kindern aus Migrantenfamilien und sozial benachteiligten Familien wird darauf hingewiesen, dass Sprachförderungsprogramme viel zu spät eingesetzt werden. Für die Sprachentwicklung ist das Säuglings- und Kleinkindalter entscheidend. Die Bereitschaft zum sozialen Lernen ist zwischen dem 2. und 7. Lebensjahr am größten. In dieser Zeit besteht ein großes Bedürfnis, sich an Vorbildern zu orientieren. Einen nachhaltigen prägenden Einfluss auf den Lebensstil üben Fernsehen, Ernährung, Fast-Food, Esskultur, Lesen von Büchern u.a. in diesem Lebensabschnitt aus. In dieser Zeit ist auch die Fähigkeit am größten, Defekte im ZNS zu kompensieren z. B. bei Blindheit durch erhöhte Sensibilität des Gehörs, des Tast- und Gleichgewichtssinns ("Radarkontakt"). Furcht und Meidungsreaktionen treten bei Kindern ab dem 8. Monat auf, parallel dazu entwickelt sich das "Ich"-Bewusstsein. Im 3. bis 4. Lebensjahr können anderen Personen mentale Zustände wie Überzeugungen, Wünsche, und Gefühle zugeschrieben und erkannt werden, die nicht mit der Realität übereinstimmen. Trotz neuer sich bietender Möglichkeiten der Prävention und Therapie wird in dem Kongressband deutlich gemacht, dass soziale Belastun162 Gisela Jacobasch

gen, wie steigende Armut, Arbeitslosigkeit und Sorge um den Weiterbestand der Familie wegen finanzieller Not nicht außer acht gelassen werden dürfen, da unter diesen Bedingungen die Interaktion zum Säugling schwieriger wird. Nur durch Lebens- und Arbeitsbedingungen in einer Gesellschaft, die Familien vor Armut schützt, ist der äußere Rahmen für eine gesunde Entwicklung eines Säuglings gegeben. Ein lesenswertes Buch!

Ulrich van der Heyden

Lutz R. Reuter/Annette Scheunpflug: Die Schule der Freundschaft. Eine Fallstudie zur Bildungszusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik. Unter Mitarbeit von Mathias Bopp, Katrin Lahrmann, Daniel Paasch, Jane Schuch, Claudia Standfest und Mathias Tullner, Waxmann Verlag Münster/New York/München/Berlin 2006, 326 S.

Seit einigen Jahren finden die bildungspolitischen Aktivitäten der DDR, an denen Kinder und Jugendliche aus den sogenannten Entwicklungsländern beteiligt gewesen sind, große Aufmerksamkeit bei Historikern, Erziehungswissenschaftlern, Politikwissenschaftlern, jedoch auch bei Journalisten und Filmemachern. Nur schwer zu überblicken sind die vielen wissenschaftlichen Analysen und akademische Qualifizierungsschriften zur Thematik, die in den letzten Jahren erarbeitet worden sind, sogar in den USA und anderen Ländern. Jedoch auch Filmdokumentationen, Radiosendungen, Zeitungsartikel wurden in großer Zahl angefertigt. Freilich in unterschiedlicher Qualität und mit verschiedenen politischen Aussagen und Absichten.

Insgesamt gesehen standen die sogenannten SWAPO-Kinder, die in einem Heim in Bellin in Mecklenburg als solidarische Aktion der DDR für die namibische Unabhängigkeitsbewegung aufwuchsen und zum Teil ihre Schulausbildung anschließend in der Schule der Freundschaft (SdF) in Straßfurt erhielten, zumeist im Mittelpunkt des einschlägigen Interesses. Die SdF selbst, d. h. beispielsweise ihr Aufbau, ihre Arbeitsweise, Zielstellungen, Anbindungen, Vernetzungen etc., fand hingegen, im Verhältnis gesehen, nicht so sehr die Aufmerksamkeit der "Aufarbeitungsliteratur" zur DDR-Geschichte; zu Zeiten der Existenz der DDR spielte sie ohnehin in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Lediglich einige Schlaglichter wurden während der vergangenen zwei Jahrzehnten auf dieses einmalige Bildungsexperiment in zumeist journalistisch geprägten, nicht sehr tiefgründigen Artikeln geworfen. Dies hat sich nun durch das Vorlegen des hier vorzustellenden Werkes geändert.

Das Buch von Reuter und Scheunpflug befaßt sich mit der sozialistischen Entwicklungszusammenarbeit der DDR auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens. Von 1982 bis 1988 besuchten, was in der Bundesrepublik kaum bekannt war, etwa 900 Jugendliche aus der Volksrepublik Mosambik die Internatsschule im Bezirk Magdeburg, um eine allgemeine Schulbildung sowie eine Facharbeiterausbildung zu erhalten. Auf den mosambikanischen Kindern und Jugendlichen liegt dann auch der Schwerpunkt der Analyse. Deutlich wird herausgearbeitet, daß Aufgabe der eigens für diesen Zweck errichteten SdF die Qualifizierung von fachlich gut ausgebildeten Arbeitern für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft Mosambiks war. Nicht so prosaisch ausgedrückt ging es um die Vermittlung einer guten Schulausbildung von Kindern aus einem mit der DDR befreundeten Land. Zugleich versprach sich hiermit die Partei- und Staatsführung der DDR, mit Hilfe dieser heranzubildenden Facharbeiter ihre vorhandenen oder geplanten wirtschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen in Mosambik besser realisieren zu können. Es seien also nicht nur solidarische Absichten gewesen, die SdF zu gründen und aufwendig zu unterhalten, sondern es waren auch ökonomische Interessen verfolgt worden. So heißt es jedenfalls im Werbetext des Buches, um ja nicht ein allzu positives Bild über das Solidaritätsengagement der DDR-Bevölkerung, das nach westlicher Sicht ohnehin staatlich verordnet war, aufkommen zu lassen.

Daß sowohl die Gelder für Ausbildung und Unterkunft, die Kosten für Reisen und sonstige finanzielle Aufwendungen vornehmlich als Gewährung von Solidaritätsleistungen der DDR-Bevölkerung gesehen werden können, wobei die "Ergebnisse", also qualifizierte Facharbeiter für gemeinsame Entwicklungsprojekte, quasi als Nebenprodukt zur Verfügung standen – wovon übrigens noch heute in der Entwicklungszusammenarbeit lediglich geträumt wird, aber kaum etwas für die Realisierung getan werden kann – wird anscheinend von den Autoren nicht in Erwägung gezogen. Vielmehr soll gleich auf dem Umschlagstext die wirklich einmalige Solidaritätsleistung der DDR relativiert werden

Die Studie dokumentiert trotz solcher Ausrutscher an dem für Bildungsentwicklungshilfe der DDR bedeutsamen Beispiel die Effekte sozialistischer Erziehung im internationalen Kontext und deren Einbettung in die Innen- und Außenpolitik sowie für die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Neben der Rekonstruktion des politisch-pädagogischen Projekts werden nicht zuletzt Fragen des Umgangs mit Religion und kultureller Differenz sowie Aspekte der Fremdenfeindlichkeit und des Einflusses der Staatssicherheit untersucht.

Und hier wäre auch die größte Kritik anzubringen. Der Einfluß der "Stasi" scheint an einigen Stellen überbewertet zu sein und ist in ihrem Ergebnis eigentlich in der DDR-Forschung nichts Besonderes mehr. Wo so viele ausländische Kinder (in der Zeit von 1982 bis 1990 etwa 1200 an der Zahl) und Pädagogen konzentriert waren, sollten Aktivitäten eines Geheimdienstes nicht verwundern. Außerdem waren zumindest die Kinder aus dem heutigen Namibia, worunter sich auch Kinder von SWAPO-Kämpfern und -Funktionären befanden, für die in jedem Teil der Erde eine Bedrohungssituation bestand, besonderen Schutzmaßnahmen unterworfen.

In den zumeist von großer Sachkenntnis zeugenden vornehmlich deskriptiven Darlegungen schlägt sich die Firmierung der absoluten Kontrolle der SdF durch das Ministerium für Staatssicherheit, die vermutlich nicht zuletzt aus Werbezwecken gewählt worden ist, nicht unbedingt nieder.

Das Buch ist mit großem Engagement geschrieben worden. Aus den entsprechenden Archiven sind die relevanten Akten genutzt und Interviews mit deutschen und mosambikanischen Lehrern und Erziehern geführt worden. Auch ehemalige Schüler der SdF kommen zu Wort.

Um es deutlich zu sagen: Zur Abrundung des Bildes von der Schule der Freundschaft, immerhin ein einmaliges, für die Erziehungswissenschaft durchaus äußerst interessantes Experiment, gehört natürlich auch die Analyse, inwieweit das Ministerium für Staatssicherheit der Staßfurter Bildungseinrichtung Aufmerksamkeit widmete. Allerdings konnten die Autoren lediglich feststellen, daß das MfS Einfluß auf die Auswahl des Personals nahm (S. 202), die Post der Schüler kontrolliert sowie eine Sekretärin auf Betreiben der Stasi entlassen wurde und ansonsten Briefe aus Westdeutschland an die Schüler nicht ausgeliefert wurden. Für die Autoren ein etwas ernüchterndes Fazit: "Insgesamt handelt es sich bei den nachweisbaren Maßnahmen zur Sicherung der 'politischen-ideologischen Funktion' der SdF um punktuelle Eingriffe, deren Intensivierung sich allerdings möglicherweise auch aufgrund der Auswahl durchweg parteinaher Pädagogen und sonstiger Mitarbeiter erübrigte" (S. 202 f.). Was für eine bedeutende Feststellung!

Neben vielen wirklich aussagekräftigen, innovativen und nachdenkenswerten weiteren Zusammenfassungen werden auch immer wieder Schlußfolgerungen zitiert, die nur Kopfschütteln hervorrufen können, wie: "Nach Konzept und Praxis war die SdF nur unter der Bedingung einer totalitären Gesellschaft möglich... Sie war zwar ein singulärer, aber zugleich auch ein besonders typischer Ausdruck der Bildungspolitik in der Diktatur..." (S. 277). Ja, selbstverständlich, in einer Gesellschaft, wo Geld die Moral und Politik

beeinflußt, wäre solch ein umfassendes kostenaufwendiges, letztlich selbstloses Projekt aus dem Bereich der pädagogischen Entwicklungszusammenarbeit Illusion geblieben.

Hier und auch an anderen Stellen, wenn die Ebene des Deskriptiven verlassen wird, tritt bei den Autoren oftmals eine ideologisch geprägte Sichtweise hervor, die zuweilen in ihrer Peinlichkeit die sehr guten Rechercheergebnisse diskreditiert. Die Autorinnen und Autoren verfallen also genau in die ideologisch bedingte Betrachtungsweise, die sie den Handlungen der meisten der damaligen Akteure ihrer Untersuchung vorwerfen.

Friedhilde Krause

Erhard Hexelschneider/Alita Liebrecht (Hrsg.): Leipzig und Rußland. Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2007. 268 S. ISBN 978-3-89819-267-5

In der Geschichte der russisch-deutschen partnerschaftlichen Beziehungen spielte Leipzig immer eine besondere Rolle. Dank der glücklichen Lage der Stadt am Kreuzweg der europäischen Handelsstraße wurde hier besonders seit dem 18. Jahrhundert – auch schon durch das Messeprivileg von 1497 – der Anfang gemacht, um die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen Ost und West aktiv zu entwickeln. Hier haben sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart zahlreiche Russen bzw. Rußländer als Kaufleute, Politiker, Musiker, Künstler, Wissenschaftler oder einfache Bürger gewirkt. Sie haben einen wichtigen Beitrag zur Blüte Leipzigs als Handels- und Kulturmetropole geleistet. Durch ihre persönlichen Kontakte und Freundschaften haben sie Brücken zwischen Völkern geschlagen.

Bereits im Jahre 1783 wurde durch einen Ukas der Kaiserin Katharina II. in Leipzig ein russisches Konsulat errichtet, das bis heute aktiv tätig ist (Erhard Hexelschneider, S. 27-34). Zu dem vorliegenden Sammelband hat der Generalkonsul der Russischen Föderation in Leipzig ein *Gruβwort an die Leser* (S. 9/10) geschrieben.

Die hier zu rezensierende Publikation steht in einer bestimmten Tradition. Unter der Leitung des Europa-Hauses Leipzig e. V. konnte sie 2003 in die Serie Europäer in Leipzig – Damals – Heute (176 S.) aufgenommen werden. Eine weitere, inhaltlich teilweise veränderte Auflage erschien 2004 in russischer Sprache mit dem Titel Rußländer in Leipzig in der Vergangenheit und heute (192 S.); schließlich wurde die Arbeit an dem Thema in modifizierter Form durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und mit Hilfe von Sponsoren weitergeführt, so daß jetzt die Broschüre Leipzig und Russland. Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart (Leipzig 2007) in wesentlich erweitertem Umfang (268 S.) vorliegt. Die Redaktion lag bei allen drei Fas-

168 Friedhilde Krause

sungen in den Händen des Leipziger Slawisten und Literaturwissenschaftlers Professor Erhard Hexelschneider, zuletzt unterstützt von der Diplomjournalistin und Spätaussiedlerin aus Russland Alita Liebrecht.

Das vorliegende Buch gliedert sich in folgende Rubriken:

- Die Völkerschlacht und ihr Gedenken (S. 35-57);
- Faschismus und Nachkriegszeit (S. 61-92);
- Berühmte russische Persönlichkeiten in Leipzig (S. 95-179);
- Aus Leipzigs Wirtschaftsverbindungen zu Rußland (S. 183-194);
- Russisches Leben im heutigen Leipzig (S. 197-252).

Die Beiträge wurden von 25 einheimischen Autoren bzw. in Leipzig einheimisch gewordenen Aussiedlern geschrieben, von Slawisten, Historikern, Journalisten, Pädagogen u. a. Manches mußte offen bleiben, weil es an geeigneten Autoren mangelte oder weil die vorhandene Forschungssituation noch zu wenig hergibt. Auf diese weißen Flecken weisen die Herausgeber ausdrücklich an mehreren Stellen hin.

Der Band ist in sich inhomogen strukturiert. Neben dem streng akademischen Aufsatz zu bestimmten Fragen mit wissenschaftlichem Apparat und vielen neuen, auch durch Archivmaterialien belegten Quellen, tritt der lockere Essay oder der Erfahrungsbericht. Auszüge aus literarischen Werken wechseln mit kurzen Dokumentationen. Es ist Absicht der Herausgeber, den Charakter eines Lesebuches zu betonen. Vollständigkeit und innere Systematik konnte und sollte dabei angesichts des vorgegebenen Umfangs nicht angestrebt werden.

Bei den insgesamt 39 Beiträgen des Sammelbandes kann leider nur auf einige weniger bekannte Informationen aus den genannten fünf Rubriken eingegangen werden. Der Militärhistoriker Dieter Kürschner zählt fast dreißig russische Straßennamen in Leipzig, die allein mit elf das Andenken an russische Militärs aus der Völkerschlacht wach halten, aber auch an russische Dichter, Schriftsteller, Wissenschaftler und Widerstandkämpfer erinnern. Zu der Aufzählung gehören ferner seit 1945 der Stadtkommandant nach der Leipziger Völkerschlacht 1813 V. A. F. von Prendel (1766-1852), seit 1975 der Oberste Chef der SMAD G. K. Shukow (1896-1974) und seit 1985 der erste Leipziger Stadtkommandant der Nachkriegszeit, Generaloberst N.I. Trufanow (1900-1982).

In der Rubrik *Die Völkerschlacht und ihr Gedenken* berichten fünf Beiträge von Historikern über die vernichtende Niederlage der napoleonischen Truppen und ihrer Verbündeten durch die Heere Rußlands, Österreichs, Preußens und Schwedens im Oktober 1813 vor Leipzig. An dem Schlachtge-

schehen waren über 127.000 Russen beteiligt, davon über zehn Minderheiten des Vielvölkerstaates. Mit insgesamt 90.000 Gefallenen auf russischer Seite wird die Zahl in den Napoleonischen Kriegen beziffert, davon etwa 22.000 vor Leipzig.

Es werden die zahlreichen Erinnerungsstätten an die russischen Gefallenen der Völkerschlacht genannt, vor allem die beiden Monumentalbauten, das Völkerschlachtdenkmal, eingeweiht am 18. Oktober 1913 anläßlich der 100-Jahr-Feier der Schlacht, und die Russisch-Orthodoxe Heilige Alexej-Gedächtniskirche, eingeweiht am 17. Oktober 1913. Auf dem Vorplatz der Kirche erinnert ein Stein an die 1813 bis 1945 Gefallenen. Als die russischen Streitkräfte im Juni 1994 in ihre Heimat zurückkehrten, nahmen sie von 252 Gräbern Gefallener und 1.270 in deutscher Kriegsgefangenschaft verstorbenen Angehörigen der Sowjetarmee auf dem Leipziger Ostfriedhof (S. 55) Abschied.

In der Rubrik Faschismus und Nachkriegszeit ist der Bericht des Historikers Günter Schmidt über die Verfahrensweise gegenüber schwangeren "Ostarbeiterinnen" besonders erschütternd (S. 61-68). Auch in Leipzig wurde nach dem Runderlaß des Reichsführers der SS Heinrich Himmler vom 27. Juli 1943 verfahren, wonach die von Zwangsarbeiterinnen geborenen Kinder nach der Vorgabe der wahnwitzigen Rassenideologie als "gutrassig" eingestuft und in die Betreuung durch die "Nationalsozialistische Volkswohlfahrt", den nationalsozialistischen "Lebensborn" oder in deutsche Familien vergeben worden sind. Sie kamen durch die angeordneten Schwangerschaftsunterbrechungen erst gar nicht auf die Welt oder sie wurden den Müttern sofort nach der Geburt weggenommen. Der Autor stellt sehr gründliche Recherchen zu diesem erstmalig hier untersuchten Thema an. Die Zahl der abgetriebenen Säuglinge und der durch Krankheit und Hunger gestorbenen Kleinkinder ist nicht feststellbar. Als Mitarbeiter der Stadt Leipzig, Grünflächenamt, Abt. Friedhöfe, spricht G. Schmidt von nachweislich 146 Kindern russischer Zwangsarbeiterinnen, die auf dem Ostfriedhof Leipzig bestattet wurden (S. 67). Nach dem Einrücken amerikanischer Truppen in Leipzig am 19. April 1945, die ihre Befugnisse am 2. Juli 1945 an die sowjetischen Truppen übergaben, starben, nach Angabe des Autors, bis zum 14. Dezember 1945 noch einmal mindestens 20 russische Kleinkinder durch Mangelernährung und Krankheiten

In der gleichen Rubrik wird von den Historikerinnen Andrea Lorz bzw. Ingrid Kästner der todesmutige Einsatz von zwei Leipziger Ärzten für das Leben von Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen gewürdigt

170 Friedhilde Krause

(S.69-72), und zwar der Ärztin Dr. med. Margarete Blank (1901-1945), hingerichtet am 8. Februar 1945, und des Pathologen Professor Paul Carly Seyfarth (1890-1950). Er bewahrte die Frau des nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 hingerichteten Oberbürgermeisters Carl Goerdeler (1884-1945) vor dem Zugriff der Gestapo (S. 75). Der Historiker Carsten Voigt berichtet über die Wiederstandsgruppe "Orlow" unter Führung des sowjetischen Zwangsarbeiters Nikolai Dumjanzew (1912-1944), der bis zu ihrer Zerschlagung Mitte Juli 1944 48 sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sowie sieben Deutsche angehört haben (S. 77-80).

Über die unmittelbare Nachkriegszeit informieren in dieser Rubrik vier Beiträge, einmal von Dieter Kürschner über die Stationierung der Sowjetarmee in Leipzig vom 2. Juli 1945 bis 27. November 1992 (S. 81-84), zum anderen von Ferdinand May (S. 87-89) über den ersten sowjetischen Stadtkommandanten Generalmajor Nikolai Trufanow (1900-1982), dem die Stadt Leipzig 1975 wegen seiner großen Verdienste in den schwierigen Monaten des Jahres 1945 die Ehrenbürgerwürde verliehen hat.

Der Leipziger Journalist Michael Zock vermittelt mit seinem Beitrag (S. 90-92) die Erinnerung an die ersten Filmvorführungen in Leipzig nach Kriegsende. Während der amerikanischen Besatzungszeit blieben die Lichtspielhäuser geschlossen; unter der sowjetischen Militäradministration wurden sie bereits einen Monat später, d. h. ab Juli 1945, wieder geöffnet und erfreuten sich großen Zuspruchs durch alte deutsche und neue sowjetische Filme.

Die Rubrik Berühmte russische Persönlichkeiten in Leipzig ist mit elf Beiträgen von neun Autoren die umfangreichste in der vorliegenden Publikation (S. 95-179). Genannt werden hier verschiedene Berühmtheiten unter Politikern, Revolutionären, Schriftstellern, Gelehrten und Künstlern, deren Portraits viele neue Details über ihren Leipzig-Aufenthalt vermitteln. Näher eingegangen wird auch auf namhafte Vertreter der russischen studentischen Jugend, die an der 1409 gegründeten Leipziger Universität und am Conservatorium der Musik ihre Ausbildung erhalten haben. Betont wird die seit dem 18. Jahrhundert immer stärker hervortretende Rolle Leipzigs als Stadt des Buchdrucks und der Verlage. Auch im 19. und 20. Jahrhundert konnte hier eine Literatur gedruckt werden, die in Rußland verfolgt und verboten, mindestens aber streng zensiert wurde. Interessant ist, daß Katharina II. 1767 aus ihrem Pagenkorps persönlich eine Gruppe von elf jungen russischen Edelleuten ausgewählt hat (Siegfried Hillbert, S. 113), darunter den späteren Schriftsteller Alexander Radischtschew (1749-1802), die ein Jurastudium an der Leip-

ziger Universität aufnahmen und zu deren seelsorgerischer Betreuung ein russisch-orthodoxer Priester beigeordnet war. Zwischen 1870 und 1890 kamen aus Rußland zwischen 50 und 70 Studierende jährlich, das waren etwa 20 Prozent aller Ausländer (Siegfried Hoyer, S.128-133). Zwei Beiträge sind Gelehrten der Leipziger Universität gewidmet, dem Slawisten und Osteuropahistoriker aus Rußland Friedrich A. Braun (1862-1942), von 1926 bis 1937 Professor an der Universität (Volker Hölzer, S. 156-162) und dem Einfluß des Geographen Friedrich Ratzel (1844-1904) auf den russischen Schriftsteller Andrej Platonow (1899-1951), eine Untersuchung des Literaturwissenschaftlers Willi Beitz (S. 163-166).

Erhard Hexelschneider bzw. der Musikwissenschaftler Werner Wolf beschäftigen sich in ihren Beiträgen mit der Bedeutung des Leipziger Gewandhauses für russische Konzerte und Komponisten (S. 134-144) bzw. mit der Delegierung sowjetischer Musiker und ihrer Auftritte in Leipzig (S. 170-179).

Es ist ein großes Verdienst der Herausgeber, daß sie für die Rubrik Aus Leipzigs Wirtschaftverbindungen zu Rußland zwei kompetente Autoren gewonnen haben, einmal den Direktor für Gaseinkauf, Verbundnetz Gas AG, Leipzig, Toni Philipp, zum Thema Versorgungssicherheit Leipzigs durch russisches Erdgas (S. 188-190) und den Germanisten und Interviewer Bernd Landmann zum Engagement der Wirtschaftsakademie der Rahn Dittrich Group GmbH in der Ukraine und in Rußland (S. 191-194)

Sehr informativ ist die letzte Rubrik Russisches Leben im heutigen Leipzig (S. 195-252), die Beiträge von acht Autoren, vorwiegend Spätaussiedlern aus Rußland bringt. Eine solche Untersuchung ist der Rezensentin über andere deutsche Großstädte bisher nicht bekannt geworden. Erhard Hexelschneider nennt nach der letzten staatlichen Statistik für Ende 2005 6120 Zugewanderte aus der ehemaligen UdSSR und ihren Nachfolgerstaaten, er spricht aber mit Recht von 17000 Russischsprechern, die von den Leipzigern auch als "Russen" wahrgenommen werden. Bei den Russischsprechenden unterscheidet er drei Gruppen: 1. Deutsche aus Rußland; 2. jüdische Mitbürger als "Kontingentflüchtlinge", die unter Hans Modrow seit Frühjahr 1990 entsprechend ihren Wünschen einen Daueraufenthalt in der DDR erhielten, etwa 3000 in Leipzig; 3. die eigentlichen "Rußländer". Er tritt für die Benutzung des Begriffs der "Russischsprecher" ein, weil diese Migranten auch in Leipzig die größte Gruppe bilden und sich der Benutzung der russischen Umgangssprache häufiger bedienen als des Deutschen. Diese Ausländergruppe ist bisher noch zu wenig ins öffentliche Bewußtsein der Stadt gedrungen.

172 Friedhilde Krause

Es ist sehr verdienstvoll, daß die Herausgeber die Öffentlichkeit mit den verschiedenen Aktivitäten der Leipziger Migranten bekannt machen, so u. a. mit ihren Organisationsformen und Integrationsbemühungen (S. 203-210), mit Musikern und bildenden Künstlern aus der ehemaligen Sowjetunion (S. 219-233), der Leipziger russischsprachigen Literaturvereinigung und dem Almanach *Die Penaten* (S. 234-238), ferner auch mit dem Thema *Juden in Leipzig* (Vladimir Levitan, S. 211-218). Die vorliegende Publikation wirbt schließlich um eine neue Städtepartnerschaft Leipzigs mit Rußland, und zwar mit der Stadt Woronesh, seitdem jetzt der frühere Städtepartner, die Stadt Kiew zur Ukraine gehört (Bernd Görne, S. 249-252).

Insgesamt ist das Lesebuch Leipzig und Rußland. Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart eine erstaunliche Fundgrube für die Vermittlung zusätzlichen Wissens und zur Vertiefung der deutsch-russischen partnerschaftlichen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Es bleibt zu wünschen, daß sich ein ähnlich qualifiziertes Team der großen Mühe und Beharrlichkeit unterzieht, um eine solche Untersuchung bei einer andern deutschen Großstadt vorzunehmen.

Klaus Mylius

Arno Hecht (Hrsg.): Enttäuschte Hoffnungen. Autobiographische Berichte abgewickelter Wissenschaftler aus dem Osten Deutschlands, verlag am park in der edition ost Ltd. Berlin 2007. ISBN 978-3-89793-145-1

Der Herausgeber dieses Sammelbandes, ehemaliger Direktor des Instituts für Pathologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig und Vorsitzender der Gesellschaft für Pathologie der DDR, ist bereits vor einigen Jahren mit einer bedeutsamen Untersuchung zur Verdrängung der Wissenschaftselite Ostdeutschlands hervorgetreten. ¹ Neben ihm wirkten an dem jetzt vorgelegten Band folgende Gelehrte mit: Werner Bramke, ehem. Direktor der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig; Charles Coutelle, ehem. Professor für Molekularbiologie an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Mitglied unserer Sozietät; Arno Hecht (s.o.); Gisela Jacobasch, Professorin für Biochemie und ehem, stellvertretende Direktorin des Instituts für Biochemie der Charité, Mitglied unserer Sozietät; Gerhard Taubert, ehem. Professor für Pathologische Anatomie an der KMU: Reinhard Mocek, ehem. Dekan der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), Mitglied unserer Sozietät; Karl-Friedrich Lindenau, Professor für Herzchirurgie und ehem. Klinikdirektor an der KMU; Siegfried Kiene, ehem. Direktor der Chirurgischen Klinik an der KMU; Günter Baust, Professor für Anästhesiologie und ehem. Klinikdirektor an der MLU: Peter Lommatzsch, Professor für Augenheilkunde und ehem. Klinikdirektor an der KMU; ferner berichten Irene Hinderer und Arno Hecht über Hans Hinderer (1923-2006), Professor für Strafrecht und ehem. Direktor des Instituts für Strafrecht an der MLU.

Sie alle wurden zu Opfern einer politisch gewollten Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie hatten dazu beigetragen, das Bildungsprivileg der ehe-

¹ Hecht, Arno: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration? (Leipzig 2002), rezensiert u.a. von Klaus Mylius in den Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät, Band 59, Heft 3, S. 169-175 (Berlin 2003).

174 Klaus Mylius

mals herrschenden Klassen zu brechen. Jetzt kamen die Zeit einer vulgären Rache und der Wille zur Demütigung. So untersagte der Kanzler der Universität Leipzig, Peter Gutjahr-Löser, dem Physiologen Prof. Peter Schwartze die Benutzung der Universitätsbibliothek (S. 14). Noch 15 Jahre nach der "Abwicklung" wurde eine Einladung R. Moceks zu einem Vortrag an der Martin-Luther-Universität rückgängig gemacht (S. 154). Für H. Hinderer, der 1939 die Schule verlassen musste, weil seine Mutter Jüdin war, verweigerte noch 2006 die "Neue Juristische Wochenschrift" die Veröffentlichung eines Nachrufs (S. 252).

Das diktatorische Vorgehen der neuen Herrschenden zeigte sich nicht zuletzt darin, dass die Entscheidungen der Personalkommissionen offenbar von vornherein fest bestimmt waren und Gegenargumente keine Berücksichtigung fanden. Insbesondere der wissenschaftliche Rang hat bei den "Evaluierungen" niemals auch nur die allergeringste Rolle gespielt. Denn die in Westdeutschland genährte Hoffnung, man werde Hochschullehrer der DDR wegen fachlicher Nichteignung entlassen können, erfüllte sich nur sporadisch und in Sachsen in keinem einzigen Fall. Es wurde G. Jacobasch sogar der Vorhalt gemacht, dass sie durch ihre "wissenschaftlichen Leistungen das internationale Ansehen der DDR erhöht hätte und deshalb nicht berufungsfähig sei" (S. 94). K.-F. Lindenau betont, die Personalkommission hatte "nicht einmal eine Frage zu meiner fachlichen Tätigkeit. Der ärztliche Lebensweg, die medizinischen Leistungen blieben völlig unbeachtet." (S. 175). Wie die "Rechtsstaatlichkeit" der Personalkommissionen zu bewerten ist, zeigen die Worte, mit denen G. Taubert vor seiner Anhörung vor dem Personalrat der Universität Leipzig begrüßt wurde: "Sie waren also auch in dem Verein von Dieben und Verbrechern." (S. 122). G. Taubert schreibt, wie Hans-Joachim Rotzsch, der 15. Thomaskantor nach Johann Sebastian Bach, aus dem Amt getrieben wurde: "Alle Vertrauensbekundungen der Thomaner und ihrer Eltern blieben ungehört." (S. 121). Ch. Coutelle erhielt 1990 bei einer Vertrauensabstimmung über 90 % der Stimmen des Arbeitsbereichs; auch dies wurde geflissentlich ignoriert.

Freilich darf nicht übersehen werden, dass sich die neuen Herrscher nur deshalb mit solcher Rigorosität durchsetzen konnten, weil sie sich auf bestimmte Personen aus der DDR-Hochschullandschaft zu stützen vermochten. Dazu schreibt G. Jacobasch: "Es war bedrückend mitzuerleben, wie das Handeln von einigen Kollegen zunehmend von ihren charakterlichen Schwächen bestimmt wurde, und andere, die ich noch als glückliche DDR-Bürger kannte, plötzlich zu Opfern mutierten." (S. 92). G. Baust hebt hervor, dass einer der aktivsten "Hexenjäger", Prof. Hans-Albrecht Freye, ehem. Staatssekretär im

Magdeburger Wissenschaftsministerium, einst den Vaterländischen Verdienstorden der DDR erhielt (S. 223). S. Kiene verweist auf den ehem. Ehrensenator der KMU, Prof. Fritz Meißner, der erklärt hatte, alle über 55 Jahre alten Professoren seien in die Wüste zu schicken; sie hätten nur die Ausstrahlung einer Taschenlampe (S. 195).²

Das Vorgehen der neuen politischen Klasse war in höchstem Maße unpatriotisch und hat den Interessen Deutschlands schwer geschadet. Hochqualifizierte Gelehrte wurden ins Abseits gedrängt; andere emigrierten und gingen so der deutschen Wissenschaft verloren. So ging der Zellbiochemiker T. Rapoport an die Harvard-Universität nach Boston, der Onkologe Stefan Tanneberger nach Bologna, der Molekularbiologe Charles Coutelle nach London, der Biotechnologe Reinhard Renneberg nach Hongkong und der ehem. Thomaskantor Hans-Joachim Rotzsch ans Mozarteum nach Salzburg. Noch viel bedrückender aber ist der Umstand, dass viele Gelehrte dem gegen sie ausgeübten Rufmord nicht standhielten und in der Selbsttötung den einzigen Ausweg sahen. Dazu zählen Prof. Heinz Köhler, ehem. Direktor im Universitätsklinikum Leipzig; der zum Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena gewählte Prof. Gerhard Riege, dessen Wahl behördlicherseits annulliert wurde; der Internist Prof. Eckhard Ulrich. Von der deutschen Presse so gut wie totgeschwiegen, erweckte das Schicksal des ehem. Professors für Zellbiologie an der KMU, Armin Ermisch, international Aufsehen und Mitgefühl. Ermisch, 1992 entlassen, gewann zwei gegen diese Entlassung gerichtete Prozesse, aber der sächsische Wissenschaftsminister Prof. H.-J. Meyer umging die Gerichtsurteile durch anderweitige Besetzung von Ermischs Stelle. Dabei blieb es trotz der Unterstützung, die Ermisch aus dem Ausland erhielt. Ein einschlägiger Artikel in der repräsentativen britischen Fachzeitschrift "Nature" schloss mit den Worten: "The science ministry remains quiet on the issue, merely repeating ... that, if individual mistakes have been made, they do not outweigh the greater benefit of having quickly removed the powerful influence of communism from east German universities."3

Zu den finstersten Erscheinungen dieser "Abwicklung" gehörte die in Sachsen aufgestellte Schwarze Liste mit Namen unerwünschter Hochschullehrer. Nicht zuletzt aufgrund dieser Liste wurden in Sachsen bis zum 1. Juli 1993 81,9 Prozent aller Hochschullehrer entlassen. S. Kiene erfuhr, dass diese Liste deutschlandweit verschickt wurde (S. 199). Aber wenn jemand mit

^{2 &}quot;Spiegel", 5/1991.

³ Abbott, Alison: Leipzig professor's death stirs bitter feeling. In: Nature, vol. 378, December 7, 1995, p. 530.

176 Klaus Mylius

dem "Odium der Staatsnähe" versehen war, dann der Initiator der Gelehrtenvertreibungen in Sachsen, der damalige Wissenschaftsminister Prof. H.-J. Meyer. Über ihn schreibt A. Hecht: "In seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Direktors für Erziehung und Ausbildung an der Sektion Anglistik/Amerikanistik der Humboldt-Universität zu Berlin, als Reisekader und Dolmetscher des vorletzten DDR-Hochschulministers (SED) trug gewiß auch er den Makel der Staatsnähe." (S.57).

Es möge hier angeregt werden, ein Lexikon der bei diesem "Elitenwechsel" tätig gewesenen Macher und ihrer Opfer zu erarbeiten. Das würde späteren Historikergenerationen eine verlässliche Materialsammlung bieten. Außer den schon oben genannten Namen verweisen G. Jacobasch auf den Berliner Medizinprofessor Harald Mau (S. 91) und den Heidelberger Prof. Peter-Michael Kloetzel (S. 94), R. Mocek auf den einst an der MLU tätigen Prof. Johannes Mehlig (S. 148).

Obwohl diese Rezension als von Pessimismus geprägt erscheinen mag, betont sie dennoch auch einen ausgesprochen positiven Aspekt. Die Zahl derjenigen westdeutschen Wissenschaftler und Institute, die sich auch nach der "Wende" Anstand, Ehrenhaftigkeit und akademische Solidarität bewahrt haben, übersteigt deutlich die der Hexenjäger und Hassprediger. G. Jacobasch nennt eine ganze Reihe von Namen solcher Kollegen: Prof. Roland Schauer (Kiel), Prof. Ulrich Bienzle (ehem. Westberlin), Prof. Christian Barth (Kiel/ Potsdam). R. Mocek findet Worte besonderen Lobes für das Wissenschaftskolleg in Berlin-Grunewald, für die Universität Bielefeld und für das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte (Berlin). S. Kiene verweist auf eine Anzahl westdeutscher Fachkollegen als Verfasser objektiver Gutachten (S. 198). Ähnlich zitiert P. Lommatzsch die Namen zahlreicher westdeutscher Fachkollegen, die seine Leipziger Klinik unterstützten (S. 240). S. Kiene kritisiert den ehem. Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Prof. Hans-Martin Becker, der sich an der Diskriminierung ostdeutscher Chirurgen beteiligt hatte. Immerhin gab es hier ein Signal der Einsicht. Im Jahre 2005 entschuldigte sich der neue Präsident, Prof. Saeger, für die Fehlentscheidung des damaligen Präsidiums (S. 202). Schließlich kann mit Befriedigung vermerkt werden, dass die Verschickung von Schwarzen Listen durch den ehem. sächsischen Wissenschaftsminister durchaus nicht immer den von diesem gewünschten Erfolg hatte.

Ein äußerst wichtiger Gesichtspunkt, der in autobiographischen Darstellungen verständlicherweise keinen Platz finden konnte, muss jetzt, da es um eine Abstraktion aus den Einzelschicksalen geht, noch erörtert werden. Die Haltung der politischen Klasse der BRD gegenüber aktiven und strafwürdi-

gen Nazis war eine ganz andere als die gegenüber den Wissenschaftlern und Politikern der DDR. Und das ist keineswegs ein Zufall, sondern war gewollt. Denn die Nazis ließen das "heilige" Privateigentum an Produktionsmitteln (sofern es sich nicht um solches von Juden handelte) unangetastet. Dieser fundamentalen Tatsache gegenüber galt alles andere als zweitrangig. In ihrer antimarxistischen Kampagne scheint sich die politische Klasse auch nicht durch die Nähe zu Hitler geniert zu fühlen. Niemand anders als dieser hatte verkündet: "Wenn ich vor 14, 15 Jahren und seitdem immer wieder vor der deutschen Nation erklärt habe, dass ich meine Aufgabe vor der deutschen Geschichte darin sehe, den Marxismus zu vernichten, dann ist mir das keine Phrase, sondern ein heiliger Schwur ... "4 Heute braucht man nicht mehr auf Globke und Oberländer zu rekurrieren; die Forschung hat inzwischen Tatsachen ans Licht gebracht, die jeden anständigen Menschen das Grausen lehren können.⁵ Hier bedarf es nur weniger Beispiele. Kurt Bellmann, Jurist: unter seinem Vorsitz fällte das Sondergericht Prag 110 Todesurteile, 1956 wurde er Direktor des Landgerichts Hannover. Dietrich Klagges, Ministerpräsident in Braunschweig und SS-Obergruppenführer, erschoss zehn politische Häftlinge und ermöglichte Hitlers Einbürgerung als Deutscher; nach vorzeitiger Haftentlassung Rentenanspruch nach dem 131er Gesetz. Ernst Lautz, Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof, Anklagevertreter gegen Beteiligte des 20. Juli 1944; nach vorzeitiger Haftentlassung Pension als Generalstaatsanwalt. Kurt Jaager, Jurist, Gerichtsassessor bei der Gestapo, Reichsanwalt am Volksgerichtshof, zahlreiche Todesurteile; nach 1945 Erster Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein. Und sollte jemand so vermessen sein, hierin "Einzelfälle" sehen zu wollen, so möge noch auf einen Gruppen-Tatbestand verwiesen werden: "Die unzähligen Einsatzgruppenmitglieder, die aus der Polizei hervor- und wieder in sie eingingen, verdarben nicht deren Charakter. Sie schützten aus begründetem Wohlwollen diesen toleranten Staat, und als die Bundesregierung die Organisation Gehlen im Mai 1955 als ihren Nachrichtendienst übernahm, operierte eine komplette Abteilung des ehemaligen Oberkommandos des Heeres als Organ des Bundeskanzleramts."6

4 Hitler, Adolf auf dem Kongress der "Deutschen Arbeitsfront", Berlin, 10.Mai 1933. Zitiert nach Günther, Hans: Der Herren eigener Geist. Neudruck (Berlin 1983), S. 49.

⁵ Klee, Ernst: Personen-Lexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. S. Fischer Verlag (Frankfurt am Main 2003), Lizenzausgabe Verlagsgruppe Weltbild (Augsburg 2008).

⁶ Friedrich, Jörg: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik. List Verlag in der Gruppe Ullstein Buchverlage (Berlin 2007), S. 227.

178 Klaus Mylius

Herausgeber und Autoren unterliegen nicht der Versuchung, eine Glorifizierung der DDR anzustreben. So schreibt Hecht: "Ich habe die Politik der SED gegenüber den christlichen Kirchen nie verstanden, da Christentum und Kommunismus in ihren Wertevorstellungen eng beieinander liegen." (S. 59). Hecht berührt damit einen wichtigen Punkt und eine der größten Fehlorientierungen der Partei- und Staatsführung der DDR. Aber Hecht schreibt auch: "Die soziale Gerechtigkeit, wie sie in der DDR vielfältig praktiziert wurde, fand meine Zustimmung und wurde von mir höher bewertet als die bürgerlichen Freiheiten, die auch in der Bundesrepublik für viele nur eine theoretische Chance darstellen." (S. 69). Und S. Kiene äußert sich wie folgt: "Nicht erwartet hatte ich, daß die Polikliniken verschwinden, Hunderte von Krankenkassen als selbständige Wirtschaftsunternehmen mit kostspieligen Verwaltungs- und Leitungsstrukturen über uns kommen würden, die Krankenhäuser zu Profit machenden Wirtschaftsunternehmen mutierten, in denen die Geschäftsführer mehr zu sagen haben als die Ärzte." (S. 191). Inzwischen muss selbst die Bourgeoisie zugeben, dass die soziale Schere immer weiter auseinanderklafft und dass die Armen immer ärmer werden. Der Anteil der Geringverdiener an der Beschäftigtenzahl stieg von 1996 bis 2006 auf 22 Prozent und umfasst mehr als 6,5 Millionen Menschen. Auch diese Feststellung gehört durchaus zu der hier ventilierten Thematik.

Bücher wie das vorliegende werden von vielen zeitgenössischen Historikern, Politikwissenschaftlern und Journalisten totgeschwiegen. Gerade deshalb ist diese für spätere Generationen unverzichtbare Quelle umso höher zu bewerten. Herausgeber und Autoren haben sich höchste Anerkennung und entsprechenden Dank verdient. Und auf der anderen Seite zeigt sich: Wer die Nazis in Massen "entnazifiziert" und sie nahtlos in die BRD integriert hat, dessen moralische Beschaffenheit reicht nicht aus, um über international geachtete und um die Wissenschaft verdiente Gelehrte zu Gericht zu sitzen. Wenn irgendwo, dann gilt hier Matth. 7, 1: "Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet." Wir beklagen unsere akademischen Kolleginnen und Kollegen, deren Biographie gebrochen wurde und noch mehr beklagen wir diejenigen, die solchen Repressionen ausgesetzt waren, dass sie den einzigen Ausweg im Suizid sahen. Aber für den einzig richtigen Weg halten wir den von Carl Coutelle (S. 18) geschriebenen Satz: "Trotzdem dürfen wir nicht aufgeben!"

Peter Plath

Herbert Hörz: Wahrheit, Glaube und Hoffnung. Trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 2007. ISBN 978-89626-696-5

Mit vielen Anmerkungen versehen, habe ich nach gründlichem Lesen das Buch wieder zurück in das Regal gestellt. Oftmals stimmte ich dem Autor in seinen Analysen zu, aber mindestens ebenso oft schienen mir äußerst kritische Bemerkungen angebracht zu sein. In diesem Sinn soll diese Rezension auch der Beginn einer Diskussion mit Herbert Hörz sein.

Es ist also lesenswert, denn es reizt zum Widerspruch trotz vielfacher Zustimmung!

Ich bin überzeugt, daß Herbert Hörz gerade das mit seinem Buch bewerkstelligen will – er hat es erreicht, denn jeder aufmerksame Leser wird seine eigenen kritischen Anmerkungen zu verschiedenen der vielen aufgegriffenen Probleme haben und sie auch äußern, und das ist gut so für die wissenschaftliche Diskussion. Das Buch ist in seiner Thematik sehr umfassend, so daß es schwierig ist, auf alle angesprochenen Probleme in gleichem Maße sachkundig einzugehen. Ich will und kann an dieser Stelle deshalb nur einige Punkte herausgreifen, die mich besonders angesprochen haben.

"Wahrheit, Glaube und Hoffnung" – der Titel dieses 2007 erschienenen Buches ist ein großes Versprechen für den Leser, insbesondere dann, wenn der Untertitel "Philosophie als Brücke zwischen Wissenschaft und Weltanschauung" lautet und von einem führenden marxistischen Philosophen geschrieben wurde. Das Buch greift in die hoch aktuelle Diskussion um Religion, Philosophie und Gesellschaft ein, lässt jedoch die an den Auseinandersetzungen im englischsprachigen Raum – vor allem Amerika/USA und England selbst – sich entzündenden Diskussionen weitgehend außer acht. Während Richard Dawkins im "Gotteswahn" auf fast 540 Seiten einem klar formulierten Atheismus das Wort redet, arbeitet Herbert Hörz ebenso umfangreich in einer sehr persönlichen Weise kritisch die Situation der marxistischen Philosophie auf, wie sie sich aus der Sicht in der "Nachwendezeit" für

180 Peter Plath

ihn ergibt. Dabei spielt auch die Frage der Auseinandersetzung mit dem Glauben eine zentrale Rolle.

Herbert Hörz betont, daß eine Differenzierung des Glaubens möglich wäre. Dabei geht er davon aus, daß "der Glaube eines religiös gebundenen Wissenschaftlers an eine Hypothese, die ihn zwingt, mit Leidenschaft nach ihrer Bestätigung zu suchen", sich sicher nicht "von dem, der an keinen Gott glaubt, doch ebenso intensiv nach Wahrheit sucht" unterscheidet (S. 235). Das Problem ist der doppelte Sinn des Wortes Glauben im Deutschen. Kann man ernsthaft von dem Glauben an eine Hypothese sprechen? Ist es nicht vernünftiger zu sagen, daß der Wissenschaftler *der Meinung ist*, Hypothesen seien logisch (im Sinn einer verallgemeinerten Logik) begründbar und würden einen gewissen Aspekt der Realität widerspiegeln? In dieser Hinsicht unterscheiden sich der gläubige und der nicht-gläubige Wissenschaftler sicher nicht.

Es ist zwar sehr interessant und auch genügend provokant zu formulieren: "Visionen für die Zukunft sind wissensbasierte Glaubenssätze" (S. 235), doch könnte man fragen, ob nicht auch Glaube (im religiösen Sinn) auf Glaubenssätzen beruht, die wissensbasiert sind. – Was bedeutet Wissen in diesem Zusammenhang? – In diesem Sinn ist auch der Glaube an einen in der Zukunft erscheinenden Erlöser eine Vision.

Herbert Hörz macht einen klaren Unterschied zwischen Philosophie und Weltanschauung und räumt dem Glauben eine Position ein, wie es wahrscheinlich auch Einstein getan hätte. In seiner Neubestimmung der drei Titelbegriffe seines Buches spielt der Begriff der "Weltanschauung als Lebenshilfe" eine zentrale Rolle, wobei die "Philosophie als Methode der Erkenntnisgewinnung" der Entwicklung der Weltanschauung dienlich zu sein hat.

Leider wird diese Grundidee über eine längliche Folge von sich ständig ablösenden, unscharfen "Definitionen" entwickelt. Das mag philosophie-methodisch begründet sein, ist jedoch für einen Naturwissenschaftler nur schwer verdaulich. Immerhin, diese Position wird entwickelt, und das ist sein Verdienst. Es gibt ihm die Möglichkeit, zu aktuellen philosophischen Problemen der Naturwissenschaften Stellung zu nehmen. Seine Position entwickelt er dabei mit geschicktem Rückgriff auf historische, naturwissenschaftliche Probleme exemplarisch. Hierin liegt seine Stärke und dies macht das Buch auch für einen wissenschafts-historisch interessierten Naturwissenschaftler lesenswert.

Als philosophisch interessierter Naturwissenschaftler hat insbesondere der dritte Teil des Buches meine Aufmerksamkeit gefunden, in dem H. Hörz sich mit aktuellen Fragen der Entwicklung der Naturwissenschaft befaßt. Hier macht er wiederum an Fallbeispielen seinen Standpunkt klar. Dabei spielen die Geowissenschaften eine große Rolle, denen er im Hinblick auf die Ressourcenfrage und Ökologie eine ganz entscheidende Funktion zuschreibt. Er sieht in ihr einen ganz neuen Typ von Wissenschaft, denn "Geowissenschaften haben mit philosophischem Blick Argumente abzuwägen, Bildung zu vermitteln und Entscheidungen in Hinsicht auf die Zeithorizonte zu begründen." (S. 363).

Er fordert eine "neue Reform des philosophischen Zeitverständnisses in der Geologie. ... Zyklizität der Zeit und subjektive Zeit spielen eine große Rolle. An die Stelle von gestörten Naturkreisläufen sind Zyklen zu setzen, die es ermöglichen, Schäden zu reparieren. Zeit als Gestaltungsspielraum von Generationen verlangt Wissen über die objektive Geozeit, über die Gestaltung von Zyklen ohne antihumane Auswirkungen über die Folgen menschlichen Handelns." (S. 362)

Für ihn "stellt sich deshalb die Frage, ob eine Mensch-Natur-Einheit möglich ist, die die Mensch-Erde-Beziehung mit umfasst. Voraussetzung dafür wären Förderung der Geowissenschaften als Investition in die Zukunft, Wissens- und Kompetenzerweiterung der Entscheider und generell ein Umdenken im Sinne der geforderten Reform, Wissen um die Geozeit mit Folgeverantwortung zu verbinden, um eine humane Zukunft zu gestalten und nicht zu verbauen." (S. 363)

Es sind dies schöne Forderungen, die stark utopischen Charakter tragen, was an sich nicht negativ ist. Die Vermutung liegt nahe, daß es ich hier um etwas übertriebene Hoffnungen eines Philosophen handelt, die er in eine naturwissenschaftliche Einzelwissenschaft setzt.

Dieser utopische Charakter reizt zum kritischen Weiterdenken und zur Diskussion.

Dabei ist seine Bewertung der Geowissenschaften durchaus positiv zu werten. Doch wie alle Einzelwissenschaft sind auch die Geowissenschaften methodisch wie auch in ihrem gesellschaftlichen Wirken beschränkt.

Ein andere, sehr aktuelle Forderung nach dem Übergang von der linearen zur nicht-linearen Denkweise wird in einem der letzten Kapitel aus dem Kausalitätsbegriff abgeleitet: "Unter dem Aspekt der Selbstorganisation kann nun vielleicht der mit der Diskussion um Kausalität, Determinismus und Indeterminismus verbundene Schritt von der linearen zur nicht-linearen Denkweise besser verstanden werden." (S.373)

182 Peter Plath

Leider werden die damit verbundenen Fragen all zu summarisch abgehandelt, was der sehr berechtigten Forderung, die im Schlagwort von der Nicht-Linearität zum Ausdruck kommt, nicht die Kraft entfalten läßt, die ihr eigentlich innewohnt.

Hier wäre eine tiefere Diskussion sinnvoll und durchaus möglich gewesen.

Die gesamte philosophische und wissenschaftshistorische Diskussion dieses Buches gipfelt in der Freiheitsforderung als einem Problem der Strukturbildung in sozialen Systemen – und das ist überraschend schön!

"Entscheidend für die Freiheit der Individuen ist der erreichte Grad der Selbstorganisation des sozialen Systems, weil er Ausdruck der vorhandenen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung ist. Dies gilt für lokale, regionale und globale menschliche Gemeinschaften." (S. 393)

Der Begriff des *Freiheitsgewinns* wird bei Hörz zum zentralen Begriff für die Entwicklung sozialer Systeme, den es könne "... mit größerer Offenheit (der sozialen Systeme, d. Aut.) unter Beachtung der Nicht-Linearität eine auf Reformen basierenden Stabilität mit Freiheitsgewinn erreicht werden, weil die auf Entwicklung orientierte demokratische Selbstorganisation die diktatorische Fremdorganisation dominiert." (S. 393)

Die Bedeutung des Begriffes der *Entwicklung* eines sozialen Systems wird hier leider nicht genauer dargelegt. Geht man von dem Gedanken aus, daß ein sich entwickelndes System ja kein stabiles System sein kann, sondern daß es vielmehr ein divergierendes System sein muß, dann ließe sich der Freiheitsgedanke stringenter entwickeln. Ein sich entwickelndes System kann nicht nur einen Weg beschreiten, sondern es wird wahrscheinlich aus vielen sich verzweigenden, dicht beieinander liegenden zukünftigen Trajektorien (Wegen) bestehen.

Dennoch, mit dem neuen Begriff des *Freiheitsgewinns* formuliert Herbert Hörz einen Begriff, der dem der Entropie in der Thermodynamik von L. Boltzmann nahe kommt. Es wäre durchaus recht interessant, diesen Begriff des fortwährend anzustrebenden Freiheitsgewinns einmal mathematisch exakt zu fassen. Gelänge dies, was mir nicht unmöglich scheint, so wäre dies eines der ersten, wenn nicht sogar das erste Beispiel dafür, daß die Philosophie einen Forschungsansatz für die naturwissenschaftliche Behandlung eines sozialen Problems geliefert hat. Das Beispiel dieser realistischen Utopie macht das Buch lesenswert – auch für einen Naturwissenschaftler wie mich – denn sie zeigt Gemeinsamkeiten der wissenschaftlichen Problemstellung auf – und das ist wahrlich neu – es ist emergent!

Als Liebhaber des kleinen Buches, der verdichteten klaren Darstellung eines Problems und seiner Lösung, hätte ich mir eine wesentliche Straffung der hier erörterten Problematik gewünscht. Aber dieser Wunsch berücksichtigt wohl nicht die durch die Wissenschaftstradition historisch bedingte Struktur des Schreibens und der Methodik des philosophischen Denkens. Das muß ich berücksichtigen, auch wenn es für mich als Naturwissenschaftler recht gewöhnungsbedürftig ist, denn es lohnt sich, wenn man sich wie bei einem Abenteuer darauf einläßt, auch einmal die Genesis eines Gedankenganges mit allen Implikationen und Variationen nachzuvollziehen, um ihn vollkommen zu verstehen.

Das Buch enthält durch diese Ausführlichkeit aber auch viele aus naturwissenschaftlicher Sicht hochinteressante Kapitel, die gesondert und vertieft diskutiert werden sollten – sie wären es wert! Ich habe hier nur sehr wenige Beispiele herausgesucht, die mich besonders interessierten und deren Gedankengang und Begrifflichkeiten einen hohen Neuigkeitswert besitzen.

Es wäre wünschenswert, wenn Herbert Hörz einige dieser Gedanken aufgriffe und mit seinem großen philosophischen Wissen und Verständnis für naturwissenschaftliche Probleme die aktuelle Diskussion um die Entwicklung der Wissenschaft mitgestaltete.